

Wissenschafts- konferenz 2023

Tagungsband



Bundesamt für
Verfassungsschutz



Zentrum für
Analyse und Forschung



Bundesamt für
Verfassungsschutz



Zentrum für
Analyse und Forschung

TAGUNGSBAND

Wissenschaftskonferenz 2023

Meinungsbildung 2.0 –

Strategien im Ringen um Deutungshoheit im digitalen Zeitalter

Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Im September 2023 fand in Berlin die zweite Wissenschaftskonferenz des Zentrums für Analyse und Forschung (ZAF) am Bundesamt für Verfassungsschutz statt.

Unter dem Titel „*Meinungsbildung 2.0 – Strategien im Ringen um Deutungshoheit im digitalen Zeitalter*“ ermöglichte die Konferenz einen interdisziplinären Blick auf die Ursachen und Auswirkungen sich ändernder individueller und kollektiver Meinungsbildungsprozesse in Zeiten digitaler Medien und die daraus folgenden Herausforderungen für demokratische Gesellschaften.

Es ist offensichtlich, dass digitale Medien die Mechanismen individueller und kollektiver Meinungsbildungsprozesse verändert haben. Der Umstand, dass soziale Medien vor allem in der jüngeren Generation als Nachrichtenquelle an Bedeutung gewonnen haben, spielt in dieser Entwicklung eine maßgebliche Rolle.¹ Die damit einhergehende Abkehr von journalistischen Medienangeboten hin zu sogenannten alternativen Medien scheint mit einer individuellen Medienskepsis und einer allgemeinen Skepsis gegenüber dem politischen System insgesamt zusammenzuhängen: In diesem Tagungsband zei-

gen Simon Kruschinski et al. unter anderem, dass Telegram-Nutzer/-innen eine vergleichsweise kritische Haltung gegenüber Medien und Politik einnehmen. Darüber hinaus stellen sie fest, dass Individuen, die gegenüber Medien kritisch oder zynisch eingestellt sind, mit höherer Wahrscheinlichkeit an Verschwörungserzählungen glauben. Robert Luzsa teilt in seinem Beitrag eine ähnliche Beobachtung zur Relation von Medienwahrnehmung und Verschwörungsglauben: Der hier nachgewiesene Zusammenhang zwischen Narzissmus und Verschwörungsglauben besteht nur dann, wenn Medien individuell als manipulativ wahrgenommen werden.

Das Potenzial digitaler Medien als Instrument zur Beeinflussung von Meinungsbildungsprozessen liegt vor allem in der Tatsache begründet, dass jede/-r Nutzer/-in potenziell als Empfänger/-in und Sender/-in fungieren kann. Eine redaktionelle Prüfung nach journalistischen Kriterien findet in den meisten Fällen nicht statt. Die Auswahl der Nachrichten erfolgt dabei in der Regel durch Algorithmen (z. B. bei YouTube und Facebook) oder wird durch Betreiber/-innen von Nachrichtenkanälen bestimmt (z. B. bei Telegram). Hier ergibt sich ein ideales Handlungsfeld für Akteure/Akteurinnen, die darauf abzielen, den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen.

¹ Laut Reuters Institute Digital News Report 2022 gaben 39 Prozent der 18- bis 24-Jährigen soziale Medien als ihre wichtigste Nachrichtenquelle an. Dies entspricht einem Anstieg von 14 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr (Hölig et al. 2022: Reuters Institute Digital News Report 2022 – Ergebnisse für Deutschland).

Dieses Handlungsfeld nutzen auch staatliche Akteure/Akteurinnen, die z. B. durch die bewusste Verbreitung von Desinformation und Verschwörungsnarrativen versuchen, Demokratien zu schwächen. Die entsprechenden Strategien und das dazu genutzte Instrumentarium beschreibt Bodo W. Becker im Rahmen einer Analyse russischer Einflussnahme-Aktivitäten in Deutschland aus der Perspektive der Sicherheitsbehörden. Er zeigt die vielfältigen Ansätze, die staatliche russische Stellen zur direkten oder indirekten Verbreitung von Desinformation – auch über *social media* – nutzen. Er kommt zu dem Schluss, dass kleine „propagandistische Nadelstiche“ staatlicher Akteure/Akteurinnen für sich genommen vergleichsweise unbedeutend sind; in ihrer Gesamtheit eignen sie sich jedoch dazu, ein Klima von Skepsis, Ablehnung oder Misstrauen zu prägen bzw. Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufzuwiegeln. Am Beispiel des russischen Ultranationalisten Alexander Dugin, der als „Putins Einflüsterer“ gilt, zeigt Paul Ortenau im Detail, dass Einzelpersonen, von denen eine gewisse Meinungsmacht ausgeht, eine wichtige Rolle in staatlichen Einflussnahme-Strategien einnehmen.

Neben staatlichen Akteuren/Akteurinnen werden die Möglichkeiten digitaler Medien auch von Extremist/-innen verschiedener Phänomenbereiche genutzt, die z. B. im Rahmen einer wohlüberlegten Themenauswahl versuchen, mit ihren ideologischen Inhalten an den Lebensrealitäten potenzieller Adressat/-innen anzuknüpfen. In diesem Zusammenhang beschreiben Rolf Frankenberger und Daniel Buhr, wie Vertreter/-innen der extremen Rechten die Themen in den Lebenswelten unterschiedlicher Zielgruppen aufgreifen. Die Themen werden emotionalisiert und die damit verbundenen Probleme mit eindeutigen Schuldzuweisungen versehen.

Jens Ruppenthal beschreibt in seinem Beitrag, wie antipluralistische Akteure/Akteurinnen ver-

suchen, mittels geschichtspolitischer Strategien Anschlussfähigkeit herzustellen, indem sie den Diskurs um die Umbenennung von Straßennamen mit Bezug zur deutschen Kolonialgeschichte besetzen.

In den letzten Jahren war darüber hinaus die Covid-19-Pandemie als Agitationsthema von herausgehobener Bedeutung. Insbesondere rechtsextreme Gruppierungen nutzen diese gesellschaftliche Krisensituation aus, um coronabezogene Verschwörungserzählungen mit dem Ziel der Agitation zu verbreiten, wie z. B. Simon Kruschinski et al. resümieren.

Neben konkreten Inhalten begünstigen auch bestimmte Prozesse die Meinungsbildung hin zu extremistischen bzw. radikalen Ansichten. So zeigten sich in den vergangenen Jahren manche Verschwörungstheorien entideologisiert, also ohne Einbettung in ein politisches Programm. Oliver Drewes merkt an, dass dieser Rückzug auf ein „metaphysisches Minimum“ mehr Menschen ansprechbar für diese Theorien macht.

Philipp Müller und Britt Ziolkowski widmen sich in ihrer Analyse salafistischen Beiträgen zu Homosexualität auf der Videoplattform YouTube und dem Online-Fatwa-Dienst IslamQA. Sie stellen fest, dass Salafisten sich ein vielfältiges und bekanntes Repertoire an Argumentationsmustern zunutze machen, um einen breiten Adressatenkreis von ihren Ansichten zu überzeugen. Mit Blick auf die Meinungsbildung dominieren Versuche, Gehorsam herzustellen und das Thema emotional aufzuladen.

Darüber hinaus können *Superuser*, also jene Nutzer/-innen, denen eine Meinungsführerschaft in digitalen Räumen zugeschrieben wird, Einfluss auf die Meinungsbildung nehmen. So stellt Maximilian Krug für *Superuser* in rechtsextremistischen Telegram-Kanälen fest, dass diese zwar ein großes

Partizipationsvolumen aufweisen, womit auch ein höheres Potenzial der Einflussnahme einhergeht. Zugleich sind ihre Inhalte jedoch nicht inziviler als jene von normalen Usern. Ihre Funktion besteht vielmehr darin, das Klima der einheitlichen Meinung in dem Kanal aufrechtzuerhalten.²

Eine Forschungslücke stellt die Perspektive der Adressat/-innen dar: Wie werden extremistische Inhalte von Menschen rezipiert? Wozu führt die Exposition mit entsprechenden Inhalten bei Rezipient/-innen? Wer ist anfällig für Desinformation? Eine Ausnahme stellen hier Natascha Hetzel et al. dar, die in ihrem Beitrag die Adressat/-innen von Verschwörungserzählungen selbst in den Blick nehmen: Im Rahmen einer Online-Befragung stellen sie zentrale Eigenschaften von Individuen heraus, die offen für Covid-19-bezogene Verschwörungserzählungen sind. Ihre Ergebnisse legen nahe, dass in diesem Personenkreis eine generelle Unzufriedenheit mit dem gesellschaftlichen Status quo herrscht und das gesellschaftliche System als eher ungerecht empfunden wird. Gleichzeitig konnten die Autor/-innen ein geringeres Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen feststellen.

Eine der zentralen Fragen für Politik, Wissenschaft und Praxis besteht darin, wie groß die Reichweite der beschriebenen Phänomene über radikale oder extremistische Subsysteme hinaus ist.

Empirisch ist zumindest nachweisbar, dass die Auswirkungen der Diskursverschiebungen nicht auf Diskurse innerhalb alternativer Medien beschränkt bleiben: So stellt Tilman Klawier anhand von Fallstudien fest, dass intermediales Agenda-Setting von Alternativmedien auf Mainstream-Medien durchaus stattfindet. Jonas Ziock et al. weisen zudem auf die große Reichweite ent-

sprechender Narrative hin: In einer Analyse der Social-Media-Reaktionen auf Ermittlungen der Bundesanwaltschaft im Reichsbürger-Milieu beobachteten sie, dass Beiträge von alternativen Medien deutlich häufiger als Beiträge von klassischen Nachrichtenmedien geteilt werden und in hohem Maß problematische Des- oder Missinformationsnarrative enthalten.

Insgesamt ist intermediales Agenda-Setting jedoch nicht immer erfolgreich. Zudem erlangen Desinformationsnarrative nur dann eine signifikante Reichweite, wenn sie in der massenmedialen Berichterstattung aufgegriffen werden. Jeanette Hofmann resümiert dazu, dass eine gewisse Diskrepanz zwischen der öffentlichen Wahrnehmung der Gefahr, die von Desinformation ausgeht, und deren tatsächlich nachweisbaren Effekten existiert. Dies wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung als *moral panic* bezeichnet. Die empirische Forschung zeigt außerdem, dass Desinformation vor allem Menschen mit entsprechenden Dispositionen anspricht und ihre Sichtbarkeit auf einem Zusammenspiel von populistischer Politik und Medien beruht. Jeanette Hofmann wirft die Frage auf, ob aktuelle politische Bekämpfungsstrategien ihr Ziel womöglich verfehlen, weil sie sich zu sehr auf digitale Plattformen und zu wenig auf die Rolle populistischer Politiker/-innen selbst konzentrieren.

Auch wenn es die tatsächlichen Auswirkungen von Diskursverschiebungen hin zu radikalen bzw. extremistischen Ansichten weiter zu erforschen gilt und sich manches Negativszenario möglicherweise etwas relativieren wird, gibt es keinen Grund zur Entwarnung: Ein Minimalkonsens über grundlegende Fakten ist für den demokratischen Prozess notwendige Bedingung.

2 Inzivilität bezeichnet hierbei ein Verhalten, im Rahmen dessen demokratiefeindliche Positionen vertreten, unwahre Anschuldigungen erhoben, Gewalt angedroht oder gebilligt und rassistische bzw. sexistische Stereotypen zur diskursiven Delegitimierung genutzt werden.

Demokratische Gesellschaften stehen vor der Herausforderung, den eingangs beschriebenen Entwicklungen mit passenden Maßnahmen zu begegnen. Die Komplexität der Thematik bedarf entsprechend einer ganzheitlichen Strategie aus Prävention und Repression. Dabei mangelt es nicht an potenziellen Ansätzen, wie z. B. Johannes Gemkow zeigt. Im Rahmen einer Analyse des Wissenswandels durch Digitalisierung diskutiert er das Konzept der Medienkompetenz als pädagogisches Korrektiv. Pascal Tannich et al. entwickeln auf Grundlage einer Interviewstudie, die die communitybezogene, redaktionelle Arbeit von Journalist/-innen öffentlich-rechtlicher Anstalten in den Blick nimmt, Ansätze für Innovationsstrategien zur Interaktion mit Nutzer/-innen journalistischer Online-Medien.

Insgesamt ist hier die Politik in einem ständigen Dialog mit Wissenschaft und Praxis gefordert, aus den vielen denkbaren Ansätzen eine konsistente Gesamtstrategie zu entwickeln.

Sicherheitsbehörden sind angehalten, dem Phänomen von Diskursverschiebungen durch die Verbreitung von Desinformationsnarrativen bzw. daran geknüpfte Verschwörungsnarrative in einer hinreichenden analytischen Tiefe zu begegnen, um daraus Rückschlüsse für das eigene Handeln zu ziehen.

Alle Bemühungen sollten auf Fakten basieren, die unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden gewonnen werden. Die Wissenschaft kann dabei auf zwei Ebenen unterstützen. Erstens beschreibt sie die jeweiligen Phänomene. Die Beiträge in diesem Tagungsband stellen nur einen Ausschnitt der aktuellen Forschung dar, und doch liefern die wissenschaftlichen Untersuchungen eine Vielzahl relevanter Erkenntnisse, die potenzielle Praxisimplikationen enthalten.

Zweitens entwickelt die Wissenschaft Methoden zur Analyse der jeweiligen Phänomene, die potenziell auch für Akteure/Akteurinnen der Praxis nutzbar sind. Analysemethoden wie die systematische Exploration der Grammatik von rechtsextremen Memes, zu der Kai Denker in seinem Beitrag ausführt, sind potenziell wertvoll – beispielsweise für die Analysebereiche von Sicherheitsbehörden.

Wichtig ist, dass dabei stets auch forschungsethische Erwägungen im Blick behalten werden, wie Liane Rothenberger und Melanie Schmitt am Beispiel der Forschung mit und über Geflüchtete zeigen.

Der Austausch zwischen allen Akteuren/Akteurinnen sollte zudem stets auf Augenhöhe stattfinden und für die Beteiligten gleichermaßen erkenntnisreich sein. Stepanka Kadera und Leon A. Brandt zeigen in ihrem Beitrag über die Bedarfslagen der Kinder- und Jugendhilfe im Kontakt mit Menschen- und Demokratiefeindlichkeit und Verschwörungserzählungen beispielsweise, dass in diesem Bereich tätige Fachkräfte sich entsprechende Fachberatung und Fortbildung wünschen. Nur durch eine funktionierende Kommunikation zwischen allen Beteiligten können solche wechselseitigen Bedarfe erkannt und bedient werden.

Die Wissenschaftskonferenz 2023 hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass Wissenschaft, Sicherheitsbehörden und Praxis nicht übereinander, sondern miteinander sprechen, um Demokratiefeinden nicht das Feld im Kampf um die Deutungshoheit im digitalen Zeitalter zu überlassen. Nur so können Synergien auf das Ziel hin gebündelt werden, in Deutschland auch künftig in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft leben zu können.

Zentrum für Analyse und Forschung
am Bundesamt für Verfassungsschutz

Inhalt

Impulsvorträge

Kapitel 1

„Desinformation als Instrument fremder Mächte und Nachrichtendienste“

Bodo W. Becker 12

Kapitel 2

Desinformation als Symptom: ein Überblick

Jeanette Hofmann 20

Die Macht der Meinung: Strategische Beeinflussung und Diskursbildung

Kapitel 3

Alltagsästhetik, Lebenswelt und (Rechts)extremismus. Für eine qualitative, alltagskulturelle Analyse extrem rechter Ideologien, Narrative und Akteure

Rolf Frankenberger und Daniel Buhr 32

Kapitel 4

Intermediales Agenda-Setting von rechts? Drei Fallstudien zum Einfluss rechter Alternativmedien auf etablierte Nachrichtenangebote

Tilman Klawier 46

Staat, Medien, Wirtschaft: Zwischen Beeinflussung und Empowerment

Kapitel 5

Digitales Wissen in der Krise?

Johannes Gemkow 56

Kapitel 6

**Kinder- und Jugendhilfe im Kontakt mit Menschen- und Demokratiefeindlichkeit,
Verschwörungserzählungen – Verbreitung, Erfahrungen, Bedarfslagen –**
Stepanka Kadera, Leon A. Brandt 68

Meinungsbildungsprozesse: Akteure und Mechanismen

Kapitel 7

**„Liebe ist kein Maßstab. Was ist, wenn einer seinen Hund liebt?“ Salafistische
Argumentationsmuster gegen queere Lebensweisen**
Philipp Müller, Britt Ziolkowski 80

Kapitel 8

**Geschichtsrevisionismus und kollektives Gedächtnis: Deutungskämpfe um die
deutsche Kolonialgeschichte**
Jens Ruppenthal 90

Verschwörungsnarrative: Die Macht der Erzählung

Kapitel 9

**Ein grandioses Selbst, von Feinden umgeben? Effekte von antagonistischem
Narzissmus auf Medienbewertung und Verschwörungsglaube**
Robert Luzsa 104

Kapitel 10

**Verbreitung und Rezeption von Verschwörungstheorien und
Mobilisierungsaufrufen auf Telegram während der Coronapandemie**
Simon Kruschinski, Pablo Jost, Leyla Dogruel, Pascal Jürgens 116

Kapitel 11

**Verharmlosung und Verschwörung: Narrative in Social-Media-Posts als Reaktion
auf die Großrazzia im Reichsbürgermilieu im Dezember 2022**
Fiete Stegers, Jonas Ziock, Christian Stöcker 130

Kapitel 12

**Neue Extremismusformen, entideologisierte Verschwörungstheorien und ihre
besondere Beziehung zu den sozialen Medien**
Oliver Drewes 144

Meinungsbildung 2.0: Zentrale Akteure als treibende Kraft

Kapitel 13

Inzivile Meinungsbildung durch Superuser in rechten Telegramkanälen

Maximilian Krug 154

Kapitel 14

Der Neoeurasismus Alexander Dugins als kulturhegemoniale Strategie im Wandel – zwischen geopolitischer Agenda und virtuellem Verschwörungsmythos

Paul Ortenau 164

Analyse und Ethik: Umgang mit herausfordernden Datenquellen

Kapitel 15

Extrem rechte Bild/Sprachen. Zur Grammatik von Internet-Memen

Kai Denker 176

Kapitel 16

Mediale Repräsentation und Wahrnehmung geflüchteter Frauen. Eine kritische Reflexion ethischer und forschungsmethodischer Herausforderungen

Liane Rothenberger, Melanie Schmitt 192

Prävention und Gegenmaßnahmen: Implikationen für Politik und Praxis

Kapitel 17

Verschwörungsglauben in Deutschland während der Coronapandemie

Natascha Hetzel, Tilman Klawier, Fabian Prochazka & Wolfgang Schweiger 204

Kapitel 18

Aktuelle Entwicklungen im Community-Management öffentlich-rechtlicher Redaktionen

Pascal Tannich; Leonie Bednorz; Anna Hafenrichter; Hanna Marquardt 218

Autorinnen und Autoren 230

Impressum 235

Kapitel 1

„Desinformation als Instrument fremder Mächte und Nachrichtendienste“

Bodo W. Becker

„Wir befinden uns in einem Medienkrieg!“ – so die Chefredakteurin des russischen Staatssenders RT Margarita Simonyan im September 2021. Und selbstverständlich stehe RT auf der Seite Russlands, wenn Russland im Krieg sei. RT sei das „Verteidigungsministerium des Kremls“.

Da kann der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu nicht Abseits stehen. Er behauptete kurz vor Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Januar 2022: Mit sogenannten „Informationswaffen“ werde an allen Fronten ein „Informationskrieg gegen Russland“ geführt.

Gleich eingangs lassen sich zwei Merkmale des russischen Agierens beim Thema „Desinformation als Instrument fremder Mächte und Nachrichtendienste“ festhalten: Das, was Russland anderen vorwirft, betreibt es selbst. Und außerdem: Russland sieht sich als Opfer, nicht als Täter. Dieses faktenverdrehende und desinformierende Vorgehen erinnert eher an George Orwells „1984“ und die Parole „Krieg ist Frieden!“ als an ein Kommunikationskonzept.

Bei Desinformation handelt es sich – so das Arbeitsverständnis des BfV – um die gezielte Ver-

breitung falscher oder irreführender Informationen. Das Ziel ist die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, um ein bestimmtes politisches Anliegen zu erreichen. Im Gegensatz zur Information ist Desinformation nach objektiven Maßstäben inhaltlich unzutreffend – und das ist einem Urheber von Desinformation bewusst.

Das BfV schützt besonders die Kernelemente unserer Verfassung. Diese misst kontroverser öffentlicher Debatte, in die sich alle einbringen können, einen hohen Wert zu. Im Grundgesetz ist die Freiheit, Meinung zu äußern und am offenen politischen Willensbildungsprozess teilzunehmen, verankert. Desinformation zielt auf diesen demokratischen Diskurs und kann ihn beschädigen. Im besten Fall werden Lügner öffentlich entlarvt. Im schlimmsten Fall gelingt es ihnen, die Gesellschaft zu täuschen.

Staatliche Akteure, die im Verborgenen mit einem großen Werkzeugkasten Desinformation betreiben, bergen ein besonders großes Risikopotenzial für unsere Demokratie. Der Verfassungsschutz bearbeitet deshalb Desinformation und Einflussnahme seit vielen Jahrzehnten. Ob unter dem Namen PSYOPS, aktive Maßnahmen, Manipulation

Möglichkeiten Russlands gegen Deutschland und westliche Demokratien

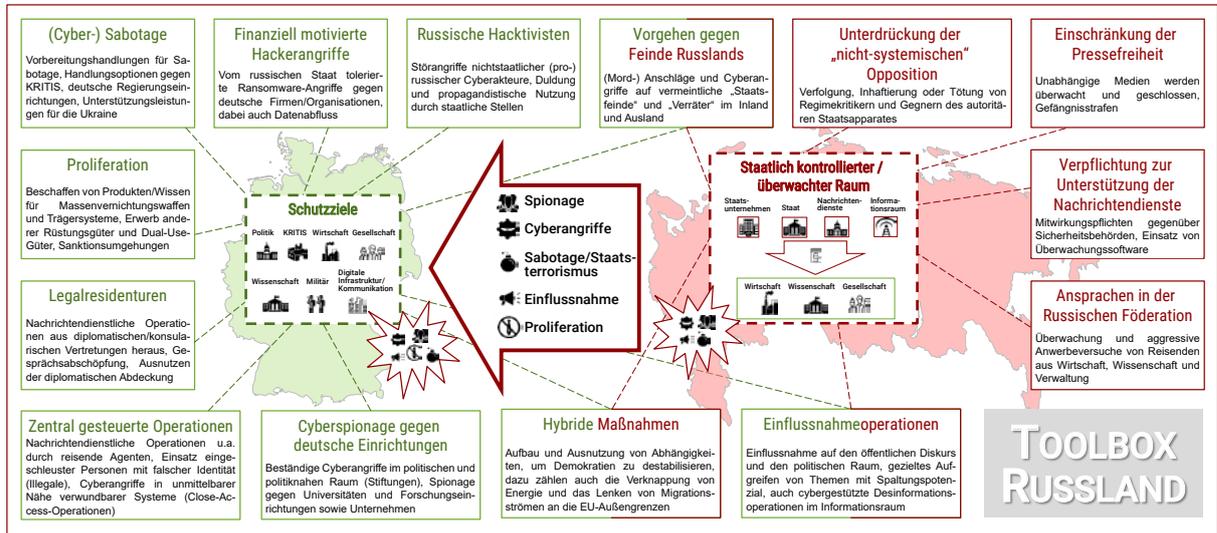


Abbildung 1: Schaubild zu den Möglichkeiten Russlands gegen Deutschland (© BfV)

oder hybride Bedrohung – Desinformation und Einflussnahme sind traditionelle Handlungsoptionen russischer wie auch anderer Nachrichtendienste, wie beispielsweise der Abteilung X der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Das langjährige Wirken der HVA gegen die alte Bundesrepublik dokumentieren Forschungsarbeiten aus den letzten Dekaden, Verfassungsschutzberichte früherer Jahrzehnte wie auch die Unterlagen des Bundesarchivs. Und im Herbst 2023 legte Michael Wala eine quellenbasierte Auswertung der Arbeit der Spionageabwehr des BfV gegen die Spionage der HVA des MfS vor.

Auch heute beschäftigt sich die Cyber- und Spionageabwehr des BfV mit Desinformation als Instrument fremder Mächte. Denn diese wollen so Funktionsmechanismen und Zusammenhalt einer offenen Gesellschaft schwächen und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit staatlicher Stellen beschädigen.

Als Urheber macht das BfV dabei zumeist staatliche und staatsnahe Akteure aus. Diese wirken ge-

plant und koordiniert zusammen. Dabei kommen offene und verdeckte Mittel zum Einsatz. Fremde Nachrichtendienste sind in diese Netzwerke eingebunden.

Wie sich die Lage um Desinformation als Instrument fremder Mächte im Ringen um Deutungshoheit darstellt, soll am Beispiel des russischen Agierens mit einigen Schlaglichtern veranschaulicht werden.

Seit dem Beginn des Angriffskriegs Russlands ist russische Desinformation für die deutsche Öffentlichkeit besonders sichtbar geworden. Gut die Hälfte (54 %) aller im Sommer 2023 vom Meinungsinstitut forsa im Auftrag der Landesanstalt für Medien NRW Befragten gab an, dass ihnen zumindest gelegentlich politisch motivierte Desinformation im Internet begegnet sei.

Russlands Vorgehen im Informationsraum hat sich deutlich verändert: Es hat Inhalte wie Tonalität seiner Desinformation flexibel an sein Kriegshandeln und die deutschen wie globalen Diskurse

angepasst. Dabei ist die Desinformation deutlich konfrontativer und aggressiver geworden.

Sie dient im Inneren Legitimation und Machterhalt des Präsidenten. Aber über Desinformation versucht der Staatsapparat Russlands, die öffentliche Meinung auch andernorts in seinem Sinn zu beeinflussen. In Deutschland soll das Vertrauen der Bevölkerung in Politik, Verwaltung und die freien Medien untergraben werden. Ebenso sollen unsere Werte- und Bündnisgemeinschaften wie EU und NATO diskreditiert und geschwächt werden. Dazu greift Russland aktuelle Konfliktthemen auf und instrumentalisiert diese.

Staatliche russische Stellen nutzen viele Möglichkeiten zum direkten wie indirekten Streuen von Desinformation. Neben offiziellen Verlautbarungen vom Staatspräsidenten und seinen Echokammern in Regierung und Parlament kommen die Staatsmedien zum Zuge, zudem werden von den Nachrichtendiensten betriebene Informationsportale eingesetzt. Außerdem werden – in den letzten Jahren zunehmend intensiver – soziale Medien wie Facebook, X (ehemals Twitter), Instagram, YouTube, Odysee, Telegram und TikTok genutzt.

Die vielen kleinen „propagandistischen Nadelstiche“ über diese mannigfaltigen Kanäle sind für sich genommen eher unbedeutend und zumeist ohne Sicherheitsrelevanz. Aber in der Gesamtschau kann diese Desinformation eben doch wirken: Akteure eines anderen Staates besetzen Themen frühzeitig oder bestimmen das Framing mit. Es kann ihnen so gelingen, ein Klima von Skepsis, Ablehnung oder Misstrauen mitzuprägen oder womöglich Personengruppen gegeneinander aufzuwiegeln. Das Thema Flucht und Migration bespielt Russland mindestens seit 2016. Damals war im Rahmen des „Fall Lisa“ – Flüchtlinge sollten in Berlin ein russischstämmiges Mädchen entführt und misshandelt haben – ein recht holz-

hammerartiges propagandistisches Vorgehen des russischen Außenministers zu beobachten.

Solche Ziele – Skepsis und Misstrauen säen – verfolgte 2022 auch eine damals neuartige internationale prorussische Desinformationskampagne. Im August 2022 machten das ZDF und das Nachrichtenportal t-online ein Netzwerk von Tausenden Facebook-Accounts öffentlich. Sie hatten die Links zu Dutzenden gefälschten Websites verbreitet. Diese Websites waren quasi Kopien namhafter Medien aus aller Welt, wie etwa der Süddeutschen Zeitung oder des britischen The Guardian. In der Aufmachung wie ihre Vorbilder, aber im Ton deutlich prorussisch positioniert, sollten die gefälschten Inhalte die Leserschaft für das Handeln Russlands einnehmen und die Ukraine wie die sie unterstützenden Staaten diskreditieren. Über 2.000 Facebook-Accounts dieser großen Operation mutmaßlich russischer Herkunft, wie sie der Facebook-Betreiber Meta einordnete, wurden schließlich durch die Onlineplattform stillgelegt.

Im Frühjahr 2023 flammte diese „Doppelgänger-Kampagne“ nochmals auf: Nun verwiesen neu kreierte Facebook-Accounts u. a. auf Kopien von Websites deutscher Regierungsstellen, darunter der des Bundesinnenministeriums. Dabei gingen die Akteure im Detail akribisch vor. Die Webadresse des Ministeriums änderten sie nur leicht ab, damit sie bei einem flüchtigen Kontrollblick nicht direkt auffällt – das sogenannte Typosquatting. Die Aufmachung der Seite wurde eins zu eins nachgebaut – alles ordentlich im Corporate Design der Bundesregierung. Auf der Seite selbst fand sich ein gefälschter Gesetzentwurf zu Änderungen im Migrationsrecht. Schutzgebende sollten aufgefordert werden, den Behörden zu melden, dass sie Menschen aus der Ukraine eine Wohnung vermietet haben – angeblich, um die Bildung sogenannter „krimineller ethnischer Gruppierungen“ zu verhindern.

Der digitalisierte Informationsraum ist schnell, global und erscheint nahezu unkontrollierbar. Solche Aktivitäten sind für die Plattformbetreiber nur schwer zu überblicken. Das bekundete im August 2023 eine Meta-Sprecherin, nachdem bekannt geworden war, dass zahlreiche Facebook-Konten auf die von einem russischen Nachrichtendienst betriebene Website News Front verlinkt hatten. Auch im klassischen Web sieht es ähnlich aus. Die EU-Sanktionen Anfang März 2022 gegen russische Staatsmedien führten kurzfristig dazu, dass deren Websites nicht mehr aufzurufen waren. Doch u. a. Spiegelseiten und neue Domains umgingen die Verbreitungsbeschränkungen alsbald.

Dazu kommt, dass Desinformation im Netz immer ausgefeilter und zielgruppenspezifischer aufbereitet wird. Zukünftig kann auch künstliche Intelligenz bei der Generierung und Verbreitung von Desinformation und Deepfakes als Verstärker eingesetzt werden.

Schon jetzt erfolgen Bildmanipulationen: Das russische Prankster-Duo „Vovan und Lexus“ ver-

suchte sich im Sommer 2022 mit manipulierten Videoanrufen bei der Regierenden Bürgermeisterin Berlins und bei Bürgermeistern anderer europäischer Hauptstädte. Dabei spielten sie Bilder des Bürgermeisters von Kiew ein und mokierten sich anschließend über die getäuschten westlichen Politiker.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums würdigte das Duo als „Meister der Telefondiplomatie“; die Komiker selbst gaben an, dass sie sich als Botschafter der russischen Videoplattform RuTube finanzieren würden, ein Tochterunternehmen von Gazprom-Media, Teil des staatlichen Gazprom-Konzerns und ein bedeutsamer russischer Medienkonzern. Hier wurde das arbeitsteilige Zusammenspiel bei Desinformation deutlich.

Russland ist es egal, ob verbreitete Narrative bereits als Unwahrheiten widerlegt worden sind. Das illustrieren die wiederholt bemühten angeblichen Biowaffenlabore in der Ukraine. Die Mär, die USA würden dort solche Institute betreiben, greifen russische Stellen immer wieder auf – nur leicht variiert.



Abbildung 2: Ausschnitt aus der vermeintlichen Videokonferenz Giffey – Klitschko (Berliner Morgenpost vom 25.06.2022)

Russland wirft auch Deutschland vor, sich an Biowaffenprogrammen in der Ukraine zu beteiligen. Dazu stellte die Sprecherin des russischen Außenministeriums im April 2022 ein tatsächliches Biosicherheitsprogramm des Auswärtigen Amtes, bei dem auch die Bundeswehr mitwirkt, verzerrend als Aufrüstungsmaßnahme dar. Später im Jahr teilte die Duma mit, dass sie zu Biowaffen in der Ukraine einen Untersuchungsausschuss eingesetzt habe. Der Ausschuss hat im April 2023 seine Erkenntnisse über die Staatsmedien präsentiert.

Auf diese Weise wollen russische Desinformationsakteure, gerade bei eher „ungewöhnlich“ anmutenden Themen, den Wahrheitseffekt (Illusory-Truth-Effect) bedienen – das psychologische Phänomen, dass wiederholte Aussagen eher als wahr eingeschätzt werden als einmalige Statements.

Ähnlich hatte das russische Verteidigungsministerium im März 2022 versucht, das Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit zu diskreditieren. Das Ministerium verbreitete die krude Behauptung, dass das Institut gemeinsam mit ukrainischen Stellen und weiteren westlichen Staaten Fledermäuse, Vögel und Reptilien mit übertragbaren Krankheiten infiziere, um diese anschließend als „Biowaffen“ über die russische Grenze ziehen zu lassen.

Zuletzt flogen die Zugvögel als „Biowaffen“ im Mai 2023 durch den russischen Desinformationsraum. Gebetsmühlenartig wiederholt, mithilfe angeblicher „neuer Beweise“ und Aussagen vermeintlicher „Experten“ künstlich pseudoaktualisiert.

Dieses Vorgehen zielt neben der Diskreditierung Deutschlands, der USA und der Ukraine auch darauf ab, Medienkonsumenten mit Desinformationen zu übersättigen. Der Informationsraum soll durch die schiere Masse an Falschinformationen geflutet werden, User durch

ständige Wiederholungen überfordert werden. Es soll ein generelles Misstrauen gegenüber jeglicher Information erzeugt werden. Ein per se unglaubwürdiger Akteur wie Russland versucht so, einen relativen Vorteil gegenüber unabhängigen Informationsquellen zu erringen. Das Kalkül: Meine Lügen führen dazu, dass die kritische Öffentlichkeit geneigt ist, bei Kontroversen allen Beteiligten gleichermaßen ein vermeintlich „gesundes Misstrauen“ entgegenzubringen.

Gegen Desinformation können betroffene Stellen mit Richtigstellungen antworten – der Strategie des Debunking. Dabei sollen falsche Behauptungen schnell entlarvt und anhand überprüfbarer Fakten eingeordnet werden. Das Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit reagierte im März 2022 umgehend auf die Desinformation. Es veröffentlichte einen klarstellenden Beitrag in einer Fachzeitschrift – dem Science Magazine, einer der bedeutsamsten Wissenschaftspublikationen.

Rasche, deutliche und sachliche Klarstellung – ein solches Debunking kann helfen, Schaden vom freien Meinungsbildungsprozess abzuwenden.

Das Problem, dass Teile der Bevölkerung für Desinformationsnarrative empfänglich zu sein scheinen, ist damit nicht gelöst. Und auch die Mechanismen des Medienmarktes sowie die intransparenten Algorithmen sozialer Netzwerke wirken weiter: Möglichst krasse Aussagen rentieren sich und finden Verbreitung. Und genau solche Prozesse machen sich auch fremde Nachrichtendienste bzw. andere Staaten zunutze, wenn sie Desinformation in den Informationsraum blasen.

In diesem Zusammenhang haben insbesondere Messengerplattformen an Bedeutung gewonnen. Im Vergleich zu den anderen großen Social-Media-Plattformen werden Inhalte dort weniger oder gar nicht moderiert oder offline genommen. Eine besondere Funktion als Kanal und Multiplikator von



Abbildung 3: Grafische Aufbereitung des Impulsvortrags im Konferenzsaal, erstellt von der Illustratorin Susanne Asheuer

Desinformation kommt dem Messengerdienst Telegram mit seinen Chatgruppen zu. In diesen kann Desinformation quasi lawinenmäßig weiterverbreitet werden. So haben beispielsweise pro-russische Aktivisten im Mai 2022 in Echtzeit Kurzfilme von ihren propagandistischen Aufmärschen und Autokorsos in Deutschland zum russischen „Tag des Sieges“ geteilt.

Auch weil auf sozialen Medien in Sekunden-schnelle weitergeleitet, gelikt und kommentiert werden kann, stellen sie für staatliche Desinformationsakteure die erste Wahl dar. Sie erhoffen sich so rasch größere Aufmerksamkeit für ihre Botschaften und eine zumindest unterschwellige Beeinflussung des Meinungsklimas.

Im Frühjahr 2023 wurde eine weitere Nutzung sozialer Medien bei Desinformations-Aktivitäten bekannt. Russische Stellen warben in Polen Handlanger für Propagandaaktivitäten über Telegram an. Für kleines Geld sollten Graffiti gesprüht oder Flyer verteilt werden.

Für ihre Meinungsmache stärken sich die russischen Urheber und Verbreiter von Desinformation gegenseitig. In einem Desinformationskreislauf greifen sie häufig Inhalte anderer russischer Stellen auf, nutzen sie als Beleg und geben sie erneut wieder.

Bei der Suche nach Reichweite und Plausibilität kommen auch Influencer ins Spiel. Ihr Image und die Anzahl von Followern lassen sie, oberflächlich betrachtet, glaubwürdig erscheinen. Und russische Staatsmedien bieten ihnen wiederum ebenfalls eine zusätzliche Bühne – als Kronzeugen der staatlichen Propaganda.

Hierbei wie bei den „Doppelgänger-Websites“ betreiben russische Desinformationsakteure „Informationswäsche“. Falschmeldungen werden dabei erneut aufgegriffen, als Beleg für die eigene Propaganda gedeutet und in neuem Gewand weiterverbreitet.

Solche vermeintlich „authentischen Quellen“ können neben Influencern und von den eige-

nen Diensten betriebenen Websites auch gehackte Accounts sozialer Medien von Politikern sein. Dabei greifen russische Dienste zuerst mit Cyberangriffen Zugangsdaten zu Websites oder Konten sozialer Medien ab. Dann stehlen sie Informationen. Schließlich veröffentlichen sie tatsächliche oder präparierte Botschaften auf den übernommenen Konten sozialer Medien. Oder sie publizieren diese auf vom Nachrichtendienst manipulierten unabhängigen Nachrichtenportalen.

Der russische Cyberakteur Ghostwriter verbindet seit Jahren im Osten Europas Cyberangriffe mit Desinformations- und Einflussnahmeaktivitäten, zu sogenannten „Hack-and-leak“- oder „Hack-and-publish“-Operationen. Auch in Deutschland versucht Ghostwriter immer wieder, Zugangsdaten von Personen aus dem politischen Raum abzugreifen.

Dieser Überblick am Beispiel Russland macht deutlich, dass ausländische staatliche Stellen alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Desinformation nutzen. Nachrichtendienste oder camoufliertes Vorgehen spielen dabei eine wichtige Rolle.

Desinformation wirkt sich meist nicht unmittelbar auf die Meinungsbildung aus, so auch ein Ergebnis der eingangs erwähnten forsa-Umfrage aus dem Sommer 2023. Doch Desinformation ist der Nährboden zur Diskreditierung der Demokratie. Aber unsere Verfassung versteht sich als wehrhafte Demokratie.

Der Verfassungsschutz mit seiner Cyber- und Spionageabwehr wirkt dabei im Rahmen seiner Zuständigkeit bei der Aufklärung und Abwehr der Tätigkeiten fremder Mächte und Nachrichtendienste als Frühwarnsystem beim Demokratieschutz mit. Denn das Verschleiern wahrer Intentionen spielt gerade auch bei nachrichtendienstlichen Einflussnahmeoperationen eine Rolle. Und natürlich ist Camouflage von entscheidender Bedeutung bei Spionage und Sabotage, mit der sich die Spionageabwehr auseinandersetzt.

Unter anderem bringt sich das BfV in die Zusammenarbeit von Ressorts und Behörden zu illegitimer ausländischer Einflussnahme im Rahmen der AG Hybrid des Bundes ein. Über die Ergebnisse seiner Analysen berichtet der Verfassungsschutz zudem der Regierung, dem Parlament und der Öffentlichkeit.

Der geopolitische Konflikt um die künftige Gestaltung der Weltordnung und die sich weiterentwickelnde Digitalisierung des Informationsraumes werden auch zukünftig Motivation und Angriffspunkt zugleich für fremde Mächte bleiben, mit Desinformation Einfluss zu nehmen. Deshalb ist es gut, dass sich diese 2. Wissenschaftskonferenz des BfV zur Meinungsbildung und zu den Strategien im Ringen um Deutungshoheit der gemeinsamen Verantwortung stellt, sich für den demokratischen Diskurs in unserem Land einzusetzen. Sie ist ein Beleg für unsere Wehrhaftigkeit: gegenüber denjenigen, die sich in einem Informationskrieg wähen.

Abbildungsverzeichnis Kapitel 1

Abbildung 1:	Schaubild zu den Möglichkeiten Russlands gegen Deutschland (© BfV)	13
Abbildung 2:	Ausschnitt aus der vermeintlichen Videokonferenz Giffey – Klitschko (Berliner Morgenpost vom 25.06.2022)	15
Abbildung 3:	Grafische Aufbereitung des Impulsvortrags im Konferenzsaal, erstellt von der Illustratorin Susanne Asheuer	17

Kapitel 2

Desinformation als Symptom: ein Überblick

Jeanette Hofmann

1 Einleitung: Narrative und Gegennarrative

Seit knapp zehn Jahren widmen wir dem Wahrheitsgehalt von Nachrichten sehr viel Aufmerksamkeit, denn Desinformation oder Postfaktizität gelten als Bedrohung¹. Letztere stehen in dem Verdacht, Menschen zu manipulieren, politische Ordnungen zu destabilisieren und das Vertrauen in demokratische Institutionen zu schwächen. Verantwortlich für die Zunahme von postfaktischen Informationen werden gegenwärtig vor allem Kommunikationsplattformen wie Facebook, Instagram, TikTok oder X (vormals Twitter) und das algorithmische Kuratieren von Informationsflüssen gemacht. Politisch macht sich das daran bemerkbar, dass derzeit in vielen Ländern gesetzliche Regelungen erwogen oder bereits umgesetzt werden, die die Betreiber großer Plattformen dazu verpflichten, gegen die gezielte Verbreitung von Desinformation vorzugehen.²

Der Fokus auf digitale Netzwerke und Plattformen in der Bekämpfung von Desinformation

scheint nahezu selbsterklärend. Ist es nicht eine Binsenweisheit, dass bislang noch jedes Medium seine eigene Version von manipulativen Inhalten hervorgebracht hat (Napoli 2019)? Unterhaltungsmedien stehen seit jeher im Verdacht, ihr Publikum zu verführen und sind dafür regelmäßig in gesellschaftlichen Verfallserzählungen kritisiert worden (vgl. überblicksweise Starr 2021). Was Desinformation in den letzten Jahren den Status des Neuen verliehen hat, sind somit weniger manipulative oder falsche Inhalte an sich als vielmehr die Rolle, die sozialen Netzwerken und Plattformen bei ihrer Verbreitung zugeschrieben wird. Zugespitzt formuliert gilt Desinformation gegenwärtig als eine Art ansteckende „Plattformkrankheit“, die offenbar 2016 während des US-amerikanischen Wahlkampfs ausgebrochen ist und potenziell alle Menschen erfasst, die hauptsächlich digitale Medien als Informationsquelle nutzen (Habermas 2021).

Das vorherrschende Verständnis von Desinformation und seine kausalen Verknüpfungen

1 Es gibt bislang keine restlos überzeugende Definition von Desinformation, weil das Phänomen komplexer ist, als es die binäre Unterscheidung zwischen wahr und falsch nahelegt. Der Begriff Postfaktizität, die Eindeutigkeit von „post-truth“, scheint mir noch am angemessensten, klingt aber leider etwas wuchtig.

2 Die internationale Blaupause für die Verfolgung strafbarer Inhalte im Netz bildete das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz von 2017. Der 2024 in Kraft getretene Digital Services Act ist breiter angelegt und bezieht auch Desinformation mit ein, freilich ohne diese zu definieren (Peukert 2023).

mit sozialen Medien und Demokratiegefährdung sind allerdings nicht unwidersprochen geblieben. Eine relevante Anzahl von AutorInnen distanziert sich von der These, dass es ausgerechnet Desinformation sei, die derzeit eine Gefahr für die politische Ordnung darstelle, und spricht stattdessen etwas herablassend von einer „moral panic“ (Altay et al. 2023a; Carlson 2020; Jung-herr & Schroeder 2021). Auch die in dem Begriff „fake news“ angelegte Vorstellung, Informationen seien entweder falsch oder richtig, gilt als problematisch. Desinformation ist nicht immer frei erfunden, sondern bewegt sich oft auf einem Kontinuum zwischen einseitiger, subjektiver oder parteiischer Interpretation und Verschwörungstheorie (vgl. auch Rodríguez-Ferrándiz 2023: 25). In kritischer Absicht sind daher eine Reihe von Generenzählungen entstanden, die die Annahmen des Desinformationsdiskurses kritisch beleuchten und andere Interpretationen vorschlagen.

Dieser Artikel versucht sich an einem Überblick zur kritischen Desinformationsliteratur. Im nächsten Abschnitt werden zunächst wichtige Einwände der aktuellen empirischen Desinformationsforschung vorgestellt. Dies betrifft die Aspekte der Verbreitung und die Rolle der Plattformen darin, aber auch die Wirksamkeit von manipulativen Inhalten und im Zusammenhang damit die Motivation der Nutzenden. Der dritte Abschnitt wirft einen Blick auf Gegenentwürfe zum Desinformationsdiskurs und widmet sich dabei insbesondere den politischen Krisendiagnosen im Kontext der „post-truth“-Literatur.

2 „*Debunking disinformation*“: Kontroversen in der Forschung

Die Risiken, die heute mit Desinformation assoziiert werden, stehen in engem Zusammenhang

mit der Ausbreitung digitaler Kommunikationsinfrastrukturen. Auch die Forschung befasst sich insbesondere mit der Rolle sozialer Medien, wie neuere bibliometrische Studien zeigen.³ Wer sich heute empirisch mit Desinformation beschäftigt, betreibt zumeist Plattformforschung, weil dies unter methodischen Gesichtspunkten „bequem“ ist (Altay et al. 2023a: 3). Der Fokus auf Plattformen hat jedoch Folgen dafür, wie Medieneffekte konzipiert und verstanden werden (Anderson 2021: 58).

Eine viel diskutierte Frage in der empirischen Forschung dreht sich um „exposure“, das heißt die Wahrscheinlichkeit, dass man im digitalen Raum mit „fake news“ in Berührung kommt. Dazu sind in den vergangenen Jahren eine Reihe von Studien veröffentlicht worden, die sich allerdings fast ausschließlich auf die USA und einige westeuropäische Staaten beziehen und deshalb nicht verallgemeinerbar sind. Zusammengefasst zeigen die Befunde ein nahezu frappierendes Gefälle zwischen der politischen Bedeutung, die dem Phänomen beigemessen wird, und seiner tatsächlichen Verbreitung (Acerbi et al. 2022: 3). So bewegt sich der geschätzte Anteil von Desinformationen am digitalen Nachrichtenkonsum durchschnittlich zwischen weniger als einem und sechs Prozent. In Deutschland liegt der Anteil zweier Studien zufolge in etwa bei einem Prozent (Acerbi et al. 2022: 3; siehe auch Boberg et al. 2020). Dieser Wert fällt noch geringer aus, wenn man den Nachrichtenkonsum insgesamt betrachtet.

Postfaktisches Wissen, so ein Befund vieler Studien, bildet im wörtlichen Sinne ein Randphänomen der Gesellschaft. So ermittelte eine vielzitierte Studie, dass 0,1 Prozent der Nutzenden 80 Prozent der identifizierten Falschnachrichten verbreiteten und wiederum rund 80 Prozent dieser Falschnachrichten von lediglich einem Prozent der Nutzen-

3 Vgl. dazu Rodríguez-Ferrándiz (2023) und Wang et al. (2022), die den Fokus auf soziale Medien in Publikationen zu Desinformation belegen.

den gesehen wurden (Grinberg et al. 2019: 374). Auch Analysen des Reuters Institute bestätigen, dass die Anzahl derjenigen, die entsprechende Informationsquellen gezielt suchen, lesen und weiterleiten, zumindest in westlichen Demokratien insgesamt gering zu veranschlagen ist (vgl. Boberg et al. 2020: 3). Interessanterweise lässt sich nicht einmal nachweisen, ob das Desinformationsvolumen in den letzten Jahren zugenommen hat (Altay et al. 2023b: 7; Nyhan 2020: 232).

Offenbar findet postfaktisches Wissen vor allem unter denjenigen Anklang, die ein hohes Interesse an Politik haben, ein starkes Misstrauen gegenüber dem etablierten demokratischen Parteienspektrum hegen und unter denen systemkritische Positionen sehr verbreitet sind (Hameleers 2023: 2). Während die Mehrzahl der Menschen im Alltag mit Desinformation selten oder gar nicht in Berührung kommt, erweisen sich der rechte Rand sowie populistische Strömungen als besonders empfänglich dafür (Humprecht et al. 2021). Diese Befunde stehen in Widerspruch zu viel verwendeten Metaphern, die Desinformation als „Seuche“, „Epidemie“, oder als „biological, intravenous, viral and infectious“ (Farkas & Schou 2019: 47) beschreiben und damit nahelegen, diese sei so ansteckend und unkontrollierbar wie die Grippe im Winter. Im Unterschied zu Epidemien verbreiten sich aber Verschwörungsnarrative gerade nicht unkontrolliert, sondern sie werden strategisch gestreut, um ihnen zu allgemeiner Bekanntheit zu verhelfen.

Dass die meisten Menschen in sozialen Netzwerken nur einer geringen Zahl von fabrizierten Nachrichten begegnen, bedeutet jedoch nicht, dass diese insgesamt unbekannt wären. Im Gegenteil, manche Erzählungen wie etwa die „stolen elections“ im Nachgang der US-Wahl im Jahr 2020 oder die bizarre „Pizzagate“-Geschichte während des US-Wahlkampfs 2016 (vgl. dazu Venturini 2022) wurden geradezu weltberühmt. Der Grund

dafür ist, dass die traditionellen Massenmedien eine zentrale Rolle in der Verbreitung von „fake news“ spielen (Tsfati et al. 2020). Der aktuelle Fokus auf digitale Plattformen vernachlässigt das nationale politische und mediale Umfeld, in dem sich Verschwörungserzählungen entfalten können. Entgegen der Annahme, dass Desinformation überwiegend ausländischer Provenienz ist, also aus Russland und China über soziale Netzwerke verbreitet wird, zeigt sich, dass in vielen Ländern, darunter Großbritannien, Österreich, Ungarn, Italien, Türkei, Slowenien, Brasilien, Russland oder den USA, die politische Elite selbst eine zentrale Quelle darstellt (Bennett & Livingston 2020; Köhler 2023; Nyhan 2020: 227).

Es sind vor allem populistische PolitikerInnen und Parteien, die sich als „interpretative communities“ formieren und für ihre Zielgruppen „eigene politische Realitäten kreieren“ (Mourão & Robertson 2019: 2091, eigene Übersetzung). Desinformation, so Mourão & Robertson (2019: 2091), „appears to be closely tied to partisan group identity, reflecting divides in social and cultural values among audiences, as well as the fracturing of the media industry“. Wie vielfach beschrieben, sind Desinformationsnarrative in den seltensten Fällen frei erfunden. Sie knüpfen vielmehr an reale Ereignisse oder Verlautbarungen an, um diese dann mit Blick auf bestehende nationale Spaltungen oder Kontroversen neu zu interpretieren. Es handele sich daher um eine disruptive Form der Kommunikation, die, so Hameleers (2023: 2), vor dem Hintergrund der „Medien und der politischen Landschaft, in der sie erzeugt und konsumiert wird“, verstanden werden muss. Die Bedeutung politischer Eliten und nationaler Medien erklärt auch die nationale Varianz in der Sichtbarkeit von Desinformation (Humprecht et al. 2020).

Digitale Plattformen spielen in der öffentlichen Kommunikation populistischer Eliten zwar eine wichtige Rolle, aber große Reichweiten werden in

den meisten Ländern nach wie vor über traditionelle Massenmedien erlangt. Parteinahе Massenmedien mit einer klaren politischen Agenda haben sich als wichtige Verbündete populistischer Parteien bei der Verbreitung populistischer Narrative wie den schon erwähnten gestohlenen Wahlen in den USA oder der Brexit-Kampagne in Großbritannien erwiesen. Das Fernsehen, so auch Altay et al. (2023a: 3), „is a gateway to misinformation from elites, most notably from politicians“. Aber auch politisch unabhängige Medien tragen in erheblichem Maße zur Verstärkung von Desinformationskampagnen bei, entweder weil sie diese inhaltlich als berichtenswert einstufen oder aus einem (problematischen) professionellen Neutralitätsverständnis heraus, das gebietet, alle Stimmen zu Wort kommen zu lassen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die meisten Menschen mit „fake news“ nicht, wie zumeist unterstellt, in sozialen Netzwerken in Berührung kommen, sondern über traditionelle Medien davon erfahren (Tsfati et al. 2020: 168). Entsprechend verkürzt ist es, digitale Plattformen allein für das Problem der Postfaktizität verantwortlich zu machen. Stattdessen gälte es, das nationale Zusammenspiel aus Politik, politischen Kontroversen und gesellschaftlichen Spaltungen aus alten und neuen Medien in den Blick zu nehmen (für die USA, vgl. Benkler et al. 2018).

2.1 Minimale und mächtige Effekte

Eine Schlüsselrolle in der Diskussion über Desinformation fällt dem Aspekt ihrer Wirksamkeit zu. Wie neuere Diskursanalysen nahelegen, wird die Gefahr von „fake news“ häufig mit Verweis auf die Macht und das Geschäftsmodell digitaler Plattformen plausibilisiert: „If social media companies' power is best understood as infrastructural, then

the way these infrastructures amplify persuasion and psychological manipulation are the techniques typical of that power“ (Creech 2020: 958). Auch wenn es auf den ersten Blick überzeugend scheint, dass mächtige Kommunikationsinfrastrukturen auch wirkungsmächtige Inhalte hervorbringen, ist bis heute wissenschaftlich umstritten, welche Effekte politische Botschaften auf das Denken und Handeln im Einzelnen haben.

Es ist kein Zufall, dass sich die empirische Forschung ganz überwiegend auf die Produktion, Zirkulation sowie die Inhalte von Desinformation konzentriert, aber nur wenige sozialwissenschaftliche Studien zu ihrem Einfluss vorliegen. Während das „Wer“ und „Was“ gut untersucht seien, bleibe der „core aspect of communication research: ‚with what effect‘“ nebulös (Pérez-Escobar et al. 2023: 83). Tatsächlich ist es nahezu unmöglich, belastbare Kausalbeziehungen zwischen der Wahrnehmung und den Folgen von Desinformation, etwa Veränderungen in den Weltbildern oder dem (Wahl-) Verhalten von Menschen zu ermitteln (Lorenz-Spreen et al. 2022: 83).⁴ Eine Erhebung aus dem Jahr 2023 verdeutlicht, wie weit das Meinungsspektrum der ExpertInnen zur Gefährlichkeit von Desinformation auseinanderklafft (Altay et al. 2023b). So waren sich die befragten Fachleute uneinig darüber, ob das für diesen Forschungsbereich ikonische Ereignis der US-Wahl 2016 durch Desinformation substantiell beeinflusst wurde oder nicht. Möglicherweise hängt die Bewertung von Desinformationsnarrativen nicht zuletzt von der wissenschaftlichen Disziplin und den jeweiligen Forschungsmethoden ab; PsychologInnen und DatenanalytInnen scheinen Desinformation häufiger Wirksamkeit zu attestieren als PolitikwissenschaftlerInnen (Altay et al. 2023b: 20; vgl. auch Anderson 2021).

4 Wie die bibliometrische Studie von Wang et al. (2022) zeigt, stammen die meisten Wirkungsanalysen aus der Psychologie. Zumeist handelt es sich um Laborstudien, wie sie etwa in der psychometrischen Verhaltensforschung üblich sind. Ob sich die Befunde solcher auf das individuelle Wahrnehmen und Entscheiden fokussierenden Methoden auf gesellschaftliche Dynamiken hochrechnen lassen, ist zweifelhaft, wie Bennett und Livingston (2020: 6) argumentieren.

In Teilen der kommunikationswissenschaftlichen Forschung ist dagegen die Annahme eines „preaching to the choir“-Effekts verbreitet. Demzufolge werden etwa Verschwörungsnarrative vor allem von denjenigen wahrgenommen und zirkuliert, die bereits entsprechende Dispositionen haben. Manipulierende Inhalte würden dann vor allem Verstärkereffekte wie eine zunehmende Radikalisierung hervorbringen, aber vorliegende Einstellungen nicht grundlegend ändern (Altay et al. 2023a: 8; Jungherr & Schroeder 2021). Diese Vermutung stützt sich auf frühere Befunde aus der Wahlforschung, die den Wahlkampagnen bereits in den 1940er- und -50er-Jahren „minimal effects“ bescheinigten. In Anlehnung an Joseph Klapper resümiert Mercier (2020: 136), dass politische Kommunikation insgesamt eher „as an agent of reinforcement than as an agent of change“ betrachtet werden sollte.

2.2 Das imaginierte Publikum

Der Hinweis auf mehrere Jahrzehnte alte Wahlstudien legt nahe, dass sich die plattformzentrierte Desinformationsforschung mit Phänomenen beschäftigt, die im Zuge des medialen Wandels zwar neu aufgeworfen und anders gerahmt werden, aber eigentlich auf eine längere Tradition zurückgehen. Die Frage der Wirksamkeit von politischen Kampagnen, Propaganda oder Desinformation stellt hierbei nur eine Seite der Medaille dar. Die andere Seite betrifft die Beeinflussbarkeit des Publikums; genauer: die Annahmen über die Kompetenz, Rationalität und informationelle Autonomie der „people formerly known as the audience“ (Rosen 2012). Das Bild eines leichtgläubigen und beeinflussbaren Publikums ist faktisch die Voraussetzung dafür, dass manipulative Botschaften verfangen und als demokratiegefährdend gewertet werden können. Allerdings belegt ein Blick in die Geschichte der Medienwirkungsforschung, dass nicht nur der Glaube an die Macht der Manipulation, sondern auch jener an die Manipulierbarkeit

der Menschen wiederkehrenden Zyklen unterliegt (Livingstone 2019; vgl. dazu auch Nyhan 2020). Die Auseinandersetzung mit früheren, an Massenmedien orientierten Forschungsbefunden findet allerdings nicht in hinreichendem Maße statt. Entsprechend hat im vergangenen Jahrzehnt eine „new era of powerful effects“ begonnen, die die „minimal effects“-Bilanz (Anderson 2021: 42) früherer Forschungszyklen überschattet. Die wissenschaftliche Agenda, so Anderson (2021: 43), ist immer auch dadurch geprägt, wie vorangegangene disziplinäre Entwicklungen erinnert werden.

Gegenwärtig jedenfalls stützt sich die Kritik an der algorithmischen Personalisierung von Inhalten durch digitale Plattformen auf eine „theory of the victim public“ (Špecián 2022: 794). Diese reflektiert ein Verständnis der Nutzenden als „gullible, homogeneous, and unthinking“ (Livingstone 2019: 172). Vor allem in der psychologischen Forschung ist ein Bild von passiven, nur begrenzt rationalen Mängelwesen verbreitet, denen es an Bildung, Urteilskraft, vor allem aber an Digitalkompetenz fehlt. In medial weniger aufgeregten Zeiten, so Livingstone (2019: 173–174), können dagegen andere Vorstellungen vom Publikum in den Vordergrund treten, nämlich einer „active audience, an interpretative audience, far from simply subject to the causal influences of powerful others“. Auch die Annahmen über die Einflussmacht der Medien ändern sich dann entsprechend: „Not only were media effects minimal, but texts also proved to be polysemic, necessarily open to audience interpretation, even resistance“ (Livingstone 2019: 173–174). Die Nutzenden, darauf weisen auch Metzger et al. (2021: 135) hin, konsumieren Nachrichten nicht passiv; sie selektieren, bewerten und interpretieren diese, ein Vorgang, der auch als „secondary gatekeeping“ bezeichnet wird. Soziale Netzwerke haben die Möglichkeiten des sekundären Gatekeeping erweitert, so die AutorInnen, weil sich die Nutzenden nun aktiver an der Auswahl und Verbreitung von Nachrichten beteiligen und damit eine größere Kontrolle über

den Informationsfluss im Netz ausüben können (vgl. Špecian 2022).

Die zwischen Leichtgläubigkeit, Autonomie und Eigensinnigkeit changierenden Wahrnehmungen der Nutzenden sozialer Medien sind unmittelbar relevant, auch im Hinblick auf die Motivationen, die dem Teilen von Desinformation zugeschrieben werden. Gemeinhin wird in der Forschung zwischen Des- und Missinformation bzw. zwischen intendierter und nicht intendierter Verbreitung unterschieden (Wardle & Derakhshan 2017: 5). Dem liegt die Annahme zugrunde, dass ein erheblicher Anteil von „fake news“ unwissentlich geteilt wird. Die heute weit verbreitete Differenzierung zwischen intentionaler und nicht intentionaler Verbreitung ist allerdings nicht unproblematisch. Zunächst neigt sie dazu, die „theory of the victim public“ (Špecian 2022) zu reproduzieren. Demnach leiten Menschen falsche Informationen weiter, weil sie es nicht besser wissen. Die Unterscheidung suggeriert aber auch, dass das Weiterleiten von Informationen im Zentrum der öffentlichen Kommunikation steht. Andere Intentionen geraten dabei aus dem Blickfeld (Kreiss et al. 2020). Und schließlich befördert die „Informationsqualitätsperspektive“ (Jungherr & Schroeder 2021: 3) ein simplifizierendes, weil binäres Verständnis von richtigen oder falschen Informationen, das weder den Praktiken des Teilens (Hameleers 2023; Duffy et al. 2020; Mourão & Robertson 2019) noch den typischen Eigenschaften von Desinformation gerecht wird. Beide Annahmen sind Gegenstand akademischer Kontroversen, deren Argumente nachfolgend zu einer stärker gesellschaftspolitisch orientierten Lesart von Desinformation verdichtet werden sollen.

3 Postfaktisches Denken und epistemische Krise

Eine politische Deutung von Desinformation geht davon aus, dass die Ausbreitung postfaktischer Orientierungen nicht nur zur Erosion demo-

kratischer Institutionen beiträgt, sondern ihrerseits als Ausdruck einer wachsenden Entfremdung von demokratischen Institutionen, speziell ihrer Verfahren der Wissens- und Meinungsbildung, verstanden werden kann (Kreiss et al. 2020). Betrachtet man das Teilen, aber auch die Produktion von Desinformation aus einer solchen Entfremdungsperspektive, vermittelt sich ein Bild von digitalen Gemeinschaften und Netzwerken, für die die Faktizität von Informationen und Narrativen ein mögliches, aber kein entscheidendes Gütekriterium darstellt. Nutzende teilen Nachrichten untereinander aus vielen unterschiedlichen Gründen. Dazu gehören der soziale Austausch mit Freunden oder Gleichgesinnten, die Artikulation von Empörung, aber auch das Signalisieren von Zugehörigkeit zu politischen Lagern. „When misperceptions become group markers“, so Altay et al. (2023a: 7), „participants use them to signal group membership—whether they truly believe the misperceptions or not“. Die Weiterleitung von Nachrichten hat sich demnach zu einer neuen Form von „social glue“ entwickelt; sie ist eine Art „Währung“ zur Selbstdarstellung im Rahmen des Pflagens und Aufbaus von Beziehungen im öffentlichen Raum (Duffy & Ling 2020). Insofern lässt sich das Teilen von Informationen als eine Form von Vergesellschaftung verstehen, die auf sozialen Zusammenhalt zielt und in der sich zugleich „agency“ oder Handlungskapazität manifestiert.

Der Wert, der Informationen in diesem Kontext beigemessen wird, liegt in ihren „social capabilities“ (Duffy & Ling 2020: 81), also der interaktiven Funktion, die sie für die Beteiligten erfüllen. Zentral ist, dass sich dieser soziale Wert von Nachrichten unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt entfaltet: Falsche Nachrichten leisten auch einen Beitrag zu „discursive integration“, wie Mourão & Robertson (2019: 2080) argumentieren. Als Währung oder Medium betrachtet, erlauben sie den Nutzenden, ihren politischen Standpunkt zu klären und Dritten zu kommunizieren. Desinformationsnarrative

verweben „identities, loyalties, and social relationships“ in einer Art und Weise, die die Ideale der Wahrheitsfindung zugunsten von „stories that have currency within the community“ umgehen (Bastos & Tuters 2023: 3). Im Vordergrund steht hierbei nicht immer die Absicht des Täuschens, sondern das Teilen von Inhalten, die im jeweiligen sozialen Kontext politisch relevant erscheinen (Mourão & Robertson 2019: 2080; Rodríguez-Ferrándiz 2023: 3). Es handelt sich somit um „congenial misinformation“ (Altay et al. 2023a: 8), die einerseits nationale politische Kontroversen und Spaltungen aufgreift und andererseits verspricht, spezifische Weltbilder und Neigungen zu bestätigen und zu aktualisieren. Wer also öffentlich behauptet, dass die letzte US-Wahl vom eigentlichen Wahlsieger gestohlen worden sei, drückt damit soziale Zugehörigkeit sowie politische Loyalität mit dem unterlegenen Spitzenkandidaten aus, ohne dieser Aussage deshalb notwendigerweise Glauben zu schenken. Es ist ein verbreitetes Missverständnis, dass Menschen Informationen immer für wahr halten, die sie mit Dritten teilen (Altay et al. 2023a: 5).

Die Verbreitung von Desinformation beruht folglich nicht unbedingt auf Unkenntnis oder Naivität der Menschen, sie kann durchaus auch als eine Zurückweisung und absichtsvolle Entwertung der herrschenden Institutionen der Wissensproduktion mitsamt ihren Normen und Verfahren der Prüfung von Geltungsansprüchen interpretiert werden. Professionellen Medien wird das Vertrauen entzogen und ExpertInnen die Gefolgschaft aufgekündigt, weil es in der Politik im Kern um „Identität und Gruppenloyalität“ gehe, nicht um die Fehlerfreiheit von Fakten, so charakterisiert MacMullen (2020: 111) das postfaktische Denken (vgl. auch Kreiss et al. 2020). Die gegenwärtige „information disorder“, so Bennett & Livingston (2018: 9), beruhe auf der Erosion evidenzbasierter Verifikationsverfahren, die neben den Medien auch das Recht, die Wissenschaft und die öffentli-

che Verwaltung erfasse. In diesem Sinne verweist Postfaktizität über ihre Verbreitungsmedien hinaus auf eine epistemische Krise, die die Beziehung zwischen dem, was gesagt werden darf, und denen, die sprechen dürfen, betreffe (Valaskivi & Robertson 2022: 156). Zu beobachten sei ein Verlust generalisierten Vertrauens in wissenschaftliche Expertise, journalistische Berichterstattung, aber auch politische Autorität.

Vertrauen im Kontext öffentlichen Wissens kann man sich als eine Art Zwitterform zwischen Glauben und Wahrheit vorstellen, so Harsin (2021: 6). Vertrauen sei erforderlich, weil man die Wissenserstellung in weiten Teilen an ExpertInnen und JournalistInnen delegieren muss, denn „much of what we think we ‚know‘, is really what we believe based on trust in those who make truth claims (which may or may not actually be true according to the scientific community of the day, today, or tomorrow)“ (Harsin 2021: 6 in Anlehnung an Walter Lippmann; vgl. auch MacMullen 2020: 98). Es sind diese „truth claims“ beziehungsweise Geltungsansprüche von Wissenschaft, Politik und Medien, deren Legitimation in vielen Ländern Risse bekommen hat mit der Folge, dass die Institutionen der Wissenserzeugung, aus denen sie hervorgehen, Gegenstand politischer Machtkämpfe geworden sind. Desinformation oder „fake news“ erscheinen aus dieser Perspektive als ein politisch-diskursives Konstrukt, das diese Entwicklung auf einen Nenner zu bringen versucht.

Zeitgleich mit dem wachsenden Interesse an Desinformation hat im öffentlichen Diskurs der Begriff „post-truth“ als neue Epochenbezeichnung Eingang in das zeitgeschichtliche Vokabular gefunden (Rodríguez-Ferrándiz: 2023). Der „post-truth“-Diskurs rückt das Thema Desinformation über die digitale Kommunikation hinaus in einen breiteren Kontext, um die Faktizität von Wissen selbst zu problematisieren. Das Oxford English Dictionary (2016) erklärte „post-truth“ zum Wort

des Jahres 2016 und definierte es zunächst als eine Situation, „in which objective facts are less influential in shaping public opinion than appeals to emotion and personal belief“. Diese Definition ist vielfach kritisiert worden, weil sie eine Unterscheidung zwischen objektiven Fakten und Gefühlen vornimmt, die erkenntnistheoretisch aus der Mottenkiste zu kommen scheint, und zudem unterstellt, dass sich politische Willensbildungsprozesse jemals ausschließlich oder hauptsächlich an objektiven Fakten orientiert haben. Der „post-truth“-Diskurs plädiert stattdessen für einen gehaltvolleren Wahrheitsbegriff, der die grundsätzliche Vorläufigkeit und Mehrdeutigkeit allen Faktenwissens in Rechnung stellt. Während im Diskurs über Desinformation immer die Vorstellung einer „a singular and easily accessible truth“ (Galpin & Vernon 2023: 5) mitschwingt, sensibilisiere die „post-truth“-Perspektive für die fragilen, strittiger gewordenen Geltungsansprüche von Wissen: „Post whose truth?“ (Valaskivi & Robertson 2022: 5). Am klarsten formuliert findet sich dieser Bezug vielleicht bei MacMullen (2020: 101), der „post-truth“ als „struggle over people as holders of epistemic authority and over their different methods of inquiry and proof“ definiert.

Die zentrale Diagnose des „post-truth“-Diskurses lautet, dass die Verbreitung von Desinformation als Herausforderung der Autorität, die die etablierten Wissensinfrastrukturen (Sismondo 2017) durchzieht, verstanden werden sollte. Desinformation adressiert die vorherrschenden Regeln der Wahrheitsproduktion, die „regimes of truth“, so das an Foucault angelehnte Argument (Harsin 2015: 328). Dabei geht es um die informellen Regeln des öffentlichen Diskurses, die Grenzen des Sagbaren, seine etablierten Zutritts- und Reputationsregeln und sein Rationalitätsverständnis (Fuller 2018: 3). Die tradierten Allianzen zwischen den politischen und kulturellen Eliten seien brüchig geworden (Paolucci 2023: 102) und das daran angelehnte Ideal der deliberativen Demokratie hat an Strahlkraft verloren.

Das „post-truth“-Phänomen steht für einen epistemischen Konflikt, in dem Faktizität und damit auch die Definitionshoheit über die Politik selbst zur Diskussion stehe (Farkas & Schou 2018: 309).

Im Unterschied zur plattformbezogenen Desinformationsforschung interessiert sich der „post-truth“-Diskurs für die politische Agenda, die den Angriff auf die hegemonialen Institutionen demokratischer Willensbildung und Wissensproduktion antreibt. Die „post-truth condition is all about going meta. You try to win not simply by playing by the rules but also by controlling what the rules are“, so Fuller (2018: 3; vgl. MacMullen 2020: 110). Die Normalisierung des Postfaktischen durch die populistischen Eliten zielt auf die Aushebelung autoritativer Mechanismen öffentlicher Meinungsbildung. Dort, wo diese gelingt, droht sich die politische Auseinandersetzung in einen „fact-free contest of identities, ideologies, and entertainment“ zu transformieren (MacMullen 2020: 110). Auch die Folgebereitschaft gegenüber populistischen Eliten, die sich in verschiedenen Spielarten von „post-factual attitudes“ (MacMullen 2020) äußert, lässt sich in diesem Zusammenhang als politisches Handeln interpretieren. Das zunehmende Misstrauen gegenüber dem herrschenden öffentlichen Meinungsspektrum und das gleichzeitige Desinteresse an der Plausibilität und Faktizität politischer Narrative kombinieren „the weapons of the weak“ (Scott 1985) von unten mit einem Souveränitätsanspruch von oben, der Wahrheit zu einem „plaything of power“ werden lässt (Neumann 2019: 94). Darin artikuliert sich eine Distanz oder Opposition zum herrschenden politischen Diskurs, die diesem langfristig notwendige Ressourcen zu entziehen droht: die Repräsentationsfähigkeit seiner Akteure und Institutionen, und folglich ihre Legitimation.

Es ist sicher kein Zufall, dass sich der Legitimationsverlust epistemischer Autorität in einer Zeit ereignet, in der der Stellenwert, der Daten, Infor-

mation und Wissen für den gesellschaftlichen Wandel im Allgemeinen und die Problemlösungsfähigkeit des Gemeinwesens im Besonderen bemessen wird, von Jahr zu Jahr zunimmt. Das postfaktische Denken trifft nicht nur die proklamierten Wissensgesellschaften, sondern auch liberale Demokratien an einer äußerst empfindlichen Stelle, nämlich den Bedingungen, unter denen der öffentliche Diskurs in legitimer Form sein epistemisches Potenzial entfalten kann. In den Worten von Habermas (2021: 476, 478) geht es um den Glauben an das Ideal einer „wahrheitsorientierten Suche (...) nach rational akzeptablen Entscheidungen“ und der dabei vorausgesetzten Fähigkeit der Teilnehmenden zur Selbstkorrektur. Unabhängig davon, welche Erklärung man für die Anziehungskraft postfaktischer Orientierungen bevorzugt und wie man ihre Wirkungsmacht bewertet, lässt sich festhalten, dass der analytische Horizont über die Rolle digitaler Plattformen hinaus ausgedehnt werden muss, um diese Fragen angemessen adressieren zu können.

4 Fazit

In der öffentlichen Wahrnehmung ist Desinformation eine Begleiterscheinung digitaler Kommunikationsnetzwerke; sie ist gefährlich, weil sie offenbar unser Denken und Handeln manipuliert. Die empirische Forschung zeigt demgegenüber, dass solche desinformierenden Narrative nur nennenswerte Reichweite erlangen, wenn sie von der massenmedialen Berichterstattung aufgegriffen werden. Die Sichtbarkeit von Desinformation beruht demnach auf dem Zusammenspiel von populistischer Politik sowie alten und neuen Medien, und sie spricht vor allem die Menschen an, die entsprechende Dispositionen mitbringen. Die Befunde der empirischen Forschung sind nicht zuletzt deshalb rele-

vant, weil sie die Frage aufwerfen, ob die politische Bekämpfung von Desinformation womöglich ihr Ziel verfehlt, wenn sie sich hauptsächlich auf digitale Plattformen konzentriert und die Rolle populistischer PolitikerInnen und ihrer massenmedialen Sprachrohre außer Acht lässt.

In der sozialwissenschaftlichen Forschung wird die große Diskrepanz zwischen öffentlicher Problematisierung und empirisch nachweisbaren Effekten gerne als „moral panic“ disqualifiziert. Dass Desinformation weniger „ansteckend“ oder manipulierend ist als häufig unterstellt, bedeutet jedoch nicht, dass sie unproblematisch für demokratische Gemeinwesen ist. Der Umstand, dass PolitikerInnen heute in aller Öffentlichkeit lügen können, ohne mit negativen Konsequenzen rechnen zu müssen, deutet auf einen Wandel politischer Normen hin, der beschreibungs- und erklärungsbedürftig ist (Karpf 2019). Die Literatur zu postfaktischem Denken beobachtet in diesem Zusammenhang eine Ausdehnung politischer Machtkämpfe in den Bereich epistemischer Autorität mit der Folge, dass der schmale parteiübergreifende Konsens über die gemeinsam erlebte Wirklichkeit, etwa über die Existenz des Klimawandels oder einer Epidemie, verloren gehen könnte. Das demonstrative Lügen in der Politik, so Newman (2019), stellt epistemische Qualitätsnormen in Abrede, um diese Machtkalkülen unterwerfen zu können. Die Verbreitung und den Konsum postfaktischen Wissens kann man als spiegelbildliche Entsprechung dieses Hegemonieanspruchs in der Deutung von Wirklichkeit verstehen, nämlich als symbolische Loyalitätsbezeugung in diesem Machtspiel. Desinformation, so das Fazit dieses Beitrags, ist Symptom und Bestandteil einer politischen Agenda. Wir missverstehen ihre Stoßrichtung, wenn wir ihren Ursprung allein im Ausland oder in sozialen Netzwerken verorten.

5 Literaturverzeichnis

- Acerbi, A., S. Altay & H. Mercier, 2022: „Research Note: Fighting Misinformation or Fighting for Information?“ Harvard Kennedy School Misinformation Review.
- Altay, S., M. Berriche & A. Acerbi, 2023a: „Misinformation on Misinformation: Conceptual and Methodological Challenges“. *Social Media + Society* 9.1.
- Altay, S., M. Berriche, H. Heuer, J. Farkas & S. Rathje, 2023b: „A Survey of Expert Views on Misinformation: Definitions, Determinants, Solutions & Future of the Field“. Harvard Kennedy School Misinformation Review.
- Anderson, C. W., 2021: „Fake news Is Not a Virus: On Platforms and Their Effects“. *Communication Theory* 31.1: 42–61.
- Bastos, M. & M. Tuters, 2023: „Meaningful Disinformation: Narrative Rituals and Affective Folktales“. *Big Data & Society* 10.2.
- Benkler, Y., R. Faris & H. Roberts, 2018: *Network Propaganda: Manipulation, Disinformation & Radicalization in American Politics*. New York: Oxford University Press.
- Bennett, W. L. & S. Livingston, 2020: „A Brief History of the Disinformation Age“. In: W. L. Bennett and S. Livingston (Hrsg.), *The Disinformation Age: Politics, Technology, and Disruptive Communication in the United States*. Cambridge University Press. 1–40.
- Boberg, S., T. Quandt, T. Schatto-Eckrodt & L. Frischlich, 2020: „Pandemic Populism: Facebook Pages of Alternative News Media and the Corona Crisis – A Computational Content Analysis“. Muenster Online Research (Mor) Working Paper 1/2020.
- Carlson, M., 2020: „Fake news as an Informational Moral Panic: The Symbolic Deviancy of Social Media during the 2016 US Presidential Election“. *Information, Communication & Society* 23.3: 374–388.
- Creech, B., 2020: „Fake news and the Discursive Construction of Technology Companies’ Social Power“. *Media, Culture & Society* 42.6: 952–968.
- Duffy, A. & R. Ling, 2020: „The Gift of News: Phatic News Sharing on Social Media for Social Cohesion“. *Journalism Studies* 21.1: 72–87.
- Duffy, A., E. Tandoc & R. Ling, 2020: „Too Good to Be True, Too Good Not to Share: The Social Utility of Fake news“. *Information, Communication & Society* 23.13: 1965–1979.
- Farkas, J. & J. Schou, 2019: *Post-truth, Fake news and Democracy: Mapping the Politics of Falsehood*. New York: Routledge.
- Farkas, J. & J. Schou, 2018: „Fake news as a Floating Signifier: Hegemony, Antagonism and the Politics of Falsehood“. *Javnost – The Public* 25.3: 298–314.
- Fuller, S., 2018. *Post-truth: Knowledge As A Power Game*. London: Anthem Press.
- Galpin, C. & P. Vernon, 2023: „Post-truth Politics as Discursive Violence: Online Abuse, the Public Sphere and the Figure of ‘the Expert’“. *The British Journal of Politics and International Relations*.
- Grinberg, N., K. Joseph, L. Friedland, B. Swire-Thompson & D. Lazer, 2019: „Fake news on Twitter during the 2016 U.S. Presidential Election“. *Science* 363.6425: 374–378.

- Habermas, J., 2021: „Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit“. In: M. Seelinger & S. Seignani (Hrsg.), *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Sonderband Leviathan 37*, Baden-Baden: Nomos. 470–500.
- Hameleers, M., 2023: „Disinformation as a Context-Bound Phenomenon: Toward a Conceptual Clarification Integrating Actors, Intentions and Techniques of Creation and Dissemination“. *Communication Theory* 33.1: 1–10.
- Harsin, J., 2021: „Post-truth Reflections on Public Origins and Functions of Publishing“. *Information, Medium & Society: Journal of Publishing Studies* 19.1: 7–19.
- Harsin, J., 2015: „Regimes of Posttruth, Postpolitics, and Attention Economies“. *Communication, Culture & Critique* 8.2: 327–333.
- Humprecht, E., F. Esser & P. Van Aelst, 2020: „Resilience to Online Disinformation: A Framework for Cross-National Comparative Research“. *Information, Communication & Society* 25.3: 1342–1362.
- Humprecht, E., F. Esser, P. Van Aelst, A. Staender, & S. Morosoli, 2021: „The Sharing of Disinformation in Cross-National Comparison: Analyzing Patterns of Resilience“. *Information, Communication & Society* 26.2: 1–21.
- Jungherr, A. & R. Schroeder, 2021: „Disinformation and the Structural Transformations of the Public Arena: Addressing the Actual Challenges to Democracy“. *Social Media + Society* 7.1.
- Karpf, D., 2019: „On digital disinformation and democratic myths“. *Mediawell*. Verfügbar unter: <https://pera.cc/4BB6-YHP7> [Zugriff: 26. Dezember 2023].
- Köhler, T., 2023: „Government Dissemination of False Information“. *V-Dem. Varieties of Democracy*. Verfügbar unter: https://v-dem.net/weekly_graph/government-dissemination-of-false-information [Zugriff: 7. Dezember 2023].
- Kreiss, D., R. G. Lawrence & S. C. McGregor, 2020: „Political Identity Ownership: Symbolic Contests to Represent Members of the Public“. *Social Media + Society* 6.2.
- Livingstone, S., 2019: „Audiences in an Age of Datafication: Critical Questions for Media Research“. *Television & New Media* 20.2: 170–83.
- Lorenz-Spreen, P., L. Oswald, S. Lewandowsky, and R. Hertwig, 2022: „A Systematic Review of Worldwide Causal and Correlational Evidence on Digital Media and Democracy“. *Nature Human Behaviour* 7.1: 74–101.
- MacMullen, I., 2020: „Survey Article: What Is ‘Post-factual’ Politics?“ *Journal of Political Philosophy* 28.1: 97–116.
- Mercier, H., 2020: *Not Born Yesterday: The Science of Who We Trust and What We Believe*. First paperback printing. Princeton: Princeton University Press.
- Metzger, M. J., A. J. Flanagin, P. Mena, S. Jiang & C. Wilson, 2021: „From Dark to Light: The Many Shades of Sharing Misinformation Online“. *Media and Communication* 9.1: 134–143.
- Mourão, R. & C. T. Robertson, 2019: Fake news as Discursive Integration: An Analysis of Sites That Publish False, Misleading, Hyperpartisan and Sensational Information. *Journalism Studies* 20.14: 2077–2095.

- Napoli, P. M., 2019: „Social Media and the Public Interest: Media Regulation in the Disinformation Age“. New York: Columbia University Press.
- Newman, S., 2019: „Post-truth and the Crisis of the Political“. *Soft Power*, 6.2: 91–108.
- Nyhan, B., 2020: „Facts and Myths about Misperceptions“. *Journal of Economic Perspectives* 34.3: 220–236.
- Oxford English Dictionary, 2016: „Oxford Word of the Year 2016 | Oxford Languages“. Verfügbar unter: <https://languages.oup.com/word-of-the-year/2016/> [Zugriff: 7. Dezember 2023].
- Paolucci, C., 2023: „Pre-Truth: Fake news, Semiological Guerrilla Warfare & Some Other Media and Communication ‘Revolutions’“. *Media and Communication* 11.2: 101–108.
- Pérez-Escobar, M., D. Lilleker & A. Tapia-Frade, 2023: „A Systematic Literature Review of the Phenomenon of Disinformation and Misinformation“. *Media and Communication* 11.2: 76–87.
- Peukert, A., 2023: „Who Decides What Counts as Disinformation in the EU?“ *Verfassungsblog* 2023/10/24. Verfügbar unter: <https://verfassungsblog.de/who-decides-what-counts-as-disinformation-in-the-eu/> [Zugriff: 7. Dezember 2023].
- Rodríguez-Ferrándiz, R., 2023: „An Overview of the Fake news Phenomenon: From Untruth-Driven to Post-truth-Driven Approaches“. *Media and Communication* 11.2: 15–29.
- Rosen, J., 2012: „The People Formerly Known as the Audience“. In: M. Mandiberg (Hrsg.), *The Social Media Reader*. New York: New York University Press. 13–16.
- Sismondo, S., 2017: „Post-truth?“ *Social Studies of Science* 47.1: 3–6.
- Špecián, P., 2022: „The Myth of the Victim Public. Democracy Contra Disinformation“. *Filozofia* 77.10: 791–803.
- Starr, P., 2021: „The Relational Public“. *Sociological Theory* 39.2: 57–80.
- Tsfati, Z., H. G. Boomgaarden, J. Strömbäck, R. Vliegenthart, A. Damstra & E. Lindgren, 2020: „Causes and Consequences of Mainstream Media Dissemination of Fake news: Literature Review and Synthesis“. *Annals of the International Communication Association* 44.2: 157–173.
- Valaskivi, K. & D. G. Robertson, 2022: „Introduction: Epistemic Contestations in the Hybrid Media Environment“. *Popular Communication* 20.3: 153–161.
- Venturini, T., 2022: „Online Conspiracy Theories, Digital Platforms and Secondary Orality: Toward a Sociology of Online Monsters“. *Theory, Culture & Society* 39.5: 61–80.
- Wang, Y., A. Ngien & S. Ahmed, 2022: „Nationwide Adoption of a Digital Contact Tracing App: Examining the Role of Privacy Concern, Political Trust & Technology Literacy“. *Communication Studies* 73.4: 364–379.
- Wardle, C. & H. Derakhshan, 2017: „Information Disorder: Toward an Interdisciplinary Framework for Research and Policy Making“. Council of Europe Report DGI.09. Straßburg: Council of Europe.

Kapitel 3

Alltagsästhetik, Lebenswelt und (Rechts)extremismus. Für eine qualitative, alltagskulturelle Analyse extrem rechter Ideologien, Narrative und Akteure

Rolf Frankenberger und Daniel Buhr

1 Einleitung

Studien zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen zeigen eindrücklich, wie weit Elemente rechtsextremer Ideologien in der Gesellschaft verbreitet sind (zuletzt Zick et al. 2023; Decker et al. 2022; SINUS 1981). So weisen 8,3 % der Befragten in der aktuellen Mitte-Studie ein rechtsextremes Weltbild auf. Weitere 20,1 % befinden sich in einem Graubereich, sprich, sie stimmen den entsprechenden Aussagen teilweise zu oder lehnen sie zumindest nicht ab (Zick et al. 2023: 71). Nationalchauvinismus (16,6 bzw. 36,7 %), Fremdenfeindlichkeit (16,2 bzw. 30,3 %) und auch antisemitische Einstellungen (6 bzw. 15,3 %) finden deutlich stärkeren Zuspruch als in den Jahren zuvor (Zick et al. 2023: 63 ff.). Sie finden sich quer durch die Gesellschaft (Zick et al. 2023: 71 ff.), wenngleich auch gehäuft bei Personen, die sich als „rechts“ verorten oder der AfD nahestehen. Extrem rechte Ideologien, Narrative und Verschwörungsmymen verbreiten sich auch auf diskursiver Ebene sowohl in der digitalen als auch analogen Welt. Sie werden in alltäglichen Diskursen – oft wenig reflektiert – in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Milieus geteilt.

Vor allem in der digitalen Welt verbreiten sich rechtsextreme Ideologien, Narrative und Verschwörungsmymen ungefiltert und mit enormer Reichweite, zum Beispiel auf Plattformen wie Instagram, TikTok oder 4chan und Messengern wie Telegram. Erzählungen wie die zum „großen Austausch“ finden ebenso Eingang in gesellschaftliche Diskurse wie Formen rechtsextremer Ungleichheitsideologien (Zick et al. 2023). Rechte Narrative werden oft wenig reflektiert reproduziert und in den eigenen, oftmals unpolitischen und nicht rechtsextremen (Bezugs)gruppen online, zum Beispiel in Kommentaren und Memes, aber auch offline geteilt. Neben offensichtlichen Darstellungsformen rechtsextremer Ideologeme finden sich subtilere Ausdrucksformen rechtsextremer Ideologien, die über Lifestyle-, Beauty- und andere Onlineangebote in den sozialen Medien transportiert werden. Diese sind aufgrund ihrer Subtilität oft erfolgreicher in der Verbreitung von rechtsextremen Lebensentwürfen als offen rechtsextreme Angebote, wie beispielsweise die Reichweiten rechter Influencerinnen auf Social-Media-Kanälen zeigen. Sie erreichen diverse Zielgruppen, in denen rechte Narrative und Ideologeme an be-

stehende Lebenswelten andocken und in deren Diskurse einsickern.

Um zu verstehen, wie und warum rechtsextreme Narrative auch in nicht politische Diskurse und Alltagsbezüge eindringen können, bedarf es eines qualitativen und lebensweltlichen Zugriffs auf Rechtsextremismus. Dazu gehört insbesondere ein Verständnis davon, welche alltagsästhetischen und lebensweltlichen Muster, Symbole, Formen und Inhalte aus der „Mitte der Gesellschaft“ gezielt genutzt werden, um online und offline rechtsextreme Ideologeme zu verbreiten – indem sie anschlussfähig an nicht genuin rechtsextreme Ausdrucksformen gemacht werden. Beispielhaft dafür sind etwa die ästhetischen Inszenierungen rechter Influencerinnen auf Social Media-Kanälen, die sich wahlweise konservativer, traditionaler und patriarchaler oder progressiver, emanzipatorischer Ästhetiken bedienen, um rechte Ideologeme zu transportieren (siehe zum Beispiel [amandina_vomrhein](#), [freyarosi](#), [marykhan194](#), [germanyspride](#)). Auch die Identitäre Bewegung arbeitet bei der Verbreitung ihrer rechtsextremen Positionen mit solchen Inszenierungen. Ein weiteres Beispiel ist die (strategische) symbolische Aufladung von Umwelt- und Naturschutz als Heimatschutz, der konservative und romantisierende ebenso wie radikale Vorstellungen zu bedienen weiß.

Ein analytischer Zugriff auf diese und ähnliche Phänomene kann über die Analyse von Bedeutungszu- und -einschreibungen in alltägliche Handlungen, Symbole und Ausdrucksformen von Individuen und Gruppen erfolgen, um die alltagsästhetische und lebensweltgerechte Aufbereitung rechter Diskurse und Ideologien zu dekonstruieren. Rechtsextremismusforschung ist damit immer auch politische Kulturforschung, verstanden als Muster von „Grundannahmen (...) über die politische Welt“ (Rohe 1994: 1) und „das mit spezifischem Sinn gefüllte ideelle Design eines Kollektivs für sein politisches Leben“

(Rohe 1987: 39). Eine solche Forschung untersucht Ordnungsentwürfe, Grundorientierungen, Wissensbestände und Beurteilungsmaßstäbe und öffnet sich damit einer lebensweltlichen Perspektive (Rohe 1994: 1 ff.). Der Fokus auf Lebenswelt, Alltagskultur und kollektive Wissensbestände ermöglicht ein Verständnis der Einbettung des Rechtsextremismus in ein gesamtgesellschaftliches Gefüge. Das leitende Erkenntnisinteresse unseres Beitrages ist es erstens aufzuzeigen, wie die Konzepte der Alltagsästhetik und der Lebenswelt dabei helfen zu verstehen, wie und warum extrem rechte Narrative auch in nicht politische, nicht extreme Alltagsbezüge und Diskurse eindringen können. Zweitens wollen wir aufzeigen, welche lebensweltlichen und alltagsästhetischen Inhalte, Symbole und Formen die Brücken bilden, um extrem rechte Ideologeme in andere Lebenswelten zu tragen.

Aufbauend auf bestehenden Untersuchungen und einer existierenden Typologie verschiedener sozialer und politischer Lebenswelten (Frankenberger et al. 2015; Frankenberger et al. 2019) schlagen wir eine qualitative Forschungsstrategie vor, bei der nicht nur rechtsextreme Lebenswelten, sondern auch und vor allem nicht extreme Lebenswelten untersucht werden, um analysieren zu können, welche Anschlussfähigkeiten und Mobilisierungspotenziale dort bestehen und gezielt genutzt werden, um rechtsextreme Ideologien und Werthaltungen, Prinzipien der Lebensgestaltung und Beziehungsmuster zu verbreiten.

Da in diesem Zusammenhang soziale Medien eine herausragende Rolle bei der Verbreitung rechtsextremer Ideologien, Diskurse und Ästhetiken spielen, sind diese von besonderer Bedeutung, gerade bei einer lebensweltlichen Analyse (Fernholz 2022; Fielitz & Marcks 2020; Guhl et al. 2020). Durch die Triangulation von qualitativen Forschungsperspektiven mit Social-Media-Forschung und quantitativen Zugriffen wird eine breitere Ana-

lyse spezifischer Fragestellungen zu Aspekten, Bezügen und Alltagsästhetik (Flaig et al. 1993; Maase 2022) rechtsextremer Lebenswelten und deren Kontrastierung mit nicht extremen Lebenswelten möglich. So kann aufgezeigt werden, über welche Mechanismen, Anknüpfungspunkte und mediatisierte Ideologeme rechtsextreme Mobilisierung bei welchen Zielgruppen gelingt – und möglicherweise auch dekonstruiert werden kann.

In unserem Beitrag definieren wir zentrale Begriffe und Konzepte einer lebensweltlichen Rechtsextremismusforschung. Dann stellen wir die von uns entwickelte Lebenswelttypologie vor, um daran anschließend genauer auf mögliche Anknüpfungspunkte und lebensweltliche Angebote der extremen Rechten einzugehen. Abschließend plädieren wir für eine weitere, tiefer gehende qualitative Analyse unter systematischem Einbezug von Online-Lebenswelten.

2 *Zentrale Begriffe und Konzepte*

Den Ausgangspunkt unserer Forschung bildet das Konzept der Lebenswelt als die ästhetisierte, subjektive Dimension gesellschaftlicher Wirklichkeit. Sie stellt den Erfahrungshorizont dar, in dem ein spezifischer Wissensvorrat zur Verfügung gestellt wird und in dem die Relevanz von Themen und Wissensbereichen determiniert werden. Hier entwickeln die Menschen ihre Vorlieben, Interessen und Handlungsstrategien (Schütz & Luckmann 2003). Lebensweltliche Erfahrungen bestimmen und leiten das Handeln im Sinne eines Vollziehens oder Einholens „einer vorentworfenen Erfahrung“ (Hitzler 1997: 115). Dabei kommt es zunehmend zu einer Ästhetisierung der Wirklichkeit, die neue Formen der „Versinnlichung von Kommunikationsweisen, Lebensweisen und Sozialbeziehungen“, insbesondere als „Visualisierung der sozialen Erlebnis- und Erkenntnisformen“, (Flaig et al. 1994: 11 f.) umfasst und dazu führt, dass „Wahrnehmungen für

die Bestimmung der eigenen Identität, die Zuschreibung einer Identität an die anderen und die Deutung der sozialen Welt“ (Flaig et al. 1994: 23) von zentraler Bedeutung sind. Dies rückt zum einen ästhetisierte bildliche Darstellungsformen von Identität in das Zentrum des Interesses, wie sie in sozialen Medien vermehrt und strategisch zum Ausdruck kommen. Zum anderen werden Narrative als sinnstiftende, oft multimedial vermittelte Erzählungen für die Deutung der sozialen Welt immer wichtiger. Sie transportieren neben Werten auch Emotionen und dienen dazu, bestimmte Weltdeutungen zu verbreiten, an bestehende Deutungen anzuschließen und zu legitimieren (Gadinger et al. 2014: 11). Narrative spielen im Kontext lebensweltlicher Erfahrungen insofern eine zentrale Rolle, als dass ihnen „eine bedeutende Rolle bei der Konfiguration, Produktion, Diffusion und Rezeption von (politisch relevantem und politisiertem) Wissen sowie auch bei der Generierung von (kollektiven) Emotionen zufällt“ (Viehöver 2014: 72 f.). „It is through narrative that we come to know, understand and make sense of the world, and it is through narratives and narrativity that we constitute our social identities“ (Somers 1994: 606). Die extreme Rechte nutzt Narrative in den unterschiedlichsten Kontexten und Medien, um ihre Deutungen und Ideologeme zu transportieren (Jäger 1998) und diese mit Emotionen zu verbinden (Strick 2021). Unter extreme Rechte verstehen wir mit Häusler (2016: 137) „... das gesamte politische Rechtsaußen-Spektrum von der Grauzone zwischen rechtskonservativen und radikal rechten Zirkeln bis hin zu offen neonazistischen Szenen“ (Häusler 2016: 137), in der völkisch-nationalistische, rassistische, antisemitische und autoritäre Einstellungen ebenso charakteristisch sind wie die „Ablehnung des gesellschaftlichen Gleichheitsprinzips und ein[e] Ethnisierung, Kulturalisierung sowie Nationalisierung sozialer Problemlagen, die sich niederschlägt in einer Politik der Diskriminierung von Minderheiten“ (Häusler 2016: 137). Den Begriff extreme

Rechte verwenden wir deswegen, weil dieser im Unterschied zu engen Definitionen von Rechtsextremismus dazu geeignet ist, auch die Grauzonen zwischen „gesichert“ rechtsextremen Organisationen und Personen mit „geschlossenen“ rechtsextremen Einstellungen auf der einen Seite und (vermeintlich) demokratischen Organisationen, Gruppen und Personen in den Blick zu nehmen, um auch dort extrem rechte Ideologeme, Narrative und Einstellungen, deren Verbreitung und Wirkung als das untersuchen zu können, was sie sind: extrem rechts und bisweilen rechtsextrem. Nur so kann eine lebensweltliche politische Kulturforschung gelingen, wie sie in der Folge als Analysemodell skizziert wird.

3 Politische Lebenswelten als Analysemodell

Das Konzept der „Lebenswelt“ (Schütz & Luckmann 2003) als zentrale Analysekategorie ermöglicht eine politische Kulturforschung, die über Einstellungen und Legitimitätsurteile hinaus die Erfassung grundlegender Vorstellungen und Konzepte des Politischen (Greiffenhagen 2009: 17 f.) und deren Einbettung in die Alltagswelt erlaubt. In der alltäglichen Lebenswelt entwickeln Menschen einen spezifischen Erfahrungshorizont mit individuellem Realitäts- und Sinnbereich und spezifischem Wissensvorrat (Frankenberger et al. 2015: 154). Dieser bildet die Grundlage für die Interpretation und Wahrnehmung des politischen Alltags und die Ausbildung von Interessen. Interessen sind damit immer kulturalisierte Interessen, welche durch lebensweltliche Erfahrungshorizonte und Lebensvollzüge geprägt sind. Der Lebenswelt-Ansatz geht davon aus, dass der alltägliche Lebensraum als Welt in aktueller und potenzieller Reichweite (Schütz & Luckmann 2003: 71 f.) Alltagswissen und Alltagshandeln sehr viel stärker prägt als sozio-demografische, sozio-ökonomische oder sozialisatorische Variablen (Flaig et al. 1994: 9; Frankenberger et al. 2015: 215). Die Annahme, dass die „eigene Wirklichkeit“ Alltagswissen und -han-

deln bestimmt, lässt sich folgerichtig auf das Politische übertragen (Flaig et al. 1994: 28). Somit decken politische Lebenswelten eine „umfassende kognitive und normative Landkarte der politischen Welt“ (Frankenberger et al. 2015: 152) auf. Eine diese Perspektive aufgreifende Typologie politischer Lebenswelten wurde in zwei Studien in Baden-Württemberg entwickelt (Frankenberger et al. 2015; 2019). Sie basiert auf den unterschiedlichen Konstruktionen zentraler Dimensionen der politischen Alltagswelten, wie sie von insgesamt 384 Befragten in qualitativen, episodischen Interviews artikuliert wurden (Frankenberger et al. 2015; 2019; Gensheimer & Frankenberger 2019), die anhand der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse (Kracauer 1952; Merten 1981) ausgewertet und zur induktiven Typenbildung verwendet wurden. Die alltagsweltlichen Konstruktionen von Politik und Demokratie bilden den konzeptionellen Kern der Erfahrungsräume, innerhalb derer Ereignisse als genuin politisch wahrgenommen werden und die sich von anderen Erfahrungsräumen wie etwa dem Sozialen, Kulturellen oder Privaten abgrenzen. Dabei wurden in einer ersten Studie sieben zentrale Lebenswelten identifiziert, die drei größere Gruppen von Lebenswelten mit einem gemeinsamen Kern politischer Orientierungen, Erfahrungen und Horizonte bilden (Frankenberger et al. 2015: 201 f.).

Unpolitische und *Distanzierte* bilden die politikfernen Lebenswelten. Diese sind geprägt durch rudimentäre Demokratieverständnisse, die mit mehr oder weniger elaborierten Politikbegriffen einhergehen. Distanz zur Politik und wenig Beteiligung am sozialen und politischen Leben sind typisch. Für die *Unpolitischen* spielt Politik keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle. Das Wissen über Politik und das politische System ist gering. Distanz und Entfremdung zeigen sich durch eine überdurchschnittliche Unzufriedenheit. Diese Lebenswelt findet sich in allen Bildungsgruppen, aber eher bei jüngeren, und geht oft ein-

her mit niedrigeren Einkommen. Die Lebenswelt der *Distanzierten* ist geprägt durch die Vorstellung, dass Politik die anderen, vornehmlich „die Politiker“ und Politikerinnen, machen. Damit einher geht die Überzeugung, dass der oder die Einzelne kaum etwas bewirken kann und auch Wahlen kaum etwas ändern würden. Die distanzierte Lebenswelt ist eher Output-orientiert und durch Unzufriedenheit mit Politiken, Politikergebnissen und Politikern geprägt. Diese Lebenswelt ist eher männlich, aber in allen Altersklassen und in der Mittelschicht zu finden.

Gemeinwohlorientierte, Elektorale und *Macher:innen* sind die drei zentralen *delegativen Lebenswelten*. Sie sind an Normen, Spielregeln und Institutionen der Politik orientiert. Repräsentative und normorientierte Demokratieverständnisse gehen einher mit stark auf Regierung, Institutionen und Regeln fixierten Politikbegriffen. Menschen aus diesen Lebenswelten sind politisch oder sozial aktiv, in einigen Fällen auch beides. Das Partizipationsniveau ist auf individuell relevante Lebensbereiche begrenzt. *Gemeinwohlorientierte* sind ähnlich wie die *Distanzierten* stark auf Regierende und Regierungshandeln ausgerichtet, allerdings findet sich hier ein starker Bezug zu Normen wie Freiheit, Gleichheit oder Toleranz, die das Zusammenleben in einer Demokratie strukturieren. Sie sind zufrieden mit dem politischen System und sozial aktiv. In dieser Lebenswelt finden sich Menschen aus allen Altersgruppen und Bildungsniveaus. Häufig sind es jedoch Frauen, Menschen mit mittleren Einkommen und eher niedrigeren formalen Bildungsabschlüssen. Die *Elektoralen* verkörpern den Kern der repräsentativen Demokratie. Wahlen werden als zentral erachtet und auch genutzt, darüber hinaus jedoch wird meist wenig partizipiert. Es herrscht eine hohe Zufriedenheit mit dem politischen System vor, auch wenn mehr Bürgernähe der Politiker gewünscht wird. Es finden sich besonders häufig Menschen mit mittleren Einkommen, hohen Bildungsabschlüssen und

eher Männer zwischen 35 und 44 sowie 55 und 74 Jahren. Auch die *Macher:innen* sind geprägt von einem repräsentativen Demokratieverständnis. Sie sind entweder politisch hochaktiv und in Ämtern zu finden oder sie sind – zumindest aktuell – politisch inaktiv. In dieser Lebenswelt ist die grundsätzliche Zufriedenheit mit dem politischen System sehr ausgeprägt, auch weil Menschen mit dieser Orientierung oft gestaltende Rollen einnehmen. Quer durch alle Altersklassen findet sich diese Orientierung jedoch besonders häufig bei den mittleren und hohen Bildungsabschlüssen und Einkommen, bei Frauen und Männern im Angestellten- und Beamtenverhältnis.

Die *partizipatorischen Lebenswelten* bestehen aus *Mitgestalter:innen* und *Mitbestimmer:innen*. Beide zeichnen sich durch beteiligungsorientierte Demokratieverständnisse und emanzipatorische Herangehensweisen an Politik aus. Sie sind von ihrer Selbstwirksamkeit überzeugt, und dementsprechend multipel sozial und politisch aktiv. *Mitgestalter:innen* wollen „gefragt werden“ und in Prozesse der Findung von Lösungen für gesellschaftliche Probleme eingebunden werden. Neben Wahlen werden vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten antizipiert und oft auch genutzt. *Mitgestalter* sind zudem hochzufrieden mit dem politischen System. Menschen über 45 mit mittleren und hohen Einkommen und hohen formalen Bildungsabschlüssen sind hier stark überrepräsentiert. *Mitbestimmer:innen* wollen im Unterschied zu den *Mitgestaltern* nicht nur eingebunden sein, sondern selbst mitentscheiden. Direktdemokratische Verfahren werden als höchster Verwirklichungsgrad dieser Mitbestimmung angesehen, was dazu führt, dass sie Demokratie zwar grundsätzlich als wertvoll betrachten, aber den empfundenen Mangel an direkter Demokratie deutlich artikulieren. Diese Lebenswelt ist sozial und politisch aktiv, häufig finden sich hohe Einkommen und formale Bildungsabschlüsse, viele Beamte und Angestellte.

Auf der Basis dieses Modells wurden in einer zweiten Welle im Jahr 2017 weitere 109 Interviews durchgeführt und ausgewertet, um das Modell zu überprüfen und gegebenenfalls Veränderungen zu erfassen. Dabei zeigte sich Folgendes: Erstens ist das der Analyse zugrunde liegende Kategoriensystem über beide Studien hinweg stabil und erschöpfend, was die Annahme einer hohen theoretischen Sättigung schon in der ersten Studie bestätigt. Zweitens fanden sich alle Lebenswelten auch in der zweiten Studie inhaltlich wieder. Drittens gab es auch aufgrund der Zusammensetzung des Samples und einer auf Unzufriedenheit abzielenden Rekrutierungsstrategie quantitative Verschiebungen hin zu distanzierten, politikfernen und delegativen Lebenswelten (Frankenberger et al. 2019: 167 ff.). Wie und warum extrem rechte Ideologien, Narrative und Ästhetiken anschlussfähig (gemacht werden bzw.) sind, hängt eng damit zusammen, dass System- und Demokratiekritik in bestimmten politischen Lebenswelten latent angelegt sind und in Krisenzeiten bzw. durch entsprechende Ansprache vonseiten extrem rechter Akteure salient werden. Sie können also gezielt zur Mobilisierung genutzt werden. Daher hilft ein genauerer Blick, in welchen Lebenswelten sich antisystemische, Demokratie-averse und negativ-systemkritische Haltungen finden, an die extrem rechte Narrative andocken können.

In den Lebenswelten mit *rudimentären Demokratieverständnissen* finden sich fast ausschließlich Kombinationen mit regulatorischem oder gouvernementalem Politikverständnis. Die Distanz zur Politik zeigt sich im insgesamt niedrigen Partizipationsniveau, denn Menschen aus diesen Lebenswelten sind allenfalls punktuell engagiert. In beiden Lebenswelten finden sich tendenziell mittlere und höhere Einkommen, fast alle rechnen sich selbst der Mittelschicht zu, sind überwiegend männlich und nicht religiös. Während rudimentär *Gouvernementale* tendenziell eher niedrige

oder mittlere Bildungsabschlüsse aufweisen und angestellt sind, haben rudimentär *Regulatorische* häufig höhere Bildungsabschlüsse und sind Beamte oder Freiberufler. In beiden Gruppen ist Demokratiemisstrauen zu finden, Anti-Eliten-Einstellungen sind jedoch eher unterdurchschnittlich ausgeprägt. Weder rechtsextreme noch rechtspopulistische Ideologeme werden besonders betont, allerdings auch nicht eindeutig abgelehnt. Migration stellt für beide Gruppen ein Problem dar. Darüber hinaus sind Vorstellungen von politischen Problemen eher diffus. Die Befunde deuten darauf hin, dass diese Lebenswelten zwar empfänglich für rechte Narrative sind, aber insgesamt nur wenig politisiert werden können, so dass extrem rechte Mobilisierung weniger bei den Unpolitischen, sondern viel mehr bei politisch Interessierten erfolgreich ist. Allerdings bietet das Thema Migration hier einen Anknüpfungspunkt, insbesondere in der Onlinewelt, da diese Lebenswelten, wenn überhaupt, online in den sozialen Medien partizipieren.

Die *delegativen Lebenswelten* stellten in der zweiten Studie mehr als die Hälfte der Interviewten. Aufgrund der hervorgehobenen Bedeutung einzelner Normen ist es wenig verwunderlich, dass die wahrgenommene Gefährdung von Meinungsfreiheit, Gleichheit oder Gerechtigkeit eine besondere Rolle spielt und in unterschiedlichem Maß Anknüpfungspunkte für extrem rechte Mobilisierung bietet. Die *normorientiert-gouvernementale* und die *repräsentativ-gouvernementale Lebenswelt* ähneln sich und bilden zusammen die weitaus größte Untergruppe. Wenn Angehörige dieser Gruppe partizipieren, dann fast ausschließlich politisch, dabei themenbezogen und punktuell. Im Vordergrund stehen, wenn überhaupt, Formen der internetbasierten Meinungsartikulation wie das Verfassen von Kommentaren oder die Teilnahme an Online-Petitionen. Als Probleme werden insbesondere die Gefährdung der Meinungsfreiheit, die „Lügenpresse“ und Migration gesehen.

Beide Lebenswelten sind überwiegend männlich, verfügen über mittlere und höhere Einkommen und Bildungsabschlüsse und verorten sich selbst in der Mittelschicht. In diesen Lebenswelt sind rechtspopulistische Einstellungen weit verbreitet, es wird mehrheitlich AfD gewählt. Die Anschlussfähigkeit an extrem rechte Narrative und Verschwörungsmymen ist vergleichsweise hoch. Teile davon, wie das „Lügenpresse“-Narrativ und die Verschwörungserzählung vom „Großen Austausch“, finden sich dementsprechend auch mehr oder weniger explizit in den Interviews. Die relativ schwach vertretene *normorientiert-regulatorische Lebenswelt* ist stark sozial und politisch engagiert. Menschen beteiligen sich online mit Kommentaren und an Unterschriftenaktionen. Sie suchen jedoch auch den Kontakt zu Politikern und nehmen an organisierten Formen der Bürgerbeteiligung teil. Im Unterschied zu den *gouvernemental Orientierten* stellt Migration kaum ein Problem dar. Sie sehen die Gefährdung der Demokratie vielmehr in zunehmendem Autoritarismus und Rechtspopulismus. Folgerichtig finden sich in dieser Lebenswelt kaum AfD-Anhänger und auch kaum Anknüpfungspunkte an die extreme Rechte, obwohl auch diese Lebenswelt eher männlich ist und sich viele Angestellte mit mittleren und hohen Einkommen und Bildungsabschlüssen finden. Etwas anders sieht dies in der *repräsentativ-regulatorischen Lebenswelt* aus. Dort werden Migration und EU-Integration als Kernprobleme betrachtet, der Zuspruch zur AfD ist leicht überdurchschnittlich. Menschen aus dieser Lebenswelt sind tendenziell mehrfach aktiv. Sie beteiligen sich vornehmlich online und nutzen sehr aktiv die sozialen Medien inklusive Kommentarfunktionen. Es finden sich alle Einkommensgruppen, die Menschen rechnen sich mehrheitlich der Mittelschicht zu und verfügen über höhere Bildungsabschlüsse. Zusammen mit der *repräsentativ-gouvernementalen Lebenswelt*, die insgesamt deutlich stärker AfD-affin ist, bilden diese beiden Lebenswelten die Gruppe der Elektoralen.

Die delegativen Lebenswelten bilden den Kern der repräsentativen Demokratie. Genau in diesem Kern ist eine Spaltung entlang der Referenzpunkte des Politikverständnisses zu beobachten: Wessen Lebenswelt stärker an einzelnen Normen und gleichzeitig Regierung und Regierungshandeln orientiert ist, ist unzufriedener mit der Demokratie und den Eliten, ist gegen die EU, neigt gleichzeitig stärker populistischen Einstellungen und Argumentationsmustern zu und ist vergleichsweise wenig engagiert. Diejenigen aber, deren Lebenswelten eher am Aspekt des Regulierens, Steuerns und Entscheidungen-Umsetzens orientiert sind, sind zufriedener, aktiver und weniger populistisch und tendenziell pro-europäisch. Dass Teile der ansonsten in der Mitte der Gesellschaft verankerten Lebenswelten politisch besonders unzufrieden sind, macht sie anfällig für extrem rechte Narrative, die gezielt an Demokratieunzufriedenheit sowie rechtspopulistische Anti-EU und Anti-Eliten-Einstellungen anknüpfen können.

Eine ähnlich bedenkliche Entwicklung ist auch in den Partizipatorischen Lebenswelten zu beobachten, die sich vor allem durch beteiligungsorientierte Demokratieverständnisse auszeichnen. Während in der ersten Studie emanzipatorische Elemente für diese Lebenswelten prägend waren, verschwindet dieses emanzipatorische Moment fast gänzlich. Politisches und/oder soziales Engagement spielt eine wichtige Rolle, verbindet sich aber mit einer Skepsis gegenüber den Funktionsweisen der Demokratie, einem erhöhten Populismus-Potential und einer steigenden Unzufriedenheit mit der Demokratie. *Die direkt-orientierten Lebenswelten sind diejenigen, die das höchste Niveau an Demokratiemisstrauen, neurechten Einstellungen und wahrgenommener Islamverschwörung („Großer Austausch“) aufweisen.* Deliberativ-regulatorisch sind hingegen EU-freundlich und wenig anfällig für rechte Rhetorik. Diese Differenzen zeigen sich auch im Wahlverhalten. Während direkt-

demokratisch Orientierte weitaus mehrheitlich die AfD wählen und allenfalls online partizipieren, wählen deliberativ-regulatorisch Orientierte mehrheitlich nicht die AfD und beteiligen sich in unterschiedlichster Weise on- und offline. Damit findet sich auch in den Partizipatorischen Lebenswelten eine Spaltung, die in dieser Form in der ersten Studie nicht zu finden war. Auch hier scheinen die regulatorischen Elemente die stärker systemische Orientierung, Zufriedenheit und Aktivität zu treiben, während es sich bei den direktdemokratischen Anteilen um Treiber der Kritik handelt.

Die Spaltung der einzelnen Lebenswelten verläuft entlang der Dimension kritisch-aversiv versus kritisch-affirmativ, die parallel zur gesellschaftlichen Konfliktlinie zwischen partikularistisch-nationalen und autoritären Positionen und universalistisch-pluralistischen, progressiven Positionen verläuft. Während erstere dezidiert unzufrieden, ablehnend und kritisch sind und einen Wandel des politischen Systems wollen, ohne sich jedoch selbst wesentlich in das System einzubringen, sind letztere mehr oder minder zufrieden,

bringen sich aber zumindest ein und wünschen sich eine Vertiefung der Demokratie im Rahmen des Bestehenden. Festmachen lässt sich dies vor allem am Politikverständnis: Wessen Lebenswelt stärker an einzelnen Normen und/oder an der Regierung sowie deren Handeln orientiert ist, ist tendenziell deutlich unzufriedener mit der Demokratie und den politischen Eliten. Hinzu kommt eine Anti-EU Haltung, die einhergeht mit deutlich ausgeprägten populistischen Einstellungen und Argumentationsmustern. Gleichzeitig sind diese Menschen vergleichsweise wenig engagiert und ziehen sich vor allem auf Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken und anderen Onlinemedien zurück. Der kritisch-aversiven Haltung gegenüber dem politischen System, seinen Vertreterinnen und Vertretern und seinen Leistungen folgen jedoch jenseits dieser Aktivitäten und dem Wählen kaum politische Handlungen. Auf der anderen Seite finden sich diejenigen, deren Lebenswelten sich eher an Aspekten des Regulierens, Steuerns und des Umsetzens von Entscheidungen zum Wohle des Gemeinwesens orientieren. Sie sind insgesamt zufriedener mit der Demokratie und ihren Leistun-

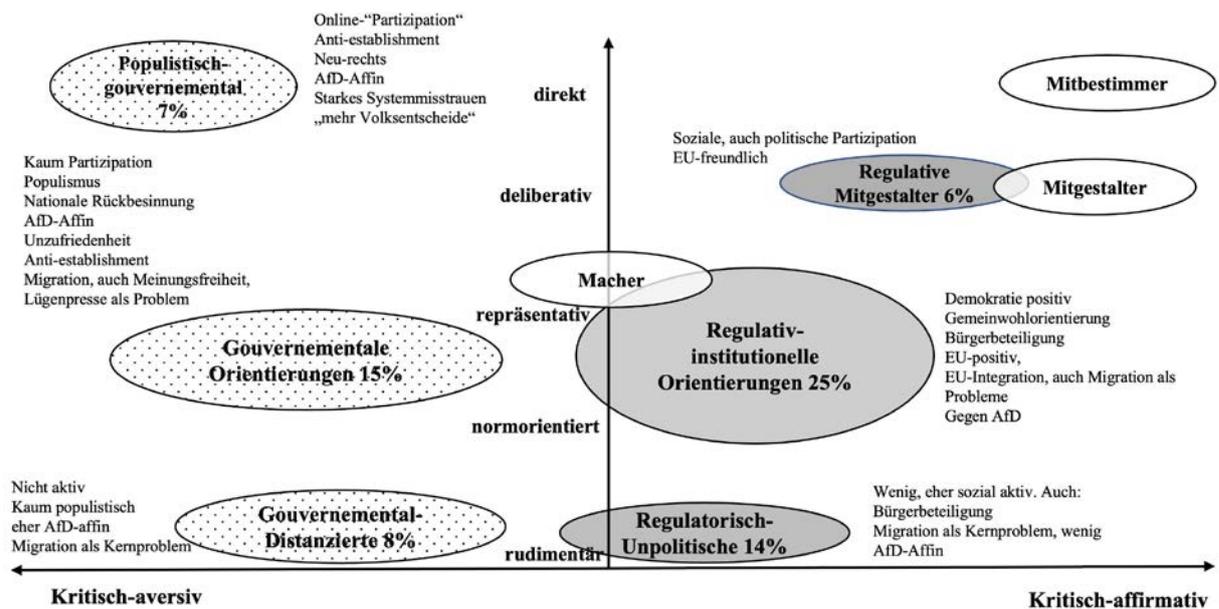


Abbildung 1: Grafische Aufbereitung des Impulsvortrags im Konferenzsaal

Legende: Gepunktete Flächen: kaum Partizipation, wenn dann online; Graue Flächen: stärker sozial und politisch aktiv.

Quelle: Frankenberger et al. 2019: 169.

gen, haben kaum populistischen Neigungen und sind tendenziell pro-europäisch. Hinzu kommt, dass sie das politische Gemeinwesen, das sie durchaus auch kritisch sehen, aktiv mitgestalten.

Abbildung 1 zeigt das entlang der Dimensionen Demokratieverständnis, Politikbegriff, Partizipation und Kritik aversiv vs. affirmativ ausgerichtete Lebensweltenmodell.

Das Modell der politischen Lebenswelten spielt gesellschaftliche Konfliktlinien zwischen progressiven universalistisch-pluralistischen Positionen und autoritären, partikularistisch-nationalen und völkischen Positionen auf einer alltagsästhetischen Ebene. Dabei zeigt sich, dass diejenigen Lebenswelten weniger anfällig für extrem rechte Narrative sind, die sich intensiver mit der Funktionsweise des politischen Systems als Regelsystem auseinandersetzen und auch daran teilhaben als jene stark output-orientierten und elitenzentrierten Lebenswelten, in denen es vielfältige Anknüpfungspunkte für extrem rechte Narrative und Ideologeme gibt.

4 *Anknüpfungspunkte und lebensweltliche Angebote der extremen Rechten*

Lebenswelten speisen sich aus Erfahrungen. Angesichts gesellschaftlicher Veränderungsdynamiken und Krisen kommt es immer häufiger zu einem Auseinanderfallen von historischen und gegenwärtigen Erfahrungen und in der Folge zu Situationen und Zuständen kognitiver Dissonanz, in denen Menschen nach Halt suchen. Diese Suche nach Sicherheit im Wandel wird von der extremen Rechten genutzt, indem sie ästhetisierte Angebote in Kultur und Politik macht, die, meist rückwärtsgerichtet an der Nation und dem Volk ausgerichtet, Sicherheit suggerieren sollen. Die Angebote lassen sich entlang von drei Dimensionen analytisch unterscheiden, auch wenn sich diese im Alltag überschneiden: 1) Ideologie, 2) Inhalte sowie 3) Ästhetik.

Auf der Ebene der Ideologie bieten extrem rechte Akteure einfache Erklärungen für die „Polykrise“. Dabei wird behauptet, dass durch Modernisierung und Individualisierung Lebensinhalte ausgehöhlt und die kulturellen Ursprünge und Unterschiede eingeebnet und vernichtet werden würden. Höhere Werte wie Ehre, Nation und Familie verlören ihren Sinn. Daher sei eine Rückbesinnung auf Traditionen und verschüttete kulturelle Inhalte notwendig, um die Nation wiederauferstehen zu lassen. Solche Ideologien enthalten im Kern das Narrativ der „Reinigung und Wiederauferstehung eines Volkes“ oder einer Nation und greifen häufig zurück auf protofaschistische Ideologien und Theorien. Diese sind hoch anschlussfähig an Modernisierungs-, Individualisierungs- und insbesondere Migrationskritik, wie sie in den skizzierten Lebenswelten zu finden sind. Damit einher geht in der Regel eine Fundamentalkritik an zentralen Werten und Verfahrensregeln demokratischer Verfassungsstaaten, vor allem der fundamentalen Gleichheitsrechte. Diesen wird die „Einheit von Volk und Nation“ in einem „Europa der Völker“ als Quelle von Solidarität und Wohlstand gegenübergestellt. Auch diese Angebote fallen auf fruchtbaren Boden in jenen Lebenswelten, die demokratie- und EU-kritisch eingestellt sind.

Auf einer inhaltlichen Ebene werden bestehende Narrative und Kritiken aufgegriffen und umgedeutet. Ein Beispiel dafür ist der komplette Richtungswechsel der AfD in der Corona-Pandemie, die zunächst rigide Corona-Maßnahmen forderte, um dann die Kritik an Corona-Maßnahmen aufzunehmen und auch unter Bezugnahme auf Verschwörungstheorien populistisch umzudeuten. Jenseits der AfD erfolgte eine strategische Umdeutung von Kritik und Protest in Verbindung mit extrem rechten Erklärungs- und Lösungsansätzen. Ähnliche Vorgehensweisen finden sich in Bezug auf die Themen Heimat, Familie und Frau sowie Demokratiekritik. Bei letzterer werden Forderungen nach mehr direkter Demokratie argumentativ

mit plebiszitären, national-volksdemokratischen Vorstellungen und der Idee einer „Führerdemokratie“ verbunden, die hoch anschlussfähig an lebensweltliche Demokratie- und Elitenkritik ist. Denn extrem rechte Narrative knüpfen gezielt an legitime Kritik an der repräsentativen Demokratie an, radikalisieren sie und unterfüttern sie mit monistischen, exkludierenden Volksvorstellungen und Alleinvertretungsansprüchen (Gensheimer & Frankenberger 2019).

Auf einer ästhetischen und emotionalisierten Ebene macht die extreme Rechte insbesondere in den Bereichen Heimat, Nation, Identität und Familie Angebote, da sich diese im Unterschied zu anderen sozialen, vor allem aber auch ökonomischen und politischen Themenbereichen sehr viel besser für eine Ästhetisierung von Lebensstilen über Ikonografie und Symbolik eignen. Von Kochrezepten über Beautytipps, Kleidungsstile und Ideen des Lebensvollzugs bis hin zu umfassenden Weltdeutungen finden sich vor allem in den sozialen Medien ästhetisierte Angebote der extremen Rechten. Sie stellen rechte Lebensstile ikonografisch so dar, dass extrem rechte Inhalte zunächst kaum in Erscheinung treten und so den Zugang für und zu nicht-extremen Lebenswelten erleichtern und emotionalisierte Sinnangebote machen (z. B. Strick 2021).

5 Zusammenfassung

Die extreme Rechte greift gezielt Themen und Probleme auf, die in unterschiedlichen Lebenswelten salient sind, emotionalisiert, skandalisiert diese und radikalisiert sie entlang von existierenden Trennlinien hin zu eindeutigen Schuldzuweisungen und der Ablehnung gesellschaftlich geteilter Einstellungen, die als Ursachen für die insinuierten Krisen und Missstände ausgemacht werden, wie Pluralismus, Eliten, Migrant:innen, die EU und die repräsentative Demokratie. Wie die vorgestellten Studien zeigen, finden sich zahlreiche Anknüpfungspunkte in den einzelnen Lebenswelten, an die rechte Narrative andocken. Die extreme Rechte macht – vor allem auch in den sozialen Medien – alltagsästhetische, lebensweltliche Angebote, die dort vorhandene Erfahrungen und Alltagswissen gezielt aufgreifen. Diese müssen sehr viel genauer und intensiver analysiert werden. Dazu bedarf es zunächst qualitativer Methoden. Diese können etwa über die Verwendung strukturierender Verfahren wie KWIC-Analysen, Repertory Grid Methoden und Q-Methodology in Mustererkennungen überführt werden. Dabei ist die Verknüpfung mit automatisierten Analysen, etwa unter Verwendung lernender Algorithmen, immer mitzudenken, um auch größere Datenmengen systematisch auswerten zu können.

6 Literaturverzeichnis

- Decker, O., J. Kiess, A. Heller & E. Brähler, 2022: *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Leipziger Autoritarismus-Studie 2022*. Gießen: Psychosozial.
- Fernholz, T., 2022: *Die rechtsradikale Bewegung und ihr digitaler Kampf um Identität. Inhalte, Dynamiken und Resonanzräume rechtsradikaler Alternativ-Öffentlichkeiten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Fielitz, M. & H. Marcks, 2020: *Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus*. Berlin: Dudenverlag.
- Flaig, B. B., T. Meyer & J. Ueltzhöffer, 1993: *Alltagsästhetik und politische Kultur: zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation*. Bonn: Dietz.
- Frankenberger, R., D. Buhr & J. Schmid, 2015: „Politische Lebenswelten. Eine qualitative Studie zu politischen Einstellungen und Beteiligungsorientierungen in ausgewählten Kommunen in Baden-Württemberg“. In: Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.). *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014*. Wiesbaden: Springer VS. 151–221.
- Frankenberger, R., T. Gensheimer & D. Buhr, 2019: „Zwischen Mitmachen und Dagegen sein. Politische Lebenswelten in Baden-Württemberg“. In: Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.), *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017*. Wiesbaden: Springer VS. 149–172.
- Gadinger, F., S. Jarzebski & T. Yildiz, 2014: „Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie“. In: Gadinger, F., S. Jarzebski & T. Yildiz (Hrsg.), *Politische Narrative*. Wiesbaden: Springer VS. 3–38.
- Gensheimer, T. & R. Frankenberger, 2019: „Themen, Thesen, Argumente. Die Bedeutung von politischem System, Politikfeldern und Beteiligungsangeboten für AfD- und Nicht-AfD Wähler im Vergleich“. In: Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.), *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017*. Wiesbaden: Springer VS. 103–128.
- Greiffenhagen, Sylvia, 2009. „Theorie(n) der Politischen Kultur“. In: S. Salzborn (Hrsg.), *Politische Kultur*. Frankfurt: Peter Lang. 31–44.
- Guhl, J., J. Eber & J. Rau, 2020: *The Online Ecosystem of the German Far-Right*. Institute for Strategic Dialogue. <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2020/02/ISD-The-Online-Ecosystem-of-the-German-Far-Right-English-Draft-11.pdf>.
- Hitzler, R., 1997: „Politisches Wissen und Politisches Handeln: einige phänomenologische Bemerkungen zur Begriffsklärung“. In: S. Lamnek (Hrsg.), *Soziologie und politische Bildung*. Leverkusen: Leske&Budrich. 115–132.
- Jäger, S., 1998: „Über das Eindringen von Ideologemen des völkischen Nationalismus in den öffentlichen Diskurs“. In: Jäger, S., D. Kretschmer, G. Cleve, B. Griese u. a. (Hrsg.), *Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart*. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung DISS. 11–25.
- Kracauer, S., 1952: “The challenge of qualitative content analysis”. *Public Opinion Quarterly* 16.4: 631–642.
- Maase, K., 2022: *Schönes alltäglich erleben. Über die Ästhetisierung der Kultur*. Bielefeld: transcript.

- Merten, K. 1981: „Inhaltsanalyse als Instrument der Sozialforschung“. *Analyse & Kritik* 3.1: 48–63.
- Rohe, K., 1987: „Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kulturforschung“. *PVS Sonderheft* 18: 39–48.
- Rohe, K., 1994: „Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts.“ In: Niedermayer, O. & K. von Beyme (Hrsg.), *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*. Berlin: Akademie Verlag. 1–21.
- Schütz, A. & T. Luckmann, 2003: *Strukturen der Lebenswelt*. Konstanz: UVK.
- SINUS, 1981: *5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben...“ Die SINUS-Studie über Rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen*. Reinbek: rororo.
- Somers, M. R., 1994: “The narrative constitution of identity: A relational and network approach”. *Theory and Society* 23:605–649.
- Strick, S., 2021: *Rechte Gefühle: Affekte und Strategien des digitalen Faschismus*. Bielefeld: transcript.
- Viehöver, W., 2014: *Erzählungen im Feld der Politik, Politik durch Erzählungen. Überlegungen zur Rolle der Narrationen in den politischen Wissenschaften*. In: Gadinger, F., S. Jarzebski & T. Yildiz (Hrsg.), *Politische Narrative*. Wiesbaden: Springer VS. 67–92.
- Zick, A., B. Küpper & N. Mokros, 2023: *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Dietz.

Abbildungsverzeichnis Kapitel 3

Abbildung 1: Grafische Aufbereitung des Impulsvortrags im Konferenzsaal Quelle: Frankenberger et al. 2019: 169.	39
---	----

Kapitel 4

Intermediales Agenda-Setting von rechts? Drei Fallstudien zum Einfluss rechter Alternativmedien auf etablierte Nachrichtenangebote¹

Tilman Klawier

1 Einleitung und Zielsetzung

Das Internet hat die Entstehung zahlreicher Alternativmedien befördert. Dabei handelt es sich um Nachrichtenmedien, die sich explizit gegen das richten, was sie als medialen und politischen Mainstream wahrnehmen (Holt et al. 2019). Dies drückt sich v. a. dadurch aus, dass sie über Themen berichten, die aus ihrer Sicht in den Mainstream-Medien zu kurz kommen, und die Themen, über die dort berichtet wird, anders bewerten. Waren Alternativmedien ursprünglich klar mit linken politischen Strömungen verbunden, stehen mittlerweile zunehmend Medien im Fokus der Forschung, die ebenfalls für sich in Anspruch nehmen, eine Alternative zum Mainstream darzustellen, aber politisch rechts zu verorten sind und beispielsweise gegen Immigration, Gender-Diversität und politische Korrektheit agitieren (vgl. z. B. Holt 2019). Dabei lässt sich die zunehmende wissenschaftliche Aufmerksamkeit für rechte Alternativmedien nicht nur dadurch erklären, dass diese in den letzten Jah-

ren mutmaßlich einiges an Popularität erfahren haben, sondern ist v. a. auch darauf zurückzuführen, dass sie häufig mit der Verbreitung irreführender Informationen in Verbindung gebracht werden (Strömbäck 2023). Dies wird insbesondere dann zum Problem, wenn es diesen Medien gelingt, mit ihren Themen in die Mainstream-Medien vorzudringen und dadurch ihre Reichweite auf indirektem Wege zu vergrößern. Ein solcher Prozess, bei dem einzelne Nachrichtenangebote die Themenagenda anderer Medien beeinflussen, wird als intermediales Agenda-Setting bezeichnet (Danielian & Reese 1989).

Benkler et al. (2018) haben beispielsweise in einer breit angelegten Studie zum amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2016 nachgezeichnet, wie rechte Alternativmedien Gerüchte über politische Gegner in die Welt gesetzt haben, die dann von reichweitenstarken Mainstream-Medien aufgegriffen und verstärkt wurden. Insbesondere das führende konservative Nachrichtenangebot

1 Der Beitrag basiert auf einem englischsprachigen Discussion-Paper, in dem die Methodik und die drei Fallstudien ausführlicher dargestellt werden: https://wiso.uni-hohenheim.de/fileadmin/einrichtungen/wiso/Forschungsdekan/Papers_BESS/dp_2023-03_online.pdf.

Fox News spielte dabei eine entscheidende Rolle als Brücke zum Mainstream, indem es als erstes die Themen rechter Alternativmedien aufgriff, woraufhin dann andere etablierte Medien nachzogen. Auch wenn diese Medien dabei häufig die Intention verfolgten, die Behauptungen zu widerlegen, sorgten sie dennoch dafür, dass die Gerüchte ein breiteres Publikum erreichten.

Bislang wurde ein solches intermediales Agenda-Setting durch rechte Alternativmedien jedoch noch kaum in Deutschland untersucht. Zwar haben sich hier ähnliche Angebote herausgebildet, jedoch sind die Rahmenbedingungen andere. So sind Mediennutzer in Deutschland weniger stark polarisiert als in den USA (Newman et al. 2017: 39), sodass konservative Medien weniger anfällig für Beeinflussungsversuche von rechts außen sein könnten. Es ist daher unklar, inwiefern sich ähnliche Entwicklungen wie in den USA auch in Deutschland beobachten lassen. Gleichwohl gibt es auch hierzulande Hinweise darauf, dass es rechten Alternativmedien bereits gelungen ist, Themen auf die Agenda der Mainstream-Medien zu setzen. Im vorliegenden Beitrag werden daher drei solche Fälle einer qualitativen Analyse unterzogen. Dabei wird der Versuch unternommen, die medialen Karrieren der Themen im Detail nachzuzeichnen, um zunächst die grundlegende Frage zu beantworten, ob intermediales Agenda-Setting durch rechte Alternativmedien in Deutschland vorkommt. Zudem untersucht der Beitrag, ob die Mainstream-Medien dabei zusätzlich auch die Bewertung der Themen von den Alternativmedien übernehmen oder ob sie die Themen zwar aufgreifen, aber anders darstellen und den Alternativmedien dadurch etwas entgegensetzen.

Darüber hinaus sollen ggf. die zentralen Mechanismen und Akteure im Agenda-Setting-Prozess näher beleuchtet werden: Welche konkreten Alternativmedien setzen die Themen, welche Mainstream-Medien greifen sie zuerst auf und in

welcher Reihenfolge schließen sich weitere Medien an? Dabei werden auch soziale Medien als mögliches Bindeglied zwischen Alternativ- und Mainstream-Medien in den Blick genommen. So könnten Journalisten über soziale Medien auf die Themen rechter Alternativmedien aufmerksam werden, ohne diesen aktiv zu folgen, z. B. wenn dort Politiker Inhalte alternativer Medien teilen oder eine hohe Zahl von Nutzern auf die Inhalte reagiert und dadurch ihre Sichtbarkeit erhöht. Insbesondere „X“ (ehemals: Twitter) könnte aufgrund seiner öffentlichen Struktur und Beliebtheit bei Journalisten ein Kanal für ein solches indirektes intermediales Agenda-Setting sein.

2 Methodik

2.1 Fallauswahl

Um zu überprüfen, ob es zu intermedialem Agenda-Setting durch rechte Alternativmedien in Deutschland kommt, wurden drei Fälle ausgewählt, bei denen es im Vorfeld bereits Hinweise darauf gab, z. B. durch journalistische Berichte.

Der erste Fall ist die Skandalisierung einer Broschüre, die im September 2018 von der anti-rassistischen Amadeu Antonio Stiftung veröffentlicht wurde. Die Broschüre war als Handreichung für Kita-Personal für den Umgang mit Kindern aus rechtsextremen Familien gedacht. Kritiker sahen in der Broschüre jedoch eine Aufforderung zur Indoktrination von Kindern und zur Denunziation von Eltern mit unliebsamen politischen Ansichten. Die Stiftung hält dies für eine Desinformationskampagne von rechten Alternativmedien, die auf Fehlinterpretationen und dekontextualisierten Zitaten beruht (Rahner 2021).

Beim zweiten Fall handelt es sich um die Kontroverse um eine Dokumentation des öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders KiKA mit dem Titel „Malvina, Dīaa und die Liebe“, die im November 2017 im

Abendprogramm ausgestrahlt wurde, das sich an ältere Kinder und Jugendliche richtet. Ohne einen Kommentar aus dem Off dokumentierte die Sendung die Paarbeziehung der beiden titelgebenden Protagonisten: einer deutschen Jugendlichen und eines syrischen Flüchtlings. Dabei wurden auch die Konflikte dargestellt, die aus den unterschiedlichen kulturellen Hintergründen der Protagonisten resultierten (Götz 2018). Nachdem ein rechter Blogger die Sendung skandalisierte, sahen sich die Protagonisten mit Hassbotschaften konfrontiert und mussten zeitweise unter Polizeischutz gestellt werden (Semmer & Riesmeyer 2020).

Der dritte Fall dreht sich um die Kampagne gegen den „Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ (kurz: Migrationspakt) – ein unverbindliches Abkommen, das 2018 von den Vereinten Nationen beschlossen wurde, um weltweit einheitliche Mindeststandards für Migranten zu schaffen. Dabei hatten rechte Alternativmedien gemeinsam mit anderen Akteuren erfolglos versucht zu erreichen, dass sich Deutschland Ländern wie den USA, Österreich und Polen anschließt, die gegen den Pakt stimmten oder sich der Stimme enthielten (Klinger et al. 2023; Rone 2022; Rone & Fielitz 2023).

2.2 Medienstichprobe

Um den Verlauf der Fälle nachzuzeichnen und auf intermediales Agenda-Setting zu prüfen, wurde zunächst eine Liste diverser Mainstream- und Alternativmedien zusammengestellt, die als Leitmedien innerhalb ihres Spektrums gelten. So handelt es sich etwa um Angebote, die vielfach von anderen Nachrichtenangeboten zitiert oder über soziale Medien geteilt werden (vgl. z. B. Serrano et al. 2018). Als Alternativmedien wurden dabei die folgenden zehn Titel ausgewählt: *Achse des Guten*, *Compact*, *Epoch Times*, *Journalistenwatch*, *Junge Freiheit*, *Philosophia Perennis*, *PI-News*, *Sputnik*, *RT DE* und *Tichys Einblick*.

Bei den Mainstream-Medien wurde zudem darauf geachtet, Angebote mit unterschiedlichen politischen Tendenzen in die Stichprobe aufzunehmen, um prüfen zu können, ob diese unterschiedlich auf rechte Agenda-Setting-Versuche reagieren. Als Medien mit einem konservativen Profil wurden *Bild*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, *Focus* und *Welt* untersucht, als Medien mit linksliberaler redaktioneller Linie der *Spiegel*, die *Süddeutsche Zeitung (SZ)* sowie die *tageszeitung (taz)* (Maurer & Reinemann 2006: 130).

Über die Suchfunktionen ihrer Websites sowie externe Datenbanken wurden alle Artikel zusammengetragen, die diese Medien zu den drei untersuchten Themen veröffentlicht haben. Die Stichproben umfassen N = 56 Artikel im Fall der Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung, N = 82 Artikel im Fall der KiKA-Dokumentation und N = 1.283 Artikel zum Fall des UN-Migrationspakts, dessen Ausmaß das der anderen Fälle deutlich übersteigt. Eine Auflistung aller Artikel sowie nähere Details zur Stichprobenbildung finden sich im Online-Begleitmaterial für diese Studie (<https://osf.io/jzvah>).

2.3 Analyse der Medienberichterstattung

Im ersten Schritt wurden alle Artikel der drei Stichproben chronologisch aufgelistet, um prüfen zu können, welche Medien wann mit der Berichterstattung begonnen hatten. Hierdurch ergaben sich bereits erste Hinweise auf intermediales Agenda-Setting, wenngleich noch keine eindeutigen Schlüsse möglich waren. So kann zeitlich versetzte Berichterstattung auch auf andere Ursachen zurückzuführen sein und bedeutet nicht zwangsläufig, dass sich Medien untereinander beeinflusst haben.

Im zweiten Schritt wurde daher eine qualitative Analyse durchgeführt, für die die Artikel chronologisch durchgegangen wurden. Dabei wurde ge-

prüft, welche Quellen und Akteure die Artikel zitieren, da es sich als eindeutiger Beleg für intermediales Agenda-Setting interpretieren lässt, wenn ein Medienangebot beim Aufgreifen eines Themas explizit auf ein anderes Medienangebot verweist. Wurden in den Artikeln aus der Stichprobe Quellen genannt, die darin nicht von vornerein enthalten waren, konnte die Analyse zudem auf diese Quellen ausgeweitet werden, wenn sie wichtig erschienen, um den gesamten intermedialen Agenda-Setting-Prozess bestmöglich nachzeichnen zu können. Gleichwohl kann ein Medienangebot das Thema eines anderen auch aufgreifen, ohne es zu zitieren, was gerade dann nicht unwahrscheinlich ist, wenn es sich bei der Quelle um ein Alternativmedium handelt, welches in den Augen vieler Journalisten keine legitime Quelle darstellt. Aus diesem Grund lag der Blick bei der qualitativen Analyse auch darauf, welche konkreten Aspekte und Ereignisse Anlass der Berichterstattung waren, um ausschließen zu können, dass es reale Entwicklungen gab, die dazu führten, dass die entsprechenden Medien das jeweilige Thema aufgriffen. Zudem war Gegenstand der qualitativen Analyse, wie das Thema in der Medienberichterstattung bewertet wird, um zu schauen, ob der intermediale Einfluss über die reine Themensetzung hinausgeht.

2.4 Erhebung und Analyse von Twitter-Daten²

Über die ehemalige Twitter-API wurde erhoben, wie viele Tweets an jedem Tag der Berichterstattungszeiträume zu den jeweiligen Themen gepostet wurden und wie viele dieser Tweets Links zu den Medienangeboten aus der Stichprobe beinhalteten. Auf diese Weise war es möglich zu prüfen, ob sich Hinweise darauf finden lassen, dass es über die Plattform zu indirektem intermedialen Agenda-Setting gekommen ist, also Alternativ-

medien zunächst auf Twitter Aufmerksamkeit auf ein bestimmtes Thema gelenkt haben und es von dort dann in die Mainstream-Medien überschwappt ist.

Neben den aggregierten Tweet-Häufigkeiten wurden zudem die Inhalte der einzelnen Tweets für solche Zeiträume heruntergeladen, in denen ein starker Anstieg der Tweet-Frequenz zu verzeichnen war. Dadurch ließ sich prüfen, was genau diesen Anstieg ausgelöst hatte, also was in den Posts thematisiert wurde und welche Akteure und Medien besonders häufig geteilt wurden. Wie auch bei der Analyse der Medienberichterstattung konnten hierbei Quellen, die zuvor nicht Bestandteil der Stichprobe waren, nachträglich in die Auswertung einbezogen werden, wenn die Untersuchung der Twitter-Daten nahelegte, dass sie für den Verlauf der Fälle relevant waren.

3 Fallstudien

3.1 Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung

Nach der Veröffentlichung der Broschüre am 4. September 2018 berichtet zunächst kein einziges Medienangebot über die Broschüre und auch auf Twitter wird sie nicht thematisiert. Erst am 19. Oktober veröffentlicht das Alternativmedium *Philosophia Perennis* einen ersten Artikel über die Broschüre. Dieser basiert maßgeblich auf einer Pressemitteilung der AfD-Bundestagsabgeordneten Nicole Höchst und übernimmt deren Skandalisierung der Broschüre. Die Broschüre wird dabei als Aufforderung interpretiert, Kindergartenkinder ideologisch zu indoktrinieren und ihre Eltern zu denunzieren. Der Artikel erregt zwar etwas Aufmerksamkeit auf Twitter, die jedoch schnell wieder abflaut, und es folgt zunächst auch

2 Da die Plattform zum Zeitpunkt der Studie noch nicht in „X“ umbenannt wurde, wird sie in der folgenden Darstellung mit ihrem ursprünglichen Namen bezeichnet.

nur ein weiterer Artikel des Alternativmediums *Journalistenwatch*.

Am 2. November erscheinen dann zwei Artikel der *Jungen Freiheit*, die ebenfalls Höchst zitieren, den inhaltlichen Fokus allerdings etwas anders legen als *Philosophia Perennis*. So ist hier eine zentrale Kritik an der Broschüre, dass dort vermeintlich behauptet werde, dass man Mädchen aus rechten Familien daran erkennen könne, dass sie Kleider und Zöpfe trügen. Auch diese Artikel haben jedoch keine unmittelbaren Effekte auf andere Nachrichtenmedien oder Twitter.

Am 26. November veröffentlicht *Philosophia Perennis* einen zweiten Artikel, der einen weiteren AfD-Bundestagsabgeordneten zitiert und noch am Abend desselben Tages von einem Kommentar von Gunnar Schupelius im Boulevard-Medium *B. Z.* gefolgt wird, womit erstmals ein Mainstream-Medium die Broschüre thematisiert. Schupelius äußert darin sehr ähnliche Kritik wie zuvor die AfD-Politiker und Alternativmedien, zitiert diese aber nicht. Nicht nur aufgrund der inhaltlichen Parallelen scheint es jedoch nahe liegend, dass diese Akteure Schupelius bzw. die *B. Z.* auf das Thema aufmerksam gemacht haben. So ist zu diesem Zeitpunkt die Veröffentlichung der Broschüre bereits Monate her und es lassen sich auch keine anderen Ereignisse identifizieren, die das Thema unabhängig von den rechten Akteuren auf die Tagesordnung gesetzt haben könnten. Auch dass die Aufmerksamkeit über Twitter auf das Thema gelenkt wurde, ist unwahrscheinlich, da zu diesem Zeitpunkt so gut wie keine Tweets dazu abgesetzt werden.

Infolge dieser Artikel von *Philosophia Perennis* und der *B. Z.* beginnt die Skandalisierung der Broschüre an Fahrt aufzunehmen. In den nächsten beiden Tagen veröffentlichen mit der *Epoch Times* und *Tichys Einblick* weitere Alternativmedien Artikel, die auf die vorherigen Artikel verweisen. Durch

den Artikel von *Tichys Einblick* steigt zudem die Anzahl der Tweets zur Broschüre wieder an. Dazu trägt ebenfalls bei, dass am nächsten Tag mit *Bild*, *Welt* und *Focus* einige konservative Mainstream-Medien das Thema aufgreifen, wodurch es endgültig im medialen Mainstream angekommen ist. Dabei ist wichtig hervorzuheben, dass der *Bild*-Artikel schon am Morgen des 29. November erscheint, die Artikel von *Welt* und *Focus* aber erst am Abend. Dementsprechend scheint es nahe liegend, dass die Berichterstattung von *Bild* für die anderen Mainstream-Medien ausschlaggebend war, auch wenn keines der Medien auf ein anderes verweist. Auch AfD-Politiker werden in den Artikeln nicht zitiert, stattdessen jedoch verschiedene CDU-Bundestagsabgeordnete, die die Broschüre auf sehr ähnliche Weise verurteilen wie zuvor die AfD-Politiker.

Am nächsten Tag beginnen die eher linken Mainstream-Medien *SZ* und *Spiegel* zu berichten. Die *SZ* beschränkt sich dabei auf die neutrale Wiedergabe einer *dpa*-Meldung zur Kritik eines CDU-Politikers. Auf der *Spiegel*-Website erscheint jedoch ein Artikel des damaligen Jugendangebots *Bento*, welcher der erste in der Stichprobe ist, der die Vorwürfe gegen die Broschüre aktiv zurückweist, und zunächst auch der einzige bleibt. Die Kritik an der Broschüre reißt hingegen vorerst nicht ab. So bleibt das Thema eine Woche lang auf der Agenda vieler Twitter-Nutzer und Alternativmedien. Dabei dienen v. a. Wortmeldungen von Politikern und anderen Akteuren zur Broschüre als Anlässe für weitere Berichterstattung. Mainstream-Medien berichten jedoch kaum noch über den Fall. Die *FAZ* veröffentlicht erst Wochen später ihren ersten Artikel, in dem sowohl die Empörung über die Broschüre als auch die Reaktion der Stiftung darauf kritisiert werden. Die *taz* thematisiert den Fall gar nicht.

3.2 KiKA-Dokumentation

Nach der Ausstrahlung am 26. November berichtet zunächst wochenlang niemand über die Sendung. Dies ändert sich, nachdem am 6. Januar der rechtslibertäre Influencer Oliver Janich ein Video auf YouTube veröffentlicht, in dem er die Sendung als Islamisierungspropaganda bewertet und die Macher mit Joseph Goebbels vergleicht. Zudem äußert er Zweifel daran, dass der Protagonist Diaa wirklich wie vom KiKA angegeben 17 Jahre alt ist. Einen Tag später veröffentlicht Janich ein weiteres Video mit ähnlichen Kritikpunkten und Alternativmedien wie *Philosophia Perennis* greifen das Thema auf. Zudem lenken die Videos auf Twitter einige Aufmerksamkeit auf das Thema. Dabei zeigt eine Detailanalyse dieser Tweets, dass viele reichweitenstarke rechte Accounts, u. a. von der AfD, etwas zu dem Thema posten und dabei auch Mainstream-Journalisten wie den damaligen *Bild*-Chefredakteur Julian Reichelt taggen.

Einen Tag später greift dann auch *Bild* als erstes Mainstream-Medium das Thema auf. Der Artikel berichtet u. a., dass der KiKA das Alter von Diaa auf seiner Website auf 19 Jahre korrigiert hat und somit ursprünglich tatsächlich ein falsches Alter angegeben hatte. Zudem zitiert der *Bild*-Artikel einen Post des AfD-Bundestagsabgeordneten Dirk Spaniel, der wiederum den Artikel von *Philosophia Perennis* verlinkt. Es erscheint daher naheliegend, dass das Alternativmedium zumindest indirekt dazu beigetragen hat, den Nachrichtenswert des Themas für *Bild* zu erhöhen, indem es den AfD-Politiker zu einer öffentlichen Äußerung anregte. Da jedoch auch Reichelt mutmaßlich von Twitter-Nutzern auf den Fall aufmerksam gemacht wurde, ist es nicht möglich zu bestimmen, was genau ausschlaggebend für die Berichterstattung der *Bild* war.

Einen Tag nach dem ersten *Bild*-Artikel greifen mit *Focus* und *Welt* zwei weitere konservative Main-

stream-Medien das Thema auf. Diese zitieren neben Spaniel auch Politiker der CDU und FDP, die die Sendung ebenfalls kritisieren. Ihr Fokus liegt jedoch v. a. auf der fehlerhaften Altersangabe und der fehlenden redaktionellen Einbettung der Sendung, während die Propagandavorwürfe nicht übernommen und teils zurückgewiesen werden. Einen weiteren Tag später folgen mit der *FAZ* und *taz* zwei weitere Mainstream-Medien, wobei die konservative *FAZ* Kritik an der Sendung übt, während die linke *taz* die Sendung positiv bewertet. Damit ist das Thema fest auf die Agenda vieler Medien gesetzt. Neben diversen Alternativmedien veröffentlichen auch *Bild*, *Welt* und *Focus* in der folgenden Woche mehrere weitere Artikel zu dem Thema, darunter Interviews mit Experten und Verantwortlichen. Auch auf Twitter werden in diesem Zeitraum täglich über 1.000 Tweets zu der Sendung gepostet.

Nachdem die Aufmerksamkeit für das Thema wieder abgeklungen ist, erscheint am 24. Januar ein erster Artikel der *SZ*, dem anschließend noch zwei weitere folgen, die teilweise die Sendung verteidigen und neue Perspektiven aufzeigen. So weist ein Artikel z. B. darauf hin, dass das Verhalten Diaas nicht auf einen strenggläubigen Muslim hindeutet. Zu erwähnen ist außerdem, dass der *Spiegel* keinen einzigen Artikel über die Sendung veröffentlicht.

Der Fall weist somit einige Parallelen zum ersten Fall auf. So waren es hier ebenfalls Akteure aus dem rechten Spektrum, die das Thema skandalisierten, bevor es öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr. Erneut war es dabei *Philosophia Perennis*, das zu den ersten Alternativmedien gehörte, die sich daran beteiligten. Zudem war es erneut das Boulevard-Medium *Bild*, das zu den ersten Mainstream-Medien gehörte, die das Thema aufgriffen und auf die Agenda von Politikern etablierter Parteien und anderen Mainstream-Medien setzten. Linke Medien griffen dabei das Thema erneut etwas spä-

ter auf als konservative und tendierten auch eher dazu, den Fall diametral anders zu bewerten als die Alternativmedien. Im Gegensatz zum ersten Fall unterschied sich jedoch die Kritik, die in konservativen Mainstream-Medien geäußert wurde, stärker von derjenigen der Alternativmedien.

3.3 Der UN-Migrationspakt

Nachdem die Vereinten Nationen im April 2017 mit den Verhandlungen über den Migrationspakt begannen, erscheinen im Dezember die ersten Artikel von einigen Mainstream- und Alternativmedien. Bei allen diesen Artikeln handelt es sich um knappe Meldungen auf Basis von Nachrichtenagenturen über den Ausstieg der USA unter Donald Trump aus den Verhandlungen. Keiner der Artikel enthält eine Bewertung des Migrationspakts oder Hintergrundinformationen zu diesem. Auch erfährt das Thema im Anschluss zunächst keine weitere Aufmerksamkeit von Nachrichtenmedien und Twitter-Nutzern.

Im April 2018 beginnen dann die ersten Alternativmedien, *Epoch Times* und *Junge Freiheit*, sich intensiver mit dem Migrationspakt zu beschäftigen, was maßgeblich von dem AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Hebner ausgeht. So wurde der Artikel in der *Jungen Freiheit* von einem Mitarbeiter Hebners verfasst und die *Epoch Times* zitiert eine Bundestagsrede von ihm. Dabei übernimmt sie dessen Bewertung des Migrationspakts als Plan für eine groß angelegte Massenumsiedelung, der die Souveränität Deutschlands untergrabe. Das Thema springt jedoch im Anschluss nicht auf weitere Medien über und auch auf Twitter bleibt die Aufmerksamkeit weiterhin gering.

Im Juli folgen dann erneut vereinzelte Berichte von einigen Alternativ- und Mainstream-Medien darüber, dass die Vereinten Nationen eine Einigung über den Inhalt des Migrationspakts erreicht haben. Erneut bleiben die meisten dieser

Berichte jedoch oberflächlich und basieren auf Nachrichtenagenturen. Nur die *Welt*, die *Epoch Times* und *Tichys Einblick* veröffentlichen im Anschluss an die Berichte ausführlichere Artikel, die sich in ihrer Bewertung und Darstellung des Pakts stark voneinander unterscheiden. Während die *Epoch Times* die Verschwörungstheorien zu Umsiedelungsplänen wiederholt, sieht *Tichys Einblick* das Ziel des Pakts in der Förderung von Migration und diesbezüglicher Propaganda aufgrund ökonomischer Interessen von Großkonzernen. Die *Welt* zitiert hingegen verschiedene Pro- und Contra-Stimmen und widerspricht der Behauptung, dass durch den Migrationspakt Souveränität verloren gehe.

Im September nimmt die Kampagne gegen den Migrationspakt schließlich an Fahrt auf, als verschiedene rechte Akteure, insbesondere die Identitäre Bewegung, mit der Mobilisierung gegen den Migrationspakt beginnen. Dabei werden sie von einigen Alternativmedien unterstützt, die über Aktionen gegen den Migrationspakt berichten, während im gesamten Monat kein einziger Artikel eines der Mainstream-Medien aus der Stichprobe erscheint.

Im Oktober hat sich das Thema dann fest auf der Agenda nahezu aller Alternativmedien etabliert. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht eines von ihnen über den parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstand gegen den Pakt berichtet. Viele Alternativmedien thematisieren zudem die vermeintliche Unverbindlichkeit des Pakts und stellen diese infrage. Insbesondere die *Epoch Times* und *Tichys Einblick* veröffentlichen in der ersten Monatshälfte eine Vielzahl von Artikeln, die zudem häufig auf Twitter geteilt werden. Auch im Oktober erscheint jedoch in den ersten 30 Tagen kein einziger Artikel eines Mainstream-Mediums aus der Stichprobe.

Dies ändert sich erst am 31. Oktober, als die österreichische Regierung ihren Ausstieg aus dem Migrationspakt erklärt, worüber alle Medien in der Stichprobe berichten. Zunächst handelt es sich hier aufseiten der Mainstream-Medien erneut nur um oberflächliche *dpa*-Meldungen, kurz darauf beginnen aber auch sie mit einer intensiven Berichterstattung über den Migrationspakt. Da hierfür jedoch mit dem Ausstieg Österreichs eindeutig ein politisches Ereignis der Auslöser ist, gibt es in diesem Fall keine Hinweise darauf, dass ein intermediales Agenda-Setting stattgefunden hat. Allerdings reagieren viele Mainstream-Medien in der nun folgenden Berichterstattung auf die rechte Kritik am Migrationspakt. Viele dieser Artikel versuchen dabei, vorherrschende Falschbehauptungen über den Pakt zu entkräften. Vor allem *Bild* und *Welt* veröffentlichen jedoch neben solchen Artikeln auch eine Reihe von Kommentaren, die selbst scharfe Kritik am Migrationspakt üben. Darin werden teilweise Behauptungen wiederholt, die zuvor vielfach in Alternativmedien zu lesen waren, etwa dass der Migrationspakt eine massive Einwanderung in deutsche Sozialsysteme zur Folge habe und Regierungen eine Einschränkung der Pressefreiheit erlaube. Darüber hinaus bieten der innerhalb der Unionsparteien entbrannte Streit über den Migrationspakt sowie weitere Ausstiege von Ländern wie Ungarn, Italien und Polen ständig neue Anlässe für die Berichterstattung von Mainstream- und Alternativmedien gleichermaßen, bis die UN-Generalversammlung am 19. Dezember den Pakt offiziell annimmt.

Zusammenfassend besteht somit im Fall des Migrationspakts ein zentraler Unterschied zu den ersten beiden Fällen darin, dass die Versuche von Alternativmedien und anderen rechten Akteuren, das Thema auf die Agenda der Mainstream-Medien zu setzen, gescheitert sind. Dies ist angesichts der intensiven und andauernden Kampagne gegen den Migrationspakt bemerkenswert und wirft

die Frage auf, worauf dieser Unterschied zurückzuführen ist. Eine mögliche Erklärung könnte darin liegen, dass der Migrationspakt als abstraktes internationales Abkommen nicht attraktiv für das Boulevard-Medium *Bild* war, das in den ersten beiden Fällen eine zentrale Brückenfunktion erfüllt hat. Zudem gab es im Fall des Migrationspakts über lange Zeit hinweg keinen öffentlichen politischen Streit unter den etablierten Parteien. So war es in den ersten beiden Fällen v. a. Kritik von Unionspolitikern, die in den ersten Mainstream-Berichten zitiert wurde und mutmaßlich entscheidend zum Nachrichtenwert der Themen beigetragen hat. Vermutlich weil der Migrationspakt maßgeblich von Angela Merkel mitinitiiert wurde, gab es hier jedoch zunächst wenige kritische Stimmen aus der CDU.

Davon abgesehen weist aber auch der Fall des Migrationspakts einige Parallelen zu den anderen beiden Fällen auf. So ließ sich erneut eine enge Symbiose von rechten Alternativmedien und AfD-Politikern beobachten, die darin besteht, dass die beiden Akteursgruppen sich gegenseitig Themen zuspielden. Zudem sind die *Epoch Times*, die *Junge Freiheit* und *Tichys Einblick* erneut als alternative Leitmedien hervorgetreten. Neben *Philosophia Perennis* haben diese Angebote auch in den anderen beiden Fallstudien zentrale Rollen gespielt, indem sie die Themen früh aufgriffen und deren Bewertung prägten oder indem sie auf Twitter Aufmerksamkeit auf das Thema lenken konnten. Darüber hinaus lassen sich auch auf der Seite der Mainstream-Medien bestimmte Parallelen erkennen. So waren erneut die Springer-Medien *Bild* und *Welt* den rechten Alternativmedien inhaltlich am nächsten, wenn auch nicht vollkommen mit diesen auf einer Linie.

4 Diskussion

Die analysierten Fälle ergaben deutliche Hinweise darauf, dass intermediales Agenda-Setting

von rechten Alternativmedien auf Mainstream-Medien auch in Deutschland vorkommt. Dabei wirkten die Alternativmedien stets eng mit Politikern der AfD zusammen, die die Themen entweder zuerst setzten oder von den Alternativmedien aufgriffen. Was sich trotz dieser Beobachtung jedoch nicht finden ließ, waren Anzeichen für eine zentrale Steuerung der Kampagnen. So liefen diese teilweise sehr schleppend an und es dauerte, bis sich andere Akteure den Initiatoren angeschlossen. Besonders deutlich zeigte sich dies im Fall des Migrationspakts, wo nach den ersten Skandalisierungsversuchen Monate vergingen, bis die Kampagne gegen den Pakt ins Rollen kam. Zutreffender scheint es daher, von einer Koorientierung statt von einer Koordination der unterschiedlichen Akteure auszugehen. Demnach beeinflussen sich diese zwar untereinander, agieren aber grundsätzlich eigenständig.

Zudem zeigte die Fallstudie zum Migrationspakt, dass Agenda-Setting-Versuche von rechts selbst bei großen Anstrengungen scheitern können. Auch in den anderen beiden Fallstudien ignorierten einzelne Mainstream-Angebote die rechten Themen konsequent. Dabei stellt sich die Frage, ob dies ein sinnvoller Umgang mit rechten Kampagnen ist, um den dahinterstehenden Akteuren

keinen Einfluss zuzugestehen und ihren Themen nicht zu breiterer Aufmerksamkeit zu verhelfen. Eine solche Sichtweise lässt jedoch mehrere Punkte außer Acht. So können die Themen alternativer Medien selbst durchaus legitim und relevant sein, wie gerade der Fall des Migrationspakts verdeutlicht. Problematisch sind v. a. Bewertungen dieser Themen, die auf haltlosen Behauptungen und Verdrehungen beruhen. Werden Themen von rechts grundsätzlich ignoriert, wird daher irreführenden Informationen das Feld überlassen. Im Fall des Migrationspakts hatten AfD und Alternativmedien monatelang nahezu die absolute Deutungshoheit inne. Wer sich über den Pakt informieren wollte, konnte kaum auf andere Quellen zurückgreifen. Zudem muss bedacht werden, dass Alternativmedien über soziale Netzwerke prinzipiell auch so ein großes Publikum erreichen können. Dies kann dazu führen, dass der Druck auf die Mainstream-Medien schließlich so groß wird, dass sie sich gezwungen sehen, doch über die Themen zu berichten, um weitverbreitete Falschbehauptungen zu korrigieren, dann aber nur noch nachträgliche Schadensbegrenzung betreiben können. Sinnvoller scheint es daher, Themen alternativer Medien frühzeitig aufzugreifen, um ihnen ein Korrektiv entgegenzusetzen.

5 Literaturverzeichnis

- Benkler, Y., F. Robert & H. Roberts, 2018: *Network Propaganda: Manipulation, Disinformation, and Radicalization in American Politics*. New York: Oxford University Press.
- Danielian, L. H. & S. D. Reese, 1989: „A Closer Look at Intermedia Influences on Agenda Setting: The Cocaine Issue of 1986“. In: P. J. Shoemaker (Hrsg.), *Communication Campaigns About Drugs: Government, Media, and the Public*. New York: Routledge. 47–66.
- Götz, M., 2018: *Malvina, Diaa und die Liebe*. *Television* 31.1: 53–55.
- Holt, K., 2019: *Right-Wing Alternative Media*. New York: Routledge.
- Holt, K., T. U. Figenschou & L. Frischlich, 2019: Key Dimensions of Alternative News Media. *Digital Journalism* 7.7: 860–869. DOI: [10.1080/21670811.2019.1625715](https://doi.org/10.1080/21670811.2019.1625715).
- Klinger, U., W. L. Bennett, C. B. Knüpfer, F. Martini & X. Zhang, 2023: „From the Fringes into Mainstream Politics: Intermediary Networks and Movement-Party Coordination of a Global Anti-Immigration Campaign in Germany“. *Information, Communication & Society* 26.9: 1890–1907. DOI: [10.1080/1369118X.2022.2050415](https://doi.org/10.1080/1369118X.2022.2050415).
- Maurer, M. & C. Reinemann, 2006: *Medieninhalte*. Wiesbaden: VS.
- Newman, N., R. Fletcher, A. Kalogeropoulos, D. A. L. Levi & R. K. Nielsen, 2017: *Reuters Institute Digital News Report 2017*. https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/Digital%20News%20Report%202017%20web_0.pdf
- Rahner, J., 2021: „An den Haaren herbeigezogen: Rechtsalternative Desinformationskampagnen und ihre Auswirkungen auf die Demokratiearbeit“. In: S. Farrokhzad, T. Kunz, S. M. O. M’Hand & M. Ottersbach (Hrsg.), *Migrations- und Fluchtdiskurse im Zeichen des erstarkenden Rechtspopulismus*. Wiesbaden: Springer. 245–265.
- Rone, J., 2022: „Far right alternative news media as ‘indignation mobilization mechanisms’: how the far right opposed the Global Compact for Migration“. *Information, Communication & Society* 25.9: 1333–1350. DOI: [10.1080/1369118X.2020.1864001](https://doi.org/10.1080/1369118X.2020.1864001).
- Rone, J. & M. Fielitz, 2023: „‘Stop the Pact!’ The Foreign Policy Impact of the Far-Right Campaigning Against the Global Compact for Migration“. *Geopolitics*. DOI: [10.1080/14650045.2023.2260314](https://doi.org/10.1080/14650045.2023.2260314).
- Semmer, A. & C. Riesmeyer, 2020: „‘KiKa-Propaganda’ für den ‚Völkermord‘: Die Kontroverse um den Programmauftrag des Kinderkanals am Beispiel der Sendung *Malvina, Diaa und die Liebe*“. In: V. Gehrau, A. Waldherr & A. Scholl (Hrsg.), *Integration durch Kommunikation (in einer digitalen Gesellschaft): Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 2019, Jahrbuch der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft*. Münster: DGPK. 47–56. DOI: [10.21241/ssoar.66415](https://doi.org/10.21241/ssoar.66415).
- Serrano, J. C. M., S. Hegelich, M. Shahrezaye & O. Papakyriakopoulos, 2018: *Social Media Report: The 2017 German Federal Elections*. München: TUM.University Press.
- Strömbäck, J., 2023: „Political Alternative Media as a Democratic Challenge“. *Digital Journalism* 11.5: 880–887. DOI: [10.1080/21670811.2023.2178947](https://doi.org/10.1080/21670811.2023.2178947).

Kapitel 5

Digitales Wissen in der Krise?

Johannes Gemkow

1 Einleitung

Der Beitrag diskutiert den Wandel des Wissens durch die Digitalisierung. Dafür werden die Begriffe Populismus, Fake News, Verschwörungsnarrative und alternative Fakten voneinander abgegrenzt und die besondere Rolle der sozialen Medien für deren Entwicklung als sozial-technologische Informationsökologie in den Fokus genommen. Anschließend wird mit dem Konzept der Medialkompetenz für ein zeitgemäßes, pädagogisches Korrektiv argumentiert.

Populismus, Fake News, Verschwörungsnarrative und alternative Fakten haben sich als ein wirkmächtiges Epistem der liberalen Krise entwickelt. Mit dem Bedeutungsgewinn sozialer Medien für die politische Informationsaneignung entwickeln sich diese Gegenepisteme als ein kommunikativer Stil, der einem geteilten Realitätskonsens entgegentritt, wie er in Zeiten journalistischer Massenmedien überwiegend vorherrschte. Dies zeigt sich nicht mehr nur in extremideologischen Nischen des Internets, sondern auch in populistischen Tweets von Staatsoberhäuptern. Diese Erscheinungen scheinen aber weniger die Ursache der Krise liberaler Demokratien und ihrer Repräsentationen als vielmehr ein Symptom gesamtgesellschaftlicher Transformationen zu sein. Die Digitalisierung als

ein Transformationsprozess spielt alternativen Weltdeutungen, die durch den Populismus oder alternative Fakten verbreitet werden, in Form von sozialen Medien in die Hände. Medienpädagogisch stellt sich dabei die Frage, inwieweit ein selbst stark rationales und idealistisches Konzept wie das der Medienkompetenz sich gegen die alternativen Gegenepisteme wehren kann.

2 Krise und Wissen

Die enge Taktung verschiedener Krisenerscheinungen hat sich zu der zeitgenössischen Beschreibung einer Art Polykrise (Tooze 2022), Multi-krise (Münch 2023) oder Vielfachkrise summiert. Dies hinterlässt nicht nur den Anschein eines tief greifenden gesellschaftlichen Wandels, sondern einer Transformation auf verschiedenen Ebenen, wie Politik, Sozioökonomie oder Kultur. Die politische Krise lässt sich beispielsweise in der stärkeren Polarisierung der Parteiensysteme durch den Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien ablesen. Ebenso ist die Kulturalisierung der Politik (Reckwitz 2017) eine Krisenerscheinung, da sie zu einer Loslösung der politischen Zugänge der Bürger führt, indem politische Entscheidungsprozesse scheinbar an Fachverwaltungen (Jordana et al. 2018), Experten (Krick et al. 2019) oder supranationale Organisationen abgegeben werden.

Die politische Krise hat in Verbindung mit strukturellen Ungleichheiten zum Aufbrechen gesellschaftlicher Konflikte geführt, die als Spaltung, Polarisierung und Radikalisierung erscheinen. Dazu gehört die strukturelle Unterscheidung zwischen Modernisierungsverlierern und Modernisierungsgewinnern, die sich beispielsweise im Vergleich deindustrialisierter Gebiete und wissensökonomischer Zentren aufzeigt. Damit ist aber auch eine Krise des Liberalismus oder auch der liberalen Demokratie deutlich geworden (vgl. Koschorke 2020). Diese zeigt sich unter anderem in der Polarisierung von Einstellungen zwischen Offenheit und Geschlossenheit bei der Frage der Migration, der Eindämmung des Klimawandels oder der Geschlechterrollen. Bei solchen grundlegenden Orientierungsmustern wird zwischen konventionalistischen und kosmopolitischen Einstellungen unterschieden (vgl. Merkel 2017; Mau et al. 2020). Während der Konventionalismus tradierte Normen, Regeln und ständische Ordnungen präferiert, steht der Kosmopolitismus für Weltoffenheit, transnationale Institutionen und Diversität. Dies zeigt sich auch bei Konfliktachsen in Fragen der subjektiven Entfaltungsmöglichkeiten oder der Sensibilität gegenüber sozialen Ungleichheiten. Im Sinne einer Krise des Liberalismus gehört es dazu, dass bestimmte Auswüchse dieser Krisenerscheinungen auch Grundsätze liberaler Demokratien infrage stellen und gleichzeitig individuelle Überforderungssymptome bezüglich fehlender, geteilter gesellschaftlicher Werte aufzeigen. Geteilte Werte bedeuten dabei, dass gewisse Positionen diskursiv verhandelbar sind und somit dem Ideal eines geteilten Konsens entsprechen. Dieses Ideal, welches ja unmittelbar auf geteiltem Wissen aufbaut, steht aber ebenfalls in der Krise. Dies liegt an der Erosion von Möglichkeiten, auf geteiltes Wissen zurückgreifen zu können.

Hierbei bleibt die Unterscheidung zwischen Wissen und Information eine pragmatische und keine strukturelle. Strukturell können sowohl

Wissen als auch Information als „Bündel von Aussagen über materielle oder immaterielle Objektbereiche“ (Kuhlen 2013: 2) definiert werden. Der konkrete Verwendungszusammenhang einer Information unterscheidet sie vom Wissen. Demnach ist Wissen ein Bündel von Aussagen über materielle oder immaterielle Objektbereiche ohne konkreten, subjektiven Verwendungszusammenhang. Entlang dieser Definition ist keine ausdifferenzierte Unterscheidung zwischen den Konzepten von Wissen, Fakten, Meinungen, Überzeugungen oder Glauben auszumachen. Eine solche Unterscheidung wäre aber auch nicht zielführend: zum einen, da auch eine medial repräsentierte Meinung oder ein medial repräsentierter Glaubenssatz Wissen sein kann. Niemand würde behaupten, dass das Kennen der Zehn Gebote nicht Wissen, sondern nur Glaube sei oder dass eine Wiedergabe von Meinungen zu einem Thema nicht Wissen sein könne. Zum anderen wird an diesen Beispielen die Bedeutung der subjektiven Kontextualisierung des Wissens und des Wissensaneignungsprozesses deutlich. Die Frage, ob jemand eine Meinung von einem Fakt unterscheiden kann, ist eine Bewertung des Informationserarbeitungs- bzw. Lernprozesses. Als mediale Repräsentationen werden aber die Aussagen „Berlin ist die Hauptstadt von Deutschland“ und „Ich finde Berlin nicht schön“ gleichermaßen von der Spezifik des jeweiligen Mediums formiert. Beide Aussagen sind als mediale Repräsentationen heutzutage ubiquitär verfügbar. Das heißt, beide Aussagen können über Informationserarbeitungsprozesse zu handlungsrelevantem „Wissen in Aktion“ werden und über Lernprozesse wiederum zu subjektiv kontextualisiertem Wissen. Also rechtfertigt allein die mediale Verfügbarkeit gebündelter Aussagen über materielle oder immaterielle Objektbereiche den Wissensbegriff. Jedweder subjektiver oder kollektiver Informationserarbeitungsprozess klassifiziert dann dieses Wissen. Im pragmatischen Wissensmodell existiert damit Wissen nur in Abhängigkeit

einer möglichen subjektiven Kontextualisierung über den Informationserarbeitungsprozess. Die basale Unterscheidung zwischen Wissenstypen im pragmatischen Wissensmodell ist kommunikativer Art. Sofern Wissen nicht kommuniziert wird, bleibt es subjektiver Vorrat einer Person. Sobald es kommuniziert wird, wird es zu medial repräsentiertem Wissen. Wissen wird durch die Digitalisierung zu Wissensrepräsentationen formiert. Die daraus entstehenden digitalen Wissensrepräsentationen unterscheiden sich von anderen nicht nur durch ihre technologische Basis, sondern auch durch qualitative Elemente, wie die Hervorbringung und Darstellung des Wissens (Gemkow 2021). Die Wikipedia war hier jahrelang ein Musterbeispiel für die Möglichkeiten, digitalisiertes Wissen hervorzubringen. In den letzten Jahren sind vermehrt negative Beispiele der digitalen Wissensemergenz diskutiert worden, die im nächsten Kapitel skizziert werden.

3 Krisenerscheinungen digitalisierten Wissens

Im Folgenden werden einige der epistemischen Krisenerscheinungen der Digitalisierung skizziert. Zwar sind Populismus, Fake News, Verschwörungstheorien und alternative Fakten weder zwingend Teil der Digitalisierung noch durch diese hervorgerufen. Jedoch haben die Sichtbarkeit und Reichweite dieser Krisenerscheinungen liberaler Demokratien durch deren Kommunikation online deutlich zugenommen.

3.1 Populismus

Die Forschung zum Populismus hat unzählige Definitionsvorschläge und Perspektiven entfaltet (Lewandowsky 2022; Gemkow & Ganguin 2023). Wurde 2004 mit Blick auf die Konzeptualisierung von Populismus noch von „inherent incompleteness“ (Taggart 2004: 275) gesprochen, haben sich mittlerweile fachübergreifende Gemeinsamkeiten etabliert. Verbreitung fand vor allem die Defini-

tion von Cas Mudde. Mudde definiert Populismus als „ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people“ (Mudde 2004: 543).

Zur Anpassungsfähigkeit von Populismus gehört, dass er häufig als „dünne Ideologie“ definiert wird, das heißt, es bedarf einer weiteren, häufig politischen Ideologie, damit der Populismus sich entfalten kann. Zentral für diesen Zugriff ist die Unterteilung in verschiedene Akteure: Volk, Regierung bzw. Eliten – und die Populisten als Heilbringende.

Ebenfalls ideologiebasiert, aber in der Forschungsrichtung anders angesetzt, ist der kommunikationszentrierte Ansatz der Populismusforschung. Für diesen Ansatz gelten dieselben oben genannten Aspekte, die Populismus definieren; jedoch wird hier auf eine Inkorporation von Populismus verzichtet, wie de Vreese und Kollegen (2018: 425) herausstellen: „In this perspective, populism is understood as features of political communication rather than characteristics of the actor sending the message.“ Dementsprechend geht die Forschungsrichtung von den politischen Botschaften aus, anstatt diese „nur“ als empirisches Werkzeug zu sehen. Gerade für (medien-)pädagogische Kontexte scheint dieser Ansatz fruchtbar, da gerade Wissen um populistische Kommunikationsstile dabei hilft, diese zu erkennen (Rußmann 2019: 133). Mit Rückgriff auf sozialkonstruktivistische Grundlagentheorien kann hier konstatiert werden, dass gesellschaftlicher Wandel auch über den Wandel kommunikativer Medientechnologien und Praktiken erschlossen werden muss (Couldry 2012). Unter dieser Perspektive ist de Vreese und Kollegen (2018: 425) zuzustimmen, dass populistische Kommunikation genauso zentral für die Erforschung von Populismus ist wie dessen Ideo-

logie: „The communicative tools used for spreading populist ideas are just as central as the populist ideas themselves.“

3.2 Fake News

Fake News ist mittlerweile ein politischer Kampfbegriff geworden. Dafür sorgte vor allem der Wahlkampf im Vorlauf der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten zwischen Donald Trump und Hillary Clinton im Jahr 2016. Dort wurde schnell erkannt, dass Nachrichten, die Trump einseitig unterstützten und Clinton diffamierten, besonders in den sozialen Medien populär waren. Donald Trump hatte diese Entwicklung aufgenommen, indem er fortan alle Nachrichten, die ihn kritisierten, als „Fake“ betitelte. Als analytischer Begriff eignet sich Fake News daher nicht. Stattdessen sind die Begriffe Misinformation, auch Fehlinformation, oder Desinformation schärfer.

Die Fehlinformation ist eine Nachricht, die keine gezielte Täuschungsabsicht des Absenders beinhaltet. Auch diese Definition ist nicht gänzlich unproblematisch, da die Täuschungsabsicht bzw. die nicht vorhandene Täuschungsabsicht nur bedingt nachweisbar ist. Dies liegt nicht nur allein an einer empirisch schwierigen Validierung bei der Zurückführung auf eine subjektive Disposition, die beim Absenden der Nachricht vorherrschend war. Darüber hinaus ist die Grenze zwischen der fehlenden Täuschungsabsicht und verfälschenden Darstellung äußerst vage. Das bedeutet zum einen, dass selbst objektiv dingbarmachende „Fake News“ eigentlich Fehlinformationen sind, da der Absender sie für wahr hält. Solche versehentlichen Falschmeldungen sind unter dem Begriff der „Ente“ bekannt. Zum anderen umfasst der Begriff dann aber auch solche Darstellungen, die verfälschend sind, aber nicht zwangsläufig falsch, wie beispielsweise reißerische Überschriften, überspitzte Bildauswahl oder de-kontextualisierte Zitate. Solche Darstellungsformen, die ursprünglich

als persuasive Kommunikation in der Werbung auftraten, sind heutzutage vermehrt auch ein politisches Kommunikationsmittel vor allem populistischer Akteure geworden. Sie grenzen gewissermaßen an die Lüge, sind aber dieser bewusst nicht habhaft zu machen.

Im Gegensatz zur Fehlinformation liegt bei der Desinformation immer eine Täuschungsabsicht vor. Es handelt sich um irreführende Aussagen mit Überzeugungsabsicht und meist pseudo-journalistischer Verbreitung (vgl. Zimmermann & Kohring 2018; Hoffmann 2023). Die Desinformation kann damit auch mitunter mit verfälschenden Darstellungen der eigenen Disposition in Verbindung gebracht werden, wenngleich sie nicht identisch damit ist. Wenn Täuschungsabsichten unterstellt werden können, dann liegt das zwar häufig daran, dass politische Ziele verfolgt werden, die im Sinne des täuschenden Akteurs sind und somit nicht von einer verfälschenden Darstellung eigener Überzeugungen herrühren. Jedoch kann die Nutzung bestimmter Ansprachen, Konnotation und Metaphorik dazu dienen, einen bestimmten Eindruck bei den Empfängern zu erzeugen, ohne dass der Inhalt der Ansprache völlig kongruent mit den Einstellungen des Senders ist. So können irreführende Aussagen in ein Setting eingebunden werden, welches auf ein „Spektakel“ (Debord 1996) des Irreführenden, also eine Lust am gemeinsamen Aufregen, hinweist. Solche Räume des Spektakels werden gerade auch im rechtspopulistischen Spektrum in den sozialen Medien deutlich. Dieses Element reicht jedoch nicht, um die Desinformation zu definieren, denn sie bedarf einer objektivierbaren Aussage, die meist in Form von pseudo-journalistischen Darstellungen auftritt. Dazu gehören Inhalte und Darstellungen, die ohne den Filter eines professionalisierten Journalismus verbreitet werden. Dies kann insbesondere in alternativen oder sozialen Medien geschehen. Diese Inhalte imitieren journalistische Berichterstattungsmuster und Darstellungsweisen,

wie Recherche, Kontextualisierung, Verweisungen oder Schilderungen, ohne sich auf Ausgewogenheit oder Richtigkeit der Nachrichten zu überprüfen.

3.3 Verschwörungstheorien

Verschwörungstheorien unterstellen, dass eine im „Geheimen operierende Gruppe, nämlich die Verschwörer, aus niederen Beweggründen versucht, eine Institution, ein Land oder gar die ganze Welt zu kontrollieren oder zu zerstören“ (Butter 2018: 21). Zu den Verschwörungstheorien gehören Verschwörungserzählungen, also Geschichten, mit denen aktuelle oder historische Ereignisse, kollektive Erfahrungen oder die Entwicklung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse als Folge einer Verschwörung interpretiert werden. Dahinter stehen häufig Verschwörungsmymen – dabei handelt es sich um ahistorische, abstrakte Narrative, wie beispielsweise die jüdische Weltverschwörung. Solche Narrative können dann in Form von Verschwörungsideologien mit subjektiven Einstellungen, wie dem Antisemitismus, einhergehen. Mit dem Begriff der Verschwörungsmentalität wird schließlich auf eine subjektive Prädisposition verwiesen, die dem Wunsch nach Verschwörungen Ausdruck verleiht. Damit wird eine projektive Haltung nach dem Motto „Nichts ist, wie es scheint“ eingenommen, die dazu führen kann, komplexe Realität zu negieren und Selbstwirksamkeit herbeizuführen (Decker et al. 2022: 103). Die Verschwörungsmentalität ist ein weitverbreitetes Element, welches häufig als Verbindung zwischen Ohnmachtserfahrungen und Unbehagen einerseits und autoritären und antidemokratischen Ideologien andererseits fungiert.

Häufiges Element von Verschwörungstheorien ist die Dämonisierung der Verschwörer. Diesen werden meist amoralische Handlungsweisen, wie Ritualmorde oder Kindesopfer, unterstellt. Auch wenn Verschwörungstheorien selbst häufig aus einem Ohnmachtsgefühl der Komplexität und

Ambiguität von Realität entspringen, konstruieren sie selbst mitunter komplexe Wirklichkeiten.

Verschwörungstheorien gehen häufig mit Populismus einher. Dies liegt daran, dass es gemeinsame Elemente gibt, wie einen (politischen) Kampf um Souveränität, ein gemeinsames Feindbild in Regierung („Altparteien“), etablierten Medienorganisationen („Systempresse“) oder in bestimmten Persönlichkeiten („Billgate“), sowie eine Reduktion politischer Lager. Darüber hinaus vereint Populismus Verschwörungstheoretiker und Nicht-Verschwörungstheoretiker. Der Populismus ist nicht abhängig von Verschwörungsnarrativen, sondern kann diese für politische Ziele im Sinne verfälschender Darstellungen ausnutzen. Im Unterschied zu Verschwörungstheorien ist die dargestellte „Elite“ beim Populismus nicht amoralisch, sondern häufig nur korrupt oder inkompetent.

3.4 Alternative Fakten

Der Begriff der alternativen Fakten rührt aus dem Kontext der Inauguration von Donald Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten am 20. Januar 2017. Einen Tag darauf hat Sean Spicer, damaliger Pressesprecher des Weißen Hauses, die Darstellung, dass auf der Inauguration wenig Menschen bzw. weniger Menschen als auf vorangegangenen Inaugurationen anderer Präsident der Vereinigten Staaten gewesen sein sollen, heftig kritisiert und dafür vor allem journalistische Berichterstattung verantwortlich gemacht. Wiederum einen Tag später hat die Beraterin Donald Trumps, Kellyanne Conway, in einem Interview auf NBC während der Sendung „Meet the Press“ auf Kritik und Nachfrage wegen Sean Spicers Darstellung zum Ausdruck gegeben, dass dieser lediglich alternative Fakten formuliert hätte: „Our press secretary, Sean Spicer, gave alternative facts to that, but the point remains that [...]“ (NBC News 2017). Im März 2017 hat Conway in einem Interview mit dem New York Magazine formuliert, „two plus two

is four. Three plus one is four. Partly cloudy, partly sunny. Glass half full, glass half empty. Those are alternative facts“ (Nuzzi 2017). In einem ähnlichen Sinn hat Gottlob Frege in „Über Sinn und Bedeutung“ argumentiert, dass die Ersetzung eines bedeutungsgleichen Wortes nicht den Wahrheitsgehalt der Aussage ändern kann. Frege hatte dies an der Venus exemplifiziert, die zugleich Morgen- und Abendstern ist: Die Aussage „Der Abendstern ist der Abendstern“ ist von derselben Bedeutung wie „Der Abendstern ist der Morgenstern“. Jedoch ändert sich gemäß Frege der Sinn der Aussage dadurch, dass bei zweitgenannter Aussage eine neue Information offensichtlich wird. Die Analogie von Conway ersetzt jedoch die Bedeutungsähnlichkeit mit Wahrheitsanspruch. Das heißt, Aussagen können nicht prinzipiell wahr bzw. falsch sein, sondern nur unterschiedlich sinnhaft – in diesem Falle unterschiedlich gemeint sein, während der Anspruch auf deren Richtigkeit gleich bleibt.

Dies ist für das Wissen aber ein kritischer Punkt, da sich dessen Beschaffenheit ja gerade an der Binarität zwischen „wahr“ und „falsch“ beurteilen lässt. Diese Binarität wird ja aber geradezu negiert, wenn Populisten bewusst die Realität verkürzen und „Eliten“ diffamieren, Mis- und Desinformationen gestreut werden, um Zusammenhänge zu überblenden oder neu zu schaffen, und schließlich Verschwörungen konzipiert und ausgelebt werden, die die Legitimation und epistemische Bedeutung ganzer Institutionen aberkennen. Alternative Fakten scheinen im Kontext von Populismus, Fake News und Verschwörungstheorien eine Zustandsbeschreibung des Umgangs mit gesellschaftlichem Wissen zu sein. Die Bedeutung geteilten Wissens in Form von rationalen Argumenten und empirischen Evidenzen, sprich eine Norm gesellschaftlicher Aufgeklärtheit, wird durch alternative Fakten negiert, um einen Realitätskonsens zu destruieren. Gewissermaßen wird also nicht das Behauptete interessant, sondern das, was dadurch überblendet wird (Kumkar 2022: 18).

4 *Digitales Wissen und medienpädagogische Antworten*

Mit der Erweiterung individueller Handlungsfähigkeit durch kommunikative Medientechnologien entstehen neue Handlungsräume, die gleichwohl Möglichkeiten offerieren als auch Anforderungen stellen. Diese Handlungsräume sind vorstrukturiert. Diese Vorstrukturierung ist spezifisch für jede Plattform bzw. jedes mediale Angebot und stellt Handlungsmöglichkeiten und -bedingungen. Handlungsmöglichkeiten werden beispielsweise durch Eingriffsmöglichkeiten der Nutzer gezielt gelenkt. Handlungsräume werden durch kapitalistische Marktmechanismen strukturiert. Medienkompetenz muss daher die jeweilige Medienspezifik reflektieren. Es gilt, sich mit den jeweils gegebenen Medienumgebungen spezifisch auseinanderzusetzen, da Handlungsräume erst in konkreten Medienumgebungen auf ihre Strukturierung hin untersucht werden können. Dabei zeigen sich durchaus Synergieeffekte zwischen sozialen Medien und den skizzierten Krisenerscheinungen.

Der Wahlerfolg populistischer Bewegungen korreliert mit ihrer Kommunikation und ihrer Medienpräsenz (Krämer 2018). Vor allem in sozialen Medien können populistische Bewegungen ihre Themen und Deutungen verbreiten (Schemer et al. 2018). Desinformationen werden in sozialen Medien häufiger geteilt als „true news“ (Vosoughi et al. 2018) und vor allem gezielt in bestimmten Informationsmilieus konsumiert (Choi 2020). Gruppen, in denen Verschwörungstheorien kursieren, profitieren durch die fehlende Gatekeeper-Funktion in den sozialen Medien.

Dieter Baacke, Pionier der deutschen Medienkompetenzforschung, hatte bei der Publikation seines Medienkompetenzmodells davor gewarnt, Medienkompetenz „subjektiv-individualistisch [zu] verkürzen“ (1996: 120). Stattdessen empfahl

er, „alle wirtschaftlichen, technischen, sozialen, kulturellen und ästhetischen Probleme ein[zu]beziehen“ (Baacke 1996: 120). In dem Einbezug all dieser Felder wirkt wiederum der universelle Anspruch von Medienkompetenz nach. Die vorherrschende Verkürzung von Medienkompetenz auf subjektive Dispositionen hat ihren Ursprung in der Verwendung des Kompetenzbegriffs. Bei Chomsky verweist Kompetenz auf eine individuelle und unbewusste Fähigkeit, über Sprache zu verfügen. Die linguistischen und nativistischen Wurzeln von Medienkompetenz sind schwerlich unter einen pädagogischen Rahmen zu fassen. Dabei scheint der Fokus auf Sprache eine Übertragung auf andere bzw. „alle“ Medien zu erschweren.

Im Hinblick auf die digitalen Medienumgebungen und das kursierende Wissen scheint die Frage, ob Kompetenz eine alleinige subjektive Verfügung ist, durchaus virulent. Gerade auch unter dem Vorzeichen individueller Überfrachtungserfahrungen im Umgang mit Informationsaneignungen (Wissing & Häseler-Bestmann 2022) und den bereits thematisierten Nebelkerzen der alternativen Fakten stellt sich die Frage nach Regulierung der digitalen Medienumgebungen neu. Damit würde die andere Seite der Medienkompetenz fokussiert, die neben der subjektiven Komponente auch die Räume digitalisierten Wissens umfasst. Eine solche Medialkompetenz, also eine Kompetenz der kommunikativen Räume, ist als Teil einer gesellschaftlichen Medienkompetenz zu verstehen. Besonders soziale Medien lassen die alternative Fakten genannten Gegenepisteme sichtbar werden und verfügen über wenig bis gar keine journalistische Filterung oder Moderation.

Im Falle der Eindämmung von Populismus kann eine Resilienz gegen Persuasion und Manipulation durch das Inokulieren, also „Animpfen“ der kommunikativen Strategien gelingen. Dazu gehören Aufklärungsvideos über die emotionalisierte Spra-

che, vereinfachte Dichotomien oder das „blame game“ der Populisten (Roozenbeek et al. 2022).

Bei Verschwörungstheorien hat sich das aus der Radikalisierungsforschung bekannte sogenannte „off-ramping“ auch online als nützlich erwiesen (Mölders 2023). Dabei handelt es sich um Methoden, bei denen gezielt in Foren, die sich mit radikalen Ideologien beschäftigen, Inhalte gesendet werden, die die konkrete, themenbezogene Radikalisierung anprangern. Dies hat beispielsweise im Falle der Rekrutierung von IS-Anhängern in bestimmten Foren durch Google Jigsaw funktioniert. Dort wurden Videos ehemaliger Extremisten und Extremistinnen, Statements von Imamen, die die Korruption des Islams durch ISIS anprangern, sowie heimlich gefilmte Clips, die vielfältige Dysfunktionalitäten aus dem Inneren der IS aufzeigen, veröffentlicht, womit die Rekrutierung eingedämmt werden konnte (The Brookings Institution 2016).

Im Falle der Verhinderung von Fake News haben sich beispielsweise „accuracy prompts“ als technische Korrektive erwiesen (Pennycook et al. 2021; Capraro & Celadin 2022). Hierbei handelt es sich um softwaregesteuerte Aufforderungen, die erkennen, wenn ein Link zu einem Text geteilt wurde, obwohl dieser selbst nicht angeklickt worden ist. Damit können Desinformationen, die sich in den sozialen Medien wesentlich schneller verbreiten können als wahre Informationen, deutlich eingedämmt werden. „Accuracy prompts“ stimulieren dabei das Urteilsvermögen und geben die Entscheidung nicht an unabhängige Instanzen ab.

Mediale Inokulation, „off-ramping“ und „accuracy prompts“ sind Möglichkeiten, Krisenerscheinungen des digitalisierten Wissens einzudämmen. Dazu bedarf es aus medienpädagogischer Sicht eines Umdenkens im Bereich der Medienkompetenz, welche bisher für Subjekte reserviert war. Mit der Digitalisierung konvergieren aber

vormals getrennte Bereiche, wie Privatheit und Öffentlichkeit, Unterhaltung und Bildung oder Subjekt und Technik. Im letztgenannten Fall entsteht bei der Informationsaneignung eine hybride Subjektivität, in der die Technik über algorithmische Personalisierung einen wesentlichen Anteil innehat. Die Adressierung der kommunikativen

Räume mit dem Konzept der Medialkompetenz kann somit nicht nur die Krisenerscheinungen eindämmen, sondern auch medienpädagogische Fragestellungen in die Regulierung korporativer Plattformen einbringen. Dies kann ein wichtiger Baustein für die Stützung eines öffentlichen und epistemischen Realitätskonsens sein.

5 Literaturverzeichnis

- Baacke, D., 1996: „Medienkompetenz – Begrifflichkeit und sozialer Wandel“. In: A. v. Rein (Hrsg.), *Medienkompetenz als Schlüsselbegriff*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt. 112–124.
- Capraro, V. & Celadin, T., 2022: „‘I Think This News Is Accurate’: Endorsing Accuracy Decreases the Sharing of Fake News and Increases the Sharing of Real News“. *Personality and Social Psychology Bulletin*. DOI: [10.1177/01461672221117691](https://doi.org/10.1177/01461672221117691).
- Choi, D., Chun, S., Oh, H., Han, J. & Kwon, T., 2020: „Rumor Propagation is Amplified by Echo Chambers in Social Media“. *Scientific Reports* 10.1. DOI: [10.1038/s41598-019-57272-3](https://doi.org/10.1038/s41598-019-57272-3).
- Couldry, N., 2012: *Media, Society, World. Social Theory and Digital Media practice*. Cambridge: Malden.
- Debord, G., 1996: *Die Gesellschaft des Spektakels: Und andere Texte: Kommentare zur Gesellschaft des Spektakels*. Berlin: Ed. Tiamat.
- Decker, O., Kalkstein, F., Schuler, J., Celik, K., Brähler, E., Clemens, V. & Fegert, J. M., 2022: „Polarisierung und autoritäre Dynamiken während der Pandemie. Ein sozialpsychologischer und medizinsoziologischer Blick auf die gegenwärtigen Herausforderungen“. In: O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten*. Gießen: Psychosozial-Verlag. 91–126.
- Gemkow, J., 2021: *Die Mediatisierung des Wissens. Eine Dispositivanalyse zur Rolle der Medienkompetenz*. Wiesbaden: Springer VS.
- Gemkow, J. & Ganguin, S., 2023: „Populismus auf Social Media – Ein praxeologischer Ansatz“. In: B. Ertugrul & U. Bauer (Hrsg.), *Sozialisation und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Aufwachsen in Krisen und Konflikten*. Frankfurt a. M.: Campus. 61–90.
- Hoffmann, C., 2023: „Fake News, Misinformation, Desinformation. Informationen zur politischen Bildung“. Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, *Medienkompetenz in einer digitalisierten Welt*: 49–52.
- Jordana, J., Fernández-i-Marín, X. & Bianculli, A. C., 2018: „Agency Proliferation and the Globalization of the Regulatory State: Introducing a Data Set on the Institutional Features of Regulatory Agencies“. *Regulation & Governance* 12:4: 524–540.
- Koschorke, A., 2020: „Binden durch Repräsentieren. Probleme des Liberalismus nach dem Bürgertum“. In: N. Deitelhoff, O. Groh-Samberg & M. Middell (Hrsg.): *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*. Frankfurt a. M.: Campus. 54–72.
- Krämer, B., 2018: „Populism, Media, and the Form of Society“. *Communication Theory* 28.4: 444–465. DOI: [10.1093/ct/qty017](https://doi.org/10.1093/ct/qty017).
- Krick, E., Christensen, J. & Holst, C., 2019: „Between ‘Scientization’ and a ‘Participatory Turn’. Tracing Shifts in the Governance of Policy Advice“. *Science and Public Policy* 46.6: 927–939.
- Kumkar, N., 2022: *Alternative Fakten*. Berlin: Suhrkamp.
- Lewandowsky, M., 2022: *Populismus. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.

- Mau, S., Lux, T. & Gülzau, F., 2020: „Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität“. *Berliner Journal für Soziologie* 30: 317–346.
- Merkel, W., 2017: „Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie“. In: P. Harfst, I. Kubbe & T. Poguntke (Hrsg.), *Parties, Governments and Elites*. Wiesbaden: Springer VS. 9–23.
- Mölders, M., 2023: „Das umgelenkte Publikum?“. In: F. Muhle, T. Sutter & J. Wehner (Hrsg.), *Das sichtbare Publikum?* Wiesbaden: Springer VS. DOI:10.1007/978-3-658-41172-5_6.
- Mudde, C., 2004: „The Populist Zeitgeist“. *Government and Opposition* 39.4; 541–563. DOI: 10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x.
- Münch, U., 2023: „Politikwissenschaftliche Aspekte der Digitalisierung“. *Wochenschau* 74.23: 4–7.
- NBC News, 2017: „Kellyanne Conway: Press Secretary Sean Spicer Gave ‘Alternative Facts’“. *Meet The Press*. NBC News [Video]. <https://www.youtube.com/watch?v=VSrEEDQgFc8> [Zugriff: 5. Januar 2024].
- Nuzzi, O., 2017: „‘Kellyanne Conway Is a Star’“. *Intelligencer magazine* 22, <https://nymag.com/intelligencer/2017/03/kellyanne-conway-trumps-first-lady.html> [Zugriff: 5. Januar 2024].
- Pennycook, G., Epstein, Z., Mosleh, M., Arechar, A., Eckles, D. & Rand, D. G., 2021: „Shifting attention to accuracy can reduce misinformation online“. *Nature* 592: 590–595.
- Reckwitz, A., 2017: *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Roozenbeek, J., van der Linden, S., Goldberg, B., Rathje, S. & Lewandowsky, S., 2022: „Psychological inoculation improves resilience against misinformation on social media“. *Science Advances* 8. DOI: 10.1126/sciadv.abo6254.
- Rußmann, U., 2019: „Social Media – neue Räume für Populismus“. In: W. Buchberger & P. Mittnik (Hrsg.), *Herausforderung Populismus. Multidisziplinäre Zugänge für die Politische Bildung*. Frankfurt a. M.: Wochenschau. 131–149.
- Schemer, C., Wirth, W., Wettstein, M., Müller, P., Schulz, A. & Wirz, D., 2018: „Wirkung populistischer Kommunikation. Populismus in den Medien, Wirkungen und deren Randbedingungen“. *Communicatio Socialis* 51.2: 118–130.
- Taggart, P., 2004: „Populism and representative politics in contemporary Europe“. *Journal of Political Ideologies* 9.3: 269–288.
- The Brookings Institution, 2016: „Disrupting ISIS recruitment online“. https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/09/20160907_disrupting_isis_transcript.pdf [Zugriff: 5. Januar 2024].
- Tooze, A., 2022: „Kawumm!“ *Die Zeit*, 29, <https://www.zeit.de/2022/29/krisenzeiten-krieg-ukraine-oel-polykrise> [Zugriff: 5. Januar 2024].
- Vosoughi, S., Roy, D., & Aral, S., 2018: „The spread of true and false news online“. *Science* 359: 1146–1151.

Vreese, C. H. de, Esser, F., Aalberg, T., Reinemann, C. & Stanyer, J., 2018: „Populism as an Expression of Political Communication Content and Style: A New Perspective“. *The international journal of press/politics* 23.4: 423–438. DOI: **10.1177/1940161218790035**.

Wissing, C. & Häsel-Bestmann, S., 2022: „Engagement im Digitalen Raum. Ein interdisziplinärer Blick auf Chancen und Risiken“. In: A. Bush & J. Birke (Hrsg.), *Nachhaltigkeit und Social Media*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. 17–35.

Zimmermann, F. & Kohring, M., 2018: „Fake News als aktuelle Desinformation. Systematische Bestimmung eines heterogenen Begriffs“. *M&K Themenheft „Selbstbestimmung in der digitalen Welt“*, 66: 526–541.

Kapitel 6

Kinder- und Jugendhilfe im Kontakt mit Menschen- und Demokratiefeindlichkeit, Verschwörungserzählungen – Verbreitung, Erfahrungen, Bedarfslagen –

Stepanka Kadera, Leon A. Brandt

1 Einleitung

Fachkräfte aus den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe, inklusive der Kindertagesstätten, sowie aus dem schulischen Bereich kommen in Kontakt mit Kindern, Jugendlichen und Eltern, die demokratie- und menschenfeindliche Überzeugungen bzw. Verschwörungserzählungen vertreten (Clement 2020; Meysen u. a. 2022). Die Frage, wie sie sich im Kontext ihrer Arbeit gegenüber diesen Adressatinnen und Adressaten verhalten und positionieren sollen, fordert die (sozial)pädagogischen Fachkräfte heraus und führt bei ihnen mitunter zu Verunsicherung. In der Folge sind sie auf der Suche nach Handlungssicherheit und fachlicher Stärkung. Dies gilt in gesteigertem Maße, wenn im Kontakt mit den jungen Menschen und Eltern Bezüge zu gewaltbereitem Extremismus aufscheinen (Clement 2017; Meysen u. a. 2021). Da die Fachkräfte aus dem Regelsystem der Kinder- und Jugendhilfe, inklusive der Kindertagesstätten, sowie der Schule üblicherweise keine Spezialkenntnisse zu den Phänomenbereichen Extremismus bzw. Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in ihrer Berufsausbildung erworben haben, sind sie angewiesen auf eine Zusammenarbeit mit

zivilgesellschaftlichen Trägern der Demokratieförderung und Präventionsarbeit (zu deren Profilen im Bereich islamistische Radikalisierung siehe Jäger u. a. 2022). Selbst Extremismusprävention zu betreiben, gehört hingegen nicht zum Aufgabenprofil der meisten Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe sowie in dieser Ausdrücklichkeit auch nicht der Schule.

In der Folge stellt sich die Frage nach den Bedarfen der (sozial)pädagogischen Fachkräfte, welche in der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Trägern in Form von Fortbildungen, Beratung und anderweitiger Unterstützung adressiert werden können. Bisher fehlte es an einer systematischen Erforschung und Erfassung dieser Bedarfe. Ebenso wenig existierten bisher belastbare empirische Erkenntnisse bezüglich der Prävalenz von Konflikten und Kontakten mit radikalisierten Eltern und Mitarbeitenden in Kindertageseinrichtungen und Schulen in Deutschland. Zudem war bislang nur wenig darüber bekannt, ob bzw. inwieweit die Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und Schulen die Auseinandersetzungen als belastend empfinden und ob die bestehenden Unterstützungsangebote der spezia-

lisierten zivilgesellschaftlichen Träger der Demokratieförderung und Präventionsarbeit die Bedarfe der Fachkräfte in den bildungsbezogenen Einrichtungen erreichen bzw. abdecken können.

Diese Bedarfslagen systematisch zu erforschen ist Gegenstand des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Projekts „Systematische Aufbereitung und Erweiterung empirischer Grundlagen zur Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“¹ (Laufzeit: 2022–2024). In dessen Rahmen wurden im Jahr 2023 neben Sekundäranalysen und qualitativen Zielgruppenbefragungen auch quantitative Einrichtungs- und Fachkräftebefragungen in Schulen und Kindertageseinrichtungen (Modul 1) sowie qualitative Erhebungen bei Fachkräften in drei Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe (Allgemeine Soziale Dienste im Jugendamt, Schul- und Jugendsozialarbeit, Hilfen zur Erziehung) (Modul 4) durchgeführt.

Der vorliegende Beitrag führt – nach der Vorstellung der methodischen Herangehensweise – zentrale Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Erhebungen (Modul 1 und 4) zusammen. Der Schwerpunkt liegt dabei zum einen auf der Frage, wie häufig die befragten (sozial)pädagogischen Fachkräfte in ihrem beruflichen Alltag Kontakt haben mit jungen Menschen oder Eltern, die demokratie- und menschenfeindliche Überzeugungen bzw. Verschwörungserzählungen vertreten (Kapitel 3). Davon ausgehend werden die Bedarfe der Fachkräfte nach Fortbildungen und

Beratung durch spezialisierte Träger der Demokratieförderung und Extremismusprävention erläutert (Kapitel 4). Abschließend wird die notwendige Entwicklung passgenauerer Angebote der zivilgesellschaftlichen Träger der Demokratieförderung und Präventionsarbeit unterstrichen sowie eine darauf ausgelegte Anschlussforschung umrissen (Kapitel 5).

2 Methodische Herangehensweise

2.1 Quantitative Befragungen in Kindertageseinrichtungen und Schulen

Die quantitativen Erhebungen in Kindertageseinrichtungen und Schulen erfolgten als zusätzliche Befragung in zwei bereits laufenden und vom BMFSFJ geförderten Befragungen am Deutschen Jugendinstitut e. V. (DJI). Die Leitungen von Kindertageseinrichtungen wurden mittels einer zusätzlichen Onlinebefragung im Rahmen der DJI-Ukraineforschung² kontaktiert. Die Befragung wurde im Erhebungszeitraum Februar bis Mitte April 2023 durchgeführt. Insgesamt haben 533 Leitungskräfte der zusätzlichen Befragung zugestimmt, womit eine Rücklaufquote von 85,8 Prozent erzielt werden konnte.

Die bundesweite Schulbefragung zu den Bedarfen im Bereich Extremismusprävention wurde als zusätzliche Befragung in der 3. Welle des Schulmonitorings³ der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs von Februar bis Oktober 2023 in insgesamt 14 Bundesländern⁴ durchgeführt. Der zusätzlichen Schul-

1 <https://www.dji.de/ueber-uns/projekte/projekte/ermittlung-von-bedarfslagen-im-bereich-demokratiefoerderung-und-extremismuspraevention.html> (zuletzt aufgerufen am 02.01.2024).

2 Projekt: „Online-Befragung von ukrainischen Müttern und Kita-Leitungen im Rahmen der Ukraineforschung des DJI“, <https://www.dji.de/ueber-uns/projekte/projekte/kitas-und-ukrainische-muetter-mit-kitakindern.html> (zuletzt aufgerufen am 02.01.2024).

3 <https://beauftragte-missbrauch.de/themen/schutz-und-praevention/monitoring-von-schutzkonzepten> (zuletzt aufgerufen am 02.01.2024).

4 In zwei Bundesländern stimmte das Kultusministerium der Befragung nicht zu: Sachsen und Saarland.

befragung stimmten 1.235 Schulen zu, 396 haben sich nach dem Ausfüllen der Schulmonitoring-Befragung gegen die Teilnahme an der zusätzlichen Befragung entschieden (die Rücklaufquote betrug 63,8 Prozent). Die statistischen Auswertungen wurden mit der Statistik- und Analysesoftware SPSS (Version 29.0.0.0) durchgeführt.

2.2 Qualitative Erhebungen Regelstrukturen Kinder- und Jugendhilfe

Für die qualitative Erhebung wurden in drei zentralen Arbeitsfeldern der Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe (Sozialer Dienst im Jugendamt, Hilfen zur Erziehung, Schul- und Jugendsozialarbeit) von SOCLES International Centre for Socio-Legal Studies und der Fachgruppe F3 Familienhilfe und Kinderschutz des Deutschen Jugendinstituts e. V. (DJI) im Jahr 2023 im Rahmen einer explorativen Analyse jeweils zwei Fokusgruppen durchgeführt und inhaltsanalytisch ausgewertet (Rädiker/Kuckartz 2019). Für die Fokusgruppen konnten insgesamt 42 Fachkräfte (Allgemeiner Sozialer Dienst im Jugendamt: 18; Schul- und Jugendsozialarbeit: 14; Hilfen zur Erziehung: 10) aus dem gesamten Bundesgebiet akquiriert werden. Alle Fokusgruppen wurden online mittels des Videokonferenzsystems Cisco WebEx durchgeführt und die Diskussionen wurden aufgezeichnet. Nach der Aufzeichnung wurde die Tonspur transkribiert und die Transkripte wurden mithilfe der Software MAXQDA ausgewertet.

3 Fallgeschehen und Phänomene

Ein erster zentraler Aspekt der durchgeführten Forschung ist, wie oft die befragten (sozial)pädagogischen Fachkräfte in Kontakt kommen mit jungen Menschen oder Eltern, die demokratie- und menschenfeindliche Überzeugungen bzw. Verschwörungserzählungen vertreten.

3.1 Kindertagesstätten und Schulen

Im Kontext der quantitativen Studie berichteten insgesamt 70,9 Prozent bzw. 66,8 Prozent der befragten Kindertageseinrichtungen, dass sie in den letzten beiden Jahren keine Auseinandersetzungen mit Eltern zu menschen- oder demokratiefeindlichen Überzeugungen oder Verschwörungserzählungen erlebt haben, während 27,8 Prozent bzw. 31,3 Prozent der befragten Kindertageseinrichtungen von mindestens gelegentlichen Auseinandersetzungen berichteten (vgl. Abbildung 1).

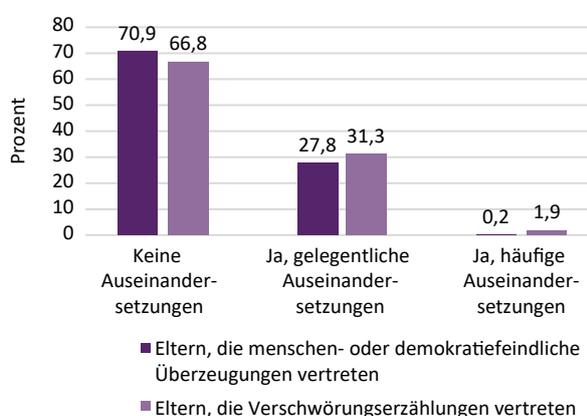


Abbildung 1: Auseinandersetzungen in Kindertagesstätten mit Eltern zu menschen- oder demokratiefeindlichen Überzeugungen oder Verschwörungserzählungen (Deutschland; N = 533; in %)

Auf die Frage, ob diese Auseinandersetzungen mit Eltern zu menschen- oder demokratiefeindlichen Überzeugungen oder Verschwörungserzählungen für die Kindertageseinrichtungen belastend oder anstrengend sind, berichteten 15,4 Prozent bzw. 16,9 Prozent der Kindertagesstätten, dass diese Auseinandersetzungen für die Mitarbeitenden nicht anstrengend und belastend waren. Insgesamt 60,4 Prozent bzw. 61,6 Prozent empfanden diese Auseinandersetzungen jedoch als belastend. Knapp unter einem Viertel der Kindertageseinrichtungen (24,2 Prozent bzw. 21,5 Prozent) erlebten diese Auseinandersetzungen sogar als sehr belastend (vgl. Abbildung 2).

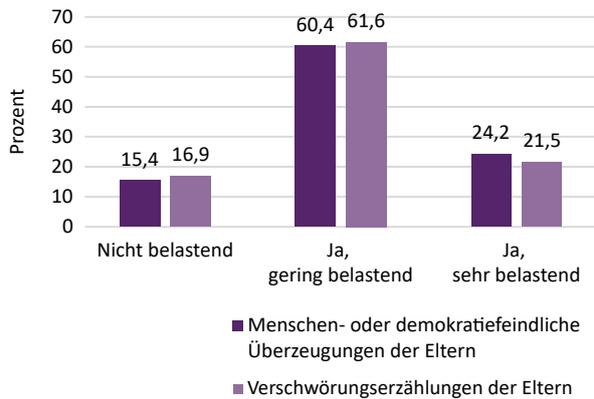


Abbildung 2: Belastung durch die Auseinandersetzungen mit Eltern für das Personal der Kindertageseinrichtungen (Deutschland; N = 533; in %)

Die Ergebnisse der Schulbefragung zeigten in jeweils einem Drittel der Schulen gelegentliche Auseinandersetzungen mit Eltern mit menschen- und demokratiefeindlichen Überzeugungen (34,3 Prozent) oder Verschwörungserzählungen (33,3 Prozent). Lediglich eine Minderheit der befragten Schulen (4,1 Prozent bzw. 1,5 Prozent) berichtete von häufigen Auseinandersetzungen zu diesen Themen.

Für mehr als die Hälfte der befragten Schulen berichteten die Leitungskräfte, dass diese Auseinandersetzungen zumindest als leicht belastend erlebt wurden. In ungefähr 40 Prozent aller befragten Schulen wurden diese Auseinandersetzungen mit den Eltern sogar als sehr belastend eingestuft. Lediglich eine Minderheit (5,6 bzw. 7,7 Prozent) der befragten Schulleitungen berichtete, dass sie diese Auseinandersetzungen als nicht belastend für sich und/oder das Schulpersonal erlebt hätte (vgl. Abbildung 3).

Anschließend wurden die Kindertageseinrichtungen danach gefragt, ob es in ihren Einrichtungen zu Auseinandersetzungen mit Mitarbeitenden kommt, die menschen- oder demokratiefeindliche Überzeugungen oder Verschwörungserzählungen vertreten. Hierzu berichtet zwar mehr als drei Viertel der befragten Kindertageseinrichtungen, dass keine Aus-

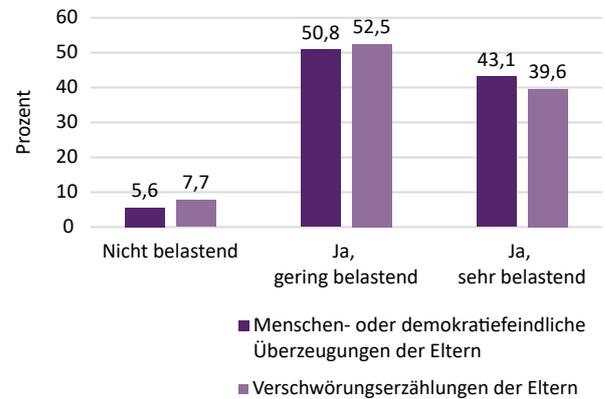


Abbildung 3: Belastung durch Auseinandersetzungen mit Eltern für das Schulpersonal (Deutschland; N = 1.235; in %)

einandersetzungen mit dem Personal vorliegen. Hingegen sind in etwa 13 Prozent bzw. 14 Prozent der befragten Kindertageseinrichtungen gelegentliche Auseinandersetzungen an der Tagesordnung. Von häufigen Auseinandersetzungen mit dem Personal berichten die Kindertageseinrichtungen eher selten (in 0,2 Prozent bzw. 0,4 Prozent).

In jenen Fällen, da es zu Auseinandersetzungen mit Mitarbeitenden kommt, werden sie in mehr als 50 Prozent als mindestens gering belastend wahrgenommen. In einem Viertel der Auseinandersetzungen aufgrund von menschen- oder demokratiefeindlichen Überzeugungen von Mitarbeitenden und in ungefähr 15 Prozent der Auseinandersetzungen aufgrund von Verschwörungserzählungen von Mitarbeitenden stellten diese für die Kindertageseinrichtungen sogar große Belastungen dar. Lediglich bei einer Minderheit (22 Prozent bzw. 30 Prozent) wurden diese Auseinandersetzungen von den Befragten nicht als Belastung wahrgenommen.

In Schulen scheint es in Vergleich zu den Kindertageseinrichtungen zu weniger Auseinandersetzungen mit Mitarbeitenden zu kommen. Gelegentliche Auseinandersetzungen mit Mitarbeitenden zu menschen- oder demokratiefeindlichen Überzeugungen oder Verschwörungserzählungen werden in etwa 10 Prozent berichtet.

Häufige Auseinandersetzungen werden von weniger als 1 Prozent der befragten Schulen berichtet. Auf die Frage, wie belastend die vorhandenen Auseinandersetzungen mit Mitarbeitenden seitens des Schulpersonals wahrgenommen werden, wird jedoch in Bezug auf menschen- und demokratiefeindliche Überzeugungen von 44,7 Prozent und in Bezug auf Verschwörungserzählungen von 48,4 Prozent der Befragten eine leichte Belastung berichtet. 50,0 Prozent der Auseinandersetzungen mit Personal aufgrund von menschen- und demokratiefeindlichen Überzeugungen sowie 41,9 Prozent der Auseinandersetzungen mit Personal, das Verschwörungserzählungen vertritt, wird sogar als sehr belastend wahrgenommen. Lediglich etwa 5 Prozent der Auseinandersetzungen aufgrund von menschen- und demokratiefeindlichen Überzeugungen des Schulpersonals und 10 Prozent der Auseinandersetzungen aufgrund von Verschwörungserzählungen des Schulpersonals werden nicht als belastend erlebt. Es lässt sich zusammenfassend festhalten, dass zwar lediglich ein kleiner Teil der Kindertageseinrichtungen und Schulen solche Auseinandersetzungen mit Mitarbeitenden erlebt, die vorhandenen Auseinandersetzungen werden jedoch häufig als belastend, im schulischen Bereich sogar als sehr belastend wahrgenommen.

3.2 Regelstrukturen Kinder- und Jugendhilfe

Fachkräfte aus weiteren Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe wurden im Kontext der Diskussionen in den Fokusgruppen danach befragt, wie oft sie im Zuge ihrer Arbeit mit jungen Menschen oder Eltern in Kontakt gekommen waren, die demokratie- und menschenfeindliche Überzeugungen bzw. Verschwörungserzählungen vertreten. In diesem Zusammenhang wurde ein

differenzierter Blick der Fachkräfte auf das Fallgeschehen deutlich. Sie unterschieden dieses in (a) Positionen, (b) gefestigte Überzeugungen sowie (c) nicht eindeutig zu erfassende Graubereiche. So berichteten die Fachkräfte zwar davon, dass sie regelmäßig mit menschen- oder demokratiefeindlich „geprägte[n] Äußerungen als provokative Form der Kontaktaufnahme“ (FG5 HzE1, Pos. 354)⁵ zu tun hätten oder dass „alltäglich irgendein Spruch“ vorkomme (FG4 JS2, Pos. 280-281, Pos. 289). Demgegenüber gaben die allermeisten Fachkräfte an, dass sich die Zahl von Fällen, in denen die ideologischen Überzeugungen der Klientinnen und Klienten zu einem bestimmenden Thema in der Zusammenarbeit wurden, aufs Jahr hochgerechnet im einstelligen Bereich bis maximal zehn Fälle bewege.

Zugleich verwiesen insbesondere die befragten Fachkräfte aus den Jugendämtern wiederholt auf aus ihrer Sicht vorhandene größere „Graubereiche“ (FG2 JA2, Pos. 202-209). Damit verbunden war die Annahme, dass zum Teil deutlich mehr Familien, mit denen die Fachkräfte zusammenarbeiteten, entsprechende Überzeugungen vertreten würden, diese sich jedoch „latent unter der Oberfläche“ (FG3 JS1, Pos. 324-328) bewegen und somit im Kontakt nicht vordergründig in Erscheinung treten würden. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass der primäre Auftrag der Fachkräfte aus den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe in der Unterstützung der Familien und dabei insbesondere in der Sicherstellung des Kindeswohls liegt. Demgegenüber sind sie gerade nicht dazu angehalten, die ideologischen Überzeugungen ihrer Klientinnen und Klienten zu erfassen oder mit diesen vordergründig daran zu arbeiten.

5 FG steht für Fokusgruppe und die danach folgende Zahl für die Nummer der Fokusgruppe. Die darauffolgende Abkürzung bezeichnet die Berufsgruppe (JA = Jugendamt; JS = Schul- und Jugendsozialarbeit; HzE = Hilfen zur Erziehung) – für jede Berufsgruppe wurden zwei Fokusgruppen durchgeführt.

Die (noch) vergleichsweise geringen Zahlen explizit problematischer Fälle bilden folglich die Spitze eines Eisbergs. Dabei verleiht das von den Fachkräften als „Grauzone“ beschriebene Potenzial der Thematik eine nicht zu unterschätzende Dynamik. So sind die Befunde der explorativen Studie inhaltlich anschlussfähig an zentrale Ergebnisse der jüngsten Mitte-Studie (Zick u. a. 2023). Insbesondere die in dieser Studie beschriebenen Belastungen, die von miteinander verbundenen multiplen Krisenphänomenen („verschachtelte Polykrisen“, Tooze nach Zick u. a. 2023: 20, bspw. die Corona-Pandemie sowie ihre Folgen für das Gesundheits- und Bildungssystem, der Fachkräftemangel, der Krieg in der Ukraine, die Inflation sowie der Klimawandel) ausgehen, können Klientinnen und Klienten der Kinder- und Jugendhilfe mit ohnehin schon vergleichsweise hohen Belastungen besonders hart treffen. Es ist damit zu rechnen, dass demokratie- und menschenfeindliche Überzeugungen künftig in der Fallarbeit der Fachkräfte vermehrt relevant werden.

Im Rahmen der Fokusgruppen wurden die Fachkräfte aus den gesetzlich gesicherten Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe zudem dazu befragt, welchen Phänomenbereichen sie die ideologischen Überzeugungen ihrer Klientinnen und Klienten zuordnen würden, ohne dass feste Definitionen vorgegeben wurden. Dabei zeichnete sich dennoch durch alle sechs Fokusgruppen hinweg ein klarer, von der Moderation unbeeinflusster Trend ab. Mit Abstand quantitativ am häufigsten thematisiert wurde der vielschichtige Bereich Rechtsextremismus/Rechtspopulismus. Dieser umfasste neben Neonazis bzw. anderen „klassischen“ Formen auch völkische Siedlerinnen und Siedler sowie insbesondere die selbsternannten Reichsbürgerinnen und Reichsbürger.

Eine zentrale Rolle im von den Fachkräften beschriebenen Fallgeschehen spielten ebenso Personen, welche die Existenz des Corona-Virus

bzw. die davon ausgehenden Gefahren leugnen (sog. Corona-Leugnerinnen und -Leugner), Verschwörungsgläubige sowie Anhängerinnen und Anhänger des islamischen Fundamentalismus bis hin zum Islamismus. Demgegenüber wurde Linksextremismus zwar an sehr vereinzelt Stellen von den Fachkräften in die Diskussion eingebracht, ohne dass dabei jedoch tiefer gehend von konkreten Fallgeschehen berichtet wurde. Darüber hinaus benannten die Fachkräfte verschiedene von den Familien vertretene menschenfeindliche Überzeugungen, ohne diese einem der benannten Phänomenbereiche zuzuordnen. Dazu zählen insbesondere Antiziganismus, Homophobie, Queerfeindlichkeit, Antifeminismus, Rassismus und Antisemitismus.

4 Konflikte, Belastungen und Bedarfe

Neben der Häufigkeit der Kontakte zu Familien, welche demokratie- und menschenfeindliche Überzeugungen sowie Verschwörungserzählungen vertreten, wurden die Fachkräfte auch danach befragt, welche spezifischen Konflikte in diesem Zusammenhang auftreten würden und welche Bedarfe nach Fortbildung und Beratung durch spezialisierte zivilgesellschaftliche Träger der Demokratieförderung und Präventionsarbeit damit einhergingen.

4.1 Kindertagesstätten und Schulen

Die quantitative Befragung der pädagogischen Einrichtungen ergab, dass die meisten von ihnen – ca. 93 Prozent der Kindertageseinrichtungen bzw. ca. 81 Prozent der Schulen – bisher weder von Fortbildungs- noch Beratungsangeboten Gebrauch gemacht haben. Lediglich ungefähr 5 Prozent der Kindertageseinrichtungen bzw. fast 12 Prozent der Schulen haben sich einmalig beraten lassen oder einmalig eine Fortbildung absolviert. Demgegenüber gaben lediglich knapp 2 Prozent der Kindertageseinrichtungen sowie circa 4,5 Prozent der

Schulen an, bereits mehrere Fortbildungen oder Beratungen in Anspruch genommen zu haben.

Zugleich erklärten fast drei Viertel der befragten Kindertageseinrichtungen sowie etwas mehr als die Hälfte der Schulen, dass bei ihnen kein Bedarf an Fortbildung bzw. nach Beratung zu menschen- oder demokratiefeindlichen Überzeugungen bzw. Verschwörungserzählungen bestünde. Wenigstens etwas Bedarf nach entsprechenden Angeboten sahen ca. 27 Prozent der Kindertageseinrichtungen sowie fast 35 Prozent der Schulen bei sich. Schließlich gaben knapp 2 Prozent der befragten Kindertageseinrichtungen sowie fast 5 Prozent der befragten Schulen großen Bedarf an Fortbildung oder Beratung zu menschen- oder demokratiefeindlichen Überzeugungen bzw. Verschwörungserzählungen an.

Des Weiteren wurden für die pädagogischen Einrichtungen die Zusammenhänge zwischen der erlebten Belastung bezüglich der menschen- oder demokratiefeindlichen Überzeugungen und Verschwörungserzählungen der Eltern und dem Bedarf an Fortbildung und Beratung näher untersucht. Es wurde deutlich, dass je belastender die Auseinandersetzungen bzgl. Verschwörungserzählungen mit den Eltern seitens der Kindertagesstätten wahrgenommen wurden, umso eher

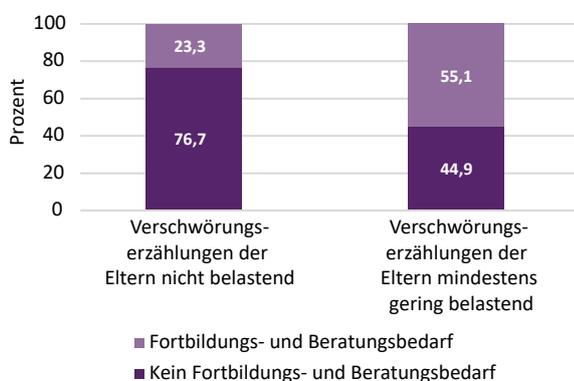


Abbildung 4: Zusammenhänge zwischen belastenden Auseinandersetzungen mit Eltern, die Verschwörungserzählungen vertreten, und dem angegebenen Fortbildungs- und Beratungsbedarf in Kindertageseinrichtungen (Deutschland; N = 533; in %)

diese Fortbildungs- und Beratungsbedarf zu diesen Themen angaben (vgl. Abbildung 4: $\chi^2(1) = 10.059$; $p = 0.002$; $V = 0.238$). Für menschen- und demokratiefeindliche Überzeugungen konnte dieser Zusammenhang nicht belegt werden ($\chi^2(1) = 1.391$; $p = 0.238$; $V = 0.097$). Anschließend wurden die Rückmeldungen der Schulen analysiert. Je eher die Auseinandersetzungen mit Eltern und Mitarbeitenden in Schulen als belastend wahrgenommen wurden, umso stärker war der angegebene Fortbildungs- und Beratungsbedarf ($\chi^2(1) = 4.054$; $p = 0.044$; $V = 0.116$).

4.2 Regelstrukturen Kinder- und Jugendhilfe

Auch die im Kontext der Fokusgruppen befragten Fachkräfte aus den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe sahen bei sich einen generellen Bedarf nach (mehr) Grundlagenwissen hinsichtlich der demokratie- und menschenfeindlichen Überzeugungen sowie Verschwörungserzählungen, mit denen sie im Zuge ihrer Arbeit in Kontakt kamen. Dabei war für sie die Auseinandersetzung mit Merkmalen und Verhaltensweisen zentral, anhand derer sie spezifische Phänomene erkennen können, um auf dieser Grundlage ein besseres Verständnis ihrer Fälle entwickeln zu können. Es ging den Fachkräften darum, rechtzeitig jene spezifischen Gefahren erkennen zu können, die möglicherweise von auf die ideologischen Überzeugungen gestützten Verhaltensweisen der Familien ausgingen. Dies betraf zum einen Gefahren für das Wohlergehen des Kindes (vgl. Brandt 2022: 59 ff.; Meysen u. a. 2021: 62 ff.; Kindler 2023). Zum anderen berichteten die Fachkräfte in den Fokusgruppen immer wieder davon, wie es vor allen Dingen im Kontext von Hausbesuchen zu von ihnen als bedrohlich erlebten Kontakten gekommen sei, insbesondere mit Eltern. Angesichts der einerseits verhältnismäßig geringen Fallzahl in der täglichen Arbeit und der andererseits vielfältigen Phänomene, mit denen die Fachkräfte konfrontiert sind, sowie ihrer zu-

gleich knappen zeitlichen Ressourcen scheinen phänomenspezifische Fortbildungen nur in Ausnahmefällen zielführend. Vielmehr sollten im Rahmen entsprechender Fortbildungen verschiedene demokratie- und menschenfeindliche Ideologien sowie Verschwörungserzählungen überblicksartig behandelt werden.

Darüber hinaus bestand ein weiteres zentrales, von den Fachkräften im Zuge der Diskussionen beschriebenes Problem darin, mit jenen Familien, die demokratie- und menschenfeindliche Überzeugungen bzw. Verschwörungserzählungen vertraten, überhaupt in einen gelungenen Kontakt zu kommen. Zum Teil wurde dieser von den Klientinnen und Klienten von vorneherein abgeblockt oder diese versuchten beständig, ihre ideologischen Überzeugungen ins Gespräch mit den Fachkräften zu bringen. Diesen war jedoch bewusst, dass eine sachlich-argumentative Auseinandersetzung über die ideologischen Ansichten nicht sinnvoll war und im schlimmsten Fall zu einem Beziehungsabbruch hätte führen können.

Als zusätzlicher Baustein zu den phänomenübergreifenden Grundlagenfortbildungen besteht aufseiten der Fachkräfte aus den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe folglich ein Bedarf nach Schulung (bereits vorhandener) interpersoneller Fähigkeiten und Strategien, um überhaupt in einen gelungenen Kontakt mit den Familien kommen und diesen halten zu können. Diese Gesprächstechniken müssen darauf ausgerichtet sein, ideologische Diskussionen zu vermeiden, und den Fachkräften helfen, sich auf ihre sozialpädagogische Arbeit (re)fokussieren zu können. Darüber hinaus äußerten die Fachkräfte Bedarf an Deeskalationstechniken, an welchen sie sich im Umgang mit Konflikten und Bedrohungen orientieren und aus denen sie Handlungssicherheit ziehen können. Zudem benötigen die Fachkräfte Fortbildung oder Beratung zum Umgang mit Situationen, in denen

sie sich im persönlichen Kontakt, etwa bei Hausbesuchen, unwägbareren Risiken gegenübersehen (z. B. offenes Bedrohungsverhalten, potenzieller Waffengebrauch).

5 Fazit: Bridging the Gap

Fachkräfte aus den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe, inklusive der Kindertagesstätten, sowie aus dem schulischen Bereich kommen regelmäßig in Kontakt mit jungen Menschen und Eltern, welche demokratie- und menschenfeindliche Überzeugungen sowie Verschwörungserzählungen vertreten. Von einem nennenswerten Teil der Fachkräfte werden diese Begegnungen aus unterschiedlichen Gründen als (sehr) belastend empfunden. In der Folge sind sie in ihrer Arbeit auf externe Unterstützung angewiesen und äußern eindeutig Bedarf nach Fachberatung und Fortbildung durch spezialisierte Träger der Demokratieförderung, Präventions-, Deradikalisierungs- und Ausstiegsarbeit. Demgegenüber finden die bestehenden Unterstützungsangebote nur vereinzelt und unzuverlässig zu den Bedarfen der (sozial)pädagogischen Fachkräfte statt.

Entsprechend den quantitativen Ergebnissen ist zumindest etwas bis großer Bedarf an Fortbildungen oder Beratungen in circa einem Drittel der befragten bildungsbezogenen Einrichtungen deutschlandweit vorhanden, wobei dieser Bedarf geringfügig häufiger in den Schulen vorliegt. Der rückgemeldete Unterstützungsbedarf war umso höher, je eher die Auseinandersetzungen seitens der Kindertagesstätten und Schulen als belastend wahrgenommen wurden.

Die (sozial)pädagogischen Fachkräfte haben hingegen nicht den Auftrag, ihrerseits Demokratieförderung und Extremismusprävention mit den Familien zu betreiben, sondern suchen nach Zugangswegen zu jungen Menschen bzw. Eltern, welche den Kontakt aufgrund ihrer ideologischen

Überzeugungen verweigern oder nur oberflächlich mit den Fachkräften zusammenarbeiten (vgl. zu ersten Ansätzen Nadar / Mohammed Oulad M'Hand 2023; Borstel/Luzar 2023). Diese identifizierten Lücken zwischen den Bedarfen der (sozial)pädagogischen Fachkräfte sowie den Angeboten spezialisierter zivilgesellschaftlicher Träger der Demokratieförderung, Präventions-, Deradikalisierungs- und Ausstiegsarbeit gilt es zu schließen, um eine bessere Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren sicherzustellen.

Im Rahmen einer Anschlussforschung an die hier vorgestellten Studien könnte daher ein Fallbuch entwickelt werden. Für dieses müsste ein repräsentatives Spektrum an Fällen erhoben und aus-

gearbeitet werden, in dem es in den Aufgabefeldern der Kinder- und Jugendhilfe, inklusive der Kindertagesstätten, und der Schulen zu Konflikten mit Kindern, Jugendlichen und/oder Eltern kommt, die demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen bzw. Verschwörungserzählungen vertreten. Parallel dazu müssten bei den spezialisierten zivilgesellschaftlichen Trägern deren Beratungsideen erhoben werden, um eine bessere Einschätzung zu den bei diesen Fachkräften vorhandenen Qualifizierungsbedarfen zu bekommen. Entsprechende Qualifizierungsimpulse für die spezialisierten Träger sowie die Praxis der (sozial)pädagogischen Fachkräfte aus den unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Schule wären in das Fallbuch zu integrieren.

6 Literaturverzeichnis

- Borstel, D. & C. Luzar, 2023: „Rechtsextreme Jugendkultur im Wandel. Herausforderungen für die Soziale Arbeit“. In: Borstel, D. & C. Luzar (Hrsg.): *Besonderen Gruppen begegnen. Wie Zugänge in der Praxis Sozialer Arbeit gelingen können*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Brandt, L.A., 2022: *Extrem neutral? Verfassungs-, Sozial- und Datenschutzrecht: Anforderungen und Potenziale für politische Bildung, Extremismusprävention, Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit mit rechtsextremen Kindern und Jugendlichen*. Berlin: Cultures Interactive.
- Clement, D.Y., 2017: *Salafismus als Herausforderung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Bildung zwischen Akzeptanz und Konfrontation ermöglichen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/259283/salafismus-als-herausforderung-fuer-die-offene-kinder-und-jugendarbeit [Zugriff: 30. Oktober 2023].
- Clement, D.Y., 2020: *Offene Kinder- und Jugendarbeit im Kontext des Salafismus. Soziale Arbeit und Radikalisierungsprävention*. Wiesbaden: Springer VS.
- Jäger, M., S. Baer & H. Weilnböck, 2022: *Prävention und Intervention gegen Menschen- und Demokratiefreundlichkeit: Angebote und Ansätze. RaFiK-Expertise zum bundesweiten und europäischen Vergleich*. Heidelberg: SOCLES.
- Kindler, H. 2023: „Fehlsozialisation, Übersozialisation und Symbiose, Hochstrittigkeit, Autonomiekonflikte, schädliche traditionelle Praktiken“. In: Fegert, J.M., T. Meysen, H. Kindler, K. Chauvire-Geib, U. Hofmann & E. Schumann (Hrsg.): *Gute Kinderschutzverfahren. Tatsachenswissenschaftliche Grundlagen, rechtlicher Rahmen und Kooperation im familiengerichtlichen Verfahren*. Wiesbaden: Springer VS. 363–376.
- Meysen, T., S. Baer, T. Meilicke, K.L. Becker & L.A. Brandt, 2021: *Kindeswohl bei Aufwachsen in islamistisch oder salafistisch geprägten Familien. Orientierungshilfe für Jugendämter*. Erstellt im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Heidelberg: SOCLES.
- Meysen, T., L.A. Brandt, Z. Fakhir, S. Witte & H. Kindler, 2022: *Fachliches Handeln zum Wohl von Kindern und Jugendlichen im Kontakt mit „anderer“, fundamentalistischer und radikaler Religiosität und Weltanschauung. Handlungsempfehlungen aufbauend auf zentralen Erkenntnissen des Projekts „Radikal, fundamentalistisch, anders – Fachkräfte im Kontakt“ (RaFiK)*. München: DJI.Nadar.
- Nadar, M. & S. Mohammed Oulad M’Hand, 2023: „Erreichbarkeitsstrategien in der Radikalisierungsprävention: Ansätze und Erfahrungen aus der Sozialen Arbeit“. In: Langner, J., M. Zschach, M. Schott & I. Weigelt (Hrsg.): *Jugend und islamistischer Extremismus. Pädagogik im Spannungsfeld von Radikalisierung und Distanzierung*. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich. 225–242.

Rädiker, S. & U. Kuckartz, 2019: Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA. Text, Audio und Video. Wiesbaden: Springer VS.

Zick, A., B. Küpper & N. Mokros (Hrsg.), 2023: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz.

Abbildungsverzeichnis Kapitel 6

Abbildung 1:	Auseinandersetzungen in Kindertagesstätten mit Eltern zu menschen- oder demokratiefeindlichen Überzeugungen oder Verschwörungserzählungen (Deutschland; N = 533; in %)	70
Abbildung 2:	Belastung durch die Auseinandersetzungen mit Eltern für das Personal der Kindertageseinrichtungen (Deutschland; N = 533; in %)	71
Abbildung 3:	Belastung durch Auseinandersetzungen mit Eltern für das Schulpersonal (Deutschland; N = 1.235; in %)	71
Abbildung 4:	Zusammenhänge zwischen belastenden Auseinandersetzungen mit Eltern, die Verschwörungserzählungen vertreten, und dem angegebenen Fortbildungs- und Beratungsbedarf in Kindertageseinrichtungen (Deutschland; N = 533; in %)	74

Kapitel 7

„Liebe ist kein Maßstab. Was ist, wenn einer seinen Hund liebt?“ Salafistische Argumentationsmuster gegen queere Lebensweisen

Philipp Müller, Britt Ziolkowski

1 Einleitung

In jüngerer Vergangenheit setzten sich islamistische Akteure verstärkt mit queeren Lebensweisen auseinander. Kennzeichnend für die in der Szene so entstehenden Debattenbeiträge ist eine ausgeprägte Queerfeindlichkeit¹, die sich zum Beispiel in einer in islamistischen Kreisen kursierenden Darstellung zeigt: Zu sehen ist eine stereotype Familie (Mutter, Vater, Sohn, Tochter) unter einem Regenschirm (mitunter mit der Aufschrift „Islam“ oder „Scharia“), der sie vor einem Regenbogen schützen soll. Gleichzeitig weist ein beträchtlicher

Teil der deutschen Gesellschaft queerfeindliche Einstellungen auf. So zeigen Untersuchungen, dass die Zustimmung zu queeren Lebensweisen stagniert² und manifeste queerfeindliche Einstellungen, wenn nicht stark zunehmen, so doch auf einem stabilen Niveau bleiben.³ Insofern stellt das Motiv Queerfeindlichkeit eine Brücke zwischen Islamisten und anderen Teilen der Gesellschaft dar. Vor diesem Hintergrund interessierten wir uns für die Frage, wie Islamisten im Diskurs über LGBTQ argumentieren. Wir wollten also herausfinden, wie sie an das entsprechende in der Gesellschaft vorhandene Mobilisierungspotenzial andocken.⁴

-
- 1 Unter Queerfeindlichkeit verstehen wir die Ablehnung aller Lebensmodelle, die sich außerhalb der heteronormativen Welt-sicht befinden. Die Begriffe queer und LGBTQ werden von uns weitgehend synonym für diese Lebensmodelle verwendet.
 - 2 Das zeigen zum Beispiel Daten für Deutschland der LGBTQ+ PRIDE 2021 GLOBAL SURVEY: Im Zeitraum von 2013 bis 2021 stieg die Zustimmung zur gleichgeschlechtlichen Ehe lediglich um einen Prozentpunkt von 67 Prozent auf 68 Prozent. Im gleichen Zeitraum sank die Zustimmung zum Recht auf Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare von 71 Prozent auf 69 Prozent (vgl. Ipsos LGBTQ+ Pride 2021: 22; 27).
 - 3 Zahlen hierzu liefert zum Beispiel die Mitte-Studie: Dort haben die Autor_innen zuletzt festgestellt, dass zum Beispiel 16,2 Prozent der Befragten Ekel empfinden, „wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen“. Zwei Jahre zuvor stimmten dieser Aussage lediglich 8,7 Prozent der Befragten zu (vgl. Mokros & Zick 2023: 165). Die Einstellungsbefragung „Menschen in Deutschland“ kommt wiederum zu folgendem Ergebnis: 11,6 Prozent der Menschen bejahten die Äußerung von Wut, „wenn Homosexuelle in der Öffentlichkeit Hand in Hand gehen oder sich küssen“, 7,8 Prozent befürworteten ein Verbot von Homosexualität (vgl. Wetzels et al. 2022: 42 f.).
 - 4 Der Beitrag skizziert die ersten Ergebnisse eines Projektes, das die Autor_innen im Rahmen ihrer Tätigkeit für das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg durchgeführt haben.



Abbildung 1: Kampagne „Protecting the Muslim Family“ der Hizb ut-Tahrir America

2 Methodisches Vorgehen

Zu Beginn des Projekts galt es zunächst, den Forschungsgegenstand einzugrenzen: Im Zuge dessen konzentrierten wir uns auf den Salafismus als Subströmung des Islamismus. Dabei ist der Salafismus, wie der Islamismus insgesamt, charakterisiert durch eine heteronormative Weltanschauung. Mann und Frau werden also als zwei voneinander eindeutig abgrenzbare Entitäten verstanden, Heterosexualität gilt als soziale Norm (vgl. Ziolkowski 2021). Weil Heterosexualität zum Kern der salafistischen Ideologie gehört, ist Queerfeindlichkeit nicht nur aktuell relevant, sondern wird auch in Zukunft eine Rolle spielen.

Mit Blick auf die Frage, wo wir salafistische Aussagen zu queeren Lebensweisen finden und sammeln können, richteten wir unseren Blick auf Online-Angebote. Dabei berücksichtigten wir zum einen die Plattform YouTube, zum anderen mit IslamQA einen Online-Fatwa-Dienst. Auf dieser Grundlage sammelten wir 24 Texte von acht Akteuren, darunter eine Frau.⁵ Der so angelegte Korpus umfasst Texte aus den Jahren von 1998 bis 2022, die deutsch- und englischsprachig sind. Im weiteren Projektverlauf grenzten wir den Forschungsgegenstand weiter ein und konzentrierten uns auf Aussagen, die sich dezidiert auf Homosexualität als Teilaspekt queerer Lebensweisen beziehen.

Die gesammelten Daten werteten wir mit der Topoi-Analyse aus (vgl. Wengeler 2003, Kienpointer 2017, Römer 2017). Mit dieser Methode konnten bedeutungsähnliche Argumente gebündelt und zu einem Muster zusammengefasst werden. So war es uns möglich, Denkprinzipien zu identifizieren, die in der salafistischen Community zum Thema LGBTQ kursieren bzw. genutzt werden, um an das oben skizzierte Mobilisierungspotenzial anzuknüpfen.

3 Identifizierte Topoi

Im Ergebnis konnten wir zehn Muster identifizieren, die Unterschiedliches besagen und die wir wie folgt bezeichnen: Autoritäts-Topos, Mehrheits-Topos, Prüfungs-Topos, Analogie-Topos, Definitions-Topos, Gefahren-Topos, Topos der externen Agenda, Schöpfungs-Topos, Geschichts-Topos, Topos vom gesellschaftlichen Nutzen. Jedes Muster bündelt Argumente mit ähnlicher Bedeutung. So fasst der Gefahren-Topos alle Argumente zusammen, die zu folgendem Muster pas-

5 Die Website des Online-Fatwa-Dienstes IslamQA kann dem salafistischen Gelehrten Muhammad Salih al-Munajjid zugeordnet werden. In den YouTube-Videos äußerten sich folgende Personen zu queeren Lebensmodellen: Pierre Vogel, „Abul Baraa“, „Mona“, Marcel Krass, Ibrahim El-Azzazi, „Lorans Yusuf“ und „Anas Islam“. Die Videos stammen entweder von den persönlichen YouTube-Kanälen oder von Kanälen der salafistischen Szene, die eine Vielzahl an Videos unterschiedlicher Szeneakteure enthalten.

sen: Weil homosexuelle Handlungen negative Folgen haben, sollten sie nicht ausgeführt werden. Hier wird die Ablehnung von Homosexualität zum Beispiel durch Verweis auf einen vermeintlichen Zusammenhang zwischen homosexuellen Handlungen und körperlichen Krankheiten begründet.

In der Gesamtschau ist festzustellen, dass die Argumentationsmuster qualitative Unterschiede aufweisen: So gibt es neben inhaltlich zentralen Mustern (zum Beispiel Prüfungs-Topos, Schöpfungs-Topos, Gefahren-Topos) auch welche, die lediglich stützend fungieren (zum Beispiel Autoritäts-Topos, Mehrheits-Topos, Analogie-Topos). In unserem Korpus, der 116 Argumente umfasst, dominiert der Autoritäts-Topos (31), gefolgt vom Mehrheits-Topos (18) sowie dem Analogie- und Prüfungs-Topos (jeweils 13). Im Folgenden stellen wir drei Muster genauer dar und überlegen, welche Bedeutung diese für die Meinungsbildung haben.

3.1 Prüfungs-Topos

Unter dem Prüfungs-Topos werden alle Argumente zusammengefasst, die zu folgendem Muster passen: *Weil Allah die Menschen mit homosexuellen Gefühlen hinsichtlich ihrer Gottesfurcht prüfen will, sind entsprechende Handlungen zu unterlassen.* Ein Beispiel für dieses Muster ist folgende Aussage: „Wieso erschafft Gott dann jemanden mit einer Neigung, die er niemals ausleben kann? [...] Ja als Prüfung. [...] Allah legt keinem Menschen mehr auf, als er tragen kann. Das heißt, wenn Allah einen Menschen homosexuell macht, ist dieser Mensch dazu in der Lage, auch damit zu leben, ohne die Neigungen auszuleben“ (Monas Kanal 2023).

Auf funktionaler Ebene hängt dieses Muster mit der eschatologischen Ausrichtung der salafistischen Glaubenslehre zusammen. Salafisten gehen davon aus, dass die Welt untergehen und sich daran der „Tag der Auferstehung“ anschließen wird. An diesem Tag, so die salafistische Auf-

fassung, müssten sich alle Lebewesen Gottes Urteil stellen. Nur die gottesfürchtigen Lebewesen gingen auf Grundlage seines Urteils ins Paradies ein, alle anderen würden in der Hölle enden. Die guten Taten würden mit den schlechten gegeneinander aufgewogen werden. Dabei glauben Salafisten, dass Gott den Menschen im Diesseits fortwährend prüft. „Homosexuelle Gefühle“ werden also als eine von vielen Prüfungen angesehen, mit denen die Gläubigen ihre Gottesfurcht beweisen sollen.

Letztendlich ist dieses Muster für die Meinungsbildung bedeutend, weil es das Angst-Hoffnungsspannungsfeld bedient. Es wird also mit durchaus ambivalenten Emotionen gearbeitet. Dabei macht sich die Absenderin aus unserem Beispiel zunutze, dass Angst im Rahmen der Rezeption zu einer im Allgemeinen stärkeren Involvierung mit dem Thema (Obermaier et al. 2014: 230 f.) und im Besonderen zu einer Fokussierung auf sicherheitsrelevante Informationen führt (Bartsch 2014: 213). Hier kommt wiederum das Prinzip Hoffnung zum Tragen – der Adressatenkreis erfährt niedrigschwellig, wie er der Bedrohung entkommt, nämlich indem er sich seinen homosexuellen Gefühlen verweigert. Der Topos hat damit einen ausgeprägten handlungsleitenden Charakter. Auf jeden Fall ist zu bedenken, dass die anvisierte emotionale Involviertheit der Rezipientinnen und Rezipienten die kritische Distanz zum Gesagten schwächen kann: Hier ist zu befürchten, dass Menschen, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen, die Meinung der Absenderin unhinterfragt aufnehmen (Bartsch 2014: 214).

3.2 Autoritäts-Topos

Der Autoritäts-Topos fasst alle Argumente zusammen, die zu folgendem Muster passen: *Weil eine zu benennende Autorität homosexuelle Praktiken verbietet (bzw. als gefährlich ansieht), sollten entsprechende Handlungen nicht ausgeführt werden.* Häufig beziehen sich Salafisten dabei auf Gott,

entweder indem sie ihn explizit nennen oder indem sie auf den Koran als Gottes Wort verweisen. So heißt es zum Beispiel: „Diese Verse sind ein Beweis, dass Homosexualität ganz klar verboten ist“ (Lorans Yusuf 2017). Daneben verweisen Salafisten auch auf islamische Gelehrte, entweder mit Bezug zu Einzelpersonen oder mit Blick auf eine angebliche Einhelligkeit islamischer Gelehrter: „Es [homosexuelle Handlungen] ist eine Sache, die nach Konsens der Gelehrten verboten ist“ (Einladung zum Erfolg CH 2018).

Mit Blick auf die funktionale Ebene ist festzustellen: Die Argumente, die zu diesem Muster passen, suggerieren, dass die Meinungsbildung abgeschlossen ist. Homosexuelle Handlungen seien verboten, andere Interpretationen werden nicht zugelassen. Dabei wird die Verantwortung, sich zum Thema zu verhalten, an eine höhere Instanz abgegeben. Gott gilt als ultimative Autorität, die Gelehrten als Zwischeninstanz, die das bestehende göttliche Urteil wiederholen und bestätigen. Für den Adressatenkreis geht dies mit einer radikalen Einschränkung einher: Ihm wird die Kompetenz abgesprochen, sich kritisch mit den Aussagen auseinanderzusetzen. Zuweilen betonen salafistische Akteure mit Nachdruck, dass der Mensch nicht in der Lage sei, nachzuvollziehen, wie Gott zu seinem Urteil kommt.⁶ Insofern dient der Autoritätstypus dem Herstellen von Gehorsam.

3.3 Analogie-Topos

Unter dem Analogie-Topos werden alle Argumente zusammengefasst, die zu folgendem Muster

passen: *Weil Handlungen, die den homosexuellen Praktiken ähnlich sind, (gemeinhin) als Tabu gelten, sollten auch homosexuelle Handlungen nicht durchgeführt werden.* In der Praxis sind vor allem zwei Analogien zu beobachten. Erstens werden homosexuelle Handlungen mit Zoophilie⁷ verglichen, wenn es zum Beispiel heißt: „Liebe ist kein Maßstab. Was ist, wenn einer seinen Hund liebt oder eine Frau hat ein Bernhardiner. Bernadette hat einen Bernhardiner und der [...] will mit Bernadette schlafen. Laut dieser Theorie ist das ja alles kein Problem, weil der Hund ist einverstanden“ (Pierre Vogel 2021). Zweitens findet sich die Gleichsetzung von Homosexualität mit Inzest, wie folgende Aussage veranschaulicht: „Man könnte ja genau so argumentieren für eine Verbindung zwischen Bruder und Schwester, [...]. Warum denn nicht? Hier in der Gesellschaft ist das sogar gesetzlich untersagt, und ich kann bis heute kein demokratisches, säkulares Prinzip dahinter entdecken, warum das untersagt ist und beispielsweise homosexuelles Handeln nicht, was der Unterschied zwischen beiden ist“ (Föderale Islamische Union 2022).

Auf funktionaler Ebene zielen die hergestellten Analogien auf die Zustimmung zur Position des Absenders ab: In diesem Fall geht es um die Ächtung homosexueller Handlungen. Je eingängiger die gewählte Analogie bei der Zielgruppe ist, desto wahrscheinlicher stimmt sie der Position des Absenders zu. Hinkt der Vergleich, kann ein ansonsten durchaus schlüssiger Punkt geschwächt werden (Gerner 2023). Für unsere Beispiele ist relevant, dass entsprechende Analogien von Homosexualität mit Zoophilie oder Inzest in der breiten

6 So betont Pierre Vogel in einem seiner Videos, dass der Mensch „nicht immer rational nachvollziehen“ könne, warum Gott eine bestimmte Regel aufgestellt hat. Denn: „[...] manchmal ist es so, dass bestimmte Dinge über unserem Verstand sind“ (Pierre Vogel 2021).

7 Wir verwenden in unserem Text den Begriff Zoophilie, der das sexuelle bzw. romantische Hingezogensein zu Tieren bedeutet. Zoophilie kann sich in sexuellen Handlungen äußern. Im deutschen Alltags-Sprachgebrauch wird für sexuelle Akte mit Tieren der Begriff Sodomie verwendet, der jedoch ursprünglich sexuelle Handlungen beschreibt, die nicht der Fortpflanzung dienen, und damit unscharf ist. Im Englischen wird der Begriff Sodomie zudem in der Regel für Analverkehr verwendet.

Gesellschaft Zuspruch finden.⁸ Ähnliche Denkweisen sind nicht nur für extremistische Kreise zu beobachten. Das zeigt sich zum Beispiel an einer Aussage Annegret Kramp-Karrenbauers, der ehemaligen Bundesvorsitzenden der CDU. In einem Interview, in dem sie zur „Ehe für alle“ gefragt wurde, sagte sie: „Wenn wir diese Definition öffnen in eine auf Dauer angelegte Verantwortungspartnerschaft zweier erwachsener Menschen, sind andere Forderungen nicht auszuschließen: etwa eine Heirat unter engen Verwandten oder von mehr als zwei Menschen. Wollen wir das wirklich?“ (zitiert nach Kirch 2015).

In unseren Beispielen spielt für die Analogien „projektiver Ekel“ eine wichtige Rolle. Sowohl Zoophilie und Inzest als auch Homosexualität lösen bei manchen Menschen dieses Gefühl der starken Abneigung aus, das mitunter mit körperlichen Symptomen einhergeht.⁹ Provoziert wird dieses Gefühl von den salafistischen Akteuren zwar nur indirekt. Dennoch versuchen die Absender die Ablehnung von Homosexualität im Adressatenkreis durch ein starkes negatives Gefühl zu erwirken. Ekel wiederum hat einen großen Einfluss auf das soziale Miteinander: Er fördert Stigmatisierung, Ablehnung und Abgrenzung von anderen und führt mitunter zu Selbstisolation und Schamgefühlen (vgl. Terrizzi et al. 2023). Auch hier sehen wir: Die Emotionalisierung des Themas hat nicht nur Auswirkungen auf die Meinungsbildung, sondern ihr ist zugleich ein handlungsleitender Charakter inhärent.

4. Fazit

Unser Textkorpus belegt vielfältige Argumentationsmuster, die in der salafistischen Community zur Ablehnung von Homosexualität kursieren. Diese Vielfältigkeit ermöglicht wiederum diverse Anknüpfungspunkte an einen in der Tat breiten Adressatenkreis: Angesprochen fühlen können sich Muslime – sowohl konservative als auch islamistische – zum Beispiel durch den Autoritäts-Topos. Darüber hinaus bieten einzelne Muster auch Anknüpfungspunkte zu Personen, die sich nicht als Muslime identifizieren – das wurde zum Beispiel mit Blick auf den Analogie-Topos deutlich.

Wie bereits festgestellt, gibt es Argumentationsmuster, die häufiger bedient werden. Für unseren Korpus ist hier zuvorderst der Autoritäts-Topos zu nennen. Mit Blick auf die Meinungsbildung dominieren also Versuche, Gehorsam herzustellen. Darüber hinaus ist aufgefallen, dass bestimmte Muster auf Emotionalisierung aufbauen, was die kritische Distanz zu den geäußerten Inhalten im Rahmen des Rezeptionsprozesses einschränken kann.

Was heißt das für den Praxistransfer? Erstens tritt deutlich zutage, dass Salafisten sich das zunutze machen, woran viele Menschen glauben und wie viele Menschen denken. Indem sie Muster der alltäglichen Rhetorik verwenden, profitieren sie von Gewohnheiten. Hier schließt sich die Frage an, inwiefern diese Erkenntnis für Gegenarrative und die Präventionsarbeit genutzt werden kann.

8 Dabei ist irrelevant, ob die Fälle tatsächlich vergleichbar sind. So ist für den Vergleich von Homosexualität mit Zoophilie festzuhalten, dass hier eine Schiefelage mit Blick auf die sexuelle Einvernehmlichkeit besteht: Tiere sind Menschen im Rahmen von sexuellen Handlungen ausgeliefert.

9 Siehe hierzu Fußnote 3. Der Zusammenhang zwischen Ekel und bestimmten Formen der Sexualität ist bereits aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet worden. So gibt es psychologische Untersuchungen, die sich mit angrenzenden Fragen beschäftigen, wie zum Beispiel der nach den emotionalen Reaktionen auf Inzest (vgl. Antfolk et al. 2012). Aber auch Abhandlungen, die das Thema aus einer ethischen bzw. juristischen Perspektive beleuchten: Hier wurde zum Beispiel betont, dass Ekel in der Vergangenheit ein treibender Faktor für die rechtlichen Restriktionen von queeren Menschen war (vgl. Nussbaum 2010: 8).

Zweitens erinnert uns die Dominanz des Autoritäts-Topos daran, wie wichtig es ist, Menschen zu ermächtigen, sich selbst eine Meinung zu bilden. Ein besonderes Augenmerk sollte hier auf das Spannungsfeld zwischen Gehorsam und Vertrauen gelegt werden: Menschen können sich nicht zu allen Themen gleichermaßen informieren, sie brauchen Institutionen und Akteure, denen sie vertrauen und auf deren Informationsvermittlung sie zählen können. Dabei sollten sie aber einen kritischen Blick wahren.

Und drittens gilt es, Respekt als Gegenpol zu Ekel zu fördern: Der Freiheitsbegriff in einer liberalen Demokratie gesteht Menschen das Recht zu, sich frei zu entfalten, solange sie dabei die Rechte anderer nicht beschneiden. Hierbei geht es nicht nur um den Blick des Staates auf seine Bürgerinnen und Bürger, sondern auch um das gesellschaftliche Miteinander (Nussbaum 2010: xv). Wir brauchen Räume, in denen Menschen erkennen können, dass es möglich ist, andere zu respektieren – auch wenn sie deren Handlungen vielleicht nicht gutheißen.

5. Literaturverzeichnis

- Antfolk, J., M. Karlsson, A. Bäckström & P. Santtila, 2012: „Disgust elicited by third-party incest: the roles of biological relatedness, co-residence, and family relationship“. *Evolution and Human Behavior* 33.3: 217–223.
- Bartsch, A., 2014: „Emotionales Erleben“. In: Gehrau, V., H. Bilandzic, H. Schramm & C. Wünsch (Hrsg.), *Handbuch Medienrezeption*. Baden-Baden: Nomos. 207–211.
- Einladung zum Erfolg CH, 2018: Muslim und Schwul? – Pierre Vogel, <https://youtu.be/ocVYSw3rcbg> [Zugriff: 15. September 2023].
- Föderale Islamische Union, 2022: „Aber es schadet doch niemand!“ – Islam & LGBTQ – Marcel Krass, <https://youtu.be/XpfoPQyI3-I> [Zugriff: 15. September 2023].
- Gerner, D., 2023: „Analogie-Topos“. In: *Diskursmonitor. Glossar zur strategischen Kommunikation in öffentlichen Diskursen*, <https://diskursmonitor.de/glossar/analogie-topos> [Zugriff: 11. Oktober 2023].
- Ipsos LGBT+ Pride 2021 Global Survey, 2021, https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2021-06/LGBT%20Pride%202021%20Global%20Survey%20Report_0.pdf [Zugriff: 12. Oktober 2023].
- Kienpointner, M., 2017: „Topoi“. In: Roth, K. S., M. Wengeler & A. Ziem (Hrsg.), *Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft*, Berlin/Boston: De Gruyter. 187–211.
- Kirch, D., 2015: „,... und dann die Forderung nach Heirat von mehr als zwei Menschen?“ – Interview mit Kramp-Karrenbauer“. In: *Saarbrücker Zeitung* (Hrsg.), https://www.saarbruecker-zeitung.de/nachrichten/politik/inland/interview-kramp-karrenbauer-zieht-in-debatte-um-homo-ehegrenzen_aid-1542981 [Zugriff: 11. Oktober 2023].
- Lorans Yusuf, 2017: Lut (as) und das homosexuelle Volk, <https://youtu.be/xs1bpKHxulQ> [Zugriff: 15. September 2023].
- Mokros, N. & A. Zick, 2023: „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung“. In: Zick, A., B. Küpper & N. Mokros (Hrsg.), *Die distanzierte Mitte. Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 149–184.
- Monas Kanal, 2023: Homosexualität im Islam, https://youtu.be/Q_f71prQmOk [Zugriff: 15. September 2023].
- Nussbaum, M., 2010: *From Disgust to Humanity: Sexual Orientation and Constitutional Law*. Oxford: Oxford University Press.
- Obermaier, M., M. Haim & C. Reinemann, 2014: „Emotionen bewegen? Ein Experiment zur Wirkung von Medienbeiträgen mit Emotionalisierungspotenzial auf Emotionen, politische Partizipationsabsichten und weiterführende Informationssuche“. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 62.2: 216–235.
- Römer, D., 2017: *Wirtschaftskrisen. Eine linguistische Diskursgeschichte*. Berlin/Boston: De Gruyter.

Terrizzi, J. A., R. S. Pond, T. C. J. Shannon, Z. K. Koopman & J. C. Reich, 2023: „How does disgust regulate social rejection? a mini-review“, <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpsyg.2023.1141100/full> [Zugriff: 11. Oktober 2023].

Pierre Vogel, 2021: Will die LGBT-Bewegung den Islam verfälschen?, <https://youtu.be/iffduprRd84> [Zugriff: 15. September 2023].

Wengeler, M., 2003: Topos und Diskurs: Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960–1985). Tübingen: Max Niemeyer Verlag.

Wetzels, P., K. Brettfeld, R. Endtricht, D. Farren & J. Fischer, 2022: „Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen sowie Konfrontationen mit Intoleranz und politischem Extremismus in Deutschland 2021 – Deskriptive Grundauswertungen der repräsentativen Bevölkerungsbefragung ‚Menschen in Deutschland 2021‘“. MOTRA-Forschungsbericht No. 4 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft, <https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/media/uhh-forschungsbericht-4.pdf> [Zugriff: 11. Oktober 2023].

Ziolkowski, B., 2021: „Sexualität im Islamischen Fundamentalismus“. *Sexuologie* 28.2: 115–122.

Abbildungsverzeichnis Kapitel 7

Abbildung 1: Kampagne „Protecting the Muslim Family“ der Hizb ut-Tahrir America	81
---	----

Kapitel 8

Geschichtsrevisionismus und kollektives Gedächtnis: Deutungskämpfe um die deutsche Kolonialgeschichte

Jens Ruppenthal

1 Einleitung

Im Jahr 2008 beschloss der Rat der Stadt Soltau die Carl-Peters-Straße umzubenennen. Die in einem Wohngebiet gelegene Straße sollte fortan Zum Ahlftener Flatt heißen und damit einen historisch unbelasteten Namen tragen. Carl Peters nämlich wurde als extrem problematische Figur der deutschen Kolonialgeschichte bewertet, weil er u. a. als Reichskommissar von Deutsch-Ostafrika 1891/92 ausgesprochen gewalttätig und rassistisch agiert hatte (Perras 2004). Im Nationalsozialismus galt Peters freilich als vorbildhafter Kolonialpionier, weshalb die erwähnte Straße in Soltau 1937 nach ihm benannt wurde – ebenso wie zahlreiche Straßen andernorts. Seit den 1980er-Jahren wiederum wurde der Straßename in diversen deutschen Städten zunehmend als untragbar empfunden und geändert (Bechhaus-Gerst 2019: 40–42). In Soltau indes zogen Anwohner der Straße gegen den Ratsbeschluss vor Gericht und begründeten ihre Klage mit Verweis auf die Folgekosten einer Umbenennung und dem Argument, der Rat habe nicht berücksichtigt, dass 78 % der

Anwohnerschaft sich gegen eine Umbenennung ausgesprochen habe, zudem würden „nur wenige mit dem Namen etwas Unrechtes verbinden und [...] die damaligen Ereignisse heute kaum jemanden interessieren“ (VG Lüneburg [5. Kammer], Urteil vom 08.09.2010 – 5 A 65/10). In seinem Urteil vom 8. September 2010 wies das Verwaltungsgericht Lüneburg die Klage jedoch ab, das Niedersächsische Obergericht ließ eine Berufung nicht zu (OVG Lüneburg, Pressemitteilung vom 17.01.2011).

Bei näherer Betrachtung ist der über ein Jahrzehnt zurückliegende Rechtsstreit um einen Straßennamen in einer niedersächsischen Kleinstadt heute erst recht symptomatisch: Kolonialgeschichte war lange im öffentlichen Bewusstsein kaum präsent (Conrad 2019).¹ Inzwischen hat ihre Aufarbeitung an Stellenwert gewonnen: Im Entstehungszeitraum dieses Beitrags war beispielsweise im Fachbereich Kultur der Stadt Hannover eine Stelle zur Aufarbeitung des „Kolonialen Erbes“ ausgeschrieben (H-Soz-Kult, 13.06.2023), während an der RWTH Aachen eine Postdoktorandenstelle

1 Sebastian Conrad identifiziert zwischen dem Ersten Weltkrieg und heute drei Zeiträume, in denen Kolonialgeschichte im jeweiligen zeitgenössischen Kontext erinnert wurde, darunter die beiden hier betrachteten Phasen.

zur didaktischen Erforschung „der Geschichtskultur zur kolonialen Vergangenheit“ zu besetzen war (H-Soz-Kult, 17.04.2023).

Mit der wachsenden Aufmerksamkeit für die Kolonialgeschichte seit Beginn des 21. Jahrhunderts offenbart sich vielschichtiger Konfliktstoff. Allein der Streit um einen Straßennamen belegt konkurrierende Auffassungen zu Bedeutung und Bewertung der Kolonialgeschichte in der Gegenwart, so zuletzt beispielsweise die Auseinandersetzung um die Berliner Mohrenstraße (VG Berlin, Pressemitteilung vom 06.07.2023). Je nach Sachverhalt sind unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen involviert. Das Eskalationspotenzial ist erstaunlich. In vielen Ländern werden seit Jahren kolonialhistorisch begründete gesellschaftliche Konflikte intensiv ausgetragen. Die historischen Kontexte variieren dabei: Sklavenhandel und Sklaverei stehen in Großbritannien oder den Niederlanden stärker im Fokus, in Deutschland eher das Verhältnis von Nationalsozialismus und Kolonialismus in der Erinnerungskultur. Wichtige Teildebatten drehen sich um koloniale Raubkunst in Museen, um Denkmäler aus der Zeit des Imperialismus, um Entschädigungszahlungen an die Nachfahren der Opfer kolonialen Unrechts. Dabei stehen Reichweite und Sprengkraft der Konflikte in einem krassen Missverhältnis zu dem Nischendasein, das das Wissen über die deutsche Kolonialvergangenheit lange Zeit geführt hat.

Daher stellt sich zum einen die Frage, inwieweit solches Wissen in den aktuellen Auseinandersetzungen überhaupt eine Rolle spielt. Zum anderen ist von Interesse, welche Funktion sowohl historisches Wissen als auch Inhalte des kollektiven Gedächtnisses in Meinungsbildungsprozessen im digitalen Zeitalter besitzen. Zu den jüngeren Entwicklungen gehört außerdem, dass „die Erinnerungskultur unter wachsendem nationalistischem Druck“ (Assmann 2020: 218)

steht. Deshalb ist es das Ziel dieses Beitrags zu zeigen, wie relevant diese Fragen für das politische Koordinatensystem einer demokratischen Gesellschaft sind. Dies soll durch eine vergleichende Gegenüberstellung des Umgangs mit Kolonialvergangenheit in der frühen Weimarer Republik und in der Gegenwart erfolgen. Die folgenden Ausführungen sollen somit dazu beitragen, mögliche „Einfallstore“ (Schroeder u. a. 2022) insbesondere für rechtspopulistische und rechtsextremistische Akteure im Rahmen von gesellschaftlichen Debatten zu identifizieren und deren Potenzial zur nachhaltigen Beeinflussung des historischen Selbstverständnisses auszuloten.

2 Kollektives Gedächtnis und Geschichtspolitik

Für die Gegenüberstellung der Kolonialdebatten in der Weimarer Republik mit den jüngsten kolonialgeschichtspolitischen Konflikten sind in methodischer Hinsicht vorab zwei Begrifflichkeiten zu klären.

Von grundlegender Bedeutung ist das „kollektive Gedächtnis“: Die Geschichtswissenschaft bezieht sich hierbei auf den Ansatz des französischen Soziologen Maurice Halbwachs, der in seinen Arbeiten der 1920er-Jahre von einer unauflösbaren Beziehung zwischen dem individuellen Gedächtnis und seinen sozialen Bezugsrahmen ausging (Halbwachs 1985). Indem das eine das andere notwendig bedingt, ist ein kollektives Gedächtnis demnach nicht die Summe aller individuellen Gedächtnisse oder ein Synonym für eine Kollektivpsyche. Vielmehr teilen die Angehörigen einer sozialen Gruppe auf jeweils individuelle Weise bestimmte Erinnerungen, wodurch ein kollektives Gedächtnis ein soziales und niemals statisches Phänomen darstellt (Moller 2010). Erheblichen Anteil an der geschichtswissenschaftlichen Weiterentwicklung des Konzepts in den vergangenen Jahrzehnten haben Jan Assmann und Aleida Assmann, vor allem bezüglich der Unterscheidung

in ein kommunikatives (Echterhoff 2010) und ein kulturelles Gedächtnis (Levy 2010). Da auch diese beiden einander bedingen, ist eine getrennte Betrachtung nur aus analytischen Gründen sinnvoll und unterbleibt im Übrigen in diesem Beitrag.²

Jeffrey K. Olick kritisiert am Konzept des kollektiven Gedächtnisses, dass es unzulänglich sei, in der kollektiven Erinnerung lediglich eine Bezugnahme von einem gegenwärtigen auf einen vergangenen Zeitpunkt und damit eine Beziehung zwischen zwei separaten Zeitpunkten zu sehen. Er plädiert stattdessen dafür, den permanenten Wandel der Erinnerungspraxis im jeweiligen Moment des Erinnerns einzubeziehen (Olick 2016). Kritik am Begriff des kollektiven Gedächtnisses gibt es zudem, weil er eine unrealistische Homogenität gesellschaftlicher Zustände suggerieren kann. Bei aller Kontroverse jedoch setzt die historische Forschung das Konzept vielfach produktiv ein (Moller 2010: 85–87).

Relevant für die weiteren Ausführungen ist ferner der Terminus „Geschichtspolitik“ (Wolfrum 1999). Er bezeichnet „den öffentlichen Gebrauch der Geschichte durch Deutungseliten“ (Moller 2010: 91). In diesem Sinne umfasst Geschichtspolitik staatliches Handeln an Gedenktagen oder Gedenkstätten ebenso wie die politische Bildung. Das gilt sowohl in autoritären als auch demokratischen Systemen. Jedoch können in einer Demokratie nichtstaatliche Akteure an der Gestaltung kollektiver Erinnerung in höherem Maße mitwirken. Mindestens artikulieren sie Erwartungen an ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter oder kommentieren öffentliche Akte des Erinnerns. In Deutschland hat sich so wenigstens seit den 1990er-Jahren eine Geschichtspolitik entwickelt, die eben nicht nur von oben verordnet war, son-

dern in vielseitiger Wechselwirkung mit gesellschaftlichen Gruppen stand (Assmann 2006: 114–115). Ein gesamtgesellschaftlicher, gleichsam harmonischer Konsens darf dabei nicht unterstellt werden und könnte im Zuge der aktuellen Erinnerungsdebatten eher in weitere Ferne rücken.

Demnach sind die gesellschaftlichen Konflikte um die deutsche Kolonialvergangenheit Debatten um das kollektive Gedächtnis. Die an den Debatten Teilnehmenden streben nach geschichtspolitischem Einfluss auf die Bewertung und Gewichtung der Gegenstände der kollektiven Erinnerung.

3 *Kolonialrevisionismus in der Weimarer Republik*

So auch beim Kolonialrevisionismus der 1920er-Jahre (Speitkamp 2005: 155–166). Der damalige Diskurs beeinflusste das kollektive Gedächtnis, weil sowohl über individuelle Kolonialerfahrungen von Zeitgenossen als auch über die von 1884 bis 1918 dauernde deutsche Kolonialherrschaft insgesamt verhandelt wurde. Er gehörte als politisches Phänomen zum revisionistischen Konsens gegen den Vertrag von Versailles (Conze 2018: 463 ff.). Die darin formulierten Reparations- und Gebietsansprüche – einschließlich der Kolonien – sowie die Zuweisung der Alleinschuld am Ersten Weltkrieg wurden von fast allen politischen Parteien und großen Teilen der Bevölkerung als ungerecht und demütigend verstanden (Authaler 2019). Die Siegermächte begründeten die koloniale Entmachtung damit, dass die Deutschen kolonialisatorisch unfähig und besonders grausam gewesen seien. Dieser Vorwurf wurde als äußerst ehrverletzend aufgefasst, und so gesellte sich in der revisionistischen Propaganda zur sogenannten

2 Das kommunikative Gedächtnis konstituiert sich durch Kommunikation unter Zeitgenossen über gemeinsame Erinnerungen. Das kulturelle Gedächtnis bildet dagegen einen generationenübergreifenden Bestand an Erinnerungen, konstitutiv für eine Gruppenidentität und von spezifischen Institutionen dauerhaft organisiert und gepflegt, z. B. Museen, Archiven, Festkomitees.

„Kriegsschuldflüge“ auch die „Kolonialschuldflüge“ (Zimmerer 2023: 59). In der Forschung wurde sie zutreffend bezeichnet als „Mikrokosmos aller deutschen Neurosen und Ressentiments hinsichtlich des Friedensvertrages von 1919“ (Crozier 1982: 327).

Kolonialrevisionistische Aktivitäten entfalteten sich sowohl im Rahmen der offiziellen Außenpolitik als auch in Kolonialvereinen und in der Kolonialwirtschaft. Zwischen ihnen gab es zahlreiche Verflechtungen (Rogowski 2003: 243). Dennoch trat die Kolonialpolitik der Reichsregierungen im Verhältnis zu anderen Revisionszielen rasch in den Hintergrund und beschränkte sich auf diplomatische Rehabilitation (Ruppenthal 2005). Die Kolonialvereine dagegen drängten sogar auf die Wiedererlangung von Kolonialbesitz in Übersee – ohne Erfolg. Die Propaganda der Bewegung war indes reichweitenstark: Die auflagenstarke Schrift „Die koloniale Schuldflüge“ von 1924 z. B. erreichte mit zwölf Auflagen insgesamt 50.000 Exemplare und wurde in mehrere Sprachen übersetzt. Heinrich Schnee schrieb darin von deutschen Leistungen im Zeichen der zivilisatorischen Mission, relativierte Kolonialverbrechen und behauptete eine besondere Befähigung der Deutschen zur Kolonisation (Schnee 1940; Gründer 1999: 301).

Jenseits der amtlichen Kolonialpolitik gelangten nur vereinzelt geschichtspolitische Initiativen zur Umsetzung: Der preußische Kultusminister Konrad Haenisch (SPD) beispielsweise stand mit Heinrich Schnee in Kontakt, der auch führendes Mitglied der Deutschen Kolonialgesellschaft (DKG) war. Die DKG bot den Schulbehörden Material zur Behandlung der Kolonialfrage vor dem Hintergrund des Versailler Vertrags im Unterricht an und veranstaltete Lichtbildvorträge für Jugendliche. Haenisch wollte an den Schulen die koloniale Betätigung als realistische Zukunftsperspektive im Gedächtnis halten und ließ das Thema in den preußischen Lehrplan aufnehmen, für einige

Zeit wurde es sogar Abituraufgabe (Rüger 1991: 275–276).

Die gesellschaftliche Sprengkraft der revisionistischen Agitation zeigte sich besonders, wenn das Selbstverständnis als überlegenes „Kulturvolk“ infrage gestellt wurde. Ein extrem drastisches Beispiel ist die Verunglimpfung französischer Kolonialtruppen aus Nord- und Westafrika im Zuge der Besetzung des Rheinlands als „Schwarze Schmach“ (Koller 2001; Wigger 2007). Aus deutscher Sicht wurden die afrikanischen Soldaten in widernatürlicher Weise missbraucht, um den Weltkriegsverlierern die koloniale Potenz der Siegermächte vor Augen zu führen. Die deutsche Kampagne dagegen reichte weit über koloniale Kreise hinaus. Sie sollte zum einen die französische Besatzungspolitik auf internationaler Bühne diskreditieren (Lebzelter 1985: 37). Zum anderen aber ging es mittels der Verknüpfung von Rasse, Nation und Geschlecht um völkische Identität, mit der „deutsche[n], weiße[n] Frau [...] als einheitsstiftendes Sinnbild für die von Schändung bedrohte Nation und weiße Rassegemeinschaft“ (Wigger 2006). Es entstanden massenhaft Artikel, Abbildungen und Schriften, die den nicht weißen Soldaten „angeborene Wildheit“ (Saar 1921: 47) unterstellten. Die Rheinische Frauenliga klagte, dass „eine Kulturnation durch tief unter ihr stehende Völkerschaften bedrängt und vergewaltigt“ werde (Rheinische Frauenliga 1923: 3).

Zu den aggressivsten Pamphleten gehörte das des Münchner Autors Heinrich Distler von 1921 (Jung 2003: 142–144). Er verband rassistische Hetze und völkisches Untergangsszenario miteinander:

„Einzeln und in Paaren oder in Gruppen streifen die grossen kräftigen Männer aus dem heissen Klima umher, bewaffnet bis an die Zähne, auf eine Gelegenheit wartend, ihren heissen Leidenschaften die Zügel schiessen zu lassen. Weh dem Mädchen, das vielleicht auf dem Felde arbeitet

oder von der Arbeit heimkehrt ins Dorf oder mit den Erzeugnissen des Feldes nach der Stadt unterwegs ist!“ (Distler 1921: 11)

Distler entmenschlichte die afrikanischen Soldaten, indem er von ihnen als „Halbtieren“ schrieb und Fantasien über die „Unzuchtgelüste schwarzer Krieger“ (Distler 1921: 13) freien Lauf ließ. Bisweilen erinnern seine Tiraden an heutige Verschwörungserzählungen vom Bevölkerungsaustausch:

„Es wird eines zähen Kampfes bedürfen, den schwarzen Morgen fernzuhalten. Verliert Deutschland diese Fehde, dann werden in kommenden Jahren in den besetzten Gebieten mehr Mischlinge als weisse Kinder umherlaufen. Das heilige deutsche Muttertum gar aber wird ein Märchen geworden sein!“³ (Distler 1921: 64)

Auffallend ist, dass die Kampagne nicht nur rechtsextreme Kreise erreichte, sondern gruppenübergreifend anschlussfähig war (Lebzelter 1985: 39–40). Auch eine Interpellation fast aller Fraktionen der Verfassunggebenden Nationalversammlung, von der SPD bis zu den Deutschnationalen, im Mai 1920 sah in „diese[n] Wilden eine schauerliche Gefahr“ (Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung, Aktenstück Nr. 2995). Die Kampagne stieß auf große Resonanz, weil sie tief sitzende Ressentiments aktivierte. Dass sie zugleich auf haltlosen Behauptungen und dreisten Lügen fußte, tat ihrer Verbreitung keinen Abbruch (Süss 1988: 164–172). Als bei der Besetzung des Ruhrgebiets 1923 durch französische Truppen erneut afrikanische Soldaten zum Einsatz kamen, wallte die rassistische Propaganda erneut auf (Ullrich 2022: 49–50). Zweifellos begünstigte sie den erheblichen Einflusszuwachs rechtsextremer Akteure im Zuge des „Ruhrkampfes“ (Longerich 2022: 104).

Der Kolonialrevisionismus insgesamt und die Debatte um die „Schwarze Schmach“ im Besonderen waren keineswegs nur situationsbedingte Überreaktionen, sondern bieten Beispiele für geschichtspolitische Kampagnen parteipolitischer und gesellschaftlicher Akteure, die mit revanchistischer Zielsetzung und aus antipluralistischer Motivation auf die kolonialen Inhalte des kollektiven Gedächtnisses einzuwirken versuchten.

4 Aktuelle kolonialgeschichtspolitische Konflikte

Die beschriebenen Vorgänge vollzogen sich unter den Bedingungen einer jungen und krisengeschüttelten und dennoch modernen und liberal angelegten Demokratie. Die neuere Forschung zur Weimarer Republik betont, dass diese Demokratie nicht so wacklig und wehrlos war, wie oft unterstellt (Rossol & Ziemann 2021). „Die Weimarer Republik [werde viel zu wenig] als Ort der Demokratiegeschichte“, so ein aktueller Buchtitel, erinnert (Gallus & Piper 2023). Dennoch sind die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen der frühen 1920er-Jahre nur sehr eingeschränkt mit jenen der frühen 2020er-Jahre zu vergleichen. Festzuhalten sind indes grundsätzlich demokratische Rahmenbedingungen für die vergleichende Betrachtung der damaligen mit gegenwärtigen kolonialgeschichtspolitischen Deutungskämpfen.

Die heutigen Konflikte bestehen aus miteinander verflochtenen Teildebatten mit jeweils eigenen Schwerpunkten. Zur Kontroverse um das Verhältnis von Holocaust und Kolonialherrschaft gehört ein lange vorwiegend von Historikerinnen und Historikern ausgetragener Streit um mögliche Kontinuitäten von Formen der Gewalt vom Kolonialregime zur NS-Herrschaft (Bajohr &

3 Die Folgewirkungen dieser Vorstellung beschreibt Reiner Pommerin, Sterilisierung der Rheinlandbastarde. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918–1937, Düsseldorf 1979.

O'Sullivan 2022). Diese Debatte gewann sukzessive an Komplexität, Reichweite und Dynamik, etwa 2020 durch die Antisemitismusvorwürfe gegen den Eröffnungsdirektor der Ruhrtriennale, den Kameruner Historiker und postkolonialen Theoretiker Achille Mbembe. Auch öffentlich wurde nun ungewöhnlich heftig über die Singularität des Holocaust in der Geschichte gestritten. Im Unterschied zu früheren historischen oder erinnerungspolitischen Debatten, wie dem „Historikerstreit“ von 1986, reichen die jüngsten Konflikte nicht nur über das Feuilleton hinaus, sie werden vielmehr in einem globalen Kontext verhandelt (Conrad 2022: 50). Internationale Einwürfe wie die Kritik des australischen Historikers A. Dirk Moses zur zentralen Stellung des Holocaust im kollektiven Gedächtnis der Deutschen in einem Essay mit dem provokanten Titel „Der Katechismus der Deutschen“ (Moses 2021) tragen zur – auch polemischen – Entwicklung der Kontroverse bei.

Weitere Bestandteile dieses Debattenkomplexes über kolonialhistorische Themen mit transnationaler Dimension sind: die Rückgabe von kolonialen Objekten aus musealen Sammlungen an außereuropäische Staaten, eng verbunden mit den Auseinandersetzungen um das Humboldt-Forum in Berlin (Habermas 2019); Entschädigungszahlungen an Herero und Nama aufgrund des von deutschen Kolonialtruppen verübten Völkermords in Deutsch-Südwestafrika (Zimmerer 2023); angemessene Formen der Erinnerung an die Kolonialvergangenheit in Kultur und Bildungswesen und im öffentlichen Raum, wo Denkmäler und Straßennamen mit kolonialem Bezug eine zentrale Rolle spielen (Bechhaus-Gerst 2019).

Im Unterschied zu prominenten Denkmälern sind Straßennamen zwar unscheinbarer, dafür jedoch in der Fläche wesentlich verbreiteter. Straßennamen verankern kolonialhistorische Personen, Orte oder Ereignisse auf Dauer im Stadtplan. Mit ihnen erfasst die Diskussion um die Bewertung

von Inhalten des kollektiven Gedächtnisses die lokale Ebene und Personen, die sonst oft nicht involviert wären. Der Wandel der Erinnerungskultur und die damit einhergehenden geschichtspolitischen Prozesse führen regelmäßig dazu, dass Straßennamen, deren historische Bedeutung in Vergessenheit geraten ist, zum Gegenstand lokalpolitischer Auseinandersetzungen werden. Alexander Honold hält für Straßennamen fest, was im Übrigen auch für Denkmäler gilt: „Dass Straßennamen Geschichte widerspiegeln, wird oft erst dann reflektiert, wenn es unangenehm wird.“ (Honold 2003: 107) Der eingangs vorgestellte Streit um die Umbenennung der Carl-Peters-Straße in Soltau ist hierfür ein Beispiel.

Vielerorts widmen sich zivilgesellschaftliche Initiativen und öffentliche Kommissionen der Frage, ob bestimmte Straßennamen mit historischem Bezug geändert werden sollten. Um nur drei Städte beispielhaft zu nennen: In Freiburg i. B. überprüfte eine Kommission im Auftrag der Stadt von 2013 bis 2016 alle 1.300 Straßennamen, kategorisierte diese nach dem Grad der historischen Belastung und empfahl je nach Einordnung die Umbenennung. Da man keine kolonialhistorischen Bezüge auf dem Stadtplan ausmachen konnte, wurde keine entsprechende Kategorie aufgestellt (Abschlussbericht Freiburg). Anders in Düsseldorf, wo von 2017 bis 2019 in Anlehnung an das Freiburger Vorgehen Stadtarchiv und Mahn- und Gedenkstätte mit der Überprüfung beauftragt und koloniale Kontexte explizit berücksichtigt wurden (Abschlussbericht Düsseldorf). In Berlin wurde 2020 in Rahmen eines Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzepts ein „Bezug auf den Kolonialismus“ als möglicher Grund für Umbenennungen in das Straßengesetz aufgenommen (Ausführungsvorschriften zu § 5; Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 18/1788).

Auch die Debatten um die kolonialhistorische Belastung von Straßennamen in zahlreichen deut-

schen Städten sind geschichtspolitische Beiträge zur Arbeit am kollektiven Gedächtnis und damit Auseinandersetzungen um historische Deutungshoheit (Ervedosa 2013: 432–437). Zu Projekten wie den beschriebenen ziehen die Initiatoren wissenschaftliche Expertise hinzu. Bei allen fachlichen Kontroversen zum Thema sollen so wissenschaftliche Standards gewährleistet sein. Im Ergebnis fallen Bewertungen von Straßennamen oft weniger eindeutig aus als von den Befürwortenden einer Umbenennung erwartet. Zugleich stellen die Deutungskämpfe immer auch Anknüpfungspunkte für geschichtsrevisionistische Angriffe auf ein demokratisch-pluralistisches und an wissenschaftlichen Maßstäben orientiertes Geschichtsverständnis dar. Auf dem beschriebenen Gebiet beeinträchtigen insbesondere Vorstöße aus rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Richtung den evidenzbasierten erinnerungspolitischen Diskurs.

Rechtsextremistische Akteure schmähen die Ersetzung von kolonialhistorischen Straßennamen als Geschichtsfälschung. So schrieb ein Redakteur der Zeitschrift „Deutsche Stimme“, die der rechtsextremen NPD, zuletzt unbenannt in „Die Heimat“, nahesteht (Bundesministerium des Innern 2022: 96), im Februar 2023 von einer „Auslöschung der deutschen Geschichte durch Namensumbenennungen“ und von einer Ausweitung des „NS-bezogene[n] Schuld[kult]s“ auf die Kolonialgeschichte (Gansel 2023: 27). Der Autor sah dabei „Afrika-Lobbyisten“ am Werk, die zugleich auf Entschädigungszahlungen und „schrakenlose Zuwanderung“ hinarbeiteten. In der Ausgabe des Folgemonats erschien im Übrigen ein Artikel, der an die französische Besetzung des Ruhrgebiets 1923 erinnerte und vorrangig Vergewaltigungen deutscher Frauen durch französische Soldaten thematisierte. Der Autor erwähnt auch die Vorwürfe gegen die nicht weißen Be-

satzungstruppen und verweist dazu auf ein wissenschaftliches Werk, in dem das Thema vergleichsweise ausführlich behandelt wird, zieht aber die darin vertretene realistische Einschätzung – die im Einklang mit der Forschung steht – erkennbar in Zweifel (Simon 2023: 50).⁴

Auch das vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestufte „Compact-Magazin“ (Bundesministerium des Innern 2022: 101) nahm sich zu Beginn des Jahres 2023 der deutschen Kolonialgeschichte an. Eine Ausgabe des Sonderformats „Compact-Geschichte“ enthält 17 zumeist von einem einzigen Autor verfasste Artikel in kolonialapologetischem Duktus (Compact-Geschichte 2023). Ein Artikel thematisiert den Verlust des Kolonialreichs nach dem Frieden von Versailles und die damit verbundenen kolonialpolitischen Interessen der Alliierten. Dabei reproduziert der Autor den Kolonialrevisionismus der frühen Weimarer Republik, der Titel des Artikels „Die koloniale Schuldlüge“ – im Heft ohne Anführungszeichen – erscheint mithin nicht als historisches Zitat. Die Distanz zum Stand der Forschung wird zudem durch die abqualifizierende Bezeichnung eines etablierten Wissenschaftlers als „Mainstream-Historiker“ augenfällig (Jordan 2023: 77–82).

Kolonialrevisionistische Beiträge sind seit Intensivierung der öffentlichen Debatten um kolonialhistorische Themen zunehmend auch in Form populistischer Kulturpolitik der Neuen Rechten zu beobachten. Die Alternative für Deutschland (AfD) produzierte in den letzten Jahren im Bundestag diverse parlamentarische Anträge und Anfragen mit geschichtsrevisionistischer Stoßrichtung. Norbert Frei spricht von einer „Revitalisierung des Geschichtsrevisionismus“ durch die AfD (Frei 2023: 76), Reinhart Kößler und Henning Melber von „denialism reloaded“ (Kößler & Melber 2021:

4 Das vom Autor genannte Buch stammt von Marc Jones, 1923. Ein deutsches Trauma, Berlin 2022.

97) und Sophie Schmalenberger vom Aufschwung eines „neu-rechten Erinnerungskampfes“, zu verstehen als „Kampf um gesellschaftliche Norm- und Zugehörigkeitsvorstellungen in der Gegenwart“ (Schmalenberger 2023: 479).

Signifikant für die Haltung der Partei zur Kolonialgeschichte ist ein Antrag der Fraktion an den Deutschen Bundestag vom 11. Dezember 2019 mit dem Titel „Die deutsche Kolonialzeit differenziert aufarbeiten“. Die AfD-Abgeordneten forderten darin, „die Erinnerungskultur in Deutschland dahingehend zu arrondieren, dass die gewinnbringenden Seiten der deutschen Kolonialzeit zum Tragen kommen“ (Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15784: 2; Schmalenberger 2023: 488–491). Hingegen sollte der Bundestag nach dem Willen der Antragsteller eine restriktive Haltung einnehmen in Fragen der Restitution von Museumsobjekten oder der Zahlung von Entschädigungen an Herero und Nama. Letzteres ging einher mit der Ablehnung der Bezeichnung des Kolonialkriegs in Deutsch-Südwestafrika als Völkermord, was der mehrheitlichen Auffassung in der Geschichtswissenschaft widerspricht. Der Antrag bezog sich explizit auch kritisch auf die Umbenennung von Straßen; die Antragsteller wollten die Bundesregierung aufgefordert sehen, über die Bund-Länder-AG auf Kommunen einzuwirken, um „in die Diskussion geratene Straßennamen beizubehalten“, da Umbenennungen einer „damnatio memoriae aus dem öffentlichen Gedächtnis“ gleichkämen (Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15784: 2–3). Bei der Beratung eines späteren Antrags im Januar 2023 sprach der AfD-Abgeordnete Matthias Moosdorf im Plenum von „einer Schleifung von Kulturgeschichte durch Umbenennung“ (Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 20/79, 9451 [A]).

Die genannten kolonialgeschichtspolitischen Initiativen sind als Ansätze für eine antipluralistische Ausrichtung des kollektiven Gedächtnisses zu er-

kennen. Die Stärkung revisionistischer Positionen in den Kontroversen um Museen, Denkmäler und Straßennamen ist eine Strategie im Kampf um historische Deutungshoheit insgesamt. Geschichtspolitik erscheint somit als Teil jener „Diskursräume“, auf die der AfD-Spitzenkandidat zur Europawahl, Maximilian Krah, im Juli 2023 hinwies. Auf einer Veranstaltung des rechtsextremen Instituts für Staatspolitik sprach er von Chancen für seine Partei, „den Fuß in die Tür zu bekommen“ (IfS-Sommerfest 2023; Süddeutsche Zeitung 2023). Bezogen auf den politischen Umgang mit der Vergangenheit ist dies nicht neu, weil der hohe Stellenwert von Erinnerungskultur und Geschichtspolitik alle Bereiche des rechten politischen Spektrums verbindet und grundsätzlich von rechtskonservativ bis rechtsextrem gleichermaßen legitimierende und appellierende Funktion besitzt (Salzborn 2018: 28).

5 Fazit

Die hier dargestellte Straßennamen-Problematik ist regelmäßig Gegenstand revisionistischer Geschichtspolitik zu Fragen der deutschen Kolonialvergangenheit und ein griffiges Beispiel für geschichtspolitische Strategien mit dem Ziel der Beeinflussung des kollektiven Gedächtnisses. Aufgrund der Verbreitung und Häufigkeit von Umbenennungsdebatten besteht eine hohe gesellschaftliche Anschlussfähigkeit für antipluralistische Akteure. Sie zeigt sich zum einen auf lokaler Ebene, wo vor allem Anwohnerinnen und Anwohner betroffener Straßen angesprochen werden können, zum anderen im (trans-)nationalen Rahmen der gesamtgesellschaftlichen – und medial stark präsenten – Debatte um die Bewertung der Kolonialgeschichte.

Seriöses Wissen über die Kolonialvergangenheit spielt in dieser Strategie eine untergeordnete Rolle. Es ist für antipluralistische Akteure, die in kolonialhistorischen Debatten nach Deutungs-

hoheit streben, um die Erinnerungskultur schrittweise in ihrem Sinne zu beeinflussen, nicht erstrebenswert, dass geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse zu dem umkämpften Thema Verbreitung und Anerkennung finden. Entscheidend ist für sie nicht die Frage nach einem angemessenen gesellschaftlichen Umgang mit Kolonialgeschichte, sondern die Gelegenheit, aus der Teilnahme an den Deutungskämpfen politisches Kapital zu schlagen. Samuel Salzborn spricht dazu vom „Infragestellen von historischer Faktizität zugunsten geschichtspolitischer Narrationen“ (Salzborn 2018: 28).

Der aktuelle Diskurs findet im Unterschied zu dem in der Weimarer Republik unter digitalen Bedingungen statt. Vor diesem Hintergrund betont der Soziologe Daniel Levy die „Geschwindigkeit und Vergänglichkeit des kulturellen Gedächtnisses im digitalen Zeitalter“ (Levy 2010: 100). Das steht eventuell im Widerspruch zur Langlebigkeit von generationenübergreifenden Erinnerungsbeständen, ist aber alarmierend angesichts der Tatsache, dass hier an den Stabilitätsankern des historischen Selbstverständnisses einer ganzen Gesellschaft gerüttelt wird. Aushandlungsprozesse zum kollektiven Gedächtnis verlaufen mit digita-

len Mitteln aber nicht nur schneller, es nehmen auch mehr Akteure daran teil. Claudia Ritzi problematisiert hierbei die „Balance zwischen Aufmerksamkeitsorientierung und inhaltlicher Qualität“ (Ritzi 2021: 18) und spricht von einem „Bedeutungsverlust der Arbeitsteilung zwischen einer professionalisiert agierenden Autoren- und ihrer interessierten Leserschaft“ (Ritzi 2021: 21). Mit diesem Bedeutungsverlust können Radikalisierung und gesellschaftliche Fragmentierung und Polarisierung einhergehen. Etablierte „Kuratoren“ des kollektiven Gedächtnisses werden so delegitimiert und wissensbasierte Geschichtspolitik und Erinnerungskultur entwertet.

Insgesamt zeigt die epochenübergreifende Betrachtung, dass der revisionistische und verzerrende Umgang mit der Kolonialvergangenheit vor 100 Jahren wie heute dazu diente und dient, das kollektive Gedächtnis zur Legitimierung von antipluralistischer Politik in der jeweiligen Gegenwart auszurichten. Wenn Geschichtspolitik zur antidemokratischen Mobilisierung missbraucht wird, kann sie die gesellschaftliche Verständigung über das kollektive Gedächtnis langfristig manipulieren.

6 Quellen- und Literaturverzeichnis

- Abschlussbericht der Kommission zur Überprüfung der Freiburger Straßennamen, Anlage 2 zur Drucksache G-16/212, URL: https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E-1906631749/1028363/Strassennamen_Abschlussbericht.pdf [Zugriff: 15. November 2023].
- Abschlussbericht des Beirats zur Überprüfung Düsseldorfer Straßen- und Platzbenennungen, URL: https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt13/presseanhang/2001/200123Abschlussbericht_Strassennamen.pdf [Zugriff: 15. November 2023].
- Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 26.03.2019, Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 18/1788, URL: <https://www.parlament-berlin.de/adocs/18/IIIPlen/vorgang/d18-1788.pdf> [Zugriff: 15. November 2023].
- Assmann, A., 2006: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München: C.H. Beck.
- Assmann, A., 2020: *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention*, 4. Auflage, München: C.H. Beck.
- Ausführungsvorschriften zu § 5 des Berliner Straßengesetzes (AV Benennung), Online unter: https://www.berlin.de/sen/uvk/_assets/verkehr/service/rechtsvorschriften/amtsblatt_av_gur5.pdf [Zugriff: 15. November 2023].
- Authaler, C., 2019: „Das völkerrechtliche Ende des deutschen Kolonialreichs. Globale Neuordnung und transnationale Debatten in den 1920er Jahren und ihre Nachwirkungen“. *APuZ* 40-42/2019: 4-10.
- Bajohr, F. & R. O’Sullivan, 2022: „Holocaust, Kolonialismus und NS-Imperialismus. Forschung im Schatten einer polemischen Debatte“. *VfZ* 70/2022: 191-202.
- Bechhaus-Gerst, M., 2019: „Koloniale Spuren im städtischen Raum“. *APuZ* 40-42/2019: 40-45.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 2022*.
- Compact-Geschichte, Nr. 18: *Deutsche Kolonien*, erschienen 2023.
- Conrad, S., 2019: „Rückkehr des Verdrängten? Die Erinnerung an den Kolonialismus in Deutschland 1919-2019“. *APuZ* 40-42/2019: 28-33.
- Conrad, S., 2022: „Erinnerung im globalen Zeitalter. Warum die Vergangenheitsdebatte gerade explodiert“. In: S. Neiman & M. Wildt (Hrsg.), *Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte*. Berlin: Propyläen. 31-57.
- Conze, E., 2018: *Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt*, München: Siedler.
- Crozier, J. A., 1982: „Die Kolonialfrage während der Locarno-Verhandlungen und danach. Ein Essay über die Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland 1924-1927“. In: W. Michalka & M. M. Lee (Hrsg.), *Gustav Stresemann*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. 324-349.
- Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15784, Antrag der Fraktion der AfD „Die deutsche Kolonialzeit kulturpolitisch differenziert aufarbeiten“.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 20/79, 9451 (A).

- Distler, H., 1921: Das deutsche Leid am Rhein. Ein Buch der Anklage gegen die Schandherrschaft des französischen Militarismus, Minden: Köhler.
- Echterhoff, G., 2010: „Das kommunikative Gedächtnis“. In: C. Gudehus, A. Eichenberg & H. Welzer (Hrsg.), Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart/Weimar: J.B. Metzler. 102–108.
- Ervedosa, C., 2013: „Das May-Ayim-Ufer in Berlin“. In: J. Zimmerer (Hrsg.), Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte. Frankfurt a. M./New York: Campus. 424–441.
- Frei, N., 2023: „Revisionismus als Versuchung. Die deutschen Deutungseliten und die NS-Vergangenheit“. Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2023: 62–76.
- Gallus, A. & E. Piper (Hrsg.) 2023: Die Weimarer Republik als Ort der Demokratiegeschichte. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Gansel, J., 2023: „Geschichtszombies und Identitätskastraten“. Deutsche Stimme, 2/2023: 27–28.
- Gründer, H. (Hrsg.), 1999: „... da und dort ein junges Deutschland gründen.“ Rassismus, Kolonien und kolonialer Gedanke vom 16. bis zum 20. Jahrhundert. München: Deutscher Taschenbuchverlag.
- Habermas, R., 2019: „Restitutionsdebatten, koloniale Aphasie und die Frage, was Europa ausmacht“. APuZ 40–42/2019: 17–22.
- Halbwachs, M., 1985: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Honold, A., 2003: „Afrikanisches Viertel. Straßennamen als kolonialer Gedächtnisraum“. In: B. Kundrus (Hrsg.), Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus. Frankfurt a. M./New York: Campus. 305–321.
- H-Soz-Kult, 13.06.2023: „1 Wiss. Koordination (m/w/d) ‚Koloniales Erbe‘ (Landeshauptstadt Hannover)“, URL: www.hsozkult.de/job/id/job-136955 [Zugriff: 15. November 2023].
- H-Soz-Kult, 17.04.2023: 1 Postdoc-Stelle (w/m/d) „Kolonialgeschichte(n) erinnern NRW“ (RWTH Aachen), URL: www.hsozkult.de/job/id/job-135678 [Zugriff: 15. November 2023].
- IfS-Sommerfest, Podiumsdiskussion „Wie weiter?“, 09.07.2023, Youtube-Kanal der Zeitschrift „Sezession“, Min. 09:24–09:50 [Zugriff: 27. August 2023].
- Jones, M., 2022: 1923. Ein deutsches Trauma, Berlin: Propyläen.
- Jordan, P., 2023: „Die koloniale Schuldlüge“. Compact-Geschichte, Nr. 18: 77–82.
- Jung, W., 2003: Ideologische Voraussetzungen, Inhalte und Ziele außenpolitischer Programmatik und Propaganda in der deutschvölkischen Bewegung der Anfangsjahre der Weimarer Republik – Das Beispiel Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Diss. Universität Göttingen. URL: <http://dx.doi.org/10.53846/goediss-1243> [Zugriff: 15. November 2023].
- Koller, C., 2001: „Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt.“ Die Diskussion um die Verwendung von Kolonialtruppen in Europa zwischen Rassismus, Kolonial- und Militärpolitik (1914–1930). Stuttgart: Steiner.

- Kößler, R. & H. Melber, 2021: „Selective commemoration: coming to terms with German colonialism“. In: T. Louis, M. Mokgadi & S. Peters (Hrsg.), *Dealing with the Past: Perspectives from Latin America, South Africa and Germany*. Baden-Baden: Nomos. 87–106.
- Lebzelter, G., 1985: „Die ‚Schwarze Schmach‘. Vorurteile – Propaganda – Mythos“. *Geschichte und Gesellschaft* 11/1985: 37–58.
- Levy, D., 2010: „Das kulturelle Gedächtnis“. In: C. Gudehus, A. Eichenberg & H. Welzer (Hrsg.), *Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart/Weimar: J.B. Metzler. 93–101.
- Longerich, P., 2022: *Außer Kontrolle. Deutschland 1923*, Wien/Graz: Molden.
- Moller, S., 2010: „Das kollektive Gedächtnis“. In: C. Gudehus, A. Eichenberg & H. Welzer (Hrsg.), *Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart/Weimar: J.B. Metzler. 85–92.
- Moses, A. D., 2021: „Der Katechismus der Deutschen“. *Geschichte der Gegenwart*, 23.05.2021, URL: <https://geschichtedergewenheit.ch/der-katechismus-der-deutschen/> [Zugriff: 15. November 2023].
- Olick, J. K., 2016: *The Sins of the Fathers: Germany, Memory, Method*. Chicago: The University of Chicago Press.
- OVG Lüneburg, Pressemitteilung vom 17.01.2011, URL: <https://oberverwaltungsgericht.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/93440.html> [Zugriff: 15. November 2023].
- Perras, A., 2004: *Carl Peters and German Imperialism 1856–1918: A Political Biography*. Oxford: Oxford University Press.
- Pommerin, R., 1979: *Sterilisierung der Rheinlandbastarde. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918–1937*. Düsseldorf: Droste.
- Rheinische Frauenliga (Hrsg.), 1923: *Farbige Franzosen am Rhein. Ein Notschrei deutscher Frauen*. 4. Auflage, Berlin: Engelmann.
- Ritzi, C., 2021: „Aus dem Gleichgewicht. Zum Zustand demokratischer Öffentlichkeit“. *APuZ* 26–27/2021: 18–23.
- Rogowski, C., 2003: „Heraus mit unseren Kolonien!“ Der Kolonialrevisionismus der Weimarer Republik und die ‚Hamburger Kolonialwoche‘ von 1926“. In: B. Kundrus (Hrsg.), *Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus*. Frankfurt a. M./New York: Campus. 243–262.
- Rossol, N. & B. Ziemann (Hrsg.), 2021: *Aufbruch und Abgründe. Das Handbuch der Weimarer Republik*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Rüger, A., 1991: „Das Streben nach kolonialer Restitution in den ersten Nachkriegsjahren“. In: H. Stoecker (Hrsg.), *Drang nach Afrika. Die deutsche koloniale Expansionspolitik und Herrschaft in Afrika von den Anfängen bis zum Verlust der Kolonien*. 2. Auflage, Berlin: Akademie. 262–283.
- Ruppenthal, J., 2005: „Die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes in der Weimarer Republik“. In: U. van der Heyden & J. Zeller (Hrsg.), „... Macht und Anteil an der Weltherrschaft“. *Berlin und der deutsche Kolonialismus*. Münster: Unrast. 22–28.
- Saar, W. F. von der, 1921: *Der blaue Schrecken und die schwarze Schmach*. 2. Auflage, Stuttgart: Winkler.
- Salzborn, S., 2018: *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. 3. Auflage, Baden-Baden: Nomos.

- Schmalenberger, S., 2023: „Vom ‚Vogelschiss‘, Bismarck und deutschen Opfern: Die Neue Rechte und der Kampf um die deutsche Erinnerungskultur“. In: J. Zimmerer (Hrsg.), *Erinnerungskämpfe. Neues deutsches Geschichtsbewusstsein*. Ditzingen: Reclam. 476–494.
- Schnee, H., 1940: *Die koloniale Schuldfrage*. 12. Auflage, München: Knorr & Hirth.
- Schroeder, W., S. Greef, J. Ten Elsen, L. Heller & S. Inkinen, 2022: *Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland*, Frankfurt a. M.: Campus.
- Simon, T., 2023: „Wie die Wilden“. *Deutsche Stimme* 3/2023: 50.
- Speitkamp, W., 2005: *Deutsche Kolonialgeschichte*. Stuttgart: Reclam.
- Süddeutsche Zeitung vom 5./6.08.2023.
- Süss, M., 1988: *Rheinhessen unter französischer Besatzung. Vom Waffenstillstand im November 1918 bis zum Ende der Separatistenunruhen im Februar 1924*. Stuttgart: Steiner.
- Ullrich, V., 2022: *Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund*. München: C.H. Beck.
- Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung, Aktenstück Nr. 2995.
- VG Berlin, „Mohrenstraße darf umbenannt werden (Nr. 28/2023)“, Pressemitteilung vom 06.07.2023 (Urt. v. 06.07.2023, Az. VG 1 K 102/22), URL: <https://www.berlin.de/gerichte/verwaltungsgericht/presse/pressemitteilungen/2023/pressemitteilung.1342986.php> [Zugriff: 15. November 2023].
- VG Lüneburg (5. Kammer), Urteil vom 08.09.2010 – 5 A 65/10.
- Wigger, I., 2006: „Schwarze Schmach“, publiziert am 29.05.2006. In: *Historisches Lexikon Bayerns*. URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Schwarze_Schmach [Zugriff: 15. November 2023].
- Wigger, I., 2007: *Die „Schwarze Schmach am Rhein“. Rassistische Diskriminierung zwischen Geschlecht, Klasse, Nation und Rasse*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Wolfrum, E., 1999: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Zimmerer, J., 2023: „Der Völkermord an den Herero und Nama und die deutsche Geschichte“. In: ders. (Hrsg.), *Erinnerungskämpfe. Neues deutsches Geschichtsbewusstsein*. Ditzingen: Reclam. 55–79.

Kapitel 9

Ein grandioses Selbst, von Feinden umgeben? Effekte von antagonistischem Narzissmus auf Medienbewertung und Verschwörungsglaube

Robert Luzsa

1 Relevanz und Gefahren von Verschwörungstheorien

Verschwörungstheorien sind kein neues Phänomen. Der Glaube an geheime Machenschaften im Verborgenen böswillig agierender Mächte existierte in allen Epochen: In Pestzeiten wurden Menschen jüdischen Glaubens und als Hexen Diffamierte der Brunnenvergiftung beschuldigt. In den 1960er- und -70er-Jahren wurde die Echtheit der amerikanischen Mondlandungen angezweifelt und über Verschwörernetzwerke hinter dem Kennedy-Attentat spekuliert. Nach der Jahrtausendwende dominierte schließlich lange die 9/11-Truther-Szene mit Mutmaßungen über die Hintergründe der Terroranschläge am 11.09.2001 das öffentliche Bild verschwörungstheoretischer Erzählungen. Die Gefahren, die Verschwörungstheorien bergen, rückten spätestens ab 2016 verstärkt in den Fokus gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Aufmerksamkeit, als unter den Schlagworten „Pizzagate“ und „QAnon“ Behauptungen über pädophile und satanistische

Netzwerke in einschlägigen Online-Portalen verbreitet wurden – Behauptungen, die bis 2021 über 100 Straftaten inspirierten¹, darunter Brandanschläge, Entführungen und Tötungsdelikte (Jensen & Kane 2021). Dabei geht verschwörungstheoretisches Denken natürlich nicht zwangsläufig mit Gewalt einher. Es ist jedoch oft Begleiterscheinung eines populistischen Weltbildes (van Prooijen et al. 2022a) und kann politische Radikalisierung begünstigen, indem es Narrative und Feindbilder liefert, die dann, etwa in verschwörungstheoretischen Online-Gruppen, weiterentwickelt, emotional aufgeladen und verstärkt werden (vgl. das 3N-Modell der Radikalisierung nach Webber & Kruglanski 2018).

Angesichts dieser Gefahren kommt der Frage, was Menschen anfällig für Verschwörungstheorien macht und wie deren schädliche Wirkung für Individuen und Gesellschaft begrenzt werden kann, große Bedeutung zu. Die vorliegende Arbeit will einen Beitrag dazu leisten. Dazu wird zuerst ein kurzer Überblick über den Stand der psychologischen

1 Eine aktuelle, interaktive Karte aller mit Pizzagate und QAnon in Verbindung gebrachten Straftaten findet sich unter: <https://www.start.umd.edu/data-tools/qanon-crime-maps>.

Forschung zu Verschwörungstheorien und den sie begünstigenden Faktoren gegeben. Anschließend wird von einer Studie berichtet, welche das Zusammenspiel zwischen dem Persönlichkeitsmerkmal Narzissmus, der individuellen Bewertung von und Sicht auf Medien sowie der Zustimmung zu Verschwörungstheorien beleuchtet. Die Ergebnisse illustrieren, dass insbesondere der auf Abwertung anderer orientierte antagonistische Narzissmus mit mehr Verschwörungsglauben assoziiert ist, was über eine zynische Sicht auf Medien vermittelt wird. Aufbauend auf den Befunden werden schließlich Strategien zur Aufklärung über und Immunisierung gegen Verschwörungstheorien diskutiert.

2 Verschwörungsglaube aus psychologischer Perspektive

2.1 Merkmale von Verschwörungstheorien

Wird über Verschwörungstheorien gesprochen, so ist eine Definition des Konstruktes notwendig – was unterscheidet eine Verschwörungstheorie von anderen, nicht verschwörungsbezogenen Meinungsäußerungen oder Erklärungsansätzen? In der Forschung hat sich als kleinster gemeinsamer Nenner etabliert, Verschwörungstheorien als Narrative zu begreifen, welche folgende Merkmale aufweisen (Douglas et al. 2017):

1. Es wird eine *Erklärung* für ein bedeutsames Ereignis gegeben.
2. Das Ereignis wird durch *planvoll wirkende Akteure* verursacht oder gesteuert.
3. Die Akteure verfügen über *Macht* und *Einfluss*.
4. Die Akteure wirken *konspirativ* im Geheimen zusammen.
5. Die Akteure handeln in *böswilliger Absicht* bzw. verfolgen eigennützige Ziele.

2.2 Durch Verschwörungstheorien befriedigte Motive

Aus psychologischer Perspektive erscheinen die Entstehung und Rezeption von verschwörungstheoretischen Narrativen alles andere als verwunderlich, da solche gleichermaßen *existenzielle, epistemische* wie *soziale Motive* ansprechen und damit wichtige individuelle Bedürfnisse befriedigen können (Douglas et al. 2017):

Sie liefern greifbare Erklärungen für komplexe, kaum durchschaubare Ereignisse und erlauben dem Rezipienten die Wahrnehmung einer sinnhaften, in Gut und Böse geordneten und Regeln folgenden Welt. Der Glaube an geheime Mächte, deren Machenschaften aufgedeckt werden müssen, kann gleichzeitig Kontrollerleben, Selbsteffektivität und Sicherheitsempfinden fördern – ein nur auf den ersten Blick widersprüchlicher Befund: So sah man sich als Bürger während der weltweiten Corona-Pandemie mit der Realität eines kaum greifbaren „Feindes“ in Form eines neuartigen Virus konfrontiert, erlebte Experten und politische Entscheidungsträger oft als ratlos agierend und hatte auch selbst kaum Möglichkeiten, durch eigenes Handeln etwas an seiner Situation zu ändern. Akzeptierte man jedoch das Narrativ der „Plandemie“, also einer bewussten Streuung des Virus durch eine Verschwörerclique mit dem Ziel der Errichtung einer „Impfdiktatur“, so änderte sich das Erleben schlagartig: Nun gab es konkrete Schuldige, Handlungsoptionen eröffneten sich, etwa indem man in alternativen Medienquellen nach immer neuen Indizien für das Handeln der Verschwörer suchte, und sogar Lösungen für die Krise schienen greifbar, wenn man es nur schaffte, die Botschaft zu verbreiten und genügend andere Bürger davon zu überzeugen. In diesem sozialen Austausch und der Vernetzung mit anderen – denen man sich mit scheinbar exklusivem Wissen überlegen fühlen darf – liegt schließlich eine weitere Funktion und Anziehungskraft von Verschwörungstheorien.

2.3 Korrelate von Verschwörungsglauben

Angesichts der Vielzahl an Motiven, die Verschwörungstheorien befriedigen können, stellt sich die Frage, wieso manche Menschen mehr, andere weniger empfänglich für sie sind. Zahlreiche Studien haben bereits Einflussfaktoren auf die individuelle Tendenz, Verschwörungsnarrativen zuzustimmen, empirisch untersucht, welche auf Mikro-, Meso- und Makroebene verortet werden können (Hornsey et al. 2023):

Auf der *Mikroebene*, d. h. der Ebene des Individuums, hat die Forschung bisher vor allem kognitive, motivationale und persönlichkeitsbezogene Faktoren erfasst. Neben niedriger kognitiver Leistungsfähigkeit und klinisch-relevanten Störungsbildern wie Paranoia und Schizotypie sind es vor allem hoher Narzissmus und niedriges Selbstwirksamkeitserleben, die über zahlreiche Studien hinweg mit mehr Verschwörungsglauben assoziiert werden (Cichocka et al. 2022). Narzissmus bezeichnet dabei eine Selbstwahrnehmung, die geprägt ist durch Gefühle der eigenen Grandiosität, hohes Selbstvertrauen, Risikobereitschaft, Impulsivität, überzogene Selbsteinschätzung, geringes soziales Einfühlungsvermögen und manipulatives Handeln gegenüber anderen (O'Reilly & Hall 2021). Diese Befunde verwundern nicht, betrachtet man die Möglichkeiten zur Selbstaufwertung und Steigerung des Kontrollerlebens, die Verschwörungstheorien bieten können (van Prooijen 2022).

Neben Individuumsfaktoren fokussieren Studien auch, welche medialen Merkmale verschwörungstheoretische Inhalte attraktiv machen können: So fanden etwa van Prooijen et al. (2022b), dass Nachrichten, die Verschwörungsnarrative enthielten, als unterhaltsamer bewertet wurden, stärkere Emotionen auslösten und auch zu mehr Zustimmung zu Verschwörungstheorien führten – insbesondere bei Personen mit hohem Sensation-Seeking, d. h. ausgeprägter Tendenz, nach neuen Erfahrungen und Erlebnissen zu suchen.

Auf der *Mesoebene*, d. h. der Ebene der Gruppenbeziehungen, erweist sich erneut Narzissmus als förderlich für verschwörungstheoretisches Denken: Je stärker Individuen dazu tendieren, ihre soziale Welt in eine In-Group, mit der sie sich identifizieren, und eine Out-Group, die sie als feindselig und minderwertig wahrnehmen, zu unterteilen, desto stärker neigen sie zu Verschwörungsglauben. Dabei ist nicht das Ausmaß der Identifikation mit einer In-Group das Ausschlaggebende, sondern der Grad, in dem diese In-Group als anderen Gruppen überlegen und höherwertig wahrgenommen wird (Golec de Zavala et al. 2022).

Auf der gesellschaftlichen *Makroebene* sind es insbesondere Stresserfahrungen, etwa in Form gesellschaftlicher Krisen, sozioökonomischer Deprivation oder wahrgenommener Diskriminierung, die Verschwörungstheorien begünstigen können (Adam-Troian et al. 2023).

Über alle Ebenen hinweg spielt schließlich der Faktor Vertrauen eine Rolle: So sind – wenig überraschend – Personen mit geringem interindividuellem Vertrauen in ihre Mitmenschen eher anfällig für Verschwörungstheorien (Swami et al. 2010). Gleichzeitig können auch Krisenerfahrungen oder als unbefriedigend empfundene Erklärungen für gesellschaftliche Ereignisse das Vertrauen in soziale Institutionen und mediale Akteure schädigen und im Zuge Verschwörungsnarrative attraktiver machen (Pierre 2020).

3 Die aktuelle Studie: Zusammenhänge zwischen Narzissmus, Medienbewertung und Verschwörungsglauben

3.1 Forschungsfragen

Zusammenfassend legt der Stand der Forschung nahe, dass Narzissmus, Vertrauen und auch Medienrezeption eine entscheidende Rolle für die individuelle Neigung zu Verschwörungstheorien

spielen. Dabei zeigen sich bei näherer Betrachtung dieser Faktoren aber noch unbeantwortete Fragen:

Agentischer und antagonistischer Narzissmus

So werden in der Forschung verschiedene Facetten von Narzissmus thematisiert. Von besonderer Relevanz im Kontext von Verschwörungstheorien erscheint das Konzept von Back et al. (2013), welches zwei Narzissmuskomponenten unterscheidet: Der agentische Narzissmus („narcissistic admiration“) meint das Streben nach Selbstaufwertung, Einzigartigkeit und sozialer Anerkennung, das oft mit von anderen als charmant und führungsstark wahrgenommenem Auftreten und sozial angepasstem bzw. vorteilhaftem Verhalten einhergeht. Der antagonistische Narzissmus („narcissistic rivalry“) meint hingegen das Streben nach Abwertung anderer, nach oft durch Aggression begleiteter Dominanz, welches mit sozialen Konflikten und Spannungen einhergeht. Letztere, die antagonistische Komponente, ist es, welche assoziiert ist mit weniger zwischenmenschlichem Vertrauen (Kwiatkowska et al. 2019), einer zynischeren Sicht auf seine Mitmenschen (Szymczak et al. 2022) und mit autoritären und rechtsextremen Ansichten (Mayer et al. 2020) – Zusammenhänge, die sich für agentischen Narzissmus nicht finden.

Im Kontext von Verschwörungsglauben argumentieren Cichocka et al. (2022), dass die Narzissmuskomponenten über unterschiedliche Prozesse die Zustimmung zu Verschwörungstheorien beeinflussen könnten – eine empirische Überprüfung steht aber bisher noch aus. Aus diesem Grund wurde in der vorliegenden Studie untersucht:

Forschungsfrage 1: Wie hängen antagonistischer und agentischer Narzissmus mit der Zustimmung zu Verschwörungstheorien zusammen?

Medienbewertung

Weiterhin fokussiert die aktuelle Studie die Rolle von Medienbewertung im Zusammenspiel von Narzissmus und Verschwörungsglauben. Die bisherige Forschung hat vor allem narzisstische Selbstdarstellung und Selbstaufwertung in (Online-)Medien fokussiert (McCain & Campbell 2018). Noch kaum geprüft wurde, wie Narzissmus die Bewertung von Medien beeinflusst und ob ein solcher Zusammenhang sich auf Verschwörungsglauben auswirkt. Dabei ist es – auch vor dem Hintergrund der Forschung zum Faktor Vertrauen – naheliegend, anzunehmen, dass Personen mit hohem Narzissmus ihren Selbstwert auch steigern, indem sie als etabliert wahrgenommenen „Mainstream“-Medien weniger Vertrauen schenken und sie als manipulativ abwerten. Hierdurch könnte eine Selbstaufwertung gegenüber der breiten Masse der Medienrezipienten erfolgen, welcher man sich durch den Besitz besonderen Wissens überlegen wähnt. Ein solches Abwerten etablierter Medien und die Bevorzugung scheinbar exklusiver Inhalte und exklusiven Wissens könnte eine Erklärung für den bekannten Zusammenhang zwischen Narzissmus und Verschwörungsglauben darstellen (Cichocka et al. 2022; Golec de Zavala et al. 2022). Als zweite Forschungsfrage wird daher geprüft:

Forschungsfrage 2: Gibt es einen Wirkungspfad von Narzissmus über Medienbewertung zur Zustimmung zu Verschwörungstheorien, d. h., erklärt eine abwertende Sicht auf Medien als Mediatorvariable den Zusammenhang zwischen Narzissmus und Verschwörungsglauben?

Die angenommenen Effekte sind in Abbildung 1 dargestellt.

3.2 Methodik

Design

Die vorliegende Studie prüfte beide Forschungsfragen empirisch in einer korrelativen Online-Befragung mit 234 deutschen Teilnehmenden (172 weiblich, Alter zwischen 18 und 65 Jahren; $MW = 25,93$; $SD = 11,01$). Die Befragten waren überwiegend höher gebildet, 140 verfügten über einen Hochschulabschluss (mindestens Bachelor-Niveau). Bei der Stichprobe handelte es sich um ein Convenience-Sample, das durch Rekrutierung über eine Versuchspersonendatenbank und durch soziale Netzwerke gewonnen wurde und das nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ist. Die Erhebung fand im Sommer 2020 statt.

Skalen

Zur Messung der *Narzissmuskomponenten* wurde die NARQ-S-Skala von Leckelt et al. (2018) verwendet. Antagonistischer Narzissmus wurde mit drei Items erhoben („Ich reagiere genervt, wenn eine andere Person mir die Schau stiehlt“, „Ich will, dass meine Konkurrenten scheitern“, „Die meisten Menschen sind ziemliche Versager“; Cronbachs $\alpha = 0,59$), ebenso agentischer Narzissmus („Ich habe es verdient, als große Persönlichkeit angesehen zu werden“, „Ich ziehe viel Kraft daraus, eine ganz besondere Person zu sein“, „Mit meinen besonderen Beiträgen schaffe ich es, im Mittelpunkt zu stehen“; $\alpha = 0,63$). Bei dieser und bei allen folgenden Skalen wurde jeweils die Zustimmung auf einer fünfstufigen Likert-Skala von „trifft gar nicht zu“ bis „trifft voll und ganz zu“ erfragt.

Zur Messung von *Verschwörungsglauben* wurden acht verschwörungsbezogene Aussagen gezeigt, zu denen die Befragten ihre Zustimmung angaben. Die Items wurden Jakob et al. (2019) entnommen, nur eine Aussage zum G-20-Gipfel in Hamburg wurde allgemeiner formuliert ($\alpha = 0,87$).

Die individuelle *Bewertung von Medien und medialer Berichterstattung* wurde schließlich in Form von zwei Facetten erfasst, die von Jakob et al. (2019) vorgeschlagen wurden: einerseits als *Medienskepsis*, womit sachlich orientierte, konstruktive und faktenbasierte Kritik an der Korrektheit und Güte medialer Berichterstattung gemeint ist, und zum anderen als *Medienzynismus*, welcher unsachliche, überzogene Medienkritik und die Wahrnehmung von Medien als manipulativ und durch Autoritäten gesteuert erfasst. Beide Skalen wurden mit je fünf Items erfasst – ein Beispielitem für Medienzynismus ($\alpha = 0,89$) lautet: „Die Medien sind in der Bundesrepublik lediglich ein Sprachrohr der Mächtigen“, und ein (negativ gepoltes) Item für Medienskepsis ($\alpha = 0,72$) ist: „Medien berichten zwar manchmal einseitig, aber im Großen und Ganzen bilden sie die verschiedenen Meinungen in Deutschland gut ab.“

Analyse

Die Datenauswertung erfolgte mit der Statistik-Software R 4.3.1. Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde eine Mediationsanalyse mit dem Paket lavaan durchgeführt, bei der direkte und über Medienzynismus und -Skepsis vermittelte Effekte der Narzissmuskomponenten auf die Zustimmung zu Verschwörungstheorien geprüft wurden. Als Signifikanzniveau wurde $p < 0,05$ gewählt und p -Werte wurden durch parametrisches Bootstrapping mit 10.000 Iterationen ermittelt.

3.3 Ergebnisse

Deskriptive Befunde

Insgesamt fällt die Zustimmung zu Verschwörungstheorien gering aus – das arithmetische Mittel der Skala beträgt $MW = 1,63$ ($SD = 0,7$), bei einem Wertebereich von 1 bis 5. Die Werte für antagonistischen Narzissmus liegen mit $MW = 1,97$ ($SD = 0,77$) im Schnitt unter denen für

agentischen Narzissmus mit $MW = 2,76$ ($SD = 0,81$). Medienskepsis ist in der Stichprobe mit $MW = 2,37$ ($SD = 0,65$) geringfügig stärker ausgeprägt als Medienzynismus mit $MW = 2,26$ ($SD = 0,97$).

Forschungsfragen. Die Ergebnisse der Mediationsanalyse sind in Abbildung 1 dargestellt.

Die Zustimmung zu Verschwörungstheorien fällt umso höher aus, je zynischer die Befragten Medien bewerten – hier tritt ein starker Effekt von $\beta = 0,632$ auf ($p < 0,001$). Der Medienzynismus seinerseits ist dabei umso größer, je ausgeprägter die antagonistisch-feindselige Narzissmuskomponente ist ($\beta = 0,198$; $p < 0,01$). Antagonistischer Narzissmus und Verschwörungsglaube korrelieren ebenfalls signifikant positiv ($\beta = 0,157$; $p < 0,05$), jedoch wird der Zusammenhang nahezu vollständig durch höheren Medienzynismus vermittelt und erklärt ($\beta = 0,125$; $p < 0,05$) – ein von Medienzynismus unabhängiger direkter Effekt von antagonistischem Narzissmus wird nicht signifikant ($\beta = 0,046$; $p = 0,495$).

Weitere signifikante Effekte treten nicht auf: Sachlich orientierte Medienskepsis hat keinen Effekt auf die Zustimmung zu Verschwörungstheorien ($\beta = -0,068$; $p = 0,408$) und agentischer Narzissmus zeigt keine signifikanten Korrelationen mit Verschwörungsglaube ($\beta = 0,137$; $p = 0,081$), Medienskepsis ($\beta = 0,094$; $p = 0,280$) und Medienzynismus ($\beta = 0,152$; $p = 0,065$).

Insgesamt können die betrachteten Variablen 43,3 % der interindividuellen Varianz in der Zustimmung zu Verschwörungstheorien erklären.

3.4 Diskussion und Implikationen

Zusammenfassung

Ziel dieser Studie war es, zu prüfen, welchen Einfluss in der Literatur diskutierte antagonistisch-feindselige und agentisch-selbstbewundernde Facetten des Persönlichkeitsmerkmals Narzissmus auf Verschwörungsglauben haben und welche vermittelnde Rolle die individuelle Bewertung von

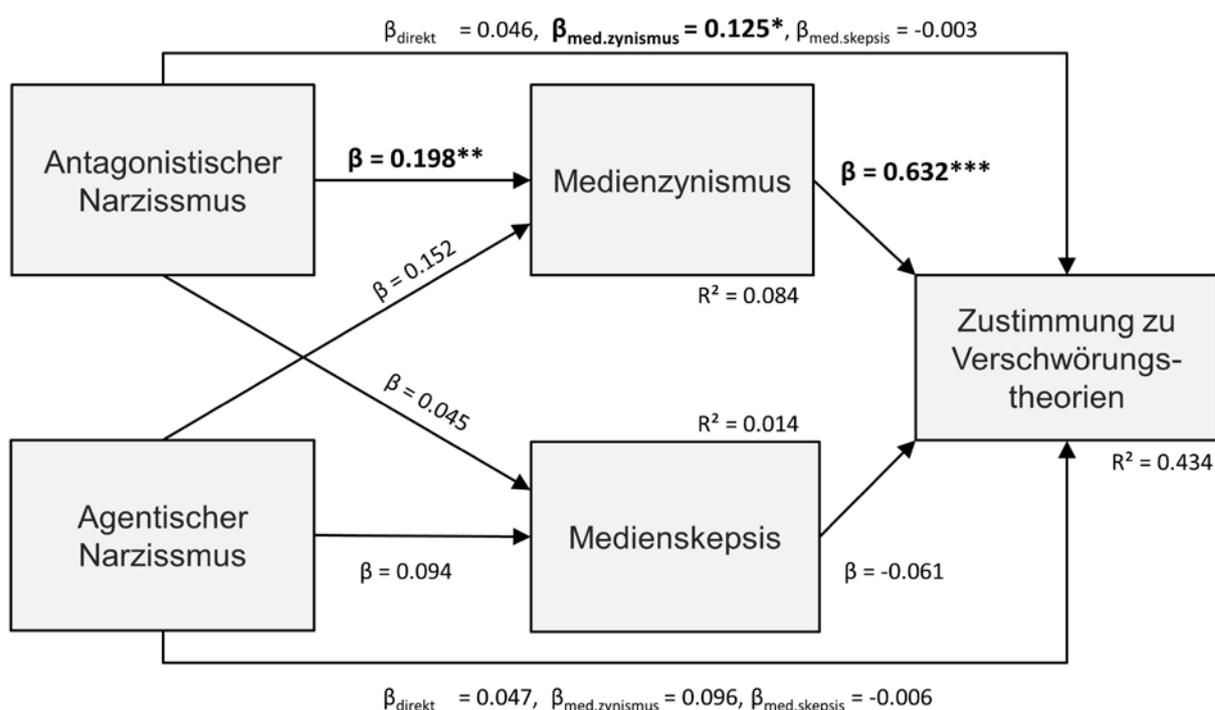


Abbildung 1: Ergebnisse der Mediationsanalyse. Quelle: Eigene Abbildung.

Medien für diesen Zusammenhang spielt. Die Ergebnisse zeigen, dass Verschwörungsglauben vor allem mit einer zynischen, Medien als manipulativ wahrnehmenden Sicht einhergeht, welche ihrerseits umso stärker ist, je mehr der Medienrezipient antagonistisch-feindselige narzisstische Tendenzen zur Abwertung anderer zeigt. Agentisch-selbstaufwertender Narzissmus sowie sachlich konstruktive Medienkritik waren nicht mit Verschwörungsglauben assoziiert.

Verschwörungstheoretisches Denken erscheint somit – zumindest in dieser Studie – primär durch narzisstisches Streben nach Abwertung anderer und damit einhergehende Medienbewertung (und -rezeption) motiviert zu sein und weniger durch narzisstische Selbstbewunderung. Dies steht im Einklang mit Befunden, die antagonistischen Narzissmus, nicht aber agentischen mit der Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien assoziiert finden (Kwiatkowska et al. 2019).

Praktische Implikationen

Was kann aus diesen Ergebnissen für Aufklärung, Prävention und Intervention gegen Verschwörungstheorien abgeleitet werden? Eine Meta-Analyse von O'Mahony et al. (2023) zeigt, dass vor allem fakten- und logikbasierte *Inoculation* die Anfälligkeit für Verschwörungstheorien reduzieren kann. Damit gemeint ist, dass Rezipienten mit Beispielen von Verschwörungsnarrativen konfrontiert und mit deren Fehlinformationen und logischen Fehlern vertraut gemacht werden. Dadurch sollen sie später, bei Konfrontation mit anderen Verschwörungstheorien, deren manipulative Absichten und Strategien durchschauen können – es findet somit quasi eine „Impfung“ statt. Dabei können auch interaktive und Gamification-Elemente zum Einsatz kommen, etwa in dem Online-Spiel „**GetBadNews.com**“ (Roozenbeek & van der Linden 2019), in dem der Spielende selbst durch das Verbreiten von Fehl-

informationen Traffic und Umsatz für seine Webpräsenz generieren muss und dabei entsprechende Motive und Strategien kennenlernt.

Ein Problem solcher Ansätze ist, dass die Teilnehmenden bereits motiviert und interessiert sein müssen – und gerade Narzissmus, mit einer Tendenz, sich selbst anderen überlegen zu wähnen und „es bereits besser zu wissen“, könnte die Motivation zu Aufklärung und Lernen beeinträchtigen. Interventionen sollten daher das Merkmal Narzissmus einkalkulieren und im Idealfall adressieren. Die aktuelle Studie legt nahe, dass dies auf unterschiedliche Weise geschehen könnte:

Agentisch-selbstbewundernder Narzissmus war nicht mit Verschwörungsglauben assoziiert und könnte somit im Gegenteil als *Ressource und Motivator* begriffen werden. So könnten etwa Interventionen kommunizieren, dass auf Verschwörungstheorien „hereinzufallen“ eine Schwäche darstellt und es erstrebenswert ist, diesen Narrativen und den dahinterstehenden Manipulationsversuchen überlegen zu sein. Somit würde die Tendenz zur Selbstbewunderung stimuliert, indem Rezipienten Stolz vermittelt wird, in der Lage zu sein, Fehler und Täuschungen in Verschwörungstheorien zu durchschauen. Ziel wäre es, dem Verschwörungsglauben den Nimbus des Exklusiven, Überlegenen zu nehmen, um ihn somit für Rezipienten mit hohem Narzissmus unattraktiver zu machen. Die Vermittlung einer solchen Sicht sollte dabei auf *möglichst unterhaltsame, emotionale und kurzweilige Weise* geschehen, da aus der Forschung bekannt ist, dass gerade auch der höhere Unterhaltungswert Verschwörungserzählungen gegenüber faktisch korrekten Nachrichten attraktiv macht (van Prooijen et al. 2022b). Einen in diese Richtung weisenden Ansatz verfolgt bereits der Blog **Volkerverpetzer.de**, welcher auf provokante Weise über Populismus, Fake News und Verschwörungsglaube berichtet und diesen mit Fact-Checking zu entlarven versucht, während er sich einer ähnlich

plakativ-emotionalen Sprache bedient. Hier steht eine empirische Prüfung, wie derart kommunizierte Aufklärung von verschiedenen Rezipientengruppen bewertet wird, noch aus.

Antagonistisch-feindseliger Narzissmus war in der aktuellen Studie mit höherem Verschwörungsglauben assoziiert – Interventionen sollten daher versuchen, ihn bzw. seine negativen Effekte zu reduzieren. Ein Ansatz hierfür könnte *Self-Affirmation-Training* sein (Cohen & Sherman 2014). Bei solchem Training schreiben die Teilnehmenden Texte, in denen sie die Werte und Wesensmerkmale reflektieren, die sie als Individuum ausmachen. Ziel ist es, dass sie durch diese Übung ihren Selbstwert realisieren und fördern und ihr Selbstbild festigen – was als Konsequenz dazu führen kann, dass das Bedürfnis nach Selbstaufwertung durch narzisstische Abwertung anderer reduziert wird. So berichten etwa Thomaes et al. (2009) von einer Studie im schulischen Kontext, wo sie mittels *Self-Affirmation-Training* erfolgreich narzisstisch-motivierte Aggression unter Schülerinnen und Schülern reduzieren konnten. Interventionen zu Verschwörungstheorien könnten *Self-Affirmation-Training* adaptieren, um somit nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern auch die zugrunde liegenden Bedürfnisse zu thematisieren, die überhaupt erst dazu führen, dass Rezipienten sich durch scheinbar exklusives Wissen gegenüber anderen aufwerten und diese abwerten möchten.

Schließlich zeigt die aktuelle Studie, dass nicht jede Form von Medienkritik mit Verschwörungsglauben assoziiert ist, sondern nur überspitzter, verallgemeinernder Medienezynismus. Interventionen gegen Verschwörungsglauben könnten – wo dies noch nicht geschieht – *ein differenziertes Medienbild kommunizieren*, indem etwa sachlich fundierte Medienkritik thematisiert und von allgemein alle Medien abwertendem Medienezynismus abgegrenzt wird. Durch das aktive Zulassen von Medienkritik im Rahmen von

Interventionen könnte schließlich auch die verschwörungstheoretische Erzählung von den „Systemmedien“, an denen nur eine kleine, exklusive Gruppe Aufgeklärter Kritik übt bzw. üben kann, entkräftet werden.

Limitationen und Ausblick

Bei der Bewertung der aktuellen Studie sind mehrere Einschränkungen zu berücksichtigen, welche eine Folgeforschung adressieren könnte. So war die Stichprobe überwiegend jung und höher gebildet und stimmte verschwörungstheoretischen Aussagen nur wenig zu, sodass die Ergebnisse nur eingeschränkt verallgemeinert werden können. Allerdings gibt das Auffinden von Zusammenhängen in einer Verschwörungstheorien nur wenig zugeneigten Stichprobe Grund zur Annahme, dass vergleichbare Effekte auch in großzahligeren und repräsentativeren Stichproben auftreten sollten. Eine zweite Schwäche liegt im querschnittlichen, nur eine Messung umfassenden Design der Studie, durch welches keine kausalen Wirkungen identifiziert werden konnten. Während naheliegt, dass Narzissmus als Persönlichkeitsmerkmal kausal die weiteren Variablen bedingt, ist unklar, ob – wie im Forschungsmodell angenommen – Medienezynismus zu mehr Verschwörungsglaube führt oder umgekehrt. Um dies zu prüfen, wäre ein längsschnittliches Design notwendig, welches über mehrere Zeitpunkte alle Variablen erfasst und modelliert. Dabei könnten auch weitere, hier nicht berücksichtigte Faktoren erfasst werden, wie etwa das Auftreten gesellschaftlicher Ereignisse und Krisen, die eine Hinwendung zu Verschwörungstheorien begünstigen.

Ungeachtet dieser methodischen Einschränkungen veranschaulicht die aktuelle Studie die Rolle individueller Faktoren wie Narzissmus für den Verschwörungsglauben und unterstreicht die Bedeutung ihrer differenzierten Berücksichtigung sowohl in der Forschung als auch bei der Entwicklung von Interventionsstrategien.

4 Literaturverzeichnis

- Adam-Troian, J., Chayinska, M., Paladino, M. P., Uluğ, Ö. M., Vaes, J., & Wagner-Egger, P., 2023: „Of precarity and conspiracy: Introducing a socio-functional model of conspiracy beliefs“. *British Journal of Social Psychology* 62.S1: 136–159. DOI: **10.1111/bjso.12597**.
- Back, M. D., Küfner, A. C. P., Dufner, M., Gerlach, T. M., Rauthmann, J. F., & Denissen, J. J. A., 2013: „Narcissistic admiration and rivalry: Disentangling the bright and dark sides of narcissism“. *Journal of Personality and Social Psychology* 105.6: 1013–1037. DOI: **10.1037/a0034431**.
- Cichocka, A., Marchlewska, M., & Biddlestone, M., 2022: „Why do narcissists find conspiracy theories so appealing?“ *Current Opinion in Psychology* 47: 101386. DOI: **10.1016/j.copsyc.2022.101386**.
- Cohen, G. L., & Sherman, D. K., 2014: „The psychology of change: Self-affirmation and social psychological intervention“. *Annual Review of Psychology* 65.1: 333–371. DOI: **10.1146/annurev-psych-010213-115137**.
- Douglas, K. M., Sutton, R. M., & Cichocka, A., 2017: „The psychology of conspiracy theories“. *Current Directions in Psychological Science* 26.6: 538–542. DOI: **10.1177/0963721417718261**.
- Golec de Zavala, A., Bierwiazzonek, K., & Ciesielski, P., 2022: „An interpretation of meta-analytical evidence for the link between collective narcissism and conspiracy theories“. *Current Opinion in Psychology* 47: 101360. DOI: **10.1016/j.copsyc.2022.101360**.
- Hornsey, M. J., Bierwiazzonek, K., Sassenberg, K., & Douglas, K. M., 2023: „Individual, intergroup and nation-level influences on belief in conspiracy theories“. *Nature Reviews Psychology* 2.2: 85–97. DOI: **10.1038/s44159-022-00133-0**.
- Jackob, N., Jakobs, I., Quiring, O., Schultz, T., Schemer, C., & Ziegele, M., 2019: „Medienskepsis und Medienzynismus. Funktionale und dysfunktionale Formen von Medienkritik“. *Communicatio Socialis* 52.1: 19–35. DOI: **10.5771/0010-3497-2019-1-19**.
- Jensen, M., & Kane, S., 2021: QAnon offenders in the United States. <https://www.start.umd.edu/publication/qanon-offenders-united-states> [Zugriff: 16. Oktober 2023].
- Kwiatkowska, M. M., Jułkowski, T., Rogoza, R., Żemojtel-Piotrowska, M., & Fatfouta, R., 2019: „Narcissism and trust: Differential impact of agentic, antagonistic, and communal narcissism“. *Personality and Individual Differences* 137: 139–143. DOI: **10.1016/j.paid.2018.08.027**.
- Leckelt, M., Wetzel, E., Gerlach, T. M., Ackerman, R. A., Miller, J. D., Chopik, W. J., Penke, L., Geukes, K., Küfner, A. C. P., Hutteman, R., Richter, D., Renner, K.-H., Allroggen, M., Brecheen, C., Campbell, W. K., Grossmann, I., & Back, M. D., 2018: „Validation of the narcissistic admiration and rivalry questionnaire short scale (NARQ-S) in convenience and representative samples“. *Psychological Assessment* 30.1: 86–96. DOI: **10.1037/pas0000433**.
- Mayer, S. J., Berning, C. C., & Johann, D., 2020: „The two dimensions of narcissistic personality and support for the radical right: The role of right-wing authoritarianism, social dominance orientation and anti-immigrant sentiment“. *European Journal of Personality* 34.1, 60–76. DOI: **10.1002/per.2228**.

- McCain, J. L., & Campbell, W. K., 2018: „Narcissism and social media use: A meta-analytic review“. *Psychology of Popular Media Culture* 7.3: 308–327. DOI: **10.1037/ppm0000137**.
- O’Mahony, C., Brassil, M., Murphy, G., & Linehan, C., 2023: „The efficacy of interventions in reducing belief in conspiracy theories: A systematic review“. *PLOS ONE* 18.4: e0280902. DOI: **10.1371/journal.pone.0280902**.
- O’Reilly, C. A., & Hall, N., 2021: „Grandiose narcissists and decision making: Impulsive, overconfident, and skeptical of experts—but seldom in doubt“. *Personality and Individual Differences*, 168: 110280. DOI: **10.1016/j.paid.2020.110280**.
- Pierre, J. M., 2020: „Mistrust and misinformation: A two-component, socio-epistemic model of belief in conspiracy theories“. *Journal of Social and Political Psychology* 8.2: Article 2. DOI: **10.5964/jssp.v8i2.1362**.
- Roozenbeek, J., & van der Linden, S., 2019: „The fake news game: Actively inoculating against the risk of misinformation“. *Journal of Risk Research* 22.5: 570–580. DOI: **10.1080/13669877.2018.1443491**.
- Swami, V., Chamorro-Premuzic, T., & Furnham, A., 2010: „Unanswered questions: A preliminary investigation of personality and individual difference predictors of 9/11 conspiracist beliefs“. *Applied Cognitive Psychology* 24.6: 749–761. DOI: **10.1002/acp.1583**.
- Szymczak, P., Sawicki, A., & Jaworski, M., 2022: „How narcissists see the social world? Trust, cynicism, and trifurcated model of narcissism“. *Current Psychology* 41.10: 7105–7113. DOI: **10.1007/s12144-020-01215-z**.
- Thomaes, S., Bushman, B. J., Castro, B. O. de, Cohen, G. L., & Denissen, J. J. A., 2009: „Reducing narcissistic aggression by buttressing self-esteem: An experimental field study“. *Psychological Science* 20.12: 1536–1542. DOI: **10.1111/j.1467-9280.2009.02478.x**.
- van Prooijen, J.-W., Cohen Rodrigues, T., Bunzel, C., Georgescu, O., Komáromy, D., & Krouwel, A. P. M., 2022a: „Populist gullibility: Conspiracy theories, news credibility, bullshit receptivity, and paranormal Belief“. *Political Psychology*, 43.6: 1061–1079. DOI: **10.1111/pops.12802**.
- van Prooijen, J.-W., Ligthart, J., Rosema, S., & Xu, Y., 2022b: „The entertainment value of conspiracy theories“. *British Journal of Psychology* 113.1: 25–48. DOI: **10.1111/bjop.12522**.
- van Prooijen, J.-W., 2022: „Psychological benefits of believing conspiracy theories“. *Current Opinion in Psychology* 47: 101352. DOI: **10.1016/j.copsy.2022.101352**.
- Webber, D., & Kruglanski, A. W., 2018: „The social psychological makings of a terrorist“. *Current Opinion in Psychology* 19: 131–134. DOI: **10.1016/j.copsy.2017.03.024**.

Abbildungsverzeichnis Kapitel 9

Abbildung 1: Ergebnisse der Mediationsanalyse. Quelle: Eigene Abbildung.	109
---	-----

Kapitel 10

Verbreitung und Rezeption von Verschwörungstheorien und Mobilisierungsaufrufen auf Telegram während der Coronapandemie¹

Simon Kruschinski, Pablo Jost, Leyla Dogruel, Pascal Jürgens

1 Einführung

Soziale Krisen wie die Covid-19-Pandemie führen häufig zu Misstrauen gegenüber den Eliten sowie zur Verbreitung von Verschwörungstheorien, insbesondere in den sozialen Medien (Bertuzzi et al. 2021; Curley et al. 2022, Douglas et al. 2019). Diese tragen zu einer „Infodemie“ bei, die sich als Informationsflut mit teilweise falschen oder irreführenden Inhalten charakterisieren lässt. In der Pandemie lieferten Verschwörungstheorien alternative Erklärungen und riefen zum Widerstand gegen bestimmte Maßnahmen oder Eliten auf (Jost & Dogruel 2023). Dabei begünstigt die in Krisensituationen vorherrschende Ungewissheit und Unsicherheit die Verbreitung und Rezeption solcher Inhalte über Social Media (Zehring & Domahidi 2023).

Als Folge haben politische Entscheidungsträger Druck auf Social-Media-Plattformen ausgeübt, um gegen diese oftmals antidemokratischen

Verschwörungstheorien vorzugehen, was zahlreiche Account-Löschungen zur Folge hatte. Insbesondere (rechts)extreme Akteure wurden gezwungen, auf andere Kommunikationskanäle wie Telegram auszuweichen (Urman & Katz 2022). Bisherige Studien haben sich bereits mit Verschwörungstheorien auf Telegram beschäftigt, aber konzentrieren sich entweder auf ihre Verbreitung oder auf Telegram als Informationsquelle (u. a. Hetzel et al. 2022; Schulze et al. 2022; Zehring & Domahidi 2023). Infolgedessen besteht eine Forschungslücke für eine kombinierte Analyse von Verbreitung sowie Rezeption von Verschwörungsbotschaften auf Telegram. Zudem besteht Forschungsbedarf im Hinblick auf die Zusammenhänge zwischen der Rezeption von Verschwörungstheorien und den politischen Einstellungen sowie der politischen Beteiligung von Nutzern.

Unsere Studie adressiert diese Lücken mit zwei übergeordneten Forschungsfragen: Erstens

1 Dieser Artikel ist eine gekürzte und deutschsprachige Fassung des Journal-Artikels „Distribution and Reception of Conspiracy Theories and Mobilization Calls on Telegram“, der von den Autoren für die Zeitschrift *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 71(3-4) verfasst wurde.

untersuchen wir, inwiefern Verschwörungstheorien und Mobilisierungsaufrufe auf Telegram-Verschwörungskanälen verbreitet werden. Zweitens wollen wir wissen, inwiefern sich die Nutzer solcher Telegram-Kanäle von traditionellen Mediennutzern unterscheiden und ob sie dadurch empfänglicher für Verschwörungsbotschaften und Protestaufrufe sind. Um Antworten zu finden, haben wir eine Inhaltsanalyse von 3.162 Telegram-Nachrichten, die zwischen März und Dezember 2020 auf deutschen Verschwörungskanälen gepostet wurden, durchgeführt und 318 Telegram-Nutzer in denselben Kanälen sowie 320 traditionelle Mediennutzer befragt (Juni/Juli 2020). Unsere Ergebnisse zeigen, dass Telegram eine wichtige Plattform für die Verbreitung von Verschwörungstheorien und Aufrufen zum politischen Widerstand darstellt. Dies gilt insbesondere für Nutzer, die für diese Inhalte empfänglich sind und eine Tendenz zu Protestverhalten aufweisen. Unsere Ergebnisse haben weitreichende Implikationen für Diskussionen über politische Partizipation und Einstellungen gegenüber etablierten politischen Institutionen in Demokratien.

2 *Verschwörungstheorien und Mobilisierungsaufrufe auf Telegram während der Coronapandemie*

2.1 *Verschwörungstheorien, -glauben und -denken*

Verschwörungstheorien werden laut Mahl et al. (2022) oftmals um die Existenz eines geheimen Komplotts von mächtigen Personen, Organisationen oder Eliten formuliert, die das Ziel verfolgen, die breite Öffentlichkeit zu täuschen und zu schädigen. Funktional sollen Verschwörungstheorien die Komplexität der Realität reduzieren und ihr einen Sinn zu geben (Douglas et al. 2019). Die Akzeptanz solcher Theorien wird als Verschwörungsglauben bezeichnet (Uscinski et

al. 2022). Dieser kann unterschiedlich stark ausgeprägt sein, unterschiedliche Themen oder Ereignisse betreffen und floriert insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher Unsicherheit (Douglas et al. 2019). Darüber hinaus gibt es das Verschwörungsgedanken, das laut Uscinski et al. (2022) eine latente Prädisposition ist, Ereignisse vermehrt als Verschwörungen zu interpretieren. Dieses ist mit politischen Einstellungen vergleichbar und beruht auf der Feststellung, dass Menschen, die bereits an bestimmte Verschwörungstheorien glauben, wahrscheinlich auch anderen Verschwörungserzählungen Glauben schenken (Brotherton et al. 2013).

2.2 *Verschwörungstheorien auf Telegram*

Im digitalen Zeitalter wurde die Verbreitung von Verschwörungstheorien insbesondere durch soziale Medien und Messengerdienste erleichtert (Mahl et al. 2022). Telegram entwickelte sich während der anhaltenden Krisenzeiten zu einem zentralen Ort für Verschwörungsinhalte, die auf anderen Plattformen oftmals nicht geduldet werden (Urman & Katz 2022). Der Grund dafür: die Möglichkeit zur weitgehenden Anonymität sowie liberale Nutzungsbedingungen und Löschroutinen des Messengerdienstes.

Während Forschungsarbeiten (u. a. Schulze et al., 2022; Jost & Dogruel 2023) zeigen, dass auf Telegram Verschwörungstheorien und antidemokratische Botschaften verbreitet werden, besteht nicht viel Wissen über die genauen Botschaftsinhalte und deren Entwicklung – insbesondere während der Pandemie. Studie 1 möchte mithilfe einer Inhaltsanalyse von Nachrichten auf deutschen Telegram-Verschwörungskanälen während des ersten Jahres der Pandemie (2020–2021) Antworten auf folgende zwei Forschungsfragen geben:

FF1: Welche Verschwörungstheorien wurden am häufigsten in deutschen Verschwörungskanälen auf Telegram verbreitet?

FF2: Wie entwickelte sich die Verbreitung von Verschwörungstheorien auf Telegram im Laufe der Pandemie?

2.3 Mobilisierungsaufrufe auf Telegram

Verschwörungstheoretiker müssen Menschen mobilisieren und Unterstützung für ihre politischen Ziele gewinnen, um politische Prozesse beeinflussen zu können (Theocharis 2015). Dabei sind sie auf die politische Beteiligung von Bürgern angewiesen und müssen potenzielle Unterstützer davon überzeugen, ihre Positionen und Ziele zu übernehmen. Dies kann durch die Mobilisierung von *formaler und institutionalisierter politischer Beteiligung* (u. a. Teilnahme an Wahlkundgebungen, Diskussionen über Politik, Wählen) oder von *politischem Aktivismus und Protestverhalten* (Protestbeteiligung, Widerstand) geschehen (Bennett & Segerberg 2012). Eine zentrale Kommunikationsstrategie dafür sind sogenannte Mobilisierungsaufrufe, bei denen Menschen direkt angesprochen und zur politischen Beteiligung oder zum Aktivismus aufgefordert werden (Theocharis 2015).

Vertreter von Verschwörungstheorien und radikalen Positionen werden kaum von Massenmedien berücksichtigt oder von einer breiten Öffentlichkeit und der Politik unterstützt (Bertuzzi 2021). Daher weichen sie auf Telegram aus, um Unterstützer zu gewinnen, zu aktivieren oder zu koordinieren (Schwaiger et al. 2022; Theocharis et al. 2021). Dabei können auch Verschwörungstheorien genutzt werden.

Erste Studien zeigen, dass radikale Akteure Verschwörungstheorien strategisch auf Telegram verbreiten und zum Widerstand gegen Eliten und Regierungen aufrufen (z. B. Curley et al. 2022;

Zehring & Domahidi 2023). Für die Coronapandemie in Deutschland finden Schulze et al. (2022) oder Jost und Dogruel (2023), dass rechte und konspirative Akteure eher zur Online- als Offline-Beteiligung aufrufen und dabei gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung mobilisierten. Um mehr über die Dynamik zwischen der Verbreitung von Verschwörungstheorien und Mobilisierungsaufrufen zu erfahren, fragen wir in Studie 1:

FF3: Wie nutzten Verschwörungsakteure Mobilisierungsaufrufe auf Telegram während der Pandemie?

2.4 Charakteristika der Nutzer von deutschen Telegram-Verschwörungskanälen und von traditionellen Medien im Vergleich

Um ein Verständnis der Beziehung zwischen Verschwörungstheorien und Mobilisierung über Telegram zu erlangen, muss der Einsatz von Mobilisierungsaufrufen zusammen mit den zu mobilisierenden Empfängern betrachtet werden. Während es viele Studien über die Eigenschaften von Nutzern journalistischer oder sozialer Medien (traditionelle Mediennutzer) gibt, fehlt es an Forschung zu den Charakteristika von Telegram-Nutzern, insbesondere mit Blick auf Abonnenten von Verschwörungskanälen. Hierbei gehen wir von Unterschieden in den a) politischen Einstellungen, dem b) Verschwörungsglauben und der c) politischen Beteiligung aus:

a) *Politische Einstellungen*: Politische Einstellungen werden als Überzeugungen und Werte einer Person hinsichtlich politischer Themen, Akteure oder Institutionen verstanden und werden durch Faktoren wie Bildung, den sozioökonomischen Status oder Mediennutzung geprägt (Kenski & Stroud 2006). Mit Blick auf die *politische Orientierung* ist Telegram während der Coronapandemie in Deutschland zur Anlaufstelle für Anhänger (rechts)extremer

Gruppierungen (bspw. Querdenken, QAnon) geworden (Schulze et al. 2022; Urman & Katz 2022). Im Gegensatz lassen sich die Nutzer traditioneller Medien in Deutschland eher in der Mitte des politischen Spektrums verorten (Behre et al. 2023). Zweitens ziehen Verschwörungstheoretiker oftmals Menschen an, die *kritisch gegenüber Medien- und Politikeliten eingestellt* sind (Mahl et al. 2022; Schwaiger et al. 2022). Dagegen hat ein Großteil der traditionellen Mediennutzer in Deutschland während der Coronapandemie politische Maßnahmen unterstützt und der Medienberichterstattung vertraut (Behre et al. 2023). Hinsichtlich des *politischen Interesses* zeigen Studien, dass sowohl die Nutzung traditioneller als auch alternativer digitaler Medien das Interesse an Politik steigern können (z. B. Reiter & Mattes 2021). Dennoch kann ein erhöhter Kontakt mit politischen Informationen auch politischen Zynismus und Politikverdrossenheit hervorrufen (Pinkleton et al. 2012). Zusammengefasst fragen wir in Studie 2 zunächst:

FF4: Inwiefern unterscheiden sich Nutzer von Verschwörungskanälen auf Telegram von traditionellen Mediennutzern in Bezug auf politische Orientierung, Elitenkritik und politisches Interesse?

b) *Verschwörungsglauben*: Um die Beziehung zwischen Verschwörungsglauben und der Nutzung von Telegram oder traditionellen Medien zu untersuchen, muss man individuelle Prädispositionen berücksichtigen, die die Meinungsbildung beeinflussen. Das Verschwörungdenken hat Einfluss auf die Verarbeitung von Informationen und ist damit ein entscheidender Faktor für den Glauben an Verschwörungstheorien (van Mulukom et al., 2022; Uscinski et al. 2022). Hinsichtlich der Mediennutzung erweist sich Telegram im Vergleich zu anderen Medien als der stärkste Prädiktor für Verschwörungsglauben (Hetzel et al. 2022). Während journalistische

Medien in einem negativen oder keinem Zusammenhang mit dem Glauben an Verschwörungstheorien stehen, beeinflusst die Nutzung sozialer Medien diesen nur schwach (Hetzel et al. 2022; Theocharis et al. 2021). Daher wollen wir wissen:

FF5: Wie unterscheiden sich Nutzer von Verschwörungskanälen auf Telegram von traditionellen Mediennutzern hinsichtlich ihres Glaubens an Verschwörungstheorien?

c) *Politische Beteiligung*: Bei der Analyse des Zusammenhangs zwischen der Nutzung von Telegram oder traditionellen Medien und politischen Beteiligungsformen spielen erneut individuelle Prädispositionen eine wichtige Rolle (Schwaiger et al. 2022). Die wenigen Studien zum Einfluss von Telegram auf die politische Beteiligung zeigen, dass insbesondere solche Nutzer zu Aktivismus und Protesten mobilisiert werden können, die sich von der Politik entfremdet haben (Schulze et al. 2022) und an Verschwörungstheorien glauben (Imhoff et al. 2021). Dagegen werden traditionelle Medien oftmals als wichtig für die Mobilisierung von institutionalisierten politischen Beteiligungsformen erachtet (Theocharis 2015). Jedoch attestieren Anhänger der sogenannten „Malaise“-Hypothese dem medialen Nachrichtenkonsum auch eine demobilisierende Wirkung (Boyle & Schmierbach 2009). In der Coronapandemie in Deutschland wurde ein Großteil der Proteste gegen die Regierungsmaßnahmen von (rechts)extremen Gruppierungen und Verschwörungstheoretikern organisiert (Zehring & Domahidi 2023). Dafür nutzten sie vor allem Telegram, um die Mobilisierungsbarrieren so gering wie möglich zu halten. Inwiefern das Mobilisierungspotenzial für die verschiedenen Beteiligungsformen durch die Nutzung von Telegram oder traditioneller Medien ausgeschöpft werden kann, soll durch die folgende Frage beantwortet werden:

FF6: Unterscheiden sich Nutzer von Verschwörungskanälen auf Telegram und traditionelle Mediennutzer in ihrer Protestbeteiligung?

3 Methode

3.1 Studie 1: Verschwörungstheorien und Mobilisierungsaufrufe in Verschwörungskanälen auf Telegram

In Studie 1 untersuchten wir mithilfe einer manuellen Inhaltsanalyse Nachrichten, die in 44 Telegram-Kanälen deutscher Verschwörungstheoretiker und (rechts)extremer Akteure von März 2020 bis Dezember 2021 gepostet wurden. Insgesamt erfassten wir 2.165.483 Nachrichten über die Programmierschnittstelle von Telegram, von denen 3.162 Nachrichten durch eine nach Kanälen geschichtete Stichprobe für die Untersuchung ausgewählt wurden. 24 geschulte Codierer führten die Codierung dieser Nachrichten zwischen Januar und Februar 2022 durch. Erstens wurde die Nennung von Verschwörungstheorien in den Nachrichten erfasst. Diese basierte auf einer Liste von populären allgemeinen Verschwörungserzählungen (z. B. Great Reset, QAnon, Flatearther) und Covid-19-bezogenen Verschwörungstheorien (z. B. Virusleugnung, Fehlinformationen über die Herkunft des Virus). Zweitens wurden Mobilisierungsaufrufe codiert, die mit expliziten oder impliziten Hinweisen zum (Nicht-)Handeln aufforderten. Dabei wurden verschiedene Arten erfasst, die auf Studien über soziale Bewegungen basierten (Bennett & Segerberg, 2012; Bertuzzi 2021).

Die Übereinstimmung zwischen den Codierern (Intercoder-Reliabilität) wurde mithilfe von Brennan und Predigers Kappa bewertet und erreichte mittlere Werte von 0,59 (allgemeine Verschwörungstheorien) bis hohe Werte von 0,96 (Offline-Mobilisierungsaufrufe), was von einer mittleren bis hohen Übereinstimmung zeugt.

3.2 Studie 2: Verschwörungsglaube und Protestverhalten von Telegram-Nutzern

In Studie 2 führten wir zwischen dem 24. Juni und dem 5. Juli 2020 eine Online-Umfrage mit 638 Teilnehmern durch. Einerseits wurden die Befragten aus denselben Telegram-Verschwörungskanälen wie in Studie 1 rekrutiert (n = 318; Mage = 45,5; 48,5 % Frauen). Andererseits befragten wir traditionelle Mediennutzer über Facebook, E-Mail-Verteiler oder Whatsapp (n = 320; Mage = 32,6; 62,7 % Frauen). Die Umfrage umfasste Fragen über politisches Interesse, Mediennutzung, Medien- und Politikkritik (Zustimmung zu Items; 5er-Skala), politische Orientierung (Links-rechts-Einschätzung; 7er-Skala) und politische Beteiligung (Bereitschaft zur Teilnahme an sechs formalen institutionalisierten Beteiligungsformen; 4er-Skala). Zusätzlich wurden das Verschwörungsgedenken und der Glaube an coronabezogene Verschwörungstheorien durch die Zustimmung zu entsprechenden verschwörungsbezogenen Aussagen auf einer 5er-Skala gemessen (Brotherton et al. 2013). Schließlich wurde mittels einer dichotomen Abfrage erfasst, ob die Befragten an Coronaprotesten teilgenommen haben.

4 Ergebnisse

4.1 Studie 1

Mit Blick auf Forschungsfrage 1 geht aus den Ergebnissen hervor, dass insgesamt nur in 6 % der Nachrichten Verschwörungstheorien ohne Coronabezug verbreitet wurden. Unter diesen Verschwörungserzählungen wurde auf den „Great Reset“ am meisten verwiesen (ca. 1 %). Während sich Verweise auf „QAnon“ in etwa jeder 200. Nachricht finden lassen, liegen alle anderen analysierten Verschwörungstheorien (z. B. Neue Weltordnung, Flatearther, Reptiloide) unter diesem Anteil. Hinsichtlich der Verschwörungsnarrative mit Coronabezug ist festzustellen, dass sie mit 5 %

der Nachrichten fast genauso häufig vorkamen wie allgemeine Verschwörungstheorien. Am meisten wurden Verschwörungserzählungen rund um das Thema Impfungen verbreitet, die in drei von 100 Nachrichten vorkamen. Dagegen wurde die Existenz von Corona seltener angezweifelt, nämlich nur in etwa 1 % der Nachrichten. Andere Verschwörungserzählungen im Zusammenhang mit Corona (z. B. Herkunft des Virus, Tests und alternative Heilmethoden) kamen so gut wie nicht vor (alle unter 0,5 %).

Um Antworten auf Forschungsfrage 2 zu finden, analysierten wir, ob es zu einem signifikanten Anstieg der coronabezogenen Verschwörungserzählungen im Laufe der Zeit gekommen ist. Dafür nutzten wir den Student's t-Test nach dem Sieve-Bootstrap-Verfahren (Bühlmann 1997), womit Annahmen über lineare Trends in den Daten statistisch überprüft werden können. Die Analyse ergab eine signifikante Zunahme der Anzahl von coronabezogenen Verschwörungserzählungen im knapp zweijährigen Untersuchungszeitraum ($t = 2,42, p = 0,024$; siehe Abbildung 1). Jedoch gab es keine Hinweise auf einen Anstieg von allgemeinen Verschwörungstheorien ohne Coronabezug. Zusammenfassend bedeutet dies, dass während der

Coronapandemie immer mehr Verschwörungserzählungen rund um Corona auf Telegram verbreitet wurden und es nicht zu einer Zunahme von allgemeinen Verschwörungstheorien kam.

Für Forschungsfrage 3 haben wir Aufrufe zur Offline- und Online-Mobilisierung von Verschwörungsakteuren untersucht. Während in 4 % aller Nachrichten zur Teilnahme an politischen Offline-Aktivitäten aufgerufen wurde, entfielen Mobilisierungsaufrufe für Online-Aktivismus auf 34 % der Nachrichten. Um die Entwicklung der Mobilisierungsaufrufe im Zeitverlauf zu untersuchen, wurde wie bei der zeitlichen Analyse der Verschwörungstheorien der Student's t-Test nach dem Sieve-Bootstrap-Verfahren durchgeführt. Der Test ergab einen statistisch signifikanten positiven linearen Anstieg der Aufrufe zu politischen Online-Aktivitäten (siehe Abbildung 2; $t = 5,35, p = 0,003$). Für Offline-Mobilisierungsaufrufe ließ sich kein signifikanter linearer Trend finden. Zusammengefasst deutet dies auf einen deutlichen Anstieg von Aufrufen zum Online-Aktivismus im Laufe der Coronapandemie hin, während zu Offline-Aktivitäten nicht vermehrt mobilisiert wurde.

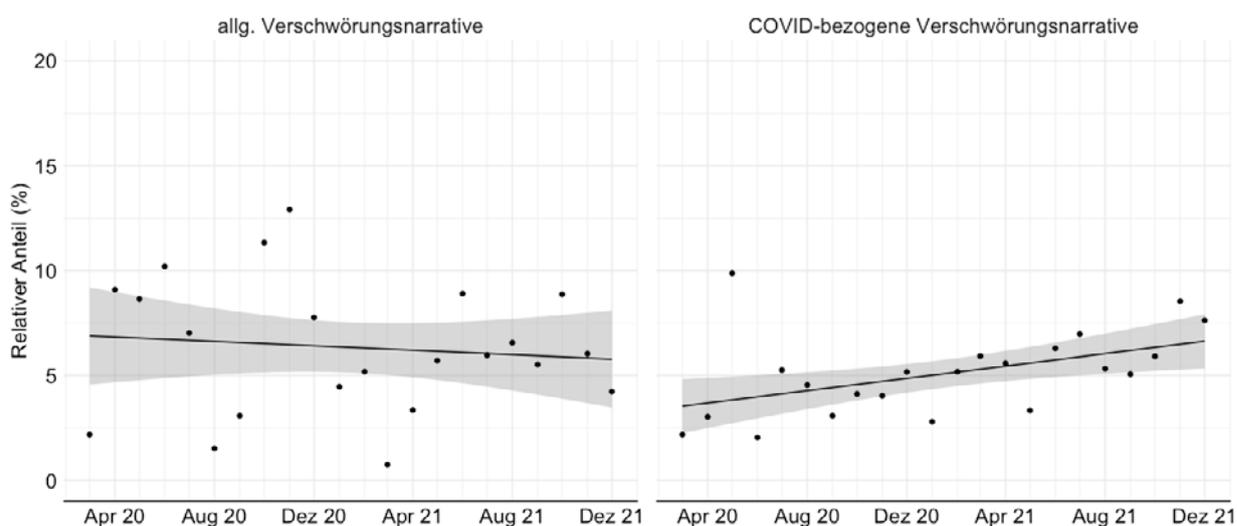


Abbildung 1: Relativer Anteil von Verschwörungstheorien im Zeitverlauf

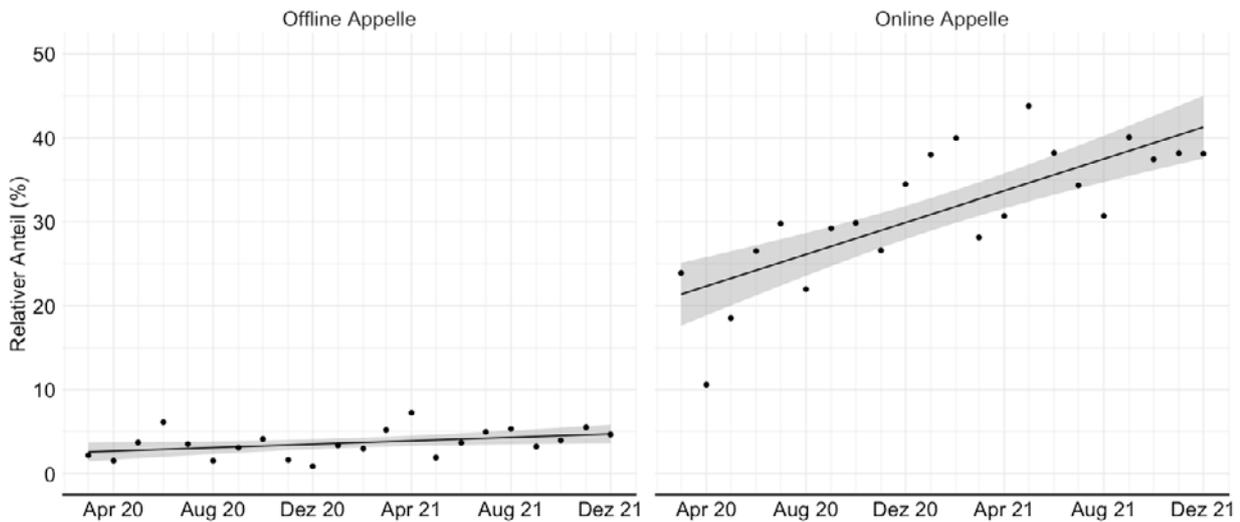


Abbildung 2: Relativer Anteil von Mobilisierungsaufrufen im Zeitverlauf

4.2 Studie 2

In Studie 2 untersuchten wir, ob sich die Nutzer von Verschwörungskanälen auf Telegram von denen traditioneller Medien in Bezug auf politische Einstellungen (politische Orientierung, Anti-Eliten-Kritik und politisches Interesse), Verschwörungsglaube sowie politische Beteiligung unterscheiden (FF4). Aus der Analyse resultierten signifikante Unterschiede hinsichtlich aller untersuchten Variablen (siehe Abbildung 3).

Zunächst sind Unterschiede bei der Anti-Eliten-Stimmung zu beobachten, wobei sich die Nutzer von Telegram-Verschwörungskanälen kritischer gegenüber Medien positionieren und mehr politischen Zynismus aufweisen als Nutzer traditioneller Medien. Im Gegensatz dazu zeigen die Nutzer traditioneller Medien ein größeres Vertrauen in die Medien und politischen Institutionen. Mit Blick auf die politische Orientierung verorten sich die Telegram-Nutzer eher in der Mitte des politischen Spektrums. Dies könnte darauf hindeuten, dass diese Nutzer nicht ausschließlich von extremen politischen Ideologien angetrieben werden, sondern möglicherweise aufgrund anderer Faktoren Telegram-Verschwörungskanäle

nutzen, z. B. Unzufriedenheit mit der Berichterstattung der Medien oder Wunsch nach alternativen Informationsquellen. Dagegen verorten sich Nutzer traditioneller Medien eher links im politischen Spektrum. Beide Befragungsgruppen verorten sich bei der Bereitschaft zur Beteiligung an politischen Aktivitäten im mittleren Bereich. Außerdem besitzen beide Gruppen ein hohes politisches Interesse, wobei die Nutzer von Telegram-Verschwörungskanälen im Vergleich zu den traditionellen Mediennutzern angaben, sich stärker für Politik zu interessieren. Dies könnte mit der Suche nach und Auseinandersetzung mit Informationen oder Erklärungen zu politischen Themen oder Akteuren über alternative Informationsquellen zusammenhängen. Am auffälligsten ist, dass die Nutzer von Telegram-Verschwörungskanälen im Vergleich zu den Nutzern traditioneller Medien ein höheres Maß an allgemeinem Verschwörungsglauben und Glauben an Covid-19-Verschwörungstheorien aufweisen. Dies legt den Schluss nahe, dass Telegram-Kanäle als Resonanzraum für Verschwörungsideologien dienen können, und unterstreicht die erhöhte Empfänglichkeit dieser Nutzer für alternative Erklärungen und verschwörerische Erzählungen.

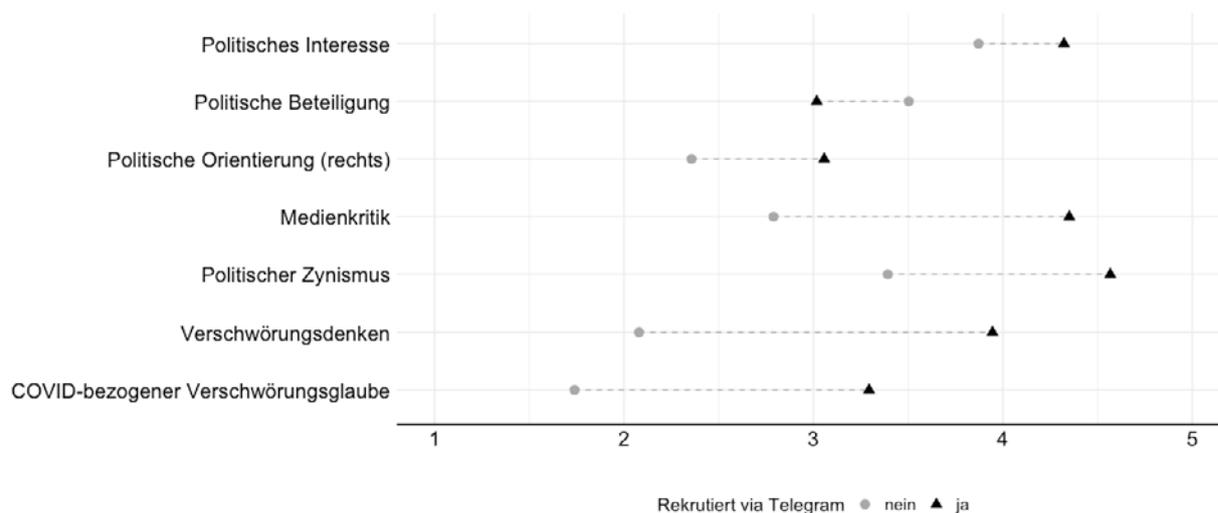


Abbildung 3: Unterschiede zwischen den Einstellungen der Nutzer von Telegram-Verschwürungskanälen und der Nutzer traditioneller Medien

Ein besonders interessantes Ergebnis ist das höhere Maß an verallgemeinertem Verschwörungsdenken und der Glauben an Covid-19-Verschörungstheorien bei Telegram-Nutzern (FF5). Um diese Beziehungen weiter auszuleuchten, berechneten wir zwei lineare Modelle zur Vorhersage des Covid-bezogenen Verschwörungsglaubens: In das erste Modell bezogen wir nur Variablen ein, die für ihren Zusammenhang mit Verschwörungsglauben bekannt sind. Im zweiten Modell fügten wir eine Variable hinzu, ob die Befragten über Telegram rekrutiert wurden oder nicht (siehe Abbildung 4 rechts). Das erste Modell erklärte einen statistisch signifikanten sowie erheblichen Anteil der Varianz ($R^2 = 0,65$, $F(10, 421) = 77,65$, $p < ,001$). Unsere Analysen zeigen, dass Menschen, die ein hohes Maß an Verschwörungsdenken aufweisen, auch an Covid-bezogene Verschwörungen glauben ($\text{Beta} = 0,43$, $p < 0,001$). Darüber hinaus erhöhen kritische Einstellungen gegenüber Medien ($\text{beta} = 0,14$, $p < 0,001$), rechte politische Orientierung ($\text{beta} = 0,16$, $p < 0,001$) und weibliches Geschlecht ($\text{beta} = 0,06$, $p < 0,001$) die Wahrscheinlichkeit für den Glauben an Coronaverschwörungen, während höhere Bildung ihn tendenziell senkt ($\text{beta} = -0,05$, $p < 0,001$). Im zweiten Modell ($R^2 = 0,65$, $F(11, 420) = 71,51$, $p < 0,001$) zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang zwi-

schen der Rekrutierung über Telegram und dem Glauben an Verschwörungstheorien über Covid ($\text{beta} = 0,43$, $p = 0,041$). Allerdings verbesserte diese Information die Erklärungskraft des Modells nur geringfügig ($F(1/420) = 4,22$, $p = 0,041$).

Um Antworten auf unsere letzte Forschungsfrage 6 zu finden, berechneten wir zwei logistische Modelle zur Vorhersage der Teilnahme an Coronaprotesten (siehe Abbildung 4 links). Das erste Modell erklärt einen erheblichen Anteil der Varianz (Tjurs $R^2 = 0,59$, $\text{AIC} = 271,33$) und zeigt zunächst, dass Menschen, die kritisch gegenüber der Regierung eingestellt sind, eine höhere Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme an Coronaprotesten aufweisen ($\text{OR} = 2,85$, $p = 0,003$). Im Gegensatz neigen Personen weniger zur Protestteilnahme, wenn sie an traditionellen politischen Beteiligungsformen partizipieren ($\text{OR} = -6,30$, $p < ,001$) und ein höheres politisches Interesse aufweisen ($\text{OR} = -1,78$, $p = 0,039$). Das zweite Modell (Tjurs $R^2 = 0,64$, $\text{AIC} = 245,69$) bestätigt, dass die Rekrutierung der Befragten über Telegram signifikant mit der Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme an Coronaprotesten zusammenhängt ($\text{OR} = 3,38$, $p < 0,001$). So weisen über Telegram rekrutierte Befragte eine dreifach höhere Wahrscheinlichkeit zur Protestteilnahme auf. Beim Vergleich der beiden Modelle

zeigt sich eine signifikante Verbesserung der Erklärungskraft auf Basis der Information, ob die Teilnehmer über Telegram rekrutiert wurden ($\chi^2(1/419) = 27.64, p < 0,001$).

5 Diskussion

In diesem Artikel untersuchten wir die Bedeutung von Telegram als Kommunikationskanal zur Verbreitung und Rezeption von Verschwörungstheorien und zur politischen Mobilisierung in Krisenzeiten. Dabei nutzten wir die Coronapandemie als Beispiel für eine gesellschaftliche Krise, die sich durch ein erhöhtes Maß an gesellschaftlicher Ungewissheit und Unsicherheit auszeichnete (Hetzl et al. 2022; Schwaiger et al. 2022).

Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass Telegram eine wichtige Plattform für die Verbreitung von Verschwörungstheorien ist. Während der Pandemie bezogen sich die meisten auf Telegram verbreiteten Verschwörungstheorien auf Corona, wobei sich ein leichter Anstieg in der ersten Pandemiephase (März bis Dezember 2020) beobachten lässt. Die am meisten verbreiteten Verschwörungstheorien bezogen sich auf Corona-impfungen, was vermutlich den intensiven gesellschaftlichen Diskussionen während der Ent-

wicklungsphase der Impfstoffe geschuldet ist und auch in anderen Studien bestätigt wird (Zehring & Domahidi 2023). Es ist schwierig zu beurteilen, in welchem Maße diese Ergebnisse die Verbreitung irreführender Informationen über das Coronavirus innerhalb der deutschen Gesellschaft widerspiegeln. Fest steht aber, dass Telegram zu den Onlineplattformen mit sehr geringen Zugangshürden gehört und somit eine erste Anlaufstelle für potenziell Interessierte darstellt. Die vermehrte Verbreitung von coronabezogenen Verschwörungstheorien lässt darauf schließen, dass (rechts)extreme Gruppierungen gesellschaftliche Krisensituationen nutzen, um ihre agitatorischen Bemühungen zu intensivieren. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit weiterer Untersuchungen zum potenziellen strategischen Einsatz von Verschwörungstheorien zur politischen Mobilisierung und zur Analyse von Nutzern in den Verschwörungskanälen auf Telegram.

Aus unseren Ergebnissen geht hervor, dass Verschwörungsakteure Aufrufe zur politischen Mobilisierung verbreiten, auch wenn sich diese in erster Linie auf Formen der Online-Beteiligung konzentrieren. Des Weiteren werden die Mobilisierungsaufrufe in Kombination mit Verschwörungsinhalten verbreitet. Diese können

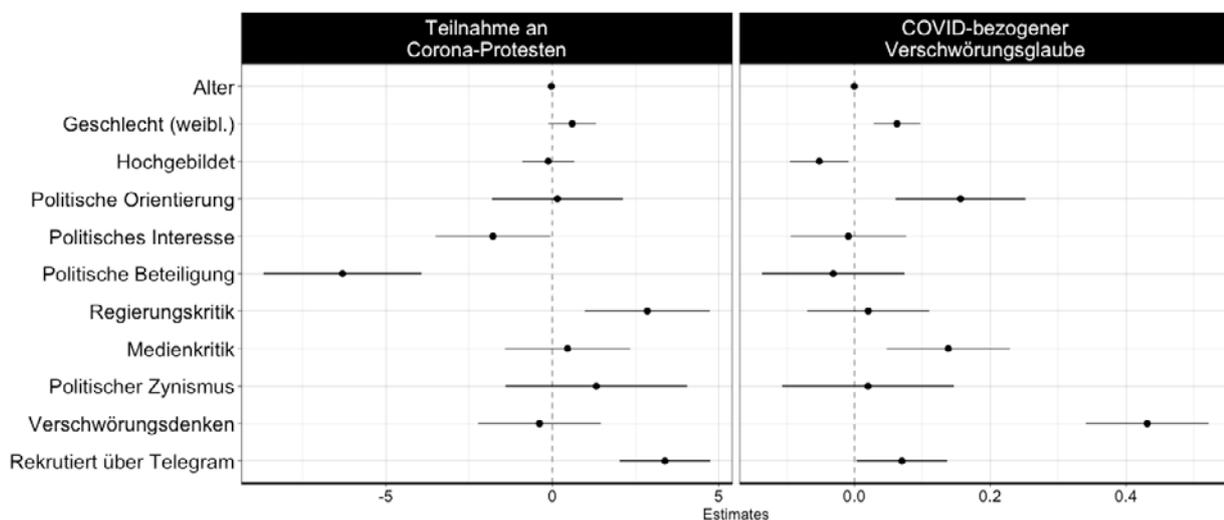


Abbildung 4: Regressionsmodelle zur Protestbeteiligung und zum Verschwörungsglauben

insbesondere auf verschwörungsgläubige Systemkritiker oder radikalisierte Akteure abzielen und zu einer kritischeren Haltung bis hin zur Ablehnung gegenüber gesellschaftlichen Institutionen, politischen oder wissenschaftlichen Akteuren und Eliten beitragen (Bertuzzi 2021; Douglas et al. 2019).

Was die Rezeption von coronabezogenen Verschwörungstheorien und Mobilisierungsaufrufen auf Telegram betrifft, können wir zwei wichtige Erkenntnisse feststellen. Erstens haben Nutzer von Verschwörungskanälen auf Telegram spezifische soziodemografische Merkmale, die sie empfänglich für Verschwörungsbotschaften machen. So zeigen sie im Gegensatz zu traditionellen Mediennutzern eine ausgeprägte Neigung zu coronabezogenen Verschwörungstheorien, besitzen ein erhöhtes Verschwörungsdenken und eine kritischere Einstellung gegenüber Medien und Politik, was sich mit anderen Nutzerstudien deckt (Hetzl et al. 2022; Schwaiger et al. 2022). Interessanterweise besitzen Telegram-Nutzer ein hohes politisches Interesse und sie positionieren sich im politischen Spektrum in der Mitte, was im Gegensatz zur verstärkten Nutzung der Plattform durch (rechts)extreme Akteure steht (Curley et al. 2022; Zehring & Domahidi 2023). Darüber hinaus legt unsere Untersuchung nahe, dass Menschen, die kritisch oder zynisch gegenüber Politik oder Medien eingestellt sind, eher dazu neigen, Verschwörungstheorien für wahr zu halten (Douglas & Sutton 2023; van Mulukom et al. 2022). Diese Art von Glauben kann dazu führen, dass vertrauenswürdige Nachrichtenquellen ignoriert werden, während gleichzeitig ein allgemeines Misstrauen gegenüber etablierten Erklärungen verstärkt wird (Uscinski et al. 2022; Brotherton et al. 2013). Zweitens neigen Nutzer von Telegram-Verschwörungskanälen im Vergleich zu traditionellen Mediennutzern eher dazu, an Coronaprotesten teilzunehmen. Dies bestätigt frühere Befunde, wonach die Suche nach alternativen Informationen die Anfälligkeit für Widerstands-

narrative und die Teilnahmebereitschaft an unkonventionellen politischen Teilnahmeformen stärkt (Imhoff et al. 2021). Diese Tendenz verstärkt das Misstrauen gegenüber demokratischen Prozessen und nährt die Überzeugung, dass Verschwörungen das gesellschaftliche Geschehen beeinflussen (Bertuzzi 2021; Douglas et al. 2019).

Unsere Untersuchung liefert interessante Erkenntnisse, doch sie unterliegt gewissen Einschränkungen. Zum einen könnte die Stichprobe der Telegram-Kanäle die Gesamtheit aller Verschwörungsinhalte auf der Plattform nicht vollständig erfassen und es besteht die Möglichkeit, dass Nachrichten mit extremen Inhalten vor der Datenerhebung gelöscht wurden. Dies könnte zu einer Unterrepräsentation von ausgewählten Verschwörungsinhalten in unseren Daten geführt haben. Zweitens lässt das Design mit einem Befragungszeitpunkt keine kausalen Aussagen darüber zu, ob die Verbreitung von Verschwörungstheorien und Mobilisierungsaufrufen auf Telegram tatsächlich zur Teilnahme an Protesten und Widerstand führt. Dennoch zeigen unsere Ergebnisse eine klare Übereinstimmung zwischen dem Angebot, d. h. der Verbreitung von verschwörerischen und mobilisierenden Inhalten auf Telegram, und der Bereitschaft, zu protestieren. Zukünftige Forschungen könnten diese Probleme durch Längsschnittstudien oder experimentelle Designs sowie durch die Entwicklung differenzierterer Codierungsschemata angehen, um die strategische Nutzung und die Auswirkungen von Verschwörungstheorien besser zu erfassen.

Zusammenfassend zeigen unsere Ergebnisse, dass das wenig regulierte Telegram ein fruchtbarer Resonanzraum für (rechts)extreme Verschwörungsideologen darstellt. Dadurch kann die Verbreitung und Rezeption von Verschwörungstheorien und Mobilisierungsaufrufen weitreichende Auswirkungen auf die politische Partizipation und den Zustand demokratischer

Gesellschaften haben. Einerseits kann Skepsis und Misstrauen gegenüber etablierten Institutionen und Eliten geschürt werden. Andererseits kann das Vertrauen der Öffentlichkeit in demokratische Prozesse untergraben werden und zur politischen Polarisierung beitragen. So deutet der erhöhte Glauben von Telegram-Nutzern an Verschwörungstheorien und die Bereitschaft zum Widerstand auf einen möglichen Wandel in der Art und Weise von politischer Information und Partizipation ausgewählter Bevölkerungsteile hin.

In Anbetracht der politischen Herausforderungen ist es von höchster Dringlichkeit, fundierte Maßnahmen zu entwickeln, die effektiv der Verbreitung von Verschwörungstheorien auf digitalen Kanälen, insbesondere auf Messengerdiensten wie Telegram, entgegenzutreten. Es gilt, mit größter Sorgfalt vorzugehen, damit der Kampf gegen Falschinformationen nicht die demokratischen Grundwerte gefährdet. Politische Entscheidungsträger sind angehalten, in enger Kooperation mit Wissenschaft, Technologieanbietern und der Zivilgesellschaft umfängliche Strategien zu entwerfen. Diese sollten nicht nur den Verschwörungs-

tendenzen entgegenwirken, sondern ebenso eine digitale Medienlandschaft fördern, die einen lebendigen demokratischen Diskurs unterstützt. Dazu zählt die Stärkung der Medienkompetenz und des kritischen Denkens sowie die Entwicklung effektiver Werkzeuge zur Aufdeckung und Bekämpfung von Desinformation. Wesentlich ist dabei, die Freiheit der Meinungsäußerung und den Zugang zu Informationen zu wahren und darauf zu achten, dass Maßnahmen gegen Verschwörungstheorien nicht unbeabsichtigt legitimen Dissens unterdrücken oder den freien Ideenaustausch beschränken. Um die Widerstandskraft unserer demokratischen Gesellschaften zu festigen, müssen wir unser Verständnis vertiefen, wie Plattformen wie Telegram zu Fehlinformationen und Verschwörungstheorien beitragen, und wirksam darauf reagieren. Unser Ziel ist es, einen gut informierten, engagierten und resilienten öffentlichen Diskurs zu fördern. Dies ist essenziell für die lang anhaltende Gesundheit und das dynamische Wesen demokratischer Systeme. Dabei ist es von grundlegender Bedeutung, die Prinzipien der offenen Debatte, der kritischen Reflexion und der sachkundigen Teilnahme zu bewahren und zu stärken.

6 Literaturverzeichnis

- Behre, J., S. Hölzig & J. Möller, 2023: Reuters Institute Digital News Report 2023 – Ergebnisse für Deutschland. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut.
- Bennett, W. L. & A. Segerberg, 2012: „The Logic of Connective Action“. *Information, Communication & Society* 15.5: 739–768.
- Bertuzzi, N., 2021: „Conspiracy Theories and Social Movements Studies: A Research Agenda“. *Sociology Compass* 15.12.
- Boyle, M. P. & M. Schmierbach, 2009: „Media Use and Protest: The Role of Mainstream and Alternative Media use in Predicting Traditional and Protest Participation“. *Communication Quarterly* 57.1: 1–17.
- Brotherton, R., C. C. French & A. D. Pickering, 2013: „Measuring Belief in Conspiracy Theories: The Generic Conspiracist Beliefs Scale“. *Frontiers in Psychology* 4: 279.
- Bühlmann, P., 1997: „Sieve Bootstrap for Time Series“. *Bernoulli* 3.2: 123–148.
- Curley, C., E. Siapera & J. Carthy, 2022: „Covid-19 Protesters and the Far Right on Telegram: Co-Conspirators or Accidental Bedfellows?“. *Social Media + Society* 8.4.
- Douglas, K. M., J. E. Uscinski, R. M. Sutton, A. Cichocka, T. Nefes, C. S. Ang & F. Deravi, 2019: „Understanding Conspiracy Theories“. *Political Psychology* 40.S1: 3–35.
- Douglas, K. M. & R. M. Sutton, 2023: „What Are Conspiracy Theories? A Definitional Approach to Their Correlates, Consequences, and Communication“. *Annual Review of Psychology* 74.1: 271–298.
- Hetzel, N., T. Klawier, F. Prochazka & W. Schweiger, 2022: „How Do COVID-19 Conspiracy Beliefs, Exposure to Alternative Sources and Social Media Correlate in Germany?“. *Studies in Communication and Media* 11.4: 508–535.
- Imhoff, R., L. Dieterle & P. Lamberty, 2021: „Resolving the Puzzle of Conspiracy Worldview and Political Activism: Belief in Secret Plots Decreases Normative but Increases Nonnormative Political Engagement“. *Social Psychological and Personality Science* 12.1: 71–79.
- Jost, P. & L. Dogruel, 2023: „Radical Mobilization in Times of Crisis: Use and Effects of Appeals and Populist Communication Features in Telegram Channels“. *Social Media + Society* 9.3.
- Kenski, K. & N. J. Stroud, 2006: „Connections between Internet Use and Political Efficacy, Knowledge, and Participation“. *Journal of Broadcasting & Electronic Media* 50.2: 173–192.
- Mahl, D., M. S. Schäfer & J. Zeng, 2022: „Conspiracy Theories in Online Environments: An Interdisciplinary Literature Review and Agenda for Future Research“. *New Media & Society* 25.7: 1781–1801.
- Pinkleton, B. E., E. W. Austin, Y. Zhou, J. F. Willoughby & M. Reiser, 2012: „Perceptions of News Media, External Efficacy, and Public Affairs Apathy in Political Decision Making and Disaffection“. *Journalism and Mass Communication Quarterly* 89.1: 23–39.
- Reiter, F. & J. Matthes, 2021: „Correctives of the mainstream media? A panel study on mainstream media use, alternative digital media use, and the erosion of political interest as well as political knowledge“. *Digital Journalism* 11.5: 813–832.

- Schulze, H., J. Hohner, S. Greipl, M. Girgnhuber, I. Desta & D. Rieger, 2022: „Far-Right Conspiracy Groups on Fringe Platforms: A Longitudinal Analysis of Radicalization Dynamics on Telegram“. *Convergence: The International Journal of Research into New Media Technologies* 28.4: 1103–1126.
- Schwaiger, L., J. Schneider, A. Rauchfleisch & M. Eisenegger, 2022: „Mindsets of Conspiracy: A Typology of Affinities towards Conspiracy Myths in Digital Environments“. *Convergence: The International Journal of Research into New Media Technologies* 28.4: 1007–1029.
- Theocharis, Y., 2015: „The Conceptualization of Digitally Networked Participation“. *Social Media + Society* 1.2.
- Theocharis, Y., A. Cardenal, S. Jin, T. Aalberg, D. N. Hopmann, J. Strömbäck, L. Castro, F. Esser, P. van Aelst, C. de Vreese, N. Corbu, K. Koc-Michalska, J. Matthes, C. Schemer, T. Sheaffer, S. Splendore, J. Stanyer, A. Stępińska & V. Štětka, 2021: „Does the Platform Matter? Social Media and COVID-19 Conspiracy Theory Beliefs in 17 Countries“. *New Media & Society* 25.12: 3412–3437.
- Urman, A. & S. Katz, 2022: „What They Do in the Shadows: Examining the Far-Right Networks on Telegram“. *Information, Communication & Society* 25.7: 904–923.
- Uscinski, J., A. Enders, C. Klofstad, M. Seelig, H. Drochon, K. Premaratne & M. Murthi, 2022: „Have Beliefs in Conspiracy Theories Increased over Time?“. *PLoS One* 17.7: e0270429.
- van Mulukom, V., L. Pummerer, S. Alper, H. Bai, V. Čavoјová, J. Farias, C. S. Kay, L. B. Lazarevic, E. J. C. Lobato, G. Marinthe, I. Pavela Banai, J. Šrol, & I. Žeželj, 2022: „Antecedents and Consequences of COVID-19 Conspiracy Beliefs: A Systematic Review“. *Social Science & Medicine* 301: 114912.
- Zehring, M. & E. Domahidi, 2023: „German Corona Protest Mobilizers on Telegram and Their Relations to the Far Right: A Network and Topic Analysis“. *Social Media + Society* 9.1.

Abbildungsverzeichnis Kapitel 10

Abbildung 1:	Relativer Anteil von Verschwörungstheorien im Zeitverlauf	121
Abbildung 2:	Relativer Anteil von Mobilisierungsaufrufen im Zeitverlauf	122
Abbildung 3:	Unterschiede zwischen den Einstellungen der Nutzer von Telegram- Verschwörungskanälen und der Nutzer traditioneller Medien	123
Abbildung 4:	Regressionsmodelle zur Protestbeteiligung und zum Verschwörungsglauben	124

Kapitel 11

Verharmlosung und Verschwörung: Narrative in Social-Media-Posts als Reaktion auf die Großrazzia im Reichsbürgermilieu im Dezember 2022

Fiete Stegers, Jonas Ziock, Christian Stöcker

1 Einleitung

Am frühen Morgen des 07.12.2022 begann auf Anordnung der Bundesanwaltschaft eine massive Polizeiaktion: „25 Menschen wurden festgenommen, 3000 Beamte sind in elf Bundesländern im Einsatz. Ihnen wird laut der Bundesanwaltschaft vorgeworfen, den Umsturz des Staates vorbereitet zu haben“ (Bock et al. 2022). Die „Razzia“ im „Reichsbürger“-Milieu beherrschte an diesem Tag die Schlagzeilen der Nachrichtenmedien. Und auch auf den großen Social-Media-Plattformen widmeten sich in den Folgetagen Zehntausende Postings den Ermittlungen, in denen Nutzer:innen auf die weitere Berichterstattung verwiesen oder ihre Meinungen und Deutungen zum Geschehen verbreiteten. Augenfällig war dabei die Tendenz mancher Beiträge, die Beschuldigten als wenig gefährliche Senioren anzusehen und den massiven Polizeieinsatz als übertrieben darzustellen. Dabei handele es sich um eine PR-Inszenierung von Behörden und Regierenden, mit der diese von anderen Themen ablenken wollten, so der Vorwurf – oder sogar um einen Vorwand für die Aus-

schaltung „oppositioneller“ Kräfte. Derartige Beiträge erhielten teils massiven Zuspruch, wie eine Auswertung von Social-Media-Beiträgen auf Twitter¹, Facebook und Instagram in Bezug auf darin enthaltene Narrative und deren desinformativen Charakter zeigt.

2 Hintergrund

Die Bundesanwaltschaft betrachtete die 25 Festgenommenen als Mitglieder bzw. Unterstützer einer terroristischen Vereinigung, „die es sich zum Ziel gesetzt hat, die bestehende staatliche Ordnung in Deutschland zu überwinden und durch eine eigene, bereits in Grundzügen ausgearbeitete Staatsform zu ersetzen“ (Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof 2022). Dabei folgten sie „einem Konglomerat aus Verschwörungsmmythen bestehend aus Narrativen der sog. Reichsbürger- sowie QAnon-Ideologie“, so der Vorwurf der Ermittler. Insgesamt ließ die Bundesanwaltschaft 162 Häuser, Wohnungen und Büros durchsuchen, teilweise mit Unterstützung von Spezialkräften der Polizei. „Alles in allem wer-

1 Im Juli 2023 wurde die Plattform durch ihren Eigentümer von Twitter in „X“ umbenannt.

den an diesem Tag mehr als 25.000 Schuss Munition sichergestellt, legale Sportwaffen und illegale Pistolen, Totschläger, Elektroschocker, Armbrüste und Pfeile, Äxte, Messer und Samuraischwerter“ (Fischermann et al. 2023).

Laut einer Anfrage im Bundestag wurden 382 Schusswaffen sichergestellt: „Darunter befinden sich nach derzeitigem Stand der Ermittlungen insgesamt 138 ‚scharfe‘ Schusswaffen. Hiervon befanden sich nach dem derzeitigen Ermittlungsstand 62 Schusswaffen legal im Besitz der Betroffenen, da jeweils ein entsprechender Eintrag im Nationalen Waffenregister (NWR) vorliegt“ (Deutscher Bundestag 2023). Zur Spitze der Gruppe „Patriotische Union“ gehörten ein ehemaliger Offizier der Bundeswehr sowie ein Frankfurter Geschäftsmann adeliger Abstammung, der als künftiges Staatsoberhaupt vorgesehen gewesen sein soll. Eine weitere Verdächtige ist die Berliner Richterin und frühere AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann (vgl. Fischermann et al. 2023). Die Zahl der Beschuldigten stieg im Laufe des Verfahrens auf 69 Personen. Mehr als 420.000 Euro wurden sichergestellt (vgl. Röbel & Wiedmann-Schmidt 2023).

3 Datensatz und Datensammlung

Erfasst wurden Social-Media-Posts aus dem Zeitraum vom 06.12.2022, dem Vortag der Razzia, bis inklusive 15.12.2022 über die Suche nach thematischen Keywords („Reichsbürger“ und Wortbestandteile in unterschiedlichen Schreibweisen sowie „Putsch“, „Putschversuch“, „Umsturz“ und „Staatsstreich“). Im Datensatz sind daher auch falsch positive Treffer enthalten. Deren Anzahl konnte aber nach stichprobenartiger Sichtung und Auswertung der meistgeteilten Postings als zu vernachlässigen eingestuft werden. Die Erfassung erfolgte für Twitter im Dezember 2022; für Facebook und Instagram im Februar 2023.

Über den Gesamtzeitraum wurden 337.504 **Twitter**-Posts von 68.838 unterschiedlichen Accounts erfasst, davon waren 89.516 originäre Tweets (26,5 Prozent) von 31.986 Accounts, der Rest Retweets (weitergeleitete Postings anderer Accounts). Es wurden auch Tweets erfasst, die Antworten auf Posts von Dritten sind. Bei 59,3 Prozent der originären Tweets handelt es sich um solche Replies. Bei Facebook und Instagram sind vergleichbare Kommentare nicht als eigenständige Beiträge miteingeschlossen.

Bei **Facebook** wurden insgesamt 6.195 Postings erfasst. Der Großteil (4.746 Postings) wurde von 1.662 unterschiedlichen Facebook-Seiten gepostet. 86 Beiträge kamen von 36 verifizierten Einzelpersonen. 1.363 Posts wurden in öffentlichen Facebook-Gruppen gepostet. Hier war aus technischen Gründen keine Differenzierung nach unterschiedlichen Autoren innerhalb der Gruppe möglich.

Bei **Instagram** wurden 761 Posts von 524 Accounts erfasst. Hier wurden also im Durchschnitt deutlich weniger Posts im Vergleich zu Accounts abgesetzt, die den Suchkriterien entsprachen.

4 Narrative, Desinformation und Deflektion

Bei der Untersuchung des Social-Media-Echos zur Razzia wurden mehrere wiederkehrende Narrative identifiziert. Diese enthalten teilweise Des- und/oder Misinformation oder versuchen innerhalb eines Diskurses abzulenken. Zusammenfassend werden diese im Folgenden als Desinformations-, Misinformations- und Deflektionsnarrative bezeichnet.

Gestützt auf Bolt & Haiden (2019) werden Narrative als sprachliche und gedankliche Konstrukte wie folgt definiert: Narrative gehen auf eine moralische Dimension des Geschichtenerzählens ein. Sie werden im menschlichen Gedächtnis geformt und in Form von Geschichten („stories“) ausgedrückt.

Geschichten umfassen hier eine „zeitlich, räumlich und kausal verbundene Abfolge von Ereignissen“. Eine Geschichte kann visuell und mündlich kommuniziert werden, ein Bericht über reale Ereignisse oder eine vollständige Fiktion sein (vgl. Bundtzen & Matlach 2023: 5).

Aufbauend auf der vorangegangenen Begriffsklärung sind für die Untersuchung Social-Media-Beiträge von Interesse, in denen faktisch falsche Informationen auftauchen oder in denen (teilweise durch die Verwendung von Desinformation) vom eigentlichen Ereignis abgelenkt wird.

Wardle (2017) unterscheidet in ihrem Definitionsansatz zu Falschinformationen zwischen **Desinformation** und **Misinformation**. Demnach haben Desinformation und Misinformation die Gemeinsamkeit, dass ihre Inhalte falsch oder teilweise falsch sind. Allerdings unterscheiden sich die beiden Begriffe im Hinblick auf die Intention. Während es sich bei Misinformation um fälschlicherweise als richtig betrachtete Information handeln kann, die ohne böse Absicht weiterverbreitet wird, bedingt Desinformation eine „*intention to harm*“. In der Operationalisierung lässt sich zwar häufig aus dem Kontext von Posting und Quelle auf die Intention schließen, ein Nachweis von Intentionalität bleibt aber schwierig. Ähnlich wie Simon et al. (2020) verzichten wir hier daher auf eine dezidierte Zuordnung einzelner Postings zu einer der zwei Kategorien.

Die dritte Kategorie Wardles Definition ist die **Malinformation**. Als Malinformation beschreibt Wardle Information, die zwar faktisch richtige Information enthält, aber mit einer „*intention to harm*“ eingesetzt wird. In dieser Untersuchung fassen wir unter dieser Kategorie auch Deflektionsnarrative, denen meist keine explizit falschen Informationen zugrunde liegen, deren kommunikative Funktion (Ablenkung vom eigentlichen Thema) deutlich erkennbar ist. Ähnlich wie bei

Desinformation werden Malinformations- bzw. Deflektionsnarrative genutzt, um Diskurse in eine bestimmte Richtung zu lenken. Konkret: Für die Diskussion um die Razzia im Reichsbürger-Milieu soll die Gefahr, die von der Gruppe „Patriotische Union“ ausging, verharmlost werden. Dazu nutzen User:innen unterschiedlichste Des-, Mis- und Deflektionsnarrative mit graduell unterschiedlicher Ausprägung.

Bei der Klassifizierung von Accounts als alternatives Medium wurde auf die Definition von Holt et al. (2019) zurückgegriffen. Demnach positionieren sich alternative Nachrichtenmedien meisten selbst als Gegenstück zu den traditionellen und professionellen Massenmedien. Die Zuschreibung alternative Medien muss allerdings keine Selbstbezeichnung sein, sondern kann auch durch Konsument:innen oder Dritte erfolgen (vgl. Holt et al. 2019). Für die Operationalisierung wurden verschiedene Aspekte herangezogen (Selbstzuschreibung, verlinkte Domains, Tätigkeiten des Akteurs, Plattformen wie YouTube oder Telegram). Accounts, die überwiegend oder zu einem großen Anteil eigene Inhalte produzieren, wurden als potenzielle alternative Medien behandelt. Accounts, die keine eigenen Beiträge verbreiten, sondern lediglich fremde Inhalte reposten, wurden nicht als alternative Medien eingestuft.

5 Beispielhafte Narrative

In einem ersten explorativen Vorgehen wurde der Twitter-Datensatz von mehreren Ratern parallel auf wiederkehrende Desinformations-, Misinformations- und Deflektionsnarrative gesichtet. Nachdem übereinstimmend eine Vielzahl verschiedener Narrative identifiziert werden konnten, wurden die Datensätze gezielt daraufhin analysiert. Herangezogen wurden für die Einstufung in erster Linie Message-Text, Bild- und Videoinhalte der Postings sowie Aussagen in unmittelbar verlinkten Inhalten, zum Beispiel Artikel oder Videos.

Tabelle 1: Anzahl Postings mit den Keywords der identifizierten Narrative

Narrativ	Keywords	Anzahl Tweets
Rollator, Rentner und Verwirrte	rollator / rentner / senior / vergreist / verwirrt	4.943
(PR-)Inszenierung	pr / pr- / inszenier / theater / oper	3.611
Illerkirchberg	illerkirch / messerattacke	2.428
Gefundene Waffen	pistole / schusswaffe	1.313
Gleichbehandlung	namen / gleichbehand	575
Opposition beseitigen	opposition	526
Deepstate	staat + tief / deepstat	76
Sozialismus	sozialismus	78

Eine vollständige inhaltliche Codierung war aufgrund der Größe der Datensätze nicht möglich. Daher wurden für eine grobe Annäherung an die Verbreitung der Narrative jeweils relevante Keywords bestimmt. Die Tabelle zeigt die Häufigkeit im Twitter-Datensatz.

Codiert wurden die jeweils 200 reichweitenstärksten Postings pro Plattform durch drei unabhängige Rater. Jeweils übereinstimmende Zuordnungen von Narrativen wurden übernommen. Ein Post konnte dabei mehreren Narrativen zugeordnet werden. Im Folgenden werden ausgewählte identifizierte Narrative skizziert.

5.1 Das Narrativ „Illerkirchberg“

Das Narrativ konstruiert einen Zusammenhang zwischen der Razzia und einem zwei Tage zuvor verübten Verbrechen. Am 05.12.2022 wurden in Illerkirchberg (Baden-Württemberg) zwei Schulkinder von einem Asylsuchenden mit einem Messer angegriffen. Dabei tötete der Täter ein 14-jähriges Mädchen. In diesem Zusammenhang wurden nach der Razzia in den sozialen Netzwerken verschiedene Erzählungen verbreitet. Viele Beiträge stellten die Gefahr, die von der „Patriotischen Union“ ausging, als gering dar und verwiesen dabei

auf diese damit nicht im Zusammenhang stehende Gewalttat. So sprechen einige User:innen im Zusammenhang mit der Razzia von einem politisch motivierten Ablenkungsmanöver, das von der Tat in Illerkirchberg und dem Thema „Ausländerkriminalität“ ablenken solle. Ein Beispiel:

„Also, dieser #Reichsbuerger-Stuss ist eine konzertierte Aktion, um irgendwelche rechte Täter zu haben. Auch wegen #Illerkirchen. Das ist ein Medienspektakel. Die Medien waren zur Verhaftung ja live dabei, sie haben nichts, nichts Substanzielles u da wird auch nichts rauskommen.“²

Andere Accounts verbreiteten das Desinformationsnarrativ, dass angeblich geplante Programminhalte im TV zum Mord in Illerkirchberg durch solche ersetzt wurden, die sich mit der Razzia beschäftigten. Wieder andere verbreiteten klassische Deflektionsnarrative, um von der Razzia abzulenken, ohne dabei falsche Informationen zu verbreiten. Gemeinsam ist allen hier erfassten Postings, dass sie einen wie auch immer gearteten Zusammenhang zwischen der Razzia und der Gewalttat in Illerkirchberg konstruieren, oft gepaart mit der Behauptung, die Razzia sei der tatsächlichen Bedrohung nicht angemessen gewesen.

² <https://twitter.com/user/status/1600571789645586433>, Account gelöscht.

Twitter

In dem Twitter-Datensatz zu den o. g. „Reichsbürger“-Stichworten gibt es 2.243 originäre Tweets, die die Keywords „Illerkirch“ oder „messerattacke“ enthalten. Hinzu kommen 6.011 Retweets und 185 Quotes (R&Q). Die insgesamt 8.439 Tweets verteilen sich im Untersuchungszeitraum wie in Abbildung 1 dargestellt.

Das Narrativ flacht vom 07.12. ausgehend ab. Der erfolgreichste Tweet im Gesamtvolumen stammt von dem AfD-Politiker Petr Bystron.

„„#Staatsstreich“ mit 50 Rentnern? Die würden nicht mal das Rathaus von San Marino einnehmen!

Die Bemühungen, eine „Gefahr von Rechts“ herbeizufabulieren, werden immer absurder.

Gemordet wurde aber in #Illerkirchberg, #kandel, #Wuerzburg usw.“³

Dieser Tweet wurde von Bystrons Account am 07.12. um 11:05 Uhr abgesetzt, wenige Stunden nach Beginn der Durchsuchungsaktionen.

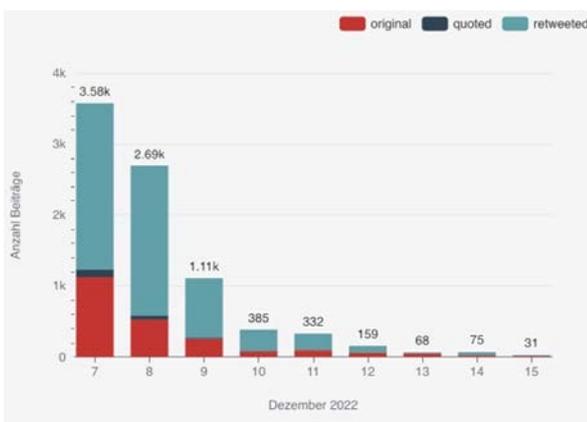


Abbildung 1: Zeitliche Verteilung der Tweets und Retweets mit den Keywords: „Illerkirch“ oder „messerattacke“

Insgesamt sind 1.457 Reposts im Datensatz erfasst. Damit liefert Bystron nicht nur den erfolgreichsten Tweet des Illerkirchbergnarrativs nach Zahl der Retweets und Quotes, sondern steht mit diesem Beitrag auch auf Platz 9 im Vergleich aller Tweets. Bystron hatte zu diesem Zeitpunkt circa 22.000 Follower.

In Abbildung 2 ist die zeitliche Verteilung des Originalposts von Bystron und dessen Retweets im Verlauf des Untersuchungszeitraums dargestellt. Neben plattformüblichen Retweets und Quotes handelt es sich auch um Tweets von Dritten, in die der Text von Bystrons Beitrag kopiert wurde.

Der hohe Ausschlag am 07.12. deutet an, welche zentrale Rolle der Politiker bei der Verbreitung des Narrativs einnahm. Deutlicher wird dies im Hinblick auf die Zahlen. 1.458 Tweets im Datensatz gehen auf Bystrons Beitrag zurück. Bei insgesamt 8.439 Beiträgen im Twitterdatensatz, die die Keywords enthalten, sind das über 17 Prozent des Gesamtvolumens für den gesamten Untersuchungszeitraum. Am 07.12.2023 lag der Anteil, der auf Bystrons Tweet zurückgeht, sogar bei 25 Prozent.

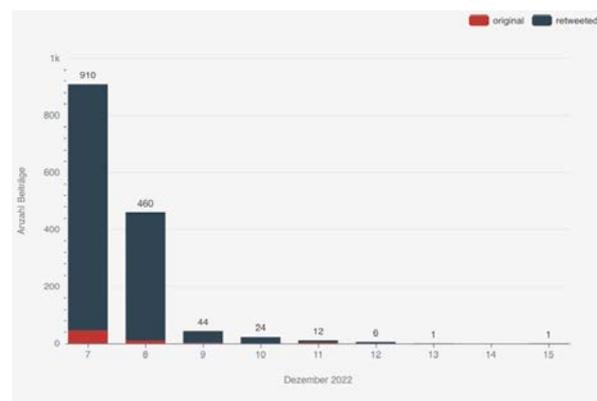


Abbildung 2: Der Twitter-Datensatz wurde nach dem Textinhalt „Die würden nicht mal das Rathaus von San Marino einnehmen!“ gefiltert

3 <https://twitter.com/PetrBystronAfD/status/1600446439129108480>.

Facebook

Im Facebook-Datensatz befinden sich 122 Posts, die die Keywords „illerkirch“ oder „messerattacke“ enthalten. Der erfolgreichste von ihnen wurde am 10.12. abgesetzt und stammt vom AfD-Bundestagsabgeordneten Robert Farle. Zum Zeitpunkt der Datenerhebung wurde der außergewöhnlich lange Post 2.269-mal geteilt. Im gesamten Datensatz landet der Post auf Platz 9 der meistgeteilten Facebook-Beiträge.

„[...] Selbstverständlich fand diese Aktion verdächtig nahe in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem Mord eines Asylbewerbers an einer Schülerin in Illerkirchberg statt. Als Ablenkung zu dieser Bluttat, die in den nächsten Wochen durchaus partiell den öffentlichen Diskurs bestimmt hätte, scheint der konstruierte Staatsstreich gerade recht zu kommen. [...] Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass es hier einen Zusammenhang gibt. [...]“⁴

Die zehn meistgeteilten Beiträge auf Facebook mit den Keywords „illerkirch“ oder „messerattacke“ beinhalten ebenfalls Mis- und Desinformation bzw. betreiben Deflektion.

Instagram

Auf Instagram enthalten nur zehn Postings die Keywords „illerkirch“ oder „messerattacke“. Der erfolgreichste Beitrag kommt von dem verschwörungsideologischen Account friedentotal. Statt eigener Inhalte zitiert er verschiedene Twitter-Postings (mit Screenshots), die Des- und Misinformations- sowie Deflektionsnarrative enthalten.



Abbildung 3: Erfolgreichster Instagram-Beitrag, in dem die Keywords „illerkirch“ oder „messerattacke“ vorkommen

5.2 Das Narrativ „Nur eine Schusswaffe“

Unterschiedliche Behauptungen darüber kursierten, welche Art von Waffen und wie viele Waffen bei den Razzien gefunden und beschlagnahmt wurden. Zahlreiche Social-Media-Postings stellten in den ersten Tagen nach der Razzia heraus, dass die Behörden nur eine scharfe Schusswaffe gefunden hätten (oder alternativ sehr wenige). Der genaue Ursprung des Narrativs lässt sich nicht zweifelsfrei klären. Doch ein großer Anteil der Verbreitung hat seinen Ursprung in einem Artikel auf „welt.de“, der am Vormittag des 07.12.2022 erschien. Dort heißt es unter anderem: „Nach Informationen von WELT wurden bislang eine scharfe Schusswaffe, Schreckschusswaffen, Prepper-Vorräte und Tausende Euro Bargeld gefunden“ (Kraetzer et al. 2022).

Die Formulierung zeigt: Die Autor:innen sprechen hier eindeutig von einem nicht offiziell kommunizierten Zwischenstand. Dessen ungeachtet taucht dieses Zitat später immer wieder in Social-Media-Beiträgen auf, in denen dieser Aspekt ausgelassen wird, die sich also als Des- oder Misinformations- bzw. als Deflektionsnarrative beschreiben lassen. BKA-Präsident Münch berichtete bereits am 07.12. von Funden „bis hin zur Pistole und zu Langwaffen“ (N. N. 2022). Im August 2023 mach-

4 <https://www.facebook.com/1565754943752371/posts/3311160545878460>.

ten die Behörden konkretere Angaben, im September 2023 teilte der parlamentarische Staatssekretär Benjamin Strasser als Antwort auf eine Anfrage im Bundestag mit, dass 382 Schusswaffen beschlagnahmt worden seien (vgl. Deutscher Bundestag 2023). Vor diesem umfassenden Hintergrund müssen beispielsweise folgende Beiträge betrachtet werden: *„Skandalisierung, Panikmache und Ablenkung: Demokratie in Gefahr – Wie Politik und Massenmedien einen angeblich bevorstehenden Staatsstreich konstruieren [...]*

Was aber bleibt von all diesen aufgeregten, reißerischen Schlagzeilen übrig, betrachtet man die Ergebnisse der Aktion nüchtern und sachlich? [...] Gefunden wurden so gefährliche Sachen wie „mehrere Tausend Euro“ Bargeld, „Prepper-Vorräte“ (also lange haltbare Lebensmittel und dergleichen), und eine (!) Schusswaffe. [...]“⁵

Das Zitat stammt aus demselben Facebookpost von Robert Farle. Dieser Beitrag stellt den erfolgreichsten Beitrag im Facebookdatensatz dar, der sowohl das Illerkirchbergnarrativ als auch das Waffennarrativ verbreitet.

5.3 Das Narrativ „Rollator-Gang“

Das Narrativ, welches bei Facebook und Twitter am häufigsten identifiziert wurde, beschäftigt sich mit dem Alter und ferner mit dem unterstellten geistigen und körperlichen Gesundheitszustand der Verdächtigen. Die Gruppe um Prinz Reuß wird als eine „Rentner-Truppe“, als verwirrte Senioren oder als die „Rollator-Gang“ bezeichnet. Es wird suggeriert, dass aufgrund des Alters der festgenommenen Personen die Gruppe keine Gefahr darstelle.

Reuß war nicht nur mutmaßlicher Anführer der Gruppe, sondern mit 71 Jahren auch eines der äl-

testen Mitglieder. Das Alter lässt sich auch für die meisten übrigen 24 mutmaßlichen Gruppenmitglieder und Unterstützer nachhalten, die am 07.12. festgenommen wurden. Nachweislich waren aus dem Kreis der Verdächtigen neben Reuß drei weitere Personen über 67 Jahre alt. 17 weitere Personen befanden sich in einem Altersspektrum zwischen Anfang vierzig und Anfang sechzig, also nicht im Renten- oder gar „Greisen“-Alter.

Dennoch spricht die „Berliner Zeitung“ über „25 vergreiste Verwirrte“.⁶ Noch stärker pauschalisiert Petr Bystron, der auch die übrigen an diesem Tag nicht festgenommenen, weniger im Licht der Öffentlichkeit stehenden 27 Beschuldigten als Senior:innen einstuft und von einem „#Staatsstreich‘ mit 50 Rentnern“ schreibt.

Der zitierte Beitrag der „Berliner Zeitung“ ist der erfolgreichste Beitrag auf Twitter, der die Keywords des Rentnernarrativs beinhaltet. Obwohl es sich um ein journalistisches Medium handelt, findet sich in dem Posting das Desinformationsnarrativ wieder: *„Viel Getöse um wenig Putsch: Die Razzia gegen den Prinzen und seine Rentner-Revolte soll der ‚größte Anti-Terror-Einsatz in der BRD-Geschichte‘ gewesen sein. Dabei wurden nur 25 vergreiste Verwirrte festgenommen. #Reichsbuerger“.*

Zum Zeitpunkt der Datenerhebung hatte der Post 1.837 Retweets. Unter den zehn meistgeteilten Posts auf Twitter, in denen die Keywords des Narrativs auftauchen, enthalten sieben Desinformation.

6 Reichweite einzelner Accounts

Da sich tatsächliche Reichweiten einzelner Posts nicht erheben lassen und die absolute Followerzahl eines einzelnen Accounts aufgrund der algorithmisch sortierten Ausspielung nur ein Fak-

⁵ <https://www.facebook.com/1565754943752371/posts/3311160545878460>.

⁶ <https://twitter.com/berlinerzeitung/status/1600859905967136768>.

tor für die Größe des potenziellen Publikums eines Postings ist, wurde untersucht, wie oft die Posts eines Accounts insgesamt von User:innen aktiv geteilt wurden. Für Facebook wurden Shares pro Account kumuliert. Für Twitter wurden für diese Sharing-Reichweite sowohl Retweets als auch Quotes eines Posts einbezogen. Bei Instagram wurde näherungsweise auf die Anzahl der Likes als einziges öffentlich verfügbares, eindeutiges Merkmal der Zustimmung von User:innen zurückgegriffen.

Die größte kumulierte Sharing-Reichweite auf Twitter (3,05 Prozent) erreicht ein Account von Anonymous-Aktivisten, das im Beobachtungszeitraum fast 100 Posts absetzte, gefolgt vom Online-Satire-Magazin „Der Postillon“. Zusammen vereinigen die 15 meistgeteilten Accounts knapp 18 Prozent aller 285.070 Shares auf sich. Der Ab-

Tabelle 2: Am häufigsten geteilte Accounts: Twitter

Account	RT + QT	%	Posts
Anonymous9775	8.688	3,05	95
Der_Postillon	4.638	1,63	5
RolandTichy	3.816	1,34	12
ClaasGefroi	3.701	1,30	35
reitschuster	3.438	1,21	7
watch_union	3.085	1,08	50
AliCologne	2.902	1,02	12
OERRBlog	2.701	0,95	6
Maurice_Conrad	2.660	0,93	5
maxotte_says	2.605	0,91	3
Georg_Pazderski	2.604	0,91	10
Volksverpetzer	2.593	0,91	8
Eddie_1412	2.548	0,89	66
nikitheblogger	2.317	0,81	7
CarloMasala1	2.288	0,80	5

Hervorhebung = mind. 1 x Desinformation/Misinformation/Deflektion in den Top 200 der Posts nach Shares

gleich mit den 200 meistgeteilten Posts, die auf Narrative codiert wurden, ergibt, dass sieben der 15 Top-Accounts mindestens einen Post geteilt hatten, der als Desinformation/Misinformation/Deflektion eingestuft wurde, darunter drei Vertreter der „alternativen Medien“.

Bei Facebook wurden insgesamt rund 147.000 Shares ermittelt. Die meisten kumulierten Shares erreicht dabei die Facebook-Seite der AfD-Fraktion im Bundestag, die mit drei Posts insgesamt rund 9.100 Shares (6,2 Prozent) erreicht. Auch zwei weitere Accounts von AfD-Politikern befinden sich unter den 15 meistgeteilten Accounts. Auch die AfD-nahe Publikation „Deutschland-Kurier“ (vgl. Schwarz 2020: 38) ist vertreten, ebenso wie vier

Tabelle 3: Am häufigsten geteilte Accounts: Facebook

Account	Shares	%	Posts
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	9.128	6,22	3
Boris Reitschuster	7.777	5,30	10
Forschungsprojekt AfD-Pegida-Tier	4.659	3,17	4
Deutschland Kurier	4.439	3,02	10
Tichys Einblick	3.822	2,60	10
Nationalrat Roger Köppel	3.050	2,08	5
Gerald G. Grosz	2.982	2,03	6
Neverforgetniki	2.795	1,90	5
Der Postillon	2.469	1,68	5
Wissen Du Da – Igendwann kommt die wahrheit ans licht	2.419	1,65	3
Tim K.	2.395	1,63	3
Gottfried Curio	2.361	1,61	3
Robert Farle	2.269	1,55	1
Bayernpartei	2.151	1,47	2
Eric Flügge	2.151	1,47	1

Hervorhebung = mind. 1 x Desinformation/Misinformation/Deflektion in den Top 200 der Posts nach Shares

weitere „alternative Medien“. 11 von 15 der meistgeteilten Accounts haben mindestens einen Post mit einem problematischen Narrativ geteilt. Erst auf Platz 19 der kumulierten Shares ist mit „ZDF Heute“ ein Nachrichtenmedium vertreten.

Bei Instagram ist im Vergleich zu Twitter und Facebook eine Dominanz der followerstarken großen Nachrichtenmedien zu beobachten. Die Tagesschau erreicht mit 6 Posts mehr als 400.000 Likes, rund ein Viertel der Gesamtsumme aller Accounts. Platz 15 der deutschsprachigen Accounts belegt Boris Reitschuster, der Betreiber eines alternativen Mediums. Er erreicht lediglich 15.213 Likes, einen Bruchteil der Tagesschau-Resonanz. Reitschuster ist in den Top 15 der Einzige, dem ein problematisches Narrativ zugeordnet wurde.

7 Meistverbreitete Postings: Narrative und Akteure im Vergleich

Der geringere Anteil von Desinformation, Misinformation und Deflektion bei Instagram zeigt sich auch bei der Betrachtung der Verteilung der

Tabelle 4: Häufigkeit der Narrative

Narrativ	Posts Facebook	Twitter	Instagram
Illerkirchberg	26	11	1
Gefundene Waffen	16	3	0
Deepstate	0	0	0
Opposition beseitigen	23	7	0
Sozialismus	1	0	0
Rollator, Rentner und Senioren	38	18	1
PR-Inszenierung	35	7	0
Keine Gleichbehandlung	3	2	1

(In den Top-100-Beiträgen nach Shares/Retweets und Quotes, Likes)

Narrative in den jeweils 100 meistgeteilten einzelnen Postings der Plattformen (nach Reposts, Shares, Likes). Bei Facebook beträgt der Anteil an Des-, Mis- und Malinformation in den Top-100-Posts 59 Prozent. Bei Twitter ist er mit 38 Prozent zwar deutlich geringer, aber im Vergleich zu Instagram, wo der Anteil an Des- und Misinformation sowie Deflektion bei nur 3 Prozent liegt, immer noch sehr ausgeprägt.

Die Betrachtung dieser Top-100-Posts nach Shares zeigt, dass bei Facebook und Instagram das „Rentner“-Narrativ am häufigsten transportiert wird. Auf Facebook wird der Vorwurf der PR-Inszenierung fast genauso häufig vorgebracht, gefolgt vom „Illerkirchberg“-Narrativ. Auf Twitter taucht in den Top-100-Posts „Illerkirchberg“ häufiger als der PR-Vorwurf auf.

Aufgrund der zuvor beobachteten Häufung von Accounts alternativer Medien und von Vertretern der Partei AfD wurde zusätzlich der Anteil dieser Accounts an den 100 am meisten verbreiteten Postings ausgewertet.

Tabelle 5: Top 100 Postings: Anteil Desinformation

Top 100 nach Repost	Facebook	Twitter
Beiträge mit Des-, Misinformations- oder Deflektionsnarrativ	59	38
... davon AfD	21	9
... davon alternative Medien	19	12

8 Schlussbetrachtung

Inhaltlich zeigt sich, dass bei der Analyse von Social-Media-Reaktionen auf die Reichsbürger-Ermittlungen der Bundesanwaltschaft Postings mit unterschiedlichen Des-, Misinformations- und Deflektionsnarrativen bei Facebook und in geringerem Maße bei Twitter eine große Menge an Reposts und damit mutmaßlich eine entsprechende Reichweite erreicht haben. Klassische Nachrichten-

medien erzielen im Vergleich insgesamt weniger Shares pro Account. Beiträge von alternativen Medien und AfD-Politikern werden deutlich häufiger geteilt, wobei sie in auffälligem Maße problematische Narrative transportieren. Die Spitzengruppe der Akteure nach Shares ist bei den betrachteten Plattformen dabei nicht identisch, sondern unterscheidet sich merklich. Lediglich ein Akteur (Boris Reitschuster, der Betreiber des gleichnamigen alternativen Mediums) ist auf allen drei Plattformen unter den Top-100-Posts vertreten.

Neben der Frage nach den Gründen für die unterschiedliche Zusammensetzung der Spitzen-

gruppen bei Twitter und Facebook wäre zu untersuchen, ob bestimmte Accounts als Scharniere zwischen den Plattformen fungieren sowie auf welche externen Websites verlinkt wurde. Für die Plattform Instagram ist zu prüfen, ob statt der Analyse von Beiträgen und deren Likes ein anderes Verfahren zielführender wäre. Aufgrund der beobachteten hohen Followerzahlen und Sharing-Reichweiten einzelner Beiträge von Facebook-Seiten, die sich im Wesentlichen fremder Inhalte bedienen, wäre zu diskutieren, ob diese als „Aggregator-Accounts“ auch ohne eigenen Content Merkmale (einer Subkategorie) alternativer Medien erfüllen.

9 Literaturverzeichnis

- Bock, J., L. Krug & F. Feyder 2022: „Großeinsatz in Baden-Württemberg: Razzien gegen Reichsbürger und Corona-Leugner“. Stuttgarter Nachrichten. <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.baden-wuerttemberg-razzien-gegen-reichsbuerger-und-corona-leugner.5b89b558-7fa8-433e-8f08-352bca0d4641.html> [Zugriff: 13. Juli 2023].
- Bolt, N. & L. Haiden, 2019: „Improving NATO Strategic Communication Terminology“. Riga: NATO StratCom Centre of Excellence. <https://stratcomcoe.org/publications/improving-nato-strategic-communications-terminology/80> [Zugriff: 25. Oktober 2023].
- Bundtzen, S. & P. Matlach, 2023: Die Grünen als Feindbilder während der Gaspreiskrise 2022. Zweite methodische Exploration im Projekt NOTORIOUS. https://notorious.leibniz-hbi.de/wp-content/uploads/2023/08/2023-08-15-NOTORIOUS_Dokumentation2.pdf [Zugriff: 30. Oktober 2023].
- Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, 2022: Festnahmen von 25 mutmaßlichen Mitgliedern und Unterstützern einer terroristischen Vereinigung sowie Durchsuchungsmaßnahmen in elf Bundesländern bei insgesamt 52 Beschuldigten. <https://www.generalbundesanwalt.de/Shared-Docs/Pressemitteilungen/DE/2022/Pressemitteilung-vom-07-12-2022.html> [Zugriff: 13. Juli 2022].
- Deutscher Bundestag (Hrsg.), 2023: Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 9. Oktober 2023 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. Drucksache 20/8347. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/083/2008347.pdf> [Zugriff: 25. Oktober 2023].
- Fischermann, T., C. Fuchs, A. Geisler, J. Grunert, Y. Musharbash, C. Schmidt, M. Steinhagen, A. Hoepfner & A. Ehmman, 2023: „Countdown zum Umsturz“. Die Zeit. <https://www.zeit.de/2023/19/reichsbuerger-umsturzplaene-prinz-reuss> [Zugriff: 13. Juli 2022].
- Holt, K., T. Ustad Figenschou & L. Frischlich, 2019: „Key Dimensions of Alternative News Media“. Digital Journalism 7.7: 860–869. DOI: [10.1080/21670811.2019.1625715](https://doi.org/10.1080/21670811.2019.1625715).
- Kraetzer, U., A. Dinger, I. Naber & U. Müller, 2022: „Razzia gegen ‚Reichsbürger‘: Pläne zum gewaltsamen Umsturz der Regierung“. Welt. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article242538041/Razzia-gegen-Reichsbuerger-Plaene-zum-gewaltsamen-Umsturz-der-Regierung.html> [Zugriff: 30. Oktober 2022].
- N. N., 2022: „Münch: ‚Wir wussten, dass es Planungen gibt.“ ZDF.de. <https://www.zdf.de/uri/60d366c3-6700-4c9d-8d49-ff51116dceca> [Zugriff: 30. Oktober 2023].
- Robel, S. & W. Wiedmann-Schmidt, 2023: „Mutmaßliche Umstürzler um Heinrich XIII. Prinz Reuß: Mehr als 360 Schusswaffen bei ‚Reichsbürger‘ gefunden“. Der Spiegel. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/heinrich-xiii-prinz-reuss-mehr-als-360-schusswaffen-bei-reichsbuergern-gefunden-a-66af3f81-8f7e-47e8-81fe-79ef95c89574> [Zugriff: 30. Dezember 2023].
- Schwarz, K., 2020: Hasskrieger. Der neue globale Rechtsextremismus. Freiburg im Breisgau: Herder.

Simon, F., P.N. Howard & R.K. Nielsen, 2020: „Types, sources, and claims of COVID-19 misinformation“. Reuters Institute for the Study of Journalism. <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/types-sources-and-claims-covid-19-misinformation> [Zugriff: 30. Oktober 2023].

Wardle, C., 2017: „Fake news. It’s complicated“. First Draft. <https://firstdraftnews.org/latest/fake-news-complicated/> [Zugriff: 19. Januar 2022].

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis Kapitel 11

Abbildung 1:	Zeitliche Verteilung der Tweets und Retweets mit den Keywords: „illerkirch“ oder „messerattacke“	134
Abbildung 2:	Der Twitter-Datensatz wurde nach dem Textinhalt „Die würden nicht mal das Rathaus von San Marino einnehmen!“ gefiltert	134
Abbildung 3:	Erfolgreichster Instagram-Beitrag, in dem die Keywords „illerkirch“ oder „messerattacke“ vorkommen	135
Tabelle 1:	Anzahl Postings mit den Keywords der identifizierten Narrative	133
Tabelle 2:	Am häufigsten geteilte Accounts: Twitter	137
Tabelle 3:	Am häufigsten geteilte Accounts: Facebook	137
Tabelle 4:	Häufigkeit der Narrative	138
Tabelle 5:	Top 100 Postings: Anteil Desinformation	138

Kapitel 12

Neue Extremismusformen, entideologisierte Verschwörungstheorien und ihre besondere Beziehung zu den sozialen Medien

Oliver Drewes

1 Einleitung

Die Covid-19-Pandemie brachte neben den vielfältigsten Falschinformationen auch eine schiefe Anzahl verschiedenster Verschwörungstheorien in die politische Öffentlichkeit, die für Verwirrung sorgten und z. T. auch eine Radikalisierung von Protestbewegungen unterstützten. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern bemerkten die Sicherheitsbehörden im Monitoring des sich teilweise radikalierenden Protestgeschehens die Virulenz von Verschwörungstheorien als nahezu durchgehendem Bestandteil der Ressentiments. Dabei fiel ihnen auf, dass die Protestbewegungen sich ideologisch nicht leicht verorten ließen und bisherige Kategorien für das Extremismusmonitoring nicht (mehr) adäquat zu sein schienen, um das sich ergebene Bild beurteilen zu können. So führten die deutschen Verfassungsschutzämter (ÄfV) den neuen Extremismusphänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ ein, der dänische PET (2022) spricht von „Anti-Establishment-Extremismus“, der öster-

reichische DSN (bis 2021 BVT) spricht von „staatsfeindlichen Verbindungen“ (DSN 2022) und der niederländische AIVD (2023) von „anti-institutionellem Extremismus“. Weitere Beispiele für neue Extremismusphänomene ähnlicher Art lassen sich laut den jeweiligen Nachrichtendiensten auch in anderen europäischen Ländern beobachten¹.

Transnational wird im Zuge der Protestbewegungen die Prävalenz von Verschwörungstheorien als ein herausragendes Merkmal einer neuartigen politischen Bewegung benannt: „Verschwörungstheorien sind ein nahezu durchgängig festzustellendes Phänomen und haben eine erhebliche katalysatorische Wirkung“ (BfV 2022a). Zwar sind Verschwörungstheorien kein neuartiges Phänomen, sondern begleiten die Menschheit schon seit Jahrhunderten (Butter 2018: 133 ff.; Caumanns 2001), allerdings entfaltet sich neuerdings eine Form von Verschwörungstheorien, die sich ideologisch viel offener, ungebundener und unpräziser formuliert und auf besondere Weise von den Netzwerkstrukturen der sozialen Medien profitiert.

1 So benennen auch die Inlandsgeheimdienste von Belgien, der Schweiz und von Schweden die Neu- bzw. Andersartigkeit der sich radikalierenden Teile der Protestbewegungen im Kontext der Pandemie.

Im Folgenden wird dem Phänomen der entideologisierten Verschwörungstheorien, die virulenter und essenzieller Teil neuartiger politischer Radikalisierungs- und Extremismusphänomene zu sein scheinen, auf den Grund gegangen und mit den Funktionsweisen der sozialen Medien verbunden. Letztere spielen für die diskursive Kraft der entideologisierten Verschwörungstheorien eine zentrale Rolle.

2 Entideologisierte Verschwörungstheorien

Im Kontext politischer Radikalisierungsphänomene fungieren Verschwörungstheorien oftmals als identitätsstrukturierendes Element, um Freund- und Feindbilder narrativ zu entwerfen (Lee 2020). In der Folge wirken Verschwörungstheorien als Radikalisierungsbeschleuniger (Barlett & Miller 2010). Dabei weisen die politischen Ränder und vor allem populistische und extremistische Einstellungen besondere Nähe zu Verschwörungstheorien auf (Imhoff et al. 2022; van Prooijen 2018: 65 ff.). Verschwörungstheorien harmonisieren durch ihre Feindseligkeit und den Entwurf einer strikt nach Gut und Böse sortierten Gesellschaft mit extremistischen Einstellungen. Dabei ist allerdings strittig, ob gleichermaßen oder mehr in die rechte oder linke Richtung (Thórisdóttir et al. 2020: 306 ff.). Entsprechend werden die Rollen der Opfer der Verschwörung und mehr noch die der Verschwörer im Kontext der Ideologie² zugeschrieben. Entlang der Ethnie wie im Rechtsextremismus, entlang der Klassenzugehörigkeit wie im Linksextremismus oder entlang der Religionszugehörigkeit wie im religiösen Fundamentalismus werden u. a. mithilfe von Verschwörungstheorien In- und Outgroups definiert.

Klassischerweise drücken Ideologien im Allgemeinen eine Reihe von Annahmen über die so-

ziale Wirklichkeit aus, die sich in der Folge auch in Verschwörungstheorien widerspiegeln. So artikulieren Ideologien priorisierte Wertvorstellungen, formulieren eine politische Zielvision und machen Annahmen über primäre sozial konstitutive Handlungsmotive oder -mechanismen wie etwa Sozialdarwinismus oder Unterdrückungsstrukturen (Arzheimer 2009). Rassistisch motivierte und antisemitische Verschwörungstheorien begründen bspw. ein inegalitäres und sozialdarwinistisches Weltbild von Rechtsextremisten (Byington 2019).

Oftmals werden Verschwörungstheorien mit solchen Feindbildern bestückt, die die eigene politische Agenda, sprich Ideologie, unterstützen und rechtfertigen. Im Kontrast zu Verschwörungstheorien, die bspw. aus linksextremistischem Hintergrund eine kapitalistische Finanzelite als Feindbild ausmachen, lassen Verschwörungstheorien über eine vermeintliche von Bill Gates orchestrierte Chipimpfung nicht direkt auf eine politische Haltung oder Agenda im ideologischen Sinne schließen. Weder steht Bill Gates über die verschiedenen kursierenden Verschwörungstheorien hinweg kohärent und selbst oder repräsentativ für eine bestimmte Ethnie, noch für eine Religion oder Klassenstruktur. Die Unbestimmtheit der ideologischen Hintergründe von Verschwörungstheorien führte bspw. dazu, dass die gleiche Verschwörungstheorie über den das globale Wirtschaftssystem unterwerfenden Great Reset in den USA als Teil einer sozialistischen Bedrohung gerahmt wurde und in Europa eher als neoliberale Gefahr (Klühspies & Kagermeier 2021). Es muss hier also eine funktionsbezogene grundlegende Prämisse derartiger Verschwörungstheorien geben, die eine unterschiedliche Deutung, Verwendung und Ausgestaltung von Verschwörungstheorien ermöglicht.

2 Eine Ideologie meint in diesem Zusammenhang ein politisches Ideen- und Wertesystem bzw. eine Weltanschauung mit einer Zielperspektive.

Wenn nun weder die Verschwörungstheorie selbst noch die sie verbreitenden Akteure ein ideologisches Motiv im politischen Sinne einfügen, wie im Falle der Protestbewegungen während der Pandemie, reduziert sich die Verschwörungstheorie auf ihr metaphysisches Minimum. Sie besteht dann nur (noch) aus der Trias der Annahmen von „Nichts ist, wie es scheint“, „Alles ist miteinander verbunden“ und „Alles ist möglich“ (Barkun 2006: 3 f.). Die Formulierung von Verschwörungstheorien, die die böswilligen Verschwörer in ihrer Narration nicht in ein ideologisches Korsett einfügt, löst sich von jeglichen politischen Normvorstellungen, weil lediglich die Verschwörung alleinig angenommen wird und das entsprechende Feindbild unkontextualisiert definiert wird. Dabei wird dann nicht oder zumindest nicht direkt auf einen politischen Soll-Zustand hingewiesen, sondern nur die Feindseligkeit gegenüber der verschwörerischen Gruppe (die WHO, die Bundesregierung etc.) artikuliert und entsprechend zum Widerstand oder z. T. auch zu Gewalt aufgerufen. Wirre Verschwörungstheorien eines Impf-Genozids oder einer Massenüberwachung wurden kaum in den Kontext eines politischen Programms gestellt, sondern verblieben größtenteils in der Negativität, sprich der Ablehnung von politischen Maßnahmen (hierzu ausführlich Amlinger & Nachtwey 2022). Eine inhaltlich programmatische Initiative wurde der Artikulation solcher Verschwörungstheorien kaum angeschlossen. Stellenweise sind zwar Überschneidungen oder Kontakte in rechtsextreme Deutungsräume zu bemerken gewesen, eine Differenzierung durch die Sicherheitsbehörden wird aber beibehalten (BfV 2022b: 120 f.). Der politische Normativitätsverlust von Verschwörungstheorien bzw. die mangelnde ideologische Einbettung ist

bemerkenswert, sollte man doch annehmen, dass Menschen immer bewusst oder unbewusst normative Weltbilder in sich tragen³, vor allem wenn sie sich politisch äußern.

Das schien im Falle der Protestbewegungen während der Covid-19-Pandemie kaum der Fall zu sein. Mit der Artikulation und Verbreitung von Verschwörungstheorien wurde kaum eine Verbindung mit einem ideologischen Programm im Sinne einer bestimmten politischen Utopie aufgebaut (hierzu ausführlich Amlinger & Nachtwey 2022: 239 f.). Eben dieses Fehlen einer politischen Vision, die sich als verfassungsfeindlich hätte beurteilen lassen können, brachte das BfV dazu, einen neuen Extremismusphänomenbereich zu eröffnen und auf die ideologische Offenheit hinzuweisen: „Ein systempolitischer Gegenentwurf, wie etwa das Modell des autokratischen Führungsprinzips im Rechtsextremismus, hinter dem sich die Szene vereinen könnte, besteht hingegen nicht. Vielmehr erschöpft sich der Konsens bereits in der fundamentalen Ablehnung des bestehenden Systems“ (BfV 2022b: 118).⁴ Wenn einer politischen Vision eine Alternative zum politischen System fehlt, sondern sich die Ressentiments lediglich aus einer Ablehnungshaltung gegenüber politischen Prozessen oder Institutionen speisen, bedeutet das, dass die potenzielle Menge an Menschen, die sich gemeinsam in ihrer Ablehnungshaltung formieren und mittels entideologierter Verschwörungstheorien radikalisieren, kaum zu erfassen ist. Der niederländische Inlandsgeheimdienst AIVD hat dies zum Anlass genommen, gegenüber dem neuartigen Radikalisierungsphänomen des „anti-institutionellen Extremismus“ (das der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ in Deutschland sehr ähnelt) zu bemerken, dass die-

3 Z.B. zeigen Hannah Arendt (2020) oder Karl Mannheim (2013), dass politisches Denken und Handeln eng mit ideologischen bzw. normativen Vorstellungen zusammenhängen.

4 Daher ergibt die Rede von Verschwörungsideologien in diesem Fall keinen Sinn. Sie artikulieren eben keine Normativität, Zielvorstellungen oder politischen Handlungsstrategien. Sofern es um das sture Festhalten an holistisch argumentierenden Verschwörungstheorien geht, ist die Rede von einem Dogma oder Fanatismus unter Umständen angemessener.

ser „derzeit die toleranteste und umfassendste extremistische Bewegung ist, teilweise aufgrund der Vielseitigkeit des Narrativs über eine ‚böse Elite‘ und des Fehlens eines gemeinsamen Ziels. Dies bedeutet auch, dass diese Bewegung wahrscheinlich das größte Wachstumspotenzial hat“ (eigene Übersetzung AIVD 2023: 28). Dementsprechend ist das Potenzial der breiten Dissemination radikalierungsbegünstigender Verschwörungstheorien nicht trotz ihrer mangelnden ideologischen Ausgestaltung und Konnotation hoch, sondern genau deswegen.

Die Loslösung von politischer Normativität und der mangelnden Artikulation von konkreten Zielvorstellungen hat Konsequenzen. Entideologisierte Verschwörungstheorien dienen nicht der Rechtfertigung und narrativen Ausgestaltung einer bestimmten Ideologie wie bspw. Rechtsextremismus, sondern sind Ausdruck einer reinen Ablehnungshaltung. Diese ist aber mit dem Extremismuskonzept nur schwer erfassbar, weil es die Verfassungsfeindlichkeit aus der Verfassungsinkompatibilität der jeweiligen politischen Zielvorstellung herleitet (Hansen 2023: 65 f.). Daraus ergibt sich nicht nur akademisch die Frage nach dem analytischen Zusammenhang von Systemablehnung und Extremismus, sondern das stellt Sicherheitsbehörden vor die Herausforderung, die eigenen Maßstäbe und Methoden des Extremismusmonitorings überdenken zu müssen. Im Falle dessen, was durch die ÄfV als „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ erfasst wird, basieren die potenziell extremistischen Ressentiments auf der Reaktanz gegenüber staatlicher Aktivität, sodass demokratische Institutionen und Prozesse angegriffen werden (Hansen 2023: 37). Nur ist die Verfassungsfeindlichkeit einer Ablehnungshaltung schwieriger zu erfassen, zu beurteilen und zu bekämpfen als die von klar verfassungsfeindlichen Ideologien, weil Kritik, Ablehnung und Delegitimierung zunächst grundgesetzlich verbrieft Rechte sind (Han-

sen 2023: 37; Heusch & Schönenbroicher 2022). Systemverachtung, die auf entideologisierten Verschwörungstheorien basiert, ist schwer eindeutig als verfassungsfeindlich einzuordnen, weil der Glaube an Verschwörungstheorien grundsätzlich zunächst legitim ist. Es ist logisch nur konsequent, wenn Menschen in ihrem Verschwörungsglauben in eine systemverachtende Haltung finden. Wo aber ist die Schwelle zwischen demokratisch zu akzeptierenden Verschwörungsglauben und Extremismus? Hier gilt es, genaue und distinktive Kriterien zur Bemessung von legitimen, wenn auch skurrilen entideologisierten Verschwörungstheorien in Abgrenzung von klar extremistischen Ideologien (und deren Verschwörungstheorien) bereitzustellen.

3 Soziale Medien

Die sozialen Medien als Einflussfaktor auf politische Diskurse und Radikalisierungsphänomene haben sowohl gesellschaftlich als auch wissenschaftlich in den letzten Jahren sehr viel Aufmerksamkeit erfahren und stehen zweifelsfrei in engem Zusammenhang mit zahlreichen politischen Entwicklungen. Die zusätzlich zum analogen Leben ermöglichte schnellere, diversere und größere Netzworlbildung durch die sozialen Medien hat die Verbreitung von Verschwörungstheorien begünstigt (Mortimer 2017; Monaci 2021). Oft war und ist im wissenschaftlichen wie im öffentlichen Diskurs die Rede von Echokammern und Filterblasen, die durch die sozialen Medien entstehen oder gefördert werden können (hierzu bspw. Putnam 2000). Zwar unterstützen die sozialen Medien die Verbreitung von Verschwörungstheorien, aber die besondere Förderung von Echokammern bleibt empirisch fragwürdig und lässt sich nicht vollends bestätigen (siehe überblicksartig Barberá 2020). Zu groß ist die Auseinandersetzung mit divergierenden oder zumindest nicht identischen Meinungen (Gil de Zúñiga & Valenzuela 2011). Die Affirmation der eigenen Meinung

kann hingegen umso einfacher gegeben sein, je weniger ideologisch präzise und verortbar die präsentierten Informationen in den sozialen Medien sind. Das heißt, dass nicht nur eine ideologisch homogene Menge an Informationen, die durch Filterblasen bereitgestellt wird, Radikalisierungsprozesse unterstützen kann, sondern auch der Umstand, dass die präsentierten Informationen und Narrative sich in ideologischer Aufladung und Konnotation zurückhalten. So können bspw. Verschwörungstheorien, die lediglich davon sprechen, dass das Bargeld zugunsten der Überwachung und Kontrolle privater Finanztransaktionsströme abgeschafft werden soll, Menschen aller Couleur ansprechen und nicht nur ein bestimmtes ideologisches Milieu. Vor allem eine protagonistische Ellipse innerhalb der Verschwörungstheorie, die keine Aussagen über etwaige Verschwörer oder ein Feindbild macht, sorgt für eine Möglichkeit der breiteren Rezeption und bietet gewissermaßen ein Basisrezept, um die weitere Ausgestaltung der Verschwörungstheorie selbst vorzunehmen. Die Diversität von Gruppen und Kanälen, z. B. auf Telegram, ermöglicht, dass sich Individuen denjenigen Kanälen anschließen, die für sie ansprechende, passende oder interessante Anschlussersählungen bieten.

Während der Pandemie verbreitete sich die Verschwörungstheorie der Chipimpfung relativ weit. Doch wer genau und mit welchem Ziel hinter der Impfkampagne steckte, differenzierte sich sehr schnell in den verschiedenen Kanälen auf Telegram aus. Rechtsextreme Kreise sprechen von einem Genozid an der weißen Rasse, während esoterische Kanäle von Gedankenkontrolle und Fernsteuerung sprachen. Mit den verschiedenen genaueren Informationen, narrativen Ausgestaltungen und Deutungsangeboten werden die sozialen Medien sprichwörtlich zu einem Buffet, an dem Menschen sich individuell entsprechend ihren Bedürfnissen oder ihren Interessen weiter orientieren können. Diese Möglichkeit der indi-

viduellen Radikalisierung ermöglicht, dass größere Überschneidungen in ideologischen Fragen nicht gebraucht werden, wenn der Basiskonsens über die Verschwörung in der Impfkampagne das hauptsächlich mobilisierende Motiv ist. Damit wird die vielseitig beobachtete und kommentierte „Querfront“ (Linden 2021; Esslinger 2020; Markwardt 2020) auf den Demonstrationen dadurch möglich, dass es nur noch ein Minimum als Mobilisierungsfaktor gibt: die (radikale) Ablehnungshaltung staatlicher Aktivitäten, Institutionen oder Prozesse. Ablehnung bedarf anders als ein plädierender Wille keiner spezifischerer Ausgestaltung. Die genaue Begründung für eine Ablehnungshaltung ist in gemeinsamen Mobilisierungsräumen wie den sozialen Medien und schließlich auf der Straße von nachrangiger Bedeutung.

4 *Das digitale Buffet an Verschwörungstheorien*

In der Beobachtung der Radikalisierungsdynamiken in den sozialen Medien ist den Sicherheitsbehörden in mehreren Ländern, die das Problem sich verbreitender Verschwörungstheorien erkannt haben, die diffuse und neuartige Art der Radikalisierungsweisen aufgefallen. So ist die Rede von „Copy-Paste-Ideologie“ (NCTV 2023: 40), „Baukastensystem“ (LfV-MV 2021: 16), „Bastelarbeit“ (LfV-NRW 2021: 18) oder „salad bar ideology“ (VSSE 2023: 19). Die sozialen Medien sind hierbei der Raum, in dem der Prozess des Ausschneidens und (Neu)zusammensetzens stattfindet. Insofern sind sie nicht mehr nur Radikalisierungsbeschleuniger (Schlegel 2018; Kadivar 2017; Meleagrou-Hitchens & Kaderbhai 2017), sondern sie sind mediale Bedingung für eine neuartige Radikalisierungsweise, die sich in dem wiederfindet, was die deutschen ÄfV unter „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ erfassen.

Während sich in der Vergangenheit Menschen ideologischen Interpretations- und Handlungsangeboten angeschlossen haben und die eigene Meinung entsprechend weiterentwickelt haben, dreht sich die Reihenfolge von Radikalisierung neuerdings um. Die eigenen emotionalen, politischen und sozialen Prädispositionen bilden die Grundlage einer individualisierten Radikalisierung entlang entideologischer Verschwörungstheorien. Personen schließen sich keiner extremistischen Ideologie an, sondern sie bilden aus sich selbst heraus eine Systemablehnung, die extremistische Züge annimmt, ohne auf Ideologeme zurückgreifen zu müssen. Insofern wird das Ich nicht im Zusammenspiel mit einer Ideologie gegen die Verfassung in Stellung gebracht, sondern nur noch das Ich gegen den Staat. Die Ideologie verliert die Rolle, die sie bisher in bekannten Radikalisierungsprozessen noch besaß.

Der Ort hierfür sind die sozialen Medien, in denen, anders als im analogen sozialen Raum, mit höherer Dynamik und niedrigeren Schwellen zwischen Informationen und Meinungsblasen gewechselt werden kann und Informationen beliebig zusammengesetzt werden können. Das LfV-NRW spricht passend in einem „Sonderbericht zu Verschwörungsmethoden und Corona-Leugnern“ von einer „postmoderne[n] Bricolage“ (2021: 18) und bezieht dieses Verhalten auf soziologische Bedingungen und Verhaltensweisen im Sinne eines bestimmten Zeitgeists. Die Individualisierung von Radikalisierungsprozessen als ein der Postmoderne entsprechendes Phänomen findet sich entsprechend der transnationalen Entwicklungstendenz westlicher Gesellschaften auch z. B. in Österreich wieder, wo das BVT (heute DSN) die Protestbewegungen der Covid-19-Pandemie bereits als postmoderne Bewegung charakterisierte (BVT 2021: 69) und damit in den größeren Zusammenhang grundlegender sozialer Denk- und Handlungsformen stellte.

5 Fazit

Verschwörungstheorien sind keine Neuheit und auch ihr Potenzial, vor allem in den sozialen Medien Radikalisierungsprozesse zu unterstützen und zu extremistischen Positionen zu führen, sind ein bekanntes Muster. Mit dem Aufkeimen einer neuen Form des Extremismus, die in mehreren Ländern von Sicherheitsbehörden ausgemacht wurde und in Deutschland von den ÄfV durch die „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ beschrieben und erfasst wird, gehen aber auch veränderte Funktionsweisen der Bestandteile solcher Phänomene einher – irgendwo muss sich die Neuartigkeit selbstredend manifestieren.

In Bezug auf Verschwörungstheorien lässt sich bemerken, dass diese nicht, wie in bisher bekannten Extremismusformen, mit ideologischen Codes oder gängigen Feindbildkategorien wie Religionszugehörigkeit, Ethnie, Nation oder Klasse agieren, sondern die Verwendung solcher Kategorien und Codes vermeiden. Sie ziehen sich auf ihr metaphysisches Minimum zurück und sprechen nur noch von einer Verschwörung. Wer dahintersteckt und vor allem mit welchem Motiv, ist variabel und offengelassen. Während der Pandemie wurden zahlreiche Verschwörungstheorien aufgestellt, die hinter der Impfkampagne und den zahlreichen politischen Maßnahmen finstere Pläne vermuteten. Aber ob Bill Gates, das Weltwirtschaftsforum, die Bundesregierung, die CIA oder China hinter diesen Absichten agieren und die Fäden in der Hand haben, wurde breit und in individueller Präferenz selbstständig ausformuliert, weiterentwickelt und ggf. zurück in den Äther der sozialen Medien gegeben.

Damit gestalten sich manche Verschwörungstheorien entideologisiert und werden nicht mehr in ein politisches Programm eingebettet, das auf ein Ziel hinargumentiert oder abzielt. Das hat den Effekt, dass eine breite Masse an Menschen, die

grundsätzlich offen für Verschwörungstheorien ist, bereit sein könnte, sich dem Ressentiment, das der Glaube an eine Verschwörung auslösen kann, anzuschließen und ein subversives Potenzial zu entwickeln.

Die sozialen Medien haben einen erheblichen Anteil an der Dissemination solcher entideologisierten Verschwörungstheorien. Sie erlauben eine flexible und schnelle Vernetzung und einen Austausch, der aufgrund der Oberflächlichkeit und Wahlfreiheit der Interaktionspartner nicht so schnell wie analoge soziale Begegnungen in das Risiko gerät, Aussagen über weitergehende Vorstellungen zu machen. Zudem stellen die sozialen Medien Menschen diversere und mehr Informationen und Meinungen gegenüber als die analoge soziale Umwelt (Barberá 2020: 39). Damit sind die sozialen Medien ein digitales Buffet von verschwörungstheoretischen Versatzstücken, die beliebig gewählt werden können und entsprechend den eigenen Präferenzen angenommen werden können.

Abschließend werden exemplarisch einige entideologisierte Verschwörungstheorien aufgeführt. Sie können beliebig mit Feindbildern und Motivlagen ausformuliert und instrumentalisiert werden. In ihrer Grundkonstitution sind sie daher hochgradig anschlussfähig an diverse Ressentiments.

- **Geburtenkontrolle durch Chemtrails:** Mit Flugzeugen aller Art werden am Himmel Chemtrails versprüht, die mit chemischen Substanzen angereichert sind, die in der Lage sind und den Zweck haben, Menschen dadurch zu sterilisieren, dass sie die verseuchte Luft atmen. Dadurch soll eine Geburtenkontrolle erreicht werden oder die Bevölkerung dezimiert werden.
- **Die 15-Minuten-Stadt:** Während die stadtplanerische Idee beinhaltet, dass Menschen alle für ihren Alltag relevanten Orte zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb von 15 Minuten erreichen können, verbreitete sich z. B. auf Telegram die Verschwörungstheorie, dass „die Regierung“ innerhalb von Städten Distrikte einrichten will. Diese Distrikte darf man nicht für mehr als 15 Minuten verlassen oder sie sind innerhalb von 15 Minuten durchquert (da ist man sich offenbar noch nicht ganz sicher, was die Verschwörungsidee angeht). In jedem Fall sollen Menschen kontrolliert und beschränkt werden.
- **Die flache Erde:** In Wahrheit, so manche Verschwörungstheoretiker, sei die Erde gar keine Kugel, sondern eine Scheibe. Alle Regierungen der Welt wollen vor der Weltbevölkerung [beliebiges Artefakt] verstecken und arbeiten daher verschwörerisch zusammen und verbreiten die Lüge einer runden Erde.

6 Literaturverzeichnis

- AIVD – Algemene Inlichtingen- en Veiligheidsdienst, 2023: Anti-instituioneel-extremisme in Nederland. Een ernstige dreiging voor de democratische rechtsorde? Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties. Amsterdam.
- Amlinger, C. & O. Nachtwey, 2022: Gekränkte Freiheit – Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin: Suhrkamp.
- Arendt, H., 2020: Vita activa oder Vom tätigen Leben. München: Piper ebooks.
- Arzheimer, K., 2009: „Ideologien“. In: V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie – Ein Studienbuch*. Wiesbaden: Springer VS. 83–108.
- Barberá, P., 2020: „Social media, echo chambers, and political polarization“. In: N. Persily & J. Tucker (Hrsg.), *Social media and democracy: The state of the field, prospects for reform*. Cambridge: Cambridge University Press. 34–55.
- Barkun, M., 2006: *A culture of conspiracy: Apocalyptic visions in contemporary America*. London: University of California Press.
- Bartlett, J. & C. Miller, 2010: *The power of unreason conspiracy theories, extremism and counterterrorism*. London: Demos.
- BfV – Bundesamt für Verfassungsschutz, 2022a: Neuer Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2021/2021-04-29-querdenker.html> [Zugriff: 4. Januar 2023].
- BfV – Bundesamt für Verfassungsschutz, 2022b: *Verfassungsschutzbericht 2022*. Berlin: Bundesministerium des Innern und für Heimat.
- BVT – Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, 2020: *Verfassungsschutzbericht 2020*. Wien: Bundesministerium des Inneren.
- Butter, M., 2018: *Nichts ist wie es scheint – Über Verschwörungstheorien*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Byington, B., 2019: „Antisemitic Conspiracy Theories and Violent Extremism on the Far Right: a Public Health Approach to Counter-Radicalization“. *Journal of Contemporary Antisemitism*, 2.1: 1–18.
- Caumanns, U. & M. Niendorf, 2001: *Raum und Zeit, Mensch und Methode – Überlegungen zum Phänomen der Verschwörungstheorie*. In: ders. (Hrsg.), *Verschwörungstheorien: anthropologische Konstanten-historische Varianten*. Osnabrück: fibre.
- DSN – Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst, 2022: *Verfassungsschutzbericht 2022*. Wien: Bundesministerium für Inneres.
- Esslinger, D., 2020: Um die Zweifler lohnt es sich zu kämpfen. *Süddeutsche Zeitung* vom 2. August 2020. <https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-demonstrationen-berlin-1.4986330> [Zugriff: 24. Oktober 2023].
- Gil de Zúñiga, H. & S. Valenzuela, 2011: „The mediating path to a stronger citizenship – Online and offline networks, weak ties, and civic engagement“. *Communication Research* 38.3: 397–421.
- Hansen, H., 2023: „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates – Eine Analyse des neuen Phänomenbereichs aus Sicht der Extremismusforschung“. *Jahrbuch für Extremismus- & Terrorismusforschung 2021/2022.1*: 34–68.

- Heusch, A. & K. Schönenbroicher, 2022: „Verfassungsrechtliche Überlegungen zu dem neuen Themenfeld des Verfassungsschutzes ‚Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates‘“. Deutsches Verwaltungsblatt Nr. 19, 2022: 1113–1117.
- Imhoff, R., F. Zimmer, O. Klein, J. H. António, M. Babinska, A. Bangerter, ... & J. W. van Prooijen, 2022: „Conspiracy mentality and political orientation across 26 countries“. *Nature human behaviour* 6.3: 392–403.
- Kadivar, J., 2017: „Online radicalization and social media: A case study of Daesh“. *International Journal of Digital Television* 8.3: 403–422.
- Klühspies, A. & E. Kagermeier, 2021: #Faktenfuchs: Die Verschwörungstheorie zu The Great Reset. Bayrischer Rundfunk. <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/faktenfuchs-die-verschwörungstheorie-the-great-reset,-SY2OK1r> [Zugriff: 24. Oktober 2023].
- Lee, B., 2020: „Radicalisation and Conspiracy Theories“. In: M. Butter & P. Knight (Hrsg.), *Routledge Handbook Conspiracy Theories*. London: Routledge. 344–356.
- LfV-MV – Landesamt für Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern, 2021: Verfassungsschutzbericht. Schwerin: Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung 2021.
- LfV-NRW – Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, 2021: Sonderbericht zu Verschwörungsmethoden und Corona-Leugnern. Düsseldorf: Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Linden, M., 2021: „Im Bürgerkrieg. Die neuen Querfrontpartisanen“. *Blätter für deutsche und internationale Politik* Nov.: 95–104.
- Mannheim, K., 2013: *Ideology and utopia*. London: Routledge.
- Markwardt, N., 2020: Die Querfront der Verharmlosung. DIE ZEIT online vom 16. Mai 2020. <https://www.zeit.de/kultur/2020-05/corona-demos-berichterstattung-verschwörungstheorien-demokratie-demonstrationen-medien-macht> [Zugriff: 24. Oktober 2023].
- Meleagrou-Hitchens, A. & N. Kaderbhai, 2017: *Research Perspectives on Online Radicalisation: A Literature Review 2006–2016*. VOX-Pol report. London: King’s College London.
- Monaci, S., 2021: „The Pandemic of Conspiracies in the COVID-19 Age: How Twitter Reinforces Online Infodemic“. *Online Journal of Communication and Media Technologies* 11.4: 1–11.
- Mortimer, K., 2017: „Understanding Conspiracy Online: Social Media and the Spread of Suspicious Thinking“. *Dalhousie Journal of Interdisciplinary Management* 13: 1–16.
- NCTV – Nationaal Coördinator Terrorismedebijding en Veiligheid, 2023: Dreigingsbeeld Terrorisme – Nederland 58 Mei. Amsterdam: Ministerie van Justitie en Veiligheid.
- PET – Politiets Efterretningstjeneste, 2022: *Assessment of the Terrorist Threat to Denmark*. Søborg: Center for Terroranalyse.
- Putnam, R. D., 2000: *Bowling Alone: America’s Declining Social Capital*. New York: Simon & Schuster.
- Schlegel, L., 2018: „Online-Radikalisierung. Mythos oder Realität?“. *Konrad-Adenauer-Stiftung, Analysen & Argumente* 314:1–8.

Thórisdóttir, H., S. Mari & A. Krouwel, 2020: „Conspiracy theories, political ideology and political behaviour“. In: M. Butter & P. Knight (Hrsg.), Routledge handbook of conspiracy theories. New York: Routledge. 304–316.

van Prooijen, J. W., 2018: The psychology of conspiracy theories. New York: Routledge.

VSSE – Veiligheid van de Staat – Sûreté de l’Etat, 2022: Intelligence Report 2021–2022. Brüssel: State Security.

Kapitel 13

Inzivile Meinungsbildung durch Superuser in rechten Telegramkanälen

Maximilian Krug

1 Meinungsführerschaft in digitalen Umgebungen

Aktuelle Studien wie von Schulze et al. (2022) oder Greipl et al. (2022) belegen eine deutliche Zunahme von Radikalisierungstendenzen im Zuge der Coronapandemie. Eine der zentralen Triebkräfte diesbezüglich lässt sich in der Onlinekommunikation verorten. So weisen digitale Medien und Plattformen zwar ein hohes deliberatives Potenzial auf (vgl. Papacharissi 2002), wenn Menschen vergleichsweise niedrigschwellig soziale Medien dazu nutzen können, um selbst Meinungen bzw. Nachrichten zu teilen und somit Positionen der Meinungsführerschaft in eigenen Netzwerken zu übernehmen (vgl. Bobkowski 2015). Jedoch kann Meinungsführerschaft auch dazu führen, dass radikale oder demokratiefeindliche Positionen unkritisch vorgestellt und als vertretbar gerahmt werden.

Schäfer & Taddicken (2015) identifizieren drei zentrale Usertypen in sozialen Netzwerken: (1) Inaktive, die zwar registrierter Teil eines Netzwerkes sind, aber keine eigenen Beiträge produzieren, (2) Follower, die aktiv Beiträge rezipieren und kommentieren, sowie (3) Meinungsführer, die zu einem Teil bestimmen, welche

Meinungen in einem Netzwerk zirkulieren bzw. wie aktuelle Nachrichten zu bewerten sind. Jene Online-Meinungsführende können mit Geise (2017: 126) von virtuellen Meinungsführer:innen (z. B. Personen des öffentlichen Lebens) abgegrenzt werden, die ebenfalls „ihren Einfluss medienvermittelt ausüben“. Anders als virtuelle Meinungsführer können Online-Meinungsführer:innen ihre Identität vollständig verschleiern – was tief greifende Auswirkungen auf die Art ihrer Meinungsführerschaft, die diskutierten Inhalte und den Modus der Diskussion hat. So kann in Nachrichtengruppen des Messengerdienstes Telegram beobachtet werden, dass eine Meinungsführerschaft auch dann möglich ist, wenn die Identität der Meinungsführenden für den Kreis der Rezipierenden langfristig unzugänglich bleibt.

Diese Anonymität ist innerhalb der Netzwerke kommunikativ funktional, denn sie ermöglicht es den Diskursteilnehmenden, auch solche Themen zu bearbeiten, die außerhalb des jeweiligen Netzwerkes sozial sanktioniert werden könnten (Rossmann 2010). Auch hier kommt das deliberative Potenzial dieser mediatisierten Kommunikation zum Vorschein, wenn die Auseinandersetzung mit brisanten Themen unterstützt, der

politische Diskurs gefördert und Menschen ermutigt werden, sich über Themen wie Korruption und soziale Ungerechtigkeit auszutauschen. Jedoch wird dieses deliberative Potenzial häufig nicht ausgenutzt, wie Greipl et al. (2022: 58) zeigen. So scheinen Onlineumgebungen mit Gruppenkommunikationsfunktion eher Dissonanz zu vermeiden und eine Meinungshomogenität anzustreben. Das Resultat sind positive Resonanzräume (Kanz 2021), in denen auch radikale Überzeugungen goutiert werden. Hinzu kommt die Beobachtung von Ho & McLeod (2008), dass Anonymität in digitalen Umgebungen dazu führen kann, Hemmungen und Zwänge sozialer Kontrolle abzubauen und sich – so kann angenommen werden – häufiger an demokratisch dysfunktionalen (inzivilen) Diskursen zu beteiligen.

Unklar ist aktuell, welche Rolle Online-Meinungsführer:innen in Plattformen wie Telegram hinsichtlich der Organisation von inzivilen Inhalten übernehmen. Der Fokus des Beitrags liegt deshalb auf Meinungsführer:innen in politisch rechten Gruppierungen, die im Zuge der Coronapandemie in Deutschland politische Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie abgelehnt und zur digitalen Radikalisierung in Deutschland beigetragen haben. Die zu überprüfende Hypothese des Beitrags nimmt an, dass sich inzivile Nachrichtenmerkmale vor allem bei einer kleinen, aber medial stark repräsentierten Gruppe der *Superuser* finden lassen, denen ein Potenzial der Meinungsführerschaft zugeschrieben werden kann. Für andere User lassen sich demnach geringere Grade an Inzivilität erwarten.

2 Inzivilität als Gefahr für die Demokratie

Inzivilität kann bestimmt werden als ein Verhalten, das demokratiefeindliche Positionen vertritt, unwahre Anschuldigungen gegen andere erhebt, Gewalt androht oder billigt und rassistische oder sexistische Stereotypen zur diskursiven De-

legitimierung verwendet. Diese Merkmale inziviler Kommunikation stellen nicht nur eine Bedrohung für demokratische Gesellschaften dar, da sie nicht nur die direkt Betroffenen negativ beeinflussen, sondern auch eine negative Wirkung auf passive Diskussionsteilnehmende (z. B. Follower in einem sozialen Netzwerk) hinsichtlich ihrer demokratischen Einstellungen ausüben können, was wiederum das Ideal der Deliberation untergräbt (Anderson et al. 2014). Aus einer deliberativen Perspektive betrachtet, ist Inzivilität „kategorisch nicht zu tolerieren“ (Kalch & Naab 2017: 399), da sie die Vielfalt der Meinungen in einer Diskussion systematisch einschränkt (Hwang et al. 2008).

Die antidemokratischen Dimensionen der Inzivilität umfassen politische Drohungen wie die Ankündigung von Aufständen, die Planung von Umstürzen, die Forderung nach der Todesstrafe und die Missachtung von Gesetzen oder demokratischen Grundsätzen (Muddiman & Stroud 2017). Damit einher gehen oft delegitimierende Praktiken zur Einschränkung der Meinungsfreiheit anderer (Papacharissi 2004), die Unterstellung oder Andeutung, dass eine Idee, ein Plan oder eine politische Praxis unaufrichtig sei (Coe et al. 2014), oder das Verbreiten von Falschinformationen (Muddiman & Stroud 2017). Inzivilen Verhalten kann sich auch in gewalttätigen Handlungen oder der Billigung solcher Handlungen gegen demokratische Regierungen und deren Vertreter, Minderheiten oder andere Diskursteilnehmende äußern, wie Bormann & Ziegele (2023) beschreiben.

Experimentelle Studien von Rösner et al. (2016) und Kluck & Krämer (2021) legen in diesem Zusammenhang nahe, dass das Lesen inziviler Beiträge bei Rezipierenden zu einer Zunahme von Aggression führen kann und die Bereitschaft erhöht, sich in der Anschlusskommunikation ebenfalls inzivil zu äußern, was eine Spirale der Inzivilität zur Folge haben kann (vgl. Anderson & Pearson 1999). Das Lesen inziviler Beiträge fördert zudem auch stereotype Vor-

stellungen über angegriffene soziale Gruppen (Papacharissi 2004; Hsueh et al. 2015) und verfolgt den kommunikativen Zweck, den angegriffenen Personengruppen ihre Grundrechte abzusprechen und sie somit aus dem Diskurs auszuschließen. Vor allem rassistische (Hsueh et al. 2015) und sexistische Stereotypen (Kalch & Naab 2017) scheinen in inzivilen Nachrichten prävalent zu sein.

Wie Papacharissi (2004: 279) schreibt, sollte Inzivilität deutlich von Unhöflichkeit abgegrenzt werden, um den Blick nicht auf die wirklich besorgniserregenden Fälle zu verschließen: „Messages that are polite yet uncivil, especially when they deny others rights, threaten democracy, or use antagonistic stereotypes should concern us.“ In Abgrenzung zu anderen Studien, die Inzivilität und Unhöflichkeit als untrennbar miteinander verwoben verstehen (vgl. Lück & Nardi 2019), folgt dieser Beitrag Papacharissis (2004) enger Definition. Ein Beitrag gilt demnach als inzivil, sobald er mindestens eines der folgenden Merkmale aufweist: Demokratiefindlichkeit, Lügen, Gewalt, Rassismus und Sexismus (Tab. 1).

Tabelle 1: Inzivile Merkmale

Demokratiefeindlichkeit	Kommentar verhält sich feindlich zur Demokratie (z. B. Missachtung von Verfassung, Grundrechten, Gesetzen)
Lügen	Beitrag bezichtigt eine Person oder Gruppe der Unwahrheit (Lügen)
Gewalt	Beitrag ruft zu Gewalt auf oder befürwortet eine gewaltsame Handlung
Rassismus	Beitrag stereotypisiert eine ethnische Gruppe negativ, greift sie an oder goutiert rassistisches Verhalten anderer
Sexismus	Beitrag stereotypisiert Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder Genderkonstruktion negativ oder greift sie an

Neben der Entscheidung, ob ein Beitrag inzivil ist (d. h., mindestens ein Merkmal der Inzivilität aufweist), kann auch der Grad der Inzivilität ge-

messen werden (vgl. Papacharissi 2004: 273). Eine Nachricht ist demnach inziviler, je mehr Merkmale der Inzivilität sie beinhaltet. Im Rahmen dieses Beitrags soll nun untersucht werden, ob sich dieser Grad der Inzivilität bzgl. Usertypen unterscheidet, die Potenziale für Meinungsführerschaft aufweisen.

3 Usertypen in sozialen Netzwerken

Betrachtet man Kommentarbereiche in sozialen Netzwerken, lassen sich mit Friess et al. (2021: 627–629) drei Usertypen unterscheiden, die moderierend Einfluss auf andere User nehmen können. Dazu zählen zunächst professionelle Moderator:innen, die über administrative Rechte verfügen und damit auch formale soziale Kontrolle ausüben können. Des Weiteren setzen einige Plattformen Nutzer:innen-Moderator:innen ein. Das sind User, die im Gegensatz zu den professionellen Moderator:innen nicht für ihre Moderationsarbeit bezahlt werden und sich auf freiwilliger Basis engagieren. Auch dieser moderierende Usertyp verfügt über administrative Rechte. Darin unterscheidet er sich von moderierenden gewöhnlichen Nutzer:innen, die weder über diese Rechte verfügen noch durch die Betreibenden des jeweiligen Netzwerks legitimiert sind. Im Folgenden soll es um diesen letzten Usertyp gehen, der trotz fehlender administrativer Rechte und Legitimierung moderierend auf andere User Einfluss nimmt und somit eine potenzielle Position der Meinungsführerschaft einnimmt.

Gemäß der Taxonomie von Schäfer & Taddicken (2015) handelt es sich dabei streng genommen um Follower, die jedoch Elemente von Meinungsführer:innen übernehmen. Ein wesentliches Merkmal dieser Follower-Meinungsführer:innen ist die Quantität ihrer Beiträge. So beobachtet Papacharissi (2004: 280), dass die meisten ihrer untersuchten Gruppen von zwei oder drei besonders aktiven Usern dominiert werden. Diese

im Folgenden *Superuser* genannten Nutzer:innen unterscheiden sich von *Normalusern* formal durch ihre Beitragsfrequenz, die es ihnen ermöglicht, die Diskurse maßgeblich zu formen.

Hinsichtlich der Frage, ob diese *Superuser* nun in-ziviler sind als *Normaluser*, liegen aktuell widersprüchliche Ergebnisse vor. So finden Blom et al. (2014: 1314) anhand einer Inhaltsanalyse: „Frequent contributors [...] were less likely to be civil and informational.“ Diametral dazu schließen Coe et al. (2014: 671) in einer ebenfalls inhaltsanalytisch orientierten Studie: „Rather, it is the occasional commenter who is more likely to be uncivil.“ Beide Untersuchungen unterscheiden sich vor allem hinsichtlich ihrer Operationalisierung des Nutzertyps. Während Blom et al. (2014) jene Nutzer:innen als *Superuser* definieren, die zu den 10 Prozent der aktivsten Beitragenden zählen (≥ 7 Kommentare), subsumieren Coe et al. (2014) unter dieser Kategorie Nutzer:innen, die zu den top 14 Prozent aller Kommentierenden (≥ 11 Kommentare) gezählt werden können.

Die Nutzer:innen dieser Studie (siehe nächster Abschnitt *Daten & Methode*) verfassen im Schnitt 3 Kommentare im Erhebungszeitraum ($M = 2,94$; $Md = 1$; $SD = 7,01$; $Min = 1$; $Max = 223$). User, die mehr als doppelt so viele Kommentare beitragen (≥ 7 Kommentare), werden im Rahmen dieser Studie als *Superuser* bezeichnet (6,16 Prozent der User). Alle anderen aktiven User gelten als *Normaluser* (Tab. 2). Diese Taxonomie deckt sich mit der Operationalisierung von Blom et al. (2014), ist jedoch hinsichtlich der relativen Verteilung etwas konservativer.

Tabelle 2: Operationalisierung des Usertyps

Superuser	Individuelle Account-Namen mit 7 oder mehr Kommentaren im Erhebungszeitraum (1.1.2021 bis 31.12.2021)
Normaluser	Individuelle Account-Namen mit 6 oder weniger Kommentaren im Erhebungszeitraum (1.1.2021 bis 31.12.2021)

4 Daten & Methode

Datengrundlage der Studie bilden drei Telegramkanäle, die sich im Jahr 2021 widerständig zu aktuellen Coronamaßnahmen positioniert haben, die Kommentarfunktion aktiviert hatten und dem politisch rechten Spektrum zuzuordnen sind. Auf diese Kriterien treffen folgende Telegramkanäle zu: (1) Kanal der Partei *Freie Sachsen* (rechtsradikale Partei, 148.313 Abonnent:innen zum Erhebungszeitpunkt Mai 2022, Januar 2021 gegründet), (2) Kanal der Einzelperson *Rechtsanwalt Ludwig – Querdenkeranwalt* (Querdenkernaher Rechtsanwalt, der laut eigenen Angaben gegen „Einschränkung der Grundrechte durch Coronamaßnahmen kämpft“, 96.388 Abonnent:innen, hohe Aktivität ab Januar 2021) und (3) Kanal des *Mutigmacher e. V.* (Verein mit dem Ziel, „Insiderwissen in die Öffentlichkeit zu bringen“, 19.559 Abonnent:innen, aktiv ab Januar 2021).

Demografische Angaben bzgl. der Telegramkanäle lassen sich aufgrund des zuvor angesprochenen Merkmals der Anonymität in diesen Netzwerken meist nicht machen. Für den Telegramkanal der *Freien Sachsen* liegt jedoch eine kanalinterne Umfrage zur Verortung der Mitglieder vor, die von den Kanalbetreibenden initiiert wurde und zumindest Einblicke über die geografische Verteilung des Netzwerkes gibt. So stellten die Kanalbetreibenden der *Freien Sachsen* am 16.11.2021 folgende Frage: „Fast 80.000 Mitstreiter folgen uns bereits bei Telegram. Die meisten davon kommen aus Sachsen. Woher kommt Ihr?“ Die darauf folgenden insgesamt 893 offenen Antworten wurden sortiert und mithilfe von ChatGPT gezählt. Im nächsten Schritt wurden die Ortsangaben mittels ChatGPT den Bundesländern zugeordnet und die Summen addiert. Der Algorithmus ist dabei so robust, dass auch „Söderland“ korrekt als „Bayern“ gewertet wird. Die Kategorisierungen wurden vom Autor stichprobenartig geprüft. Es zeigten sich keine fehlerhaften Kategorisierungen.

Lediglich 118 Antworten konnten keinem Bundesland zugeordnet werden, da es sich um Scherzantworten oder Orte außerhalb Deutschlands handelt (z. B. Kanada, Ostdeutschland, Westdeutschland, Sibirien, DDR usw.). Die Auswertung zeigt, dass die deutliche Mehrheit (41 Prozent) „Sachsen“ als Verortung angibt. Dennoch lassen sich in jedem Bundesland Mitglieder der *Freien Sachsen* finden und auch das Verhältnis von Ost- zu Westdeutschen ist mit 53 Prozent zu 47 Prozent nahezu ausgeglichen. Anhand dieser Umfrage kann also ausgesagt werden, dass es sich bei den *Freien Sachsen* um eine Bewegung handelt, die einen großen Mitgliederstamm in Sachsen aufweist, aber insgesamt ein gesamtdeutsches Phänomen ist. Für die anderen beiden Kanäle dieser Studie lässt sich diese Schlussfolgerung aufgrund der eher bundesweit ausgerichteten Kommunikation ebenfalls annehmen.

Für die drei Telegramkanäle liegen alle Beiträge der Betreibenden sowie die dazugehörigen Kommentare im Jahr 2021 (1.1.–31.12.2021) als Data-Capturing vor. Circa 5 Prozent der Kommentare wurden inhaltsanalytisch codiert ($N = 10.908$). Die Codierung wurde von 47 Codierer:innen vorgenommen. Zwei Codierer:innen sprangen während der Datenerhebung ab, die Arbeit zweier Codierer:innen wurde darüber hinaus aufgrund mangelnder Qualität der Codierungen nicht ins Datenset aufgenommen. Zur Sicherstellung der Reliabilität wurden mehrere Intercoderreliabilitätstests durchgeführt. Der erste Test wurde vor der Datenerhebung durchgeführt und zeigt eine geringe Intercoderreliabilität ($Fleiss' \kappa = ,34$). Daraufhin wurden regelmäßige gemeinsame Eichübungen durchgeführt und eine Plattform zum Austausch während der Erhebung eingerichtet. Nach Abschluss der Erhebung erfolgte ein weiterer Intercoderreliabilitätstest, der einen sehr guten durchschnittlichen $Fleiss' \kappa$ -Wert von ,82 aufweist.

Die Kommentare wurden hinsichtlich ihrer Merkmale der Inzivilität (Demokratiefeindlichkeit, Lügen, Gewalt, Rassismus, Sexismus) codiert. Ein Kommentar gilt im Rahmen der Studie als inzivil, sobald eines der genannten Merkmale auftritt. Je mehr Merkmale beobachtet werden können, desto höher ist der Grad der Inzivilität eines Kommentars. User, die im Erhebungszeitraum 7 oder mehr Kommentare verfassen, werden als *Superuser* bezeichnet. Alle anderen Nutzer:innen werden als *Normaluser* kategorisiert.

5 Analyse inziviler Kommentare nach Usertyp

Im Rahmen des Beitrags soll die Hypothese getestet werden, inwiefern *Superuser* (H1) häufiger als *Normaluser* inzivile Kommentare verfassen, die (H2) im Grad der Inzivilität höher ausfallen als Kommentare von *Normalusern*.

Zunächst fällt auf, dass die drei Kanäle sich (unabhängig von den Usertypen) hinsichtlich der Menge inziviler Kommentare unterscheiden. In vergleichbaren Studien (z. B. Coe et al. 2014) wird regelmäßig von 20 Prozent inziviler Beiträge berichtet. Für den Kanal der *Freien Sachsen* zeigt die Auswertung jedoch, dass hier ca. 48 Prozent aller Kommentare mindestens ein Merkmal der Inzivilität aufweisen. Für den Kanal *Rechtsanwalt Ludwig* weisen 28 Prozent der Kommentare inzivile Merkmale auf. Lediglich der Kanal der *Mutigmacher* liegt mit ca. 18 Prozent inziviler Kommentare etwas unterhalb der anderswo beobachteten Frequenz inziviler Kommentare. Eine einfaktorielle Varianzanalyse (ANOVA) weist diesen Unterschied zwischen den Kanälen bzgl. der Häufigkeit inziviler Kommentare als signifikant aus: $F(2, 10962) = 142,414, p < ,001$. Der Games-Howell-Post-hoc-Test zeigt, dass die Differenz der Mittelwerte zwischen den Kanälen auf dem Niveau ,001 signifikant ist. Diese erste Auswertung legt offen, dass der Datensatz zum einen mehr in-

zivilere Kommentare beinhaltet als erwartet und zum anderen eine getrennte Analyse der Kanäle sinnvoll sein kann.

Dieses Bild zeigt sich auch, wenn man das Partizipationsvolumen der *Superuser* betrachtet. So werden ca. 35 Prozent aller Kommentare des Datensatzes ($SD = 15,09$) von *Superusern* verfasst. Auch hier weist eine ANOVA das Partizipationsvolumen dieser *Superuser* in den Kanälen als signifikant unterschiedlich voneinander aus: $F(2, 10897) = 101,622, p < ,001$. Die Differenz der Mittelwerte zwischen den Kanälen ist darüber hinaus gemäß Games-Howell Test auf dem Niveau ,001 signifikant. Für die einzelnen Kanäle ergibt sich dadurch Folgendes: Die *Superuser* im Kanal *Freie Sachsen* verfassen ca. 48 Prozent aller Kanal-kommentare, im Kanal *Rechtsanwalt Ludwig* sind es ca. 36 Prozent, bei den *Mutigmachern* lediglich ca. 20 Prozent. *Superuser* haben somit – gemessen an der Frequenz ihrer Kommentare – ein hohes Potenzial, auf andere User Einfluss zu nehmen.

Dieses Potenzial schlägt sich allerdings weder in der Häufigkeit inzivilere Kommentare noch im Grad der Inzivilität der Kommentare nieder, wie die folgende Auswertung zeigt. Diesbezüglich fand sich für keinen der drei Kanäle ein signifikanter Unterschied hinsichtlich der Häufigkeit inzivilere Kommentare nach Usertyp (H1).

Es fand sich darüber hinaus weder ein signifikanter Effekt des Usertyps bzgl. des Inzivilitätsgrades im Rahmen des gesamten Datensatzes ($p = ,444$) noch ein Interaktionseffekt des Telegrammkannels bezogen auf den Inzivilitätsgrad je Usertyp ($p = ,368$). Jedoch legt eine zweifaktorielle ANOVA bzgl. des Inzivilitätsgrades, Usertyps und Kanals ($F(2, 10887) = 43,750, p < ,001$) eine Differenzierung der Kanäle nahe. So zeigt sich im Hochberg-GT2-Post-hoc-Test eine signifikante Ähnlichkeit der *Mutigmacher/Rechtsanwalt Ludwig* auf der einen und der *Freien Sachsen* auf der ande-

ren Seite ($p < ,05$). Demnach scheinen die *Superuser* der *Freien Sachsen* geringfügig inzivilere Kommentare zu verfassen als die *Normaluser* dieses Kanals. Dies würde dem Ergebnis von Blom et al. (2014) entsprechen. Für die mithilfe der ANOVA zu einer Gruppe zusammengefassten Kanäle *Mutigmacher* und *Rechtsanwalt Ludwig* zeigt sich allerdings ein diametrales Bild: Hier sind es die *Normaluser*, die inzivilere Kommentare verfassen als die *Superuser* (entspräche dem Ergebnis von Coe et al. 2014). Signifikant sind diese Unterschiede zwischen Usertyp und Inzivilitätsgrad allerdings, wie oben angegeben, nicht (H2). Das Ergebnis dieser Studie legt somit offen, dass sich User je nach Kanal unterschiedlich verhalten können und möglicherweise kanalabhängig differenzierte Kommunikationsrollen und -funktionen übernehmen. In Folgeuntersuchungen sollte deshalb darauf geachtet werden, jeweils ähnlich radikalisierte Kanäle zu vergleichen, um dieser nutzerseitigen Differenzierung gerecht zu werden.

Zusammengefasst zeigt sich also, dass die *Superuser* dieser Studie eine Minderheit darstellen, aber einen großen Teil des Kommentarvolumens in den (überproportional inzivilen) Kanälen verantworten. Die *Superuser* der rechtsradikalen *Freien Sachsen* verfassen dabei signifikant mehr Kommentare als *Superuser* der Whistleblower *Mutigmacher* oder des Querdenken-nahen *Rechtsanwalt Ludwig*. Anders als hypothetisiert veröffentlichten *Superuser* jedoch weder qualitativ noch quantitativ signifikant inzivilere Kommentare als *Normaluser*. Obwohl also die Konzeptualisierung von *Superuser* dieser Studie deutlich näher an der Operationalisierung von Blom et al. (2014) liegt als an jener von Coe et al. (2014), können die Ergebnisse der erstgenannten Studie, häufiger Kommentierende seien weniger zivil als selten Kommentierende, nicht reproduziert werden.

6 Fazit & Diskussion

Weiterführende Analysen des Datensatzes zeigen, dass *Superuser* nicht grundsätzlich demokratiefeindlicher oder gewaltbereiter sind als *Normaluser* und auch nicht mehr unhöfliche Beiträge veröffentlichen. Vielmehr scheinen die *Superuser* im Datensatz vor allem dafür verantwortlich zu sein, jenes zuvor beschriebene „Klima positiver Resonanz“ (Kanz 2021) aufrechtzuerhalten. So stimmen die *Superuser* im Datensatz eher mit den postulierten Positionen der Beiträge der Kanalbetreibenden überein als *Normaluser* und antworten signifikant häufiger auf andere Userkommentare als *Normaluser* (allerdings weder signifikant positiver oder negativer als diese).

Wie die Analyse gezeigt hat, haben *Superuser* aufgrund ihres überproportionalen Partizipationsvolumens ein großes Potenzial der Einflussnahme auf Meinungsbildungsprozesse in Telegramkanälen. Allerdings konnte nicht nachgewiesen werden, dass diese Meinungsbildung auch hinsichtlich inziviler Positionen vollzogen wird. So lassen die Daten vermuten, dass die *Superuser* je nach Kanal unterschiedliche Primärfunktionen übernehmen, die von politischer Arbeit und Agitation über soziale Beziehungspflege und Gemeinschaftsmanagement reichen können. Inwiefern diese initiale Beobachtung bestätigt werden kann und welche kommunikativen Funktionen das sind, müssen folgende qualitative Analysen der *Superuser*-Kommentare zeigen.

Der Beitrag weist zwei zentrale Limitationen auf. Zum Ersten wird die Meinungsführerschaft in dieser Studie nicht direkt gemessen. Anstelle der im Sinne von Schäfer & Taddicken (2015) klassischen Meinungsführer:innen, die in den Telegramkanälen durch die Betreibenden der jeweiligen Kanäle mit ihren Beiträgen vertreten werden, fokussiert diese Studie die Follower (Schäfer & Taddicken 2015) bzw. gewöhnlichen Nutzer:in-

nen (Friess et al. 2021), die nicht durch die Betreibenden legitimiert sind, aber dennoch maßgeblich zum Kanal beitragen. Dieser Beitrag zum Kanal ist in Anlehnung an Blom et al. (2014) und Coe et al. (2014) vor allem quantitativ definiert. Auch wenn ein Zusammenhang zwischen der Partizipationsfrequenz an einer Gruppe und einer Einflussnahme bzgl. dieser Gruppe naheliegt, kann dennoch nicht zweifelsfrei auf eine Meinungsführerschaft geschlossen werden. Denn denkbar – und im Rahmen digitaler Kommunikation nicht unwahrscheinlich – ist auch, dass mindestens ein Teil der als *Superuser* deklarierten Nutzer:innen auch Spamaccounts (möglicherweise auch Bots) sind. Aus diesem Grund werden *Superuser* im Rahmen der Studie nicht mit Meinungsführer:innen gleichgesetzt, sondern lediglich ein Potenzial zur Meinungsführerschaft konstatiert. Zum Zweiten wurden im Rahmen der Studie jeweils individuelle Accountnamen pro Kanal gezählt und diese Liste der Berechnung der *Superuser* zugrunde gelegt. Eine Überprüfung von Nutzer:innen, die in mehr als einem Kanal aktiv sind (und möglicherweise auch dort *Superuser*-Status haben), ist nicht erfolgt. Es wäre also denkbar, dass einzelne sehr aktive *Superuser* in mehreren Kanälen aktiv sind und die Statistik dahingehend verzerren.

Trotz dieser Monita beleuchtet der Beitrag die besondere Rolle einer kleinen, aber medial überrepräsentativen Usergruppe – der *Superuser* –, die ein wesentliches Potenzial zur digitalen Meinungsbildung während der Coronapandemie in Deutschland aufweist. Die empirische Evidenz der Studie deutet nicht darauf hin, dass dieses Potenzial zur Intensivierung inziviler Positionen genutzt wurde. Welche kommunikativen Funktionen *Superuser* vollziehen und inwiefern sie hinsichtlich anderer Aspekte zur Radikalisierung in diesen Telegramkanälen beigetragen haben, müssen folgende Studien zeigen.

7 Literaturverzeichnis

- Anderson, A. A., Brossard, D., Scheufele, D. A., Xenos, M. A. & Ladwig, P., 2014: „The Nasty Effect: Online Incivility and Risk Perceptions of Emerging Technologies“. *Journal of Computer-Mediated Communication* 19.3: 373–387.
- Andersson, L. M. & Pearson, C. M., 1999: „Tit for Tat? The Spiraling Effect of Incivility in the Workplace“. *The Academy of Management Review* 24.3: 452–471.
- Blom, R., Carpenter, S., Bowe, B. J. & Lange, R., 2014: „Frequent Contributors Within U.S. Newspaper Comment Forums“. *American Behavioral Scientist* 58.10: 1314–1328.
- Bobkowski, P. S., 2015: „Sharing the News: Effects of Informational Utility and Opinion Leadership on Online News Sharing“. *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 92.2: 320–345.
- Bormann, M. & Ziegele, M., 2023: „Incivility“. In: Strippel, C., Paasch-Colberg, S., Emmer, M., Trebbe, J. (Hrsg.), *Challenges and Perspectives of Hate Speech Research (Digital Communication Research 12)*. 199–217. DOI: **10.48541/dcr.v12.12**.
- Coe, K., Kenski, K. & Rains, S. A., 2014: „Online and Uncivil? Patterns and Determinants of Incivility in Newspaper Website Comments“. *Journal of Communication* 64.4: 658–679.
- Friess, D., Ziegele, M. & Heinbach, D., 2021: „Collective Civic Moderation for Deliberation? Exploring the Links between Citizens’ Organized Engagement in Comment Sections and the Deliberative Quality of Online Discussions“. *Political Communication* 38.5: 624–646. DOI: **10.1080/10584609.2020.1830322**.
- Geise, S., 2017: *Meinungsführer und der Flow of Communication*. Baden-Baden: Nomos.
- Greipl, S., Hohner, J., Schulze, H. & Rieger, D., 2022: *Radikalisierung im Internet: Ansätze zur Differenzierung, empirische Befunde und Perspektiven zu Online-Gruppendynamiken*. MOTRA Monitor 2021.
- Ho, S. S. & McLeod, D. M., 2008: „Social-Psychological Influences on Opinion Expression in Face-to-Face and Computer-Mediated Communication“. *Communication Research* 35.2: 190–207.
- Hsueh, M., Yogeewaran, K. & Malinen, S., 2015: „Leave Your Comment Below: Can Biased Online Comments Influence Our Own Prejudicial Attitudes and Behaviors?“. *Human Communication Research* 41.4: 557–576.
- Hwang, H., Borah, P., Namkoong, K. & Veenstra, A. S., 2008: „Does Civility Matter in the Blogosphere? Examining the Interaction Effects of Incivility and Disagreement on Citizen Attitudes.“ Presented at the annual convention of the International Communication Association: 1–33.
- Kalch, A. & Naab, T. K., 2017: „Replying, Disliking, Flagging: How Users Engage with Uncivil and Impolite Comments on News Sites“. *Studies in Communication and Media* 6.4: 395–419.
- Kanz, V., 2021: „Die Echokammer als rechter Resonanzraum. Eine Analyse von Resonanzphänomenen innerhalb der Kommentarspalte eines AfD-Facebook-Beitrags“. In: Pappert, S., Schlicht, C., Schröter, M., Hermes, S. (Hrsg.), *Skandalisieren, stereotypisieren, normalisieren*. Hamburg: Buske. 167–194.

- Kluck, J. P. & Krämer, N. C., 2021: „What an Idiot! – How the Appraisal of the Writer of an Uncivil Comment Impacts Discussion Behavior“. *New Media & Society* 24.12: 1–20.
- Lück, J. & Nardi, C., 2019: „Incivility in User Comments on Online News Articles: Investigating the Role of Opinion Dissonance for the Effects of Incivility on Attitudes, Emotions and the Willingness to Participate“. *Studies in Communication and Media* 8.3: 311–337. DOI: [10.5771/2192-4007-2019-3-311](https://doi.org/10.5771/2192-4007-2019-3-311).
- Muddiman, A. & Stroud, N. J., 2017: „News Values, Cognitive Biases, and Partisan Incivility in Comment Sections“. *Journal of Communication*, 1–24. DOI: [10.1111/jcom.12312](https://doi.org/10.1111/jcom.12312).
- Papacharissi, Z., 2002: „The virtual sphere“. *New Media & Society* 4.1: 9–27.
- Papacharissi, Z., 2004: „Democracy online: civility, politeness, and the democratic potential of online political discussion groups“. *New Media & Society* 6.2: 259–283.
- Rösner, L., Winter, S. & Krämer, N. C., 2016: „Dangerous minds? Effects of uncivil online comments on aggressive cognitions, emotions, and behavior“. *Computers in Human Behavior* 58: 461–470.
- Rossmann, C., 2010: „Gesundheitskommunikation im Internet. Erscheinungsformen, Potenziale, Grenzen“. In: Schweiger, W. & Beck, K. (Hrsg.), *Handbuch Online-Kommunikation*. Wiesbaden: VS, 338–363.
- Schäfer, M. S. & Taddicken, M., 2015: „Mediatized Opinion Leaders: New Patterns of Opinion Leadership in New Media Environments?“ *International Journal of Communication*, 9 (2015): 960–981.
- Schulze, H., Hohner, J., Greipl, S., Girgnhuber, M., Desta, I. & Rieger, D., 2022: „Far-Right Conspiracy Groups on Fringe Platforms: A Longitudinal Analysis of Radicalization Dynamics on Telegram“. *Convergence* 28.4: 1103–1126.

Tabellenverzeichnis Kapitel 13

Tabelle 1:	Inzivile Merkmale	156
Tabelle 2:	Operationalisierung des Usertyps	157

Kapitel 14

Der Neoeurasismus Alexander Dugins als kulturhegemoniale Strategie im Wandel – zwischen geopolitischer Agenda und virtuellem Verschwörungsmythos

Paul Ortenau

1 Einleitung

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine rückt der russische Ultranationalist und Rechtsextremist Alexander Geljewitsch Dugin als „Putins Einflüsterer“ in den Fokus westlicher Beobachter und Medien, wo ihm eine maßgebliche Rolle bei der ideologischen Untermauerung des russischen Expansionismus zugesprochen wird (bspw. Smirnova 2014; Schwiieger 2022; Sauer 2022). Diese Einschätzungen stützen sich primär auf eine vermeintliche ideologische Fixierung des russischen Präsidenten auf das von Dugin propagierte Konzept des Neoeurasismus, welches Putin zur Legitimation seiner autoritären Herrschaft und seiner Großmachtfantasien heranzieht, in dem Russland als eigenständiger, spiritueller und kontinentaler Machtraum dargestellt wird (Schmid 2017: 493).

Dugin ist jedoch nicht nur in seiner russischen Heimat eine Bekanntheit, auch in Deutschland genießt er in signifikanten Kreisen der rechtsextremistischen Szene ein hohes Ansehen. Ins-

besondere im Bereich der Neuen Rechten wird sein Konzept des „Neoeurasismus“ rege diskutiert. Einschlägige und reichweitenstarke Formate wie das *Compact-Magazin* hofieren den russischen Rechtsextremisten und bieten ihm eine etablierte Plattform zur Verbreitung seiner antiliberalen Thesen und Verschwörungstheorien, die eine Fixierung auf Deutschland erkennen lassen.

Der gewaltsame Tod von Dugins Tochter Darja Alexandrowna Dugina am 20. August 2022 durch einen Sprengstoffanschlag sorgte zudem auch in Deutschland bei einschlägigen Akteuren für eine Welle der Anteilnahme und Solidarität. Wie ihr Vater war sie eine glühende Verfechterin des Krieges in der Ukraine und berichtete mitunter direkt von der Front von den vermeintlichen Erfolgen der „militärischen Spezialoperation“.

Aus diesem Grund erscheint es angezeigt, Dugin hinsichtlich seiner Thesen, Motive und Verbindungen in die deutsche rechtsextremistische Szene einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen.

2 Alexander Dugin und seine Ideologie

2.1 Werdegang – vom Straßenkehrer zum Volksdemagogen

Der ultranationalistische Politiker, Politologe und selbst ernannte Staatsphilosoph wurde 1962 als Sohn eines hochrangigen Armeeeoffiziers geboren. Die eigene Karriere in der Sowjetarmee beendete er jedoch frühzeitig, über die Gründe gibt es vielfältige Spekulationen. Dugin selbst äußert sich stets auffällig vage zu seinem Werdegang. Schon damals galt Dugins Interesse rechts-extremistischen und neofaschistischen Theorien von Autoren wie René Guénon, Ernst Jünger oder Julius Evola (Umland 2010: 144). Den Zugang zu den ehemals verbotenen Schriften verschaffte er sich nach eigenen Angaben über seine Kontakte zum KGB. Wenig später trat er auf der Suche nach Gleichgesinnten dem esoterischen *Golowin-Zirkel* um Jewgeni Golowin bei. Dieser bekennende Faschist und Verehrer der nationalsozialistischen Schutzstaffel (SS) wurde zu seinem wichtigsten Mentor (Umland 2010: 146).

Von 1983 bis 1989 soll Dugin Vorsitzender dieses Zirkels gewesen sein, 1987 trat er schließlich der radikal-nationalistischen und offen antisemitischen Gruppierung *Pamjat* (dt. Gedächtnis) bei und stieg dort innerhalb kürzester Zeit in eine Leitungsfunktion auf. Vermutlich aufgrund der geringen Intellektualisierung der russischen Gruppierungen orientierte sich Dugin allerdings früh am westeuropäischen Ausland und suchte den Kontakt zu verschiedenen Vordenkern aus dem rechtsextremistischen Milieu. Auf einer Reise

durch den Westen 1989 begegnete er so unter anderem Alain de Benoist und Jean-François Thiriart (Umland 2010: 147).

In Moskau gründete er unter diesem Eindruck den Verlag *Arktogeja*, um der „Konservativen Revolution“¹ eine räumliche Basis und intellektuelle Plattform zu bieten. Hierunter verstand Dugin eine Klammer aus Autorität, Kollektivismus, Hierarchie, Spiritualität und Tradition, die einen Rückgriff auf eine „bessere Zeit“ ermöglichen sollte (Umland 2010: 147). In diesem Verlag erschienen auch der Almanach *Miliyi Angel* (dt. Weißer Engel) sowie Übersetzungen der Werke verschiedener Autoren der Neuen Rechten aus Westeuropa. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vergrößerte Dugin seinen Adressatenkreis durch die Einbeziehung von Hör- und Fernsehfunk erheblich und erreichte so auch die Studentenschaften, die für seine intellektuellen Auslegungen rechts-extremistischer Botschaften im akademischen Kontext besonders empfänglich waren und als Multiplikatoren seine Lehren in die Seminare der Universitäten trugen (Shenfield 2000: 193). Nichtsdestotrotz blieb Dugin im politischen Moskau unter Boris Jelzin zunächst eine Randfigur, die im Ausland wesentlich bekannter war als in der russischen Heimat. Erst mit seinem Buch *Osnovy Geopolitiki* (dt. Grundlagen der Geopolitik) gelang ihm 1997 der Durchbruch in die Zirkel der politischen und gesellschaftlichen Elite Russlands. In diesem Kontext bescherte ihm zudem die Gründung der international ausgerichteten Organisation *Movement EURASIA* eine wachsende Aufmerksamkeit (Sedgwick 2004: 229).

1 Mit dem Begriff der „Konservativen Revolution“ wird eine Reihe geistesgeschichtlicher Strömungen der Weimarer Republik bezeichnet, deren gemeinsamer Nenner die Ablehnung von Liberalismus, Demokratie und Egalitarismus war. Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte insbesondere Armin Mohler an diese Ansätze bzw. Autoren anzuknüpfen und so eine neue extreme Rechte in (vermeintlicher) Abgrenzung zum Nationalsozialismus zu begründen (vgl. seine Dissertation unter dem Titel „Die konservative Revolution von 1918–1932“). Heutzutage bezieht sich insbesondere die sogenannte neue Rechte explizit auf die „Konservative Revolution“.

2.2 Eurasismus und Neoeurasismus

Dugin beruft sich bei Ausführungen zu seiner ideologischen Überzeugung immer wieder auf den sogenannten Eurasismus. Hinter diesem Begriff steht eine geopolitische Ideologie, die in den 1920er-Jahren von russischen Exilanten formuliert wurde und einen Versuch darstellte, Russland historisch in der Welt zu verorten.

Ausgegangen wird dabei von der Annahme, dass der jeweilige Raum die kulturellen Eigenarten einer jeden Gesellschaft bedinge. Zwischen dem asiatischen und dem europäischen Kontinent befände sich demnach ein „Kontinent Eurasien“, der als „Steppenkultur“ in einem fundamentalen Gegensatz zur „Küstenkultur“ der „romanisch-germanisch geprägten westlichen Welt“ stehe. Ein integraler Bestandteil dieser Weltansicht ist die Betonung des unauflösbaren Gegensatzes zur westlichen Hemisphäre, deren Zivilisation sich mit ihrem Absolutheitsanspruch über alle anderen Völker der Welt zu stellen versuche, was der eurasische Vordenker Nikolaj Trubezkoi wie folgt auf den Punkt bringt:

„Es gibt nur einen wahren Gegensatz: Die Romanogermanen und die übrigen Völker der Welt, Europa und die Menschheit.“ (Zit. n. Wiederkehr 2004: 128.)

Spiritueller Anker des eurasischen Kontinents sei nach Trubezkoi die orthodoxe Kirche, während der die „romanisch-germanische“ Welt prägende Katholizismus die Urgedanken des Christentums verfälscht habe. Die Kirche solle hierbei in Verbindung mit einem Philosophenkönig einen „Staat der Weisheit“ begründen, während der (sich zur damaligen Zeit in Russland etablierende) Bolschewismus als (kulturfremder) Import aus der westlichen Welt abzulehnen sei (Böss 1961: 96 f.). Auch die Ukraine sei untrennbar diesem Raum zuzuordnen, die dortigen Bestrebungen der 1920er-Jahre, sich Europa anzunähern, seien historisch

unbegründet und politisch eine Farce. Vielmehr seien die Ukrainer das „am meisten steppenhafte“ und „außereuropäische“ Volk des eurasischen Raums (Böss 1961: 87 f.).

In den 1950er-Jahren erweiterte der sowjetische Geograf und Turkologe Lew Gumiljow das Konzept des Eurasismus in spiritueller Hinsicht, indem er die Zeit der mongolischen Herrschaft im 13. und 14. Jahrhundert, das sogenannte „Mongolenjoch“, als eine spirituelle Bereicherung umdeutete, die einen spezifischen, nicht westlichen Weg eröffnet habe (Böss 1961: 101).

Während der Eurasismus aufgrund der politischen Situation während der Sowjetzeit weitestgehend aus dem öffentlichen Raum herausgehalten wurde, erlebte das Konzept im Zuge der allgemeinen Verunsicherung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs Anfang der 1990er-Jahre eine Renaissance in Gestalt des Neoeurasismus. Diese Strömung wurde maßgeblich von Alexander Dugin spirituell, völkisch und punktuell auch okkult aufgeladen und mittels Dutzender Publikationen und einer aggressiven, nationalistischen Ausrichtung im post-sowjetischen Raum verbreitet. Mit dem ursprünglichen Konzept, das einer klaren geografischen Vorstellung folgte, hat Dugins Version des Eurasismus nicht mehr viel gemein, sondern dient als Chiffre für ein unstrukturiertes Sammelsurium an imperialen russischen Großmachtfantasien, ein autoritäres Staatsverständnis und einen ethnozentrischen Biologismus mit einer stark esoterischen Note. Abgerundet wird dies mit einem omnipräsenten, glühenden Antiamerikanismus.

Ein auffälliger Unterschied zu den Klassikern des eurasischen Denkens des frühen 20. Jahrhunderts ist Dugins Annahme, dass Eurasien keinen Raum zwischen Europa und Asien darstellt, sondern, in Anlehnung an die Losung des National-Bolschewisten Jean-François Thiriarts „Von Lissabon bis Wladiwostok“, Europa und Asien umfasst. In die-

sem Sinne plädierte Dugin kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion für ein „Euro-sowjetisches Imperium“, das sich, ganz im Sinne der Großraum-Theorie von Carl Schmitt, über einen Großteil der europäischen Landmasse erstreckt, da „die wahren geopolitisch gerechtfertigten Grenzen Russlands bei Cádiz und Dublin liegen“ (Wiederkehr 2004: 130).

In jüngerer Vergangenheit rückten dann der Begriff der Multipolarität und die Kritik an der (perzipierten) US-Hegemonie in den Vordergrund. Auch die Eigenwahrnehmung Russlands als „Machtraum“ von Weltrang bzw. das Streben danach prägt diese Sichtweise. Die Etikettierung als Regionalmacht durch den damaligen US-Präsidenten Obama wurde in diesem Lichte von den Anhängern des Neoeurasismus als ultimative Erniedrigung empfunden (Holland 2023).

Inhärent ist diesem Denken außerdem die von Schmitt inspirierte Annahme eines unauflösbaren Gegensatzes zwischen hierarchisch organisierten eurasischen Landmächten, in dieser Lesart unter russischer Führung, auf der einen und liberalen „atlantischen“ Seemächten unter amerikanischer Führung auf der anderen Seite. Die russische Vorreiterrolle begründet er hier mit der geografischen Lage und dem spirituellen Erbe. Dieser Gegensatz ist laut Dugin auf einen Zusammenprall „alchemistischer“ Elemente zurückzuführen, was seine magische Denkweise unterstreicht (Wiederkehr 2004: 130).

Neben der geopolitischen Komponente dieses archaischen Konflikts sieht Dugin hierin vor allem einen spirituellen Kampf zwischen Tradition und Moderne. Erstere steht für die Rückbesinnung auf spirituelle und kulturelle Werte, Letztere für eine sinnentleerte Konsumgesellschaft, deren Perversion und Degeneration zwangsläufig in der eigenen Auslöschung enden müssten. Dugin selbst sieht seinen Neoeurasis-

mus im Einklang mit der „Konservativen Revolution“, die die vermeintlich besseren und traditionsorientierten Zustände vergangener Zeiten wiederherstellen soll. Allerdings wünscht sich Dugin, im Gegensatz zu seiner Selbstdarstellung als Konservativer, keine Restauration des Zaren- oder Sowjetreichs, sondern die Schaffung einer neuen Weltordnung (Umland 2020: 193).

Zur Ausgestaltung der angestrebten Gesellschaftsordnung innerhalb dieses ausgedehnten eurasischen Raums hat Dugin ebenfalls eine eigene Vorstellung. Im Rahmen seiner „Vierten Politischen Theorie“ versucht Dugin einen vermeintlich eigenen Weg abseits der „drei Theorien“ des Liberalismus, Marxismus und Faschismus aufzuzeigen, wobei sich seine Abhandlungen primär gegen den Liberalismus richten und kategorisch dem Faschismus am nächsten liegen. So sieht er in der freien Entfaltung des Individuums den Quell aller degenerativen und korrumpierenden Entwicklungen. Die Demokratie stellt er hierbei auf eine Stufe mit der Tyrannei oder Oligarchie, das Parteienwesen soll durch eine „Allianz der Monarchie, der Aristokratie und des Staatswesens“ nach kaiserlich-römischem Vorbild ersetzt werden. Angeführt wird dieses Konstrukt laut Dugin durch einen charismatischen Führer, der die „spirituelle Gesellschaft in seiner holistischen Gesamtheit“ in eine nicht näher ausgestaltete Zukunft führt (Umland 2020: 200).

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass Dugins Neoeurasismus antiwestlich bzw. anti-amerikanisch, antimodern und antiliberal (d. h. antiindividualistisch, antidemokratisch und antipluralistisch) ausgerichtet ist. Auch wenn seine Schriften dabei häufig eher wie ein Sammelsurium verschiedener Ansätze und ideologischer Versatzstücke anmuten denn als ein in sich geschlossenes Weltbild, so treten die wesentlichen Ideologieelemente des Rechtsextremismus doch deutlich hervor. Dies dürfte die Grundlage für die

breite und anhaltende Rezeption Dugins innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Deutschland bilden.

Zusätzlich zu den genannten ideologischen Kernelementen bietet das Konzept des Neoeurasismus mit seiner Idee eines „unkorruptierten Imperiums“ deutschen Rechtsextremisten jedoch außerdem ein relativ konkretes Heilsversprechen. Im Vergleich zu den Ideen westlicher rechtsextremistischer Theoretiker, die eine politische und gesellschaftliche Ordnung nach ihren Vorstellungen vielfach eher durch innerdeutsche Veränderungen erreichen wollen (sei es durch einen metapolitischen Bewusstseinswandel, eine parlamentarische Machtergreifung oder einen gewaltsamen Umsturz), dürfte der von Dugin avisierte Weg (Befreiung vom Joch der Globalisten² unter der Führung Russlands) zumindest Teilen der Szene aussichtsreicher erscheinen. Dies gilt umso mehr, als Deutschland in den geopolitischen Erwägungen Dugins von jeher eine besondere Rolle zukommt:

„Denn auch Europa kann sich nur von den Amerikanern befreien und emanzipieren, wenn sein Motor – Deutschland! – frei und unabhängig von Washington ist.“ (Zit. n. Ochsenreiter 2014: 24.)

2.3 „Great Reset“, Transhumanismus und das „Große Erwachen“

In den letzten Jahren hat Dugin seine geopolitischen Überlegungen, insbesondere die diesen inhärente Liberalismuskritik, zu einem vehementen Angriff auf den sogenannten Transhumanismus weiterentwickelt. Dieser Begriff stammt ursprünglich aus dem angelsächsischen Raum und steht für eine internationale intellek-

tuelle Bewegung aus unterschiedlichen Fachrichtungen, die sich, grob zusammengefasst, mit der Überwindung der menschlichen Schwächen sowie den damit verbundenen mentalen und biologischen Grenzen beschäftigt. Erklärtes Ziel hierbei ist ganz überwiegend die Ermöglichung eines besseren Lebens frei von Krankheit und physikalischen Zwängen. Für Dugin birgt dieser Begriff jedoch nicht die Verpflichtung der Menschheit zum Fortschritt, sondern die letzte Stufe eines zutiefst pervertierten Liberalismus. Dieser habe nach und nach sämtliche kollektiven Identitäten aufgelöst. Aktuell werde der Mensch auch seiner letzten verbliebenen kollektiven Identität, nämlich der von Mann und Frau, beraubt (Genderpolitik, Feminismus und LGBTQ-Bewegung sind in diesem Zusammenhang zentrale Feindbilder). Übrig bleibe dann nur noch eine amorphe, identitätslose und manipulierbare Masse. Diesen Transhumanismus setzt Dugin mit dem „Ende der Menschheit“ im Sinne eines Verlusts von all dem, was den Menschen als Menschen ausmacht, gleich (Dugin 2021: 12).

Vollendet werde diese Entwicklung durch das Streben der „Globalisten“ nach einem „Great Reset“³, der neben der Auflösung der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auch die „Cyborgisierung“ der menschlichen Existenz vorsehe, eine Verschmelzung von Mensch und Maschine, unter anderem durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz. Wesentliche Instrumente der Globalisten seien außerdem der (angebliche) Kampf gegen den Klimawandel sowie die Pandemiepolitik, insbesondere die damit verbundenen Impfkampagnen.

Tragend ist hierbei, wie in fast allen Verschwörungsnarrativen, der klassische Dualismus: natürlich

² Vgl. zur Rolle der Globalisten Kapitel 2.3.

³ Dugin ist hier nicht der Urheber des Begriffs, sondern macht sich die seit der Coronapandemie im Umlauf befindliche Verschwörungstheorie für sein Narrativ zunutze.

(Ehe zwischen Mann und Frau, natürliche Medizin, natürliche Fortpflanzung, natürliche ethnische Abgrenzung) gegen künstlich (LGBTQ, unnatürliche Vermischung, unnatürliche Genmanipulation, unnatürliche Bevölkerungsdezimierung). Dugin sieht in seiner religiös-esoterischen Denkweise als Ziel der Globalisten gar die Erschaffung des Antichristen und einen klassischen Kampf zwischen Gut und Böse und ordnet diesen Konflikt durch die Aufteilung in zwei Machtblöcke (Traditionalisten, vor allem Russland und China, aber auch der Iran, gegen Globalisten, allen voran die USA und ihre europäischen Vasallen) in sein geopolitisches Konstrukt des Neoeurasismus ein.

Gegen den „Great Reset“, der laut Dugin kurz vor der Vollendung steht, regt sich jedoch Widerstand im Rahmen eines „Great Awakenings“, einer „spontanen Reaktion der Massen“, die „plötzlich vom Bewusstsein ihres nahen Endes erleuchtet“ würden, „die ihre Freiheit haben und behalten wollen, ihre Geschlechtsidentität, ihre Kultur, ihr Leben, die konkreten Bande zu ihrer Heimat, zur Welt um sie herum, zum Volk“ (Dugin 2021: 31).

Den Ursprung dieser Bewegung sieht Dugin ausgerechnet in den USA, manifestiert durch den Wahlsieg des ehemaligen Präsidenten Donald Trump 2016 und ausformuliert durch den rechts-extremistischen Radiomoderator Alex Jones sowie die QAnon-Szene. Denn hier, im „Epizentrum der globalistischen Bestrebungen“, erwache die Menschheit angesichts ihres unmittelbar drohenden Untergangs:

„Aus diesem Grund kommt es aus dem Inneren der Vereinigten Staaten, der Zivilisation, in der die Dämmerung des Liberalismus am deutlichsten ausgeprägt ist. Es ist ein Schrei aus dem Zentrum der Hölle selbst, aus einer Zone, in der die schwarze Zukunft bereits teilweise angekommen ist.“ (Dugin 2021: 31.)

Dugin sieht somit das Große Erwachen, zu dem er ausdrücklich das aus seiner Warte wünschenswerte Erstarren rechtsextremer Bewegungen in der westlichen Hemisphäre zählt, als natürliche Immunreaktion des Menschseins gegen die Zerstörung des alles auslöschenden Liberalismus (Dugin 2021: 35). Im bemüht wirkenden Rückgriff auf seine eigentliche geopolitische Ausrichtung erklärt er die Multipolarität der internationalen Ordnung als machtpolitischen Fixpunkt des Großen Erwachens, um sich gegen die „globalistische Apolarität“ aufzulehnen (Dugin 2021: 112). An der Spitze dieses Bündnisses steht selbstverständlich Russland: „Schlussendlich ist die Rolle des wichtigsten Pols des Großen Erwachens für Russland vorgesehen“. Dies begründet er, wie oben erwähnt, mit der besonderen Lage Russlands und der inhärenten, spirituellen Vorreiterrolle (Dugin 2021: 45).

Dugins Ideologie steht neben der explizit bellizistischen geopolitischen Komponente auch durch diese Adaption extremistischer Ideologeme und Verschwörungstheorien wie QAnon und des Great Resets in einem klaren Gegensatz zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. In diesem Zusammenhang greift Dugin zudem die Erzählung des Großen Austauschs auf, indem er Migration und „Genderpolitik“ als konzertierte Aktionen globalistischer Bestrebungen darstellt, mit dem vermeintlichen Ziel der „Abschaffung aller Formen der kollektiven Identität“ (Dugin 2021: 20).

Die oben dargestellte Annahme eines unbedingten Vorrangs des kollektiven „Superethnos“ vor dem einzelnen Menschen und die Verdammung der freien Entfaltung des Individuums als degeneratives Konstrukt des Liberalismus wendet sich außerdem klar gegen die Garantie der Menschenwürde, die Dugin als „Ideologie“ und „Grundlage der Masseneinwanderung“ abtut (Dugin 2021: 94).⁴ Unterstrichen wird dies durch

⁴ Zur Garantie der Menschenwürde siehe BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2BvB 1/13, juris, Rn. 540.

die Darstellung seines Sozialmodells, dessen Kern nach eigenen Angaben die „totale Ablehnung des Individuums“ darstellt (Umland 2020: 200). Die daran anknüpfende inhärente gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, insbesondere durch die Bezeichnung der LGBTQ-Bewegung als Zersetzung der kollektiven Identität, und eine biologistisch-völkisch begründete Negierung des Existenzrechts der Ukraine unterstreichen diesen Eindruck zusätzlich. Inwieweit Dugin schließlich zudem das Demokratieprinzip ablehnt („Der Demos ist genauso schlecht wie die Oligarchie und Tyrannei“), wurde bereits ausführlich dargestellt.⁵

3 Dugin und Deutschland

Das äußerst ausgeprägte Mitteilungs- und Geltungsbedürfnis Dugins macht ihn zu einem der fleißigsten Autoren der globalen neuen Rechten. Neben zahlreichen Monografien produziert er in einem fast industriellen Ausmaß Beiträge in vermeintlichen Fachzeitschriften, kommentiert andere Autoren und ist ein Dauergast in russischen Talkshows oder anderen Berichtsformaten, wo er mantraartig seine Theorien zum ewigen Kampf zwischen Gut und Böse in verschiedenen, auf den Adressatenkreis zugeschnittenen Variationen wiederholt.

Mindestens ebenso wichtig wie die heimische Aufmerksamkeit ist für Alexander Dugin jedoch die internationale Anerkennung, vorzugsweise aus dem vermeintlich intellektuellen Milieu. Schon vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion war dies sein Fixpunkt. Deutsche Antidemokraten wie Carl Schmitt und Martin Heidegger und die daraus von Armin Mohler abgeleitete Geisteshaltung der Konservativen Revolution bilden hierbei, angereichert durch weitere europäische Autoren der neuen Rechten wie Alain de Benoist, das argumentative Fundament seiner illiberalen Theorien.

Deutschland spielt in seinem Großraumdenken aber nicht nur intellektuell, sondern auch geopolitisch eine zentrale Rolle, wobei ihm insbesondere der vermeintliche amerikanische Einfluss ein Dorn im Auge ist, wie er bereits 2013 in einem Interview offenbarte:

„Deutschland ist heute ein großer, politischer Gulag oder eine Art Konzentrationslager. Aber diesmal sind die Amerikaner die Lageraufseher. Die deutsche politische Klasse spielt dabei die Rolle der Kapos, der privilegierten Lagerpolizei. Ein freies und unabhängiges Deutschland ist eine große Chance für ganz Europa.“ (Zit. n. Ochsenreiter 2014: 24.)

Seine Faszination für den Nationalsozialismus, welche Dugin in den 1990er-Jahren noch ganz unverhohlen auslebte, verschleiert er allerdings seither unter dem Oberbegriff des „Traditionalismus“. Damit reiht er sich ein in den nebulösen Duktus der neuen Rechten, zu der er auch in der Bundesrepublik intensive Verbindungen pflegt. Diese Sympathie beruht vielerorts auf Gegenseitigkeit, wie die fast schon ehrfürchtige Berichterstattung einschlägiger Formate offenlegt.

Insbesondere das reichweitenstarke *Compact-Magazin* hofiert Dugin seit mehreren Jahren. Im Online-Shop des Verlags werden deutsche Übersetzungen von seinen Schriften angeboten, zudem findet sich eine dichte Berichterstattung in den Veröffentlichungen des Verlags. Hier wird Dugin als Aufklärer und Gegenpol transhumanistischer Imperialisten stilisiert, der sich dem Kampf gegen das pervertierte Böse (im Sinne der Lebensweise in den westlichen Demokratien) verschrieben habe. Die Sonderausgabe Nr. 32 (Dezember 2021) mit dem Titel „Das große Erwachen – Der spirituelle Kampf gegen den Great Reset“ widmet sich in Gänze einem zentralen Konstrukt seiner Lehren, dem Trans- bzw. Posthumanismus als ultimativer

⁵ Vgl. Kapitel 2.3.

Abart des Liberalismus. Hier sind mehrere Kapitel aus Dugins neuem Werk *The Great Awakening vs. The Great Reset*, welches am 22. September 2021 beim Londoner Verlag Arktos Media erschien, übersetzt, abgedruckt und um thematisch passende Beiträge anderer Autoren ergänzt.

Der Tod seiner Tochter Darja Dugina am 20. August 2022 durch eine Autobombe schürte nicht nur eine Vielzahl von Verschwörungsmymen um die zugegebenermaßen recht rätselhaften Umstände ihrer Ermordung, sondern auch eine breite Sympathie für ihren Vater. Auch das *Compact-Magazin* widmete der ebenfalls in Hinblick auf den Neoeurasismus einschlägig vorbelasteten Aktivistin einen ausführlichen Nachruf in der Ausgabe vom Oktober 2022 (*Compact* 2022: 40 f.). In diesem Rahmen wurde auch ein Interview mit ihr veröffentlicht, in dem sie den Einmarsch Russlands in die Ukraine als präventiven Akt der Selbstverteidigung rechtfertigte und die Unterstützung der Ukraine durch den Westen, ganz im ideologischen Duktus ihres Vaters, als „Todeskampf eines globalistischen Regimes“ bezeichnete (*Compact* 2022: 42).

Der Grund für die Faszination des Chefredakteurs Elsässer für die Kleinfamilie Dugin ist neben der allgemeinen Affinität zu Verschwörungstheorien aller Art und der devoten Verehrung des Despoten Putin der glühende Antiamerikanismus, den beide Parteien uneingeschränkt teilen. So verbreitet das *Compact-Magazin* in regelmäßigen Abständen Inhalte im charakteristischen Dugin-Duktus über vermeintliche Skandale, Verschwörungen und Verbrechen der USA und ihren globalen Plan einer neuen Weltordnung. Zudem war der Verlag einer der Hauptorganisatoren der *Ami go home!*-Demonstration, die am 26.11.2022 vor dem US-Generalkonsulat in Leipzig stattfand. Elsässer trat dort als Hauptredner auf und lobte sein Magazin als „das stärkste deutschsprachige politische Medium im Kampf gegen die Neue Weltordnung der globalen Eliten“. Im *Compact*-Webshop wird zu-

dem eine ganze Merchandise-Reihe zu diesem Thema angeboten, von Flyern und Stickern über Sonderausgaben und Bücher bis hin zu DVD-Boxsets über die vermeintlichen Frevel der globalen US-Hegemonie.

Trotz des Zuspruchs reichweitenstarker Akteure ist Dugins Position und neoeurasische Theorie nicht unumstritten. Die Konfliktlinien innerhalb der rechtsextremistischen Szene sind hier – wenig überraschend – weitestgehend deckungsgleich mit denen der Positionen zum russischen Überfall auf die Ukraine. Die rechtsextremistische Kleinpartei Der III. Weg, die sich bislang am deutlichsten bzw. sichtbarsten gegen Russland und den „Kriegstreiber Putin“ positioniert hat, kritisiert Dugin nicht erst seit Beginn des Krieges scharf. Bereits im Februar 2017 erschien auf der Homepage der Partei ein Artikel mit dem Titel „Patrioten auf Irrwegen – Von Identitären, Eurasiern und ‚unmodernen‘ Antirassisten“. In diesem rechnet der nicht genannte Autor mit dem „Nationalbolschewisten“ Dugin und seiner vermeintlich weißenfeindlichen Ideologie sowie seiner inhärenten Russlandfreundlichkeit ab, in die „Tschetschenen und Usbeken ebenso miteingeschlossen“ sind. Hieraus lässt sich erkennen, dass die Protagonisten des III. Weges aufgrund seiner „sowjetnostalgischen“, aber auch seiner „explizit anti-nationalistischen“ Einstellung mit Dugin fremdeln und er ihnen letztendlich schlichtweg nicht rassistisch genug ist (*Der III. Weg* 2017). Zudem stellt der ideologisch deutlich am historischen Nationalsozialismus orientierte III. Weg seine Kritik an Dugin explizit in die Tradition der Gegnerschaft zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion: Angesichts von Äußerungen Dugins, dass Putin seine „Operation“ notfalls bis zur atomaren Auslöschung der Welt fortsetzen werde, formuliert die Partei eine „eindringliche Warnung an Europas Völker, dass zum zweiten Mal innerhalb von 100 Jahren eine existenzielle Bedrohung Europas aus dem Osten droht“ (*Der III. Weg* 2022).

4 Fazit

Die zahlreichen Kontakte Dugins in die Bundesrepublik und die dortige Verbreitung seiner Lehren in reichweitenstarken Formaten wie dem *Compact-Magazin*, aber auch durch bestens vernetzte Einzelpersonen, sind nicht nur im Lichte des Ukrainekrieges und einer allgemeinen Verrohung der Debatte besorgniserregend. Sie zeigen außerdem, dass es in der rechtsextremistischen Szene eine Offenheit und netzwerkartige Infrastruktur für derartige Verbindungen von extremistischer Ideologie und Staatspropaganda gibt, die potenziell von staatlichen Akteuren im Rahmen einer wie auch immer ausgestalteten Doktrin ausgenutzt werden könnten. Das Narrativ einer Sklaverei unter der Herrschaft der USA und der Ruf nach einem „unabhängigen“ Deutschland unter „starker“ Führung ist nicht neu, wird von Dugin aber geschickt um- bzw. neu etikettiert und in ein esoterisches Heilsversprechen integriert. Deutschland als europäisches Machtzentrum spielt in seiner geopolitischen Theorie eine herausragende Rolle, auch seine ideologischen Anleihen bei Carl Schmitt, Armin Mohler und Martin Heidegger zeugen von einer gewissen Fixierung auf die Bundesrepublik. Zugleich gibt es deutsche rechtsextremistische Akteure, die das

autoritäre System Putins bewundern und in Dugin den Gesandten einer autoritären Befreiung sehen. Diese extremistische Symbiose hat das Potenzial, der zersplitterten „Putin-Fangemeinde“ eine gemeinsame ideologische Heimat und Marschrichtung zu bieten. Dugins Auftreten als großväterlicher Philosoph, der nur das Beste für die unterjochten Völker Europas will und ihnen die helfende Hand der spirituellen Befreiung reicht, dürfte gerade in Zeiten großer Verunsicherung dankbar angenommen werden. Somit bleibt das Netz seiner Anhänger eine Herausforderung, zumal seine Worte, die immer mehr Menschen erreichen, eine zunehmende Radikalisierung erkennen lassen, die sich möglicherweise früher oder später auch auf sein aufmerksames Publikum in Deutschland überträgt.

Dies gilt umso mehr, als Dugin neben seinen – für weite Teile der rechtsextremistischen Szene von jeher anschlussfähigen – geopolitischen Positionen in den letzten Jahren auch die unter anderem in der QAnon-Bewegung virulenten Themen Transhumanismus und Great Reset intensiv aufgegriffen hat und sich damit auch im deutschen Delegitimierungs-Spektrum ein zusätzliches Publikum erschlossen haben dürfte.

5 Literaturverzeichnis

- Böss, O., 1961: Die Lehre der Eurasier. Ein Beitrag zur russischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts. Wiesbaden: Otto Harrassowitz Verlag.
- Compact, 2022: Abschied von Darja. Compact-Magazin 10/2022. 40–43.
- Der III. Weg, 2017: Patrioten auf Irrwegen – Von Identitären, Eurasiern und unmodernen Antirassisten, Homepage der Partei, 09.02.2017, <https://der-dritte-weg.info/2017/02/patrioten-auf-irrwegen-von-identitaeren-eurasiern-und-unmodernen-antirassisten/> [Zugriff: 21. Februar 2023].
- Der III. Weg, 2022: Putin-Ideologe‘ Alexander Dugin droht der Welt mit atomarer Auslöschung, Homepage der Partei, 24.03.2022, <https://der-dritte-weg.info/2022/03/putin-ideologe-alexander-dugin-droht-der-welt-mit-atomarer-ausloeschung-video/> [Zugriff: 27. Februar 2023].
- Dugin, A., 2021: Das Große Erwachen gegen den Great Reset. London: Aktos.
- Holland, T. & J. Mason, 2014: Obama, in a dig at Putin, calls Russia ‘regional power’. In: Reuters, 25. März 2014, <https://reuters.com/article/us-ukraine-crisis-russia-weakness-idUSBREA20140325> [Zugriff: 13. Januar 2023].
- Kappeler, A., 2019: Die Kiewer Rus: Geteilte Erinnerung in der Ukraine und in Russland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/295403/die-kiewer-rus-geteilte-erinnerungen-in-der-ukraine-und-in-russland> [Zugriff: 31. Januar 2023].
- Ochsenreiter, M., 2014: Interview mit Alexander Dugin: Ohne Rebellion keine Souveränität. Zuerst! 01/2014. 20–24.
- Sauer, P., 2022: Alexander Dugin: who is Putin ally and apparent car bombing target. In: The Guardian UK, 21. August 2022, <https://www.theguardian.com/world/2022/aug/21/alexander-dugin-who-putin-ally-apparent-car-bombing-target> [Zugriff: 22. Februar 2023].
- Schmid, U., 2017: De Profundis – Vom Scheitern der russischen Revolution. Berlin: Suhrkamp.
- Schwieger, N., 2022: Antiwestlicher Hassprediger und Putins ‚Gehirn‘ – das ist Alexander Dugin, Redaktionsnetzwerk Deutschland, 22. August 2022, <https://tinyurl.com/2p82xfah> [Zugriff: 28. Dezember 2022].
- Sedgwick, M., 2004: Against the Modern World: Traditionalism and the Secret Intellectual History of the Twentieth Century. New York: Oxford University Press.
- Shenfield, S.D., 2000: Russian fascism: traditions, tendencies, movements. M.E. Sharpe: Armonk NY.
- Smirnova, J., 2014: Putins Einflüsterer ist ein rechtsradikaler Polit-Guru. In: Hamburger Abendblatt, 11. Juli 2014, <https://www.abendblatt.de/politik/ausland/article130028864/Putins-Einfluesterer-ist-ein-rechtsradikaler-Polit-Guru> [Zugriff: 19. Januar 2023].
- Umland, A., 2010: Alexandr Dugin’s transformation from a lunatic fringe figure into a mainstream-political publicist, 1980–1998: A case study in the rise of late and post-Soviet Russian fascism. Journal of Eurasian Studies 01/2010. 144–152.

Umland, A., 2020: Alexandr Dugin – Kreuzzug gegen den Liberalismus. In: Fücks, R. & C. Becker (Hrsg.), Das alte Denken der Neuen Rechten. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. 190–211.

Wiederkehr, S., 2004: Kontinent Evrasija – Klassischer Eurasismus und Geopolitik in der Lesart Alexander Dugins. In: M. Kaiser (Hrsg.), Auf der Suche nach Eurasien. Bielefeld: transcript. 125–138.

Kapitel 15

Extrem rechte Bild/Sprachen. Zur Grammatik von Internet-Memen

Kai Denker

1 *Einleitung*

Internet-Meme, also multimodale Text-Bild-Arrangements, bilden einen wichtigen Teil rechts-extremistischer und rechtsoffener Kommunikationsinhalte im Netz. Extrem rechte Aktivist*innen arbeiten unter den Stichworten Metapolitik und Akzelerationismus an Diskursverschiebungen, die weit über die rechte Szene hinaus in den Mainstream hineinwirken sollen: Es geht nicht mehr nur darum, Anhänger*innen für die Szene zu gewinnen, sondern das politische und kulturelle „Vorfeld“ in praktischer und in diskursiver Hinsicht zu „bestellen“. Daher verzichten extrem rechte Aktivist*innen in Memen auf allzu bekannte Codes und Bildinhalte, sondern beschränken sich neben wenig bekannten und nicht direkt als extrem rechts erkennbaren Codes auf narrative Muster, die Ungleichheitsideologien oft nur andeuten und in Mehrdeutigkeiten verstecken. So lassen sich Internet-Meme finden, die nur dann eindeutig als extrem rechte Kommunikationsinhalte zu erkennen sind, wenn die Betrachter*in bereits über ein erhebliches Hintergrundwissen verfügt, d. h. bereits in extrem rechten Diskurszusammenhängen sozialisiert wurde. Dies ermöglicht nicht nur Abstreitbarkeit, z. B. wenn demokratisch eingestellte Bürger*innen auf sozialen Medien widersprechen, und schließt die Strafver-

folgung in der Praxis oft aus, sondern organisiert auch einen Weg in die Radikalisierung, auf dem extrem rechte Narrationen – und entsprechend: Denkmuster – nach und nach unbemerkt und ohne geschlossenes Weltbild „einsickern“. Statt der Verbreitung geschlossener Weltbilder geht es dieser Strategie darum, durch Wiederholung und Umdeutung „kleine“ Ideologeme zu verbreiten und sie zum Bestand von heterogenen Deutungsmustern zu machen, der sich durch die Betrachter*in selbst und ohne bewussten Bezug zu extrem rechten Positionen aktualisieren lässt. Dies fordert die Erforschung extrem rechter Strategien insbesondere dort heraus, wo diese – etwa in staatliches Handeln delegitimierender Absicht – in Szenen und Diskursräume vordringen, in denen beispielsweise berechnete Sorgen verhandelt werden.

Der Beitrag, der auf Ergebnissen des philosophischen Teils des BMBF-geförderten Verbundvorhabens „Meme, Ideen, Strategien rechts-extremistischer Internetkommunikation (MISRIK)“ basiert, möchte helfen, die Analyse extrem rechter Internet-Meme zu verbessern – und zwar auch jenseits der bloßen Benennung von Symbolen oder Szenezugehörigkeiten als Erkennungsmerkmal extrem rechter Internet-Kommunikation. Wir schlagen vor, extrem rechte Internet-Meme nicht vorschnell als Bilder im Sinne von Abbildern auf-

zufassen, sondern als ein semiologisches Phänomen, d. h. in einem schwächeren Sinne als Sprache, die mittels einer überschaubaren Grammatik und eines dynamischen, aber endlichen Zeichenvorrats extrem rechte Inhalte in einer Bild-Text-Sprache ausdrückt. Ziel ist, die typischerweise verwendeten Gestaltungsmittel extrem rechter Internet-Meme freizulegen. Viele dieser Gestaltungsmittel sind nicht spezifisch für extrem rechte Internet-Meme, sondern lassen sich in vielen Memen finden. Der vorliegende Beitrag entwickelt seine Überlegungen auf Basis extrem rechter Meme, die von der Gruppierung *Reconquista Germanica*, vom Imageboard 4chan/pol sowie aus Telegram-Gruppen stammen.¹ Im Folgenden werden zunächst Internet-Meme definiert und als semiologisches Phänomen charakterisiert. Sodann wird die Untersuchungsmethode der minimalen Variation vorgeschlagen und an einem Fallbeispiel exemplifiziert. Im dritten Teil werden ausgewählte Ergebnisse der systematischen Analyse extrem rechter Internet-Meme diskutiert.

2 Internet-Meme als semiologisches Phänomen

Der Begriff Mem wird in der Literatur überwiegend auf den britischen Evolutionsbiologen Richard Dawkins (2006, 189 ff.) zurückgeführt. Dieser hatte in seiner 1976 erstmals erschienenen populärwissenschaftlichen Arbeit *The Selfish Gene* (dt. 1978) spekuliert, dass es neben dem Gen als Träger der Erbinformation auch einen Träger kultureller Information geben müsse, den er als *Mem* (engl. *meme*) bezeichnete. Für Dawkins handelt es sich bei Memen um einen spekulativen Term, um eine Analogie zur Evolutionstheorie herzustellen. Analog zur Verbreitung von Genen durch Vererbung müssten sich Meme durch Nachahmung bewähren und ausbreiten. Eine umfassende Theo-

rie der Meme hatte Dawkins nicht im Sinn. Dass sich seine Spekulation zu einer umstrittenen Leittheorie des Internets entwickeln konnte, ist nicht Dawkins zu verdanken, sondern ist Ergebnis eines memetischen Prozesses: 1981 veröffentlichten Daniel C. Dennett und Douglas R. Hofstadter den Sammelband *The Mind's I*. Hier lieferten sie einen Auszug aus Dawkins' Arbeit, der allerdings geschickt ausgewählt war, so dass es schien, Dawkins selbst hätte auf eine geschlossene Mem-Theorie abgezielt (Burman 2012). In den 1990er-Jahren verstärkten sich zudem Bemühungen, eine wissenschaftliche Mem-Theorie zu entwickeln, was sich beispielsweise am kurzlebigen *Journal of Memetics* zeigte. Die radikal interdisziplinäre Memetik vermochte es aber nicht, sich in den bestehenden Sozialwissenschaften durchzusetzen, und blieb eine Randerscheinung. In der populären Wissenschaft behauptete sich hingegen das Mem und lag in den 1990er-Jahren „in der Luft“, als das WWW sich rasant popularisierte: Auch hier gab es Phänomene, die mittels memetischer Nachahmung erklärt werden sollten. In der Folge verschob sich der Term mehr und mehr von einer Spekulation über kulturelle Prozesse zur Beschreibung von digitalen Text-Bild-Arrangements, deren Ausbreitung sich auch mit Begriffen der Aufmerksamkeit und der Nachahmung beschreiben lassen.

Es entwickelten sich damit zwei Auffassungen von Memen, die für die Analyse der extremen Rechten von Bedeutung sind: Erstens werden Meme als sich viral verbreitende kleine Einheiten kultureller Information verstanden, die unsere Gehirne als Verbreitungsmilieu nutzen und dabei um unsere Aufmerksamkeit konkurrieren. Erfolgreich sind Meme, die es schaffen, unsere Aufmerksamkeit zu binden, und uns dazu bringen, das vom Mem codierte Verhalten nachzuahmen,

1 Neben den im Projektzeitraum seit 2021 auf 4chan und Telegram gesammelten Memen basieren unsere Überlegungen auf der kuratierten Mem-Sammlung der Gruppierung *Reconquista Germanica*. Diese Meme wurden uns freundlich von Lisa Bogerts und Maik Fielitz zur Verfügung gestellt. Vgl. Bogerts und Fielitz 2019.

also unser Verhalten entsprechend dem Mem anzupassen. Dies ist die Basis sämtlicher Ideen, mittels Memen Einfluss auf menschliches Verhalten und damit schließlich auf die Politik zu nehmen. Zweitens und kategorial davon unterschieden werden Meme als digitale Artefakte aufgefasst, z. B. als multimodale Text-Bild-Arrangements in Form von Bilddateien oder von kurzen Videos, die auf sozialen Medien durch Teilen weiterverbreitet, aber auch mittels Remixing nachgeahmt werden. Diese Amphibolie des Mem-Begriffs wird besonders in extrem rechten Kommunikationsstrategien deutlich: Strategisch gesehen soll die Metapolitik realisiert, also eine kulturelle Hegemonie errungen werden. Taktisch sollen hierzu u. a. Meme eingesetzt werden, was sich in gezielter memetischer Kommunikation operationalisieren ließe. Inwieweit dieser Kurzschluss in der extrem rechten Strategie von kultureller Hegemonie mit Internet-Bild-Memen haltbar ist, ist letztlich unwichtig, solange er eine in der extremen Rechten verbreitete Auffassung widerspiegelt. Es lässt sich zeigen, dass extrem rechte Internet-Meme mehrdeutig, wenngleich auch nicht völlig offen sind, was eine graduelle Annäherung an extrem rechte Narrative durch Internet-Meme plausibel macht. Dies wird auch durch die Beobachtung bestätigt, dass viele Manifeste extrem rechter Gewalttäter Internet-Meme enthalten. Als beobachtbares Phänomen begegnen uns Internet-Meme als digitale Artefakte. Meme in der anderen Bedeutung hingegen sind begrifflich und empirisch kaum zu fixieren. Extrem rechte Meme lassen sich daher, trotz der von der Szene selbst durchgehaltenen Amphibolie, nur ausgehend von Internet-Memen im Sinne digitaler Artefakte analysieren. Dieser Beitrag konzentriert sich auf Bild-Meme, also auf statische Text-Bild-Arrangements, um deren Bildsprache *als Sprache* aufzuklären und so zu erhellen, wie die extreme Rechte versucht, ihre metapolitische Strategie mittels Memen durchzusetzen.

Internet-Meme wurden in der Forschung oft als um Paratexte ergänzte Bilder verstanden (Shifman 2014). Methodisch stand bei ihrer Analyse daher das Bild *als Bild* im Vordergrund (methodisch meist orientiert an: Panofsky 2006, Bohnsack 2020). Dass Meme Text-Analoga sind, also sprachartigen Charakter haben, wird zwar gesehen, vertiefte Analysen von Memen als Sprache fehlen aber noch (Nowotny und Reidy 2022, 16). Dies gilt umso mehr für Studien zu extrem rechten Memen: Sofern nicht einfach auf die Urheberschaft abgestellt werden kann, werden extrem rechte Meme oft anhand einschlägiger Symbole oder aufgerufener Narrative erkannt. Meme lassen sich jedoch als semiologischer, d. h. als der Sprache ähnlicher Prozess beschreiben, ohne sich auf bekannte Symbole oder Narrative zu beschränken. Extrem rechte Meme bedienen sich einer überschaubaren Menge an Ausdrucksmitteln. Sie sind komplexe, mit einer Grammatik ausgestattete Zeichengefüge, in denen ein sprachlich operierender Bild-Teil ggf. mit einem oder mehreren Text-Teilen interagiert (Nowotny und Reidy 2022, 65). Extrem rechte Meme können zwar manchmal anhand einschlägiger Symbole erkannt werden; neue und unbekannte Symbole müssen aber erst als für die extreme rechte Szene typische Symbole erkannt werden. Alternativ lassen sich extrem rechte Internet-Meme durch ihre Verwendung in der Szene erkennen, wobei etwa ermittelt wird, welche Narrative extrem rechte Aktivist*innen mit den jeweiligen Memen verbinden. Diesem Beitrag liegt hingegen die Idee zugrunde, dass sich auch auf Ebene der Grammatik der als Sprache verstandenen extrem rechten Internet-Meme Muster finden lassen, die für extrem rechte Narrative typisch sind. Sollte sich dies bestätigen, wäre es möglich, extrem rechte Narrative in Memen ohne Rückgriff auf (bekannte) Symboldeutungen oder auf ihre (beobachtbare) Verwendung seitens extrem rechter Aktivist*innen zu erkennen und zu deuten.

Ein semiologischer Prozess² besitzt zwei untrennbare Seiten, Inhalt und Ausdruck, die sich jeweils in Form und Substanz unterteilen. Die Inhaltsseite markiert die Ebene des Sinns: Was wird wie thematisch gemacht? Was sind die Entitäten im weiteren Sinne (Inhaltssubstanz) und wie werden diese geordnet (Inhaltsform)? Die Inhaltsform bestimmt die denklogische Ordnung der Inhaltssubstanz. Die Ausdrucksseite markiert die Ebene der sprachlichen Äußerungen: Wie wird das Thema konkret ausgedrückt? Die Ausdrucksform versammelt die Möglichkeiten des Ausdrucks (die Ausdrucksmittel, entsprechend der *langue*) und die Ausdruckssubstanz der tatsächlich hervorgebrachten Ausdrücke (entsprechend der *parole*). Die Unterscheidung in Inhalt und Ausdruck geht auf den französischen Linguisten Ferdinand de Saussure zurück und hebt unter wechselnder Terminologie den grundsätzlichen Charakter von Zeichen hervor: Ein (sprachliches) Zeichen vertritt als Bezeichnendes (Signifikant, Ausdruck) etwas Abwesendes, auf das als Bezeichnetes (Signifikat, Inhalt) verwiesen wird. Auf Inhaltsseite haben wir es vorläufig gesprochen mit formalen und materialen Topoi zu tun: Materiale Topoi sind das, was überhaupt in einem Ausdruck thematisch werden kann, während formale Topoi erfassen, wie etwas thematisch werden kann. Die Inhaltssubstanz umfasst das, worüber gesprochen wird, also z. B. Gegenstände, Personen, Orte, Ereignisse oder Probleme. Rechte Meme greifen bestimmte oft politische Themen bevorzugt auf, unterscheiden sich hier aber nicht wesentlich von anderen Memen. Die Inhaltsform hingegen umfasst, wie überhaupt thematisiert werden kann. Sie markiert das Ergebnis eines Ordnungsvorgangs, das aus Differenzen (A ist nicht B; A umfasst B etc.) besteht.

Im Ausdruck ist die Form die Menge der Gestaltungsmittel, die einen Ausdruck bilden; also der

Zeichenvorrat in Verbindung mit einer Grammatik, nach der die einzelnen Zeichen zusammengestellt werden können. Die Ausdrucksform umfasst die Ausdrucksmittel und -möglichkeiten im Sinne von Syntax und Grammatik sowie einen Zeichenvorrat, also z. B. die für Meme typischen Symbole. Hinzu treten stilistische, gestalterische und rhetorische Elemente. Die Ausdrucksform umfasst also die Auswahl- und Anordnungsregeln. Für (extrem rechte) Meme lassen sich typische Ausdrucksformen finden. Idealziel wäre also die Aufklärung der Ausdrucksform, also des Zeichenvorrats mit Grammatikregeln, so dass die systematische Anwendung der Regeln im Sinne einer generativen Grammatik genau die Menge möglicher extrem rechter Meme aufzählt. Ein solches Idealziel wäre freilich für jede Forschungspraxis und für jede Anwendung untauglich und ließe sich allein aufgrund seiner Komplexität nicht realisieren. Aber bereits die teilweise Aufklärung der Grammatik extrem rechter Meme kann deren Analyse erheblich unterstützen. Die Ausdruckssubstanz umfasst die Menge aller tatsächlichen Ausdrücke. Für Meme sind dies die Mengen an einzelnen Memen, wobei Häufungspunkte und Ähnlichkeiten Serien von Memen oder Mem-Typen markieren. Als Menge aller konkreten memetischen Äußerungen liefert die Ausdruckssubstanz die Internet-Meme, aus denen die in diesem Beitrag untersuchten Fälle entnommen wurden. Oft wird die Ausdruckssubstanz untersucht, indem memetische Diskurse identifiziert werden. Der vorliegende Beitrag zielt aber auf die Ausdrucksform, deren Analyse zwar ohne Befunde der Ausdruckssubstanz nicht geleistet werden kann, aber dabei gerade keinen diskursanalytischen Ansatz verfolgt, der die Ausdrucksform meist nur streifen kann. Es geht vielmehr darum, die möglichen Ausdrucksformen experimentell von den tatsächlichen Ausdrücken, also aus der Ausdruckssubstanz, im Sinne eines „*ab esse ad posse*“-Schlusses abduktiv abzuleiten.

2 Die Überlegungen hier folgen lose der Rezeption der Glossematik des dänischen Linguisten Louis Hjelmslev durch die französischen Autoren Barthes (1979), Deleuze und Guattari (1992). Vgl. auch Taverniers (2008).

3 Methode der Analyse durch Variation

Durch Analyse der Ausdrucksseite können wir die Inhaltsseite „indirekt“ analysieren. Da die Inhaltsseite stets nur in Ausdrücken zugänglich ist, konstruieren wir methodisch zunächst eine intuitive Interpretation des Mems, die uns als Vergleichsfolie für die Variationen des Mems dient. Die methodische Frage lautet dann, welche Variationen im Ausdruck des Mems zu einer Variation seines entsprechenden Ausdrucks in der Interpretation führen. Uns interessiert hier primär die Form des Ausdrucks, um übertragbare Ergebnisse zu gewinnen. Während sich Themen und Stile schnell ändern, ändert sich die Form (extrem rechter Meme) nur langsam. Die hier vorgeschlagene Methode zielt darauf, die Ausdrucksform auf Basis einer nach und nach zu erweiternden Auswahl an Fällen der Ausdruckssubstanz, die sich intuitiv als extrem rechts auffassen lassen, inkrementell zu explorieren. Konkrete Internet-Meme werden durch Selektion der Ausdrucksmittel instanziiert, wobei die Inhaltsform die Anlässe für diese Selektion liefert. Eine Änderung dieser Selektion macht daher einen relevanten Unterschied für die Inhaltsform. Wir können also die Selektionsoptionen der Inhaltsform untersuchen, indem wir die Selektionsoptionen der Ausdrucksform durch Variation nachzeichnen und hierbei abfragen, ob sich Änderungen für die möglichen Interpretationen des untersuchten Mems ergeben. Diese Änderungen der Ausdrucksform können trivial sein, so dass sich die Menge der möglichen Interpretationen nicht ändert. Sie können redundant sein, insofern die Interpretationsmöglichkeiten gleich bleiben, aber möglicherweise schwerer zu verstehen sind oder zu einer Ver(un)eindeutigung beitragen. Und die Änderungen können wesentlich sein, so dass die Interpretationsmöglichkeiten sich so weit ändern, dass das Internet-Mem einen anderen

Sinn annimmt, d. h., die bisherige Interpretation wesentlich zu ändern ist. Der Zusammenhang von Inhalts- und Ausdrucksform zeigt sich dann z. B. daran, mit welchen Mitteln Gleichheits- und Ungleichheitsurteile oder Unwerturteile ausgedrückt werden, etwa wenn diese in der Interpretation verschwinden oder neu eingeführt werden.

Rechte Internet-Meme sind variationsreicher als die typischen Bildmakros der meisten Internet-Meme. Dennoch verwenden auch sie nur bestimmte Ausdrucksmittel in oft einfachen grafischen Zusammenstellungen. Diese lassen sich mittels der aus der Linguistik stammenden Methode minimaler Variation systematisch explorieren, wobei minimale Änderungen am Mem vorgenommen und diese mit möglichen (plausiblen) Interpretationen abgeglichen werden. Ermittelt wird hiermit nicht nur, welche Elemente eines Mems bedeutungstragend sind, sondern auch, welche Regeln der Zusammenstellung die Meme bestimmen – kurz: Es wird die Struktur der Ausdrucksform, also die Grammatik, freigelegt, was indirekt den Blick auf die Inhaltsform preisgibt. Dabei zeigt sich, dass formale Topoi, etwa solche der Gleich- vs. Ungleichheit, durch typische Ausdrucksmittel wiedergegeben werden, während z. B. andere Elemente fortgelassen werden können, ohne die Menge plausibler Interpretationen zu ändern. Solche redundanten Elemente können allerdings die Interpretation vereinfachen oder vereindeutigen.

Dieser Abschnitt exemplifiziert die Methode an einem konkreten, grafisch einfachen Mem (Abb. 1).³ Zunächst ist dessen Aufbau – bestehend aus Bildebenen und Bildelementen – angeleitet durch die Frage, wie das Mem in einem Grafikprogramm nachgebaut werden könnte, zu identifizieren. Meme werden mit Grafikprogrammen

³ Das Mem entstammt dem von Bogerts und Fielitz zur Verfügung gestellten *Reconquista Germanica*-Datensatz.



Abbildung 1:
Quellennachweis: *Reconquista Germanica*, zit. nach Bogerts und Fielitz 2019.



Abbildung 2:
Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.

oder Mem-Generator-Tools⁴ erzeugt. Entsprechend erweist es sich als gewinnbringend, die mutmaßliche Erzeugung des Memes mit solchen Mitteln für die Analyse nachzuvollziehen. Das vorliegende textlose Mem besteht aus drei Bildebenen, die sich unabhängig deuten lassen: Der Hintergrund ist himmelblau und zeigt eine gelbe Kreisfläche, die offenbar die Sonne darstellen soll. Die darüber liegende Ebene zeigt drei vollständig schwarze Symbole, die offenbar einen Helikopter und zwei Personen in unnatürlicher Haltung zeigen sollen. Die Anordnung legt nahe, dass die Personen aus dem Helikopter „fallen“. Der Vordergrund zeigt Pepe, den Frosch, der aus dem Bild heraus die Betrachter*in höhnisch anblickt. Er trägt eine Uniformmütze, die sich dem chilenischen Diktator Pinochet zuordnen lässt. Dieser Verweis bringt die Interpretation auf eine Spur: Am 11. September 1973 putschte in Chile das Militär gegen die demokratisch gewählte Allende-Regierung. Chile wurde ein diktatorisch regier-



Abbildung 3:
Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.

tes, neoliberales Versuchslabor, das seine Politik u. a. mit massiven Menschenrechtsverletzungen durchsetzte. Bis heute ist das Pinochet-Regime ein

⁴ Am bekanntesten ist wohl der *Meme Generator* von [imgflip.com](https://imgflip.com/memegenerator), der viele bekannte Bildmakros anbietet: <https://imgflip.com/memegenerator> (zuletzt am 7.11.2023).



Abbildung 4:
Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.



Abbildung 5:
Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.



Abbildung 6:
Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.

Phantasma in rechtslibertären Kreisen. Das Mem spielt auf extralegale Tötungen Oppositioneller mittels sog. Todesflüge („*vuelos de la muerte*“) an: Die Opfer wurden auf offener See aus Helikoptern

geworfen. In Chile wurden so ca. 120 Menschen ermordet.

Diese Interpretation des Mems, die für die vorgeschlagene Methode nicht vollständig oder korrekt zu sein braucht, dient nun als Kontrastfolie. Im nächsten Schritt werden die im Bildaufbau identifizierten Elemente mit einem Grafikprogramm ausgeschnitten und in manipulierbare Objekte überführt. Hilfsweise lassen sich entsprechende Bildelemente als Vorlagen online finden. Es bietet sich an, derartige Bildelemente auch für andere Analysen zu sammeln. Im dritten Schritt wird unter Verwendung der ausgeschnittenen Bildelemente eine Menge an Variationen des Mems erstellt (Abb. 1–13), in denen jeweils möglichst wenige Bildelemente oder deren Anordnungen geändert werden. Wichtig ist hierbei, keine neuen Unterscheidungen einzuführen, sondern nur bestehende Unterscheidungen zu variieren oder zu entfernen. Im vorliegenden Mem sollte beispielsweise der blaue Hintergrund nicht



Abbildung 7:
Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.



Abbildung 8:
Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.

durch eine komplexere Grafik aus einem anderen Kontext ersetzt werden. Die Menge an Variationen wird sodann mit dem Ausgangsbild verglichen, indem mögliche Interpretationen abgeglichen werden.⁵ Diese beiden Schritte können wiederholt werden, um die Variationen auszuweiten und zu verfeinern. Im fünften Schritt lässt sich die Ausdrucksform des Mem aufklären: Welche Änderungen am Mem machen welche Änderungen der Interpretation erforderlich? Welche Änderungen haben keine Auswirkungen auf die Interpretation, welche machen Aspekte der Interpretation (un)eindeutiger und welche Änderungen haben erhebliche Folgen für die Interpretation? Für das vorliegende Mem zeigt sich: Der Himmel-Hintergrund spielt bildsemantisch eine untergeordnete Rolle (Abb. 2–3). Solange keine weiteren Unterscheidungen eingeführt werden (z. B. ein Bild einer Wiese mit Trampolin etc.), ist es redundant und das Mem ist gegenüber Änderungen am Hintergrund robust, da auch ohne ihn eine Interpretation des Mem als Anspielung auf die Todes-



Abbildung 9:
Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.

flüge zusammen mit der „abwägenden“ Haltung Pepes gegenüber der Betrachter*in nahe liegt. Die Helikopter-Gruppe repräsentiert den Sachverhalt der Todesflüge. Diese Gruppe offenbar zu-

⁵ Es bietet sich an, diesen Schritt mit einer (Expert*innen)gruppe durchzuführen, um weitere Interpretationsansätze einzubeziehen.



Abbildung 10:
Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.

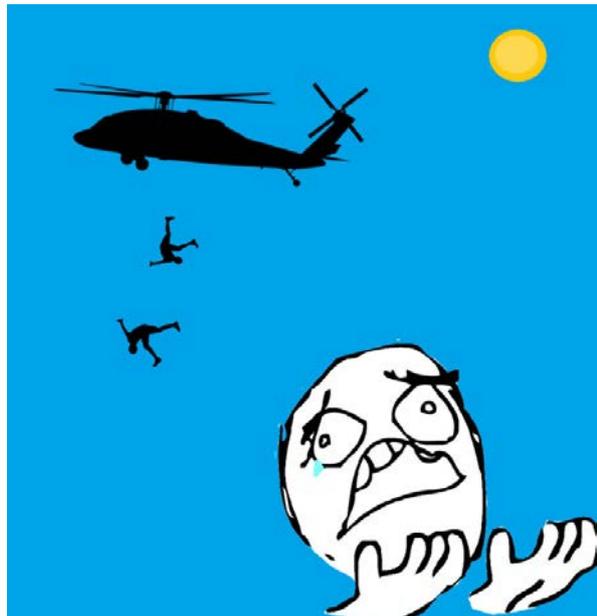


Abbildung 11:
Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.



Abbildung 12:
Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.

sammengehörender Bildelemente ist gegenüber Änderungen wenig robust. Zwar kann die Gruppe verschoben werden (Abb. 4), aber schon ein Angleichen der Drehungen der Personen, was eher an einen geplanten Absprung erinnert, zerstört den Bezug auf die Todesflüge (Abb. 5). Auch ohne Personen verschwindet der klare Bezug (Abb. 6). Die

Helikopter-Gruppe bestimmt offenbar den narrativen Bezug des Mems. Die Pepe-Gruppe im Vordergrund bestimmt hingegen, wie der Sachverhalt zu verstehen ist: Sie ist gegen Änderungen teilweise robust, solange die (affektive) Haltung (Abb. 7–9) und die Blickrichtung erhalten bleiben (Abb. 7, 10–12). Die Haltung ist ein höhnischer, abwägender Blick, der sich an die Betrachter*in wendet und damit eine Drohung impliziert. Die Pinochet-Mütze ist eher redundant und dient in erster Linie der Vereindeutigung (Abb. 7). Pepe dient zudem als Referenz auf rechte memetische Diskurse und bietet so identifikatorische Anschlüsse für rechte Aktivist*innen. Entsprechend ist dieses Bildelement nur teilweise robust gegen den Austausch von Pepe durch andere Charaktere und die sich dadurch ändernden Interpretationsoptionen (Abb. 11–12).

Während die Hintergrundebene offenbar nur eine untergeordnete Bedeutung hat, greifen die Zwischenebene der Helikopter-Gruppe und der Vordergrund mit der Pepe-Gruppe semantisch ineinander: Die Helikopter-Gruppe ist wenig robust und daher für die Bedeutung des Mems offenbar

entscheidend. Sie markiert den Sachverhalt der Todesflüge und die Anordnung der Bildelemente innerhalb dieser Gruppe ist offenbar nicht zufällig, sondern in Grenzen der Robustheit bewusst gewählt. Dieser Bezug wird durch die Pinochet-Mütze im Vordergrund verdeutlicht. Der Vordergrund ist teilweise robust. So müssen hier Haltung und Blickrichtung des „Smug-Pepe“ bewusst gewählt worden sein. Die zustimmende, abwägende Haltung wendet sich an die Betrachter*in, die damit zur Adressat*in der Abwägung wird, was in Verbindung mit der Helikopter-Gruppe mindestens impliziert, die Betrachter*in könnte als Opfer sowie als Täter*in eingeladen werden, an einem Todesflug teilzunehmen. Dies wird durch Pepe als Identifikationsfigur der extrem rechten Szene verdeutlicht: Als Opfer kommt infrage, wer von der extremen Rechten als Gegner*in ausgemacht wurde. Meme sind interpretatorisch stets unterbestimmt, d. h., für ihre Interpretation ist es erforderlich, Hintergrundwissen und vorgefertigte Haltungen einzubringen. Das vorliegende Beispiel zeigt, dass bestimmte, schon verhältnismäßig kleine Änderungen an einem Mem zu einer anderen Interpretation Anlass geben, so dass die jeweils infrage stehenden Aspekte des ursprünglichen Mems nicht als Zufall gelten dürfen: Auch wenn Meme oft schnell und aus vorgammelten Elementen mit einfachen gestalterischen Mitteln erzeugt werden, werden Gestaltungsoptionen doch bewusst gewählt.

4 Ausdrucksformen extrem rechter Meme

In diesem Abschnitt beschreiben wir ausgewählte Ausdrucksformen extrem rechter Meme, die wir anhand im Forschungsvorhaben gesammelter Meme explorieren konnten. Die Darstellung ist an dieser Stelle notgedrungen unvollständig. Stellvertretend stellen wir zunächst Dekoratoren, Farbmuster und Anordnungsregeln vor. Während diese meistens Vereindeutigungen liefern, die nicht selten redundant sind, sind Texte gegenüber Ände-



Abbildung 13:

Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.

rungen wenig robust. Es zeigt sich, dass die hier diskutierten Ausdrucksformen manchmal nur erste Hinweise bei der Identifikation extrem rechter Meme liefern und in erster Linie die weitere Analyse anleiten.

1. In (extrem rechten) Memen werden Bildelemente durch weitere Bildelemente „dekoriert“, um die Interpretation zu vereindeutigen oder sie zu ermöglichen. In der Regel berühren Dekoratoren die Bildelemente, die sie näher bestimmen. Sie können dabei als Symbole, Embleme und Wasserzeichen auftreten. Dekoratoren nennen wir Symbole, wenn sie als feststehendes Symbol auf einem einzelnen Bildelement angebracht sind. Die oben diskutierte Pinochet-Mütze ist ein Beispiel für einen solchen Dekorator, der „Smug-Pepe“ kontextualisiert. Symbole treten in interpretativen Sätzen als attributive Bestimmungen von Nominalgruppen auf. In der Regel zeigen Symbole, als was ein Bildelement zu verstehen ist, was das „Zusammenpuzzeln“ der Interpretation erleichtert, teils erst ermöglicht. Dekoratoren könnten zweitens als Embleme auftreten (Abb. 14). Embleme bestim-



Abbildung 14:

Quellennachweis: *Reconquista Germanica*, zit. nach Bogerts und Fielitz 2019

men anders als Symbole nicht einzelne Bildelemente, sondern überlagern das gesamte Mem oder mehrere Bildelemente flächig. Embleme, die mehrere Bildelemente überlagern, verbinden diese unter einem durch sie angezeigten Aspekt. Analog zu Emblemen begegnen uns Dekoratoren drittens als Wasserzeichen, die das gesamte Bild oder einzelne Bild-Elemente bestimmen. Anders als Embleme sind Wasserzeichen eher dezent und verdecken Bildelemente nicht. Embleme und Wasserzeichen haben oft die Funktion, ein Gemeinsames der im Bild berührten Elemente zu betonen, also ihre Assoziation auf einen bestimmten Aspekt festzulegen. In Abb. 14 werden beispielsweise vier an sich unproblematische Bildelemente (Soldat im Feld, Frau vor Waldhütte, holzhackender Mann, Schafe hütende Kinder) unter der Othala-Rune (als Emblem) versammelt – ein Symbol, das u. a. vom Rasse- und Siedlungshauptamt der SS verwendet wurde. Wasserzeichen werden hingegen

oft eingesetzt, um eine Entlarvung zu suggerieren, d. h. anzugeben, was „eigentlich“ hinter einem dargestellten Sachverhalt steckt. In einer zweiten Funktion werden Wasserzeichen insbesondere im Bildhintergrund verwendet, wo sie meist eine zukünftige Entwicklung andeuten sollen, z. B. den Aufgang einer „Schwarzen Sonne“ am Horizont zum Verweis auf eine von der extremen Rechten angestrebte politische Entwicklung.

2. Bedeutungstragend ist häufig die Farbgebung in (extrem rechten) Memen. Typische Farbmuster sind Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-Weiß-Rot (nach der Reichsflagge) für die „eigene“ Seite. Gegner werden z. B. mit Rot oder Grün (analog politischen Parteien) oder mittels Regenbogenfarben (Queer-Bewegung) oder Blau-Pink-Weiß (Transbewegung) markiert. Auch das gezielte Umfärben bestehender Darstellungen dient als Ausdrucksmittel der (extrem rechten) Memifizierung. So wurden im Zuge des „Stolzmonats“ 2023 – also des Versuchs der rechten Gegenbesetzung des *Pride-Months* – Regenbogenfarben durch Bundesfarben mit zusätzlichen Farbzwischenstufen ersetzt. Dieses Ausdrucksmittel ist spezifisch für extrem rechte Meme: Wir konnten das systematische Umfärben gemäß „politischer Farbenlehre“ fast nur in extrem rechten Memen beobachten.

3. Während Dekoratoren und Farbgebungen in erster Linie einzelne Bildelemente näher bestimmen, betreffen die Abstands- und Anordnungsregeln die Kombination mehrerer Bildelemente miteinander. Bildelemente können sich berühren, überlagern oder auf Abstand gehalten werden, wobei Abstände teils durch eigene Bildelemente (z. B. Trennungslinien, Ungleichheitszeichen) zusätzlich hervorgehoben werden. Gibt es in einem Mem mehrere verschiedene Abstände, so bedeuten diese meistens, dass einander berührende oder nahe Bildelemen-

te Gemeinsamkeiten im Unterschied zu Bildelementen mit größerem Abstand aufweisen. Bei sich überlagernden oder berührenden Bildelementen kommt es zudem auf Anordnungsmuster an: So wird beispielsweise eine strenge, symmetrische oder auch nur regelmäßige Anordnung gegen eine wilde oder chaotische Anordnung ausgespielt. Eine chaotische Anordnung wird dabei in der Regel der gegnerischen Seite zugeschrieben, eine geordnete der eigenen. Schließlich lassen sich Anordnungsmuster auch in Verlaufsformen finden, die z. B. eine Aufstiegs-, Abstiegs- oder Verfallserzählung darstellen sollen. Diese Meme nutzen dabei typische, aber kulturell bedingte Sehgewohnheiten aus, etwa die Leserichtung von links nach rechts oder Verlaufsrichtungen durch Treppenstufen, Wege und ähnliche Bildelemente.

4. Eine weitere typische Ausdrucksform operiert mit Ähnlichkeiten, etwa von zwei Bildelementen, die eine gewisse Ähnlichkeit aufweisen und die auch oft einander nah angeordnet sind. Semantisch sollen hiermit Eigenschaften, die einem Bildelement zugeordnet werden, auf das andere übertragen werden: das, was ähnlich ist, hat auch gemeinsame Eigenschaften. Ähnlichkeit lässt sich zudem intertextuell beobachten, z. B. durch Darstellungen, die bekannten historischen Aufnahmen ähneln. Auch wird gelegentlich gegnerisches Corporate Design übernommen und umgestaltet.

5 Texte in Memen

Textelemente in Memen sind aufgrund der Verengung der Mem-Analyse auf die Analyse von Bildern *als Bilder* bisher kaum detailliert untersucht worden. Text lässt sich nur in Sonderfällen – nämlich im Fall von Beschriftungen von



Abbildung 15:

Quellennachweis: 4chan/pol; abrufbar unter: <https://archive.4plebs.org/pol/thread/87985223/#q87999211>, zuletzt am 7.11.2023.

Bildelementen – als Bildelement im oben eingeführten Sinn auffassen. Meistens treten Texte in memetischer Kommunikation als Peritexte auf:⁶ Sie sind zwar mit den Bildelementen in der Bilddatei verbunden, begleiten aber das Bild oder kommentieren dieses, ohne direkter Bestandteil zu sein. Auffällig ist, dass gerade im Fall von Imagemakro-Memen der Text oft primär ist und durch das Bild kommentiert wird. An dieser Stelle sei vorläufig auf drei typische Funktionen von Text in (extrem rechten) Memen hingewiesen:

1. **Primärer Text:** In diesen Memen ist der Text primär und besteht meistens aus ein bis zwei Textelementen, die meistens oben und unten im Bild angeordnet sind und die im Grenzfall ohne den Bildteil verstanden werden können. Hier kommentiert der Bildteil den Text und weist diesem eine Haltung, einen Kontext oder einen Affekt zu, z. B. ob ein Text zustimmend, empört, belustigt oder verächtlich gelesen werden soll (vgl. Abb. 7–9), jeweils mit hinzuge-dachtem Textelement („Du bist der Nächste“). Die Bildelemente sind dabei nicht vollständig redundant, sondern es lassen sich auch leicht „unpassende“ Fälle konstruieren, zumal viele

6 Vom Peritext ist der nicht direkt mit dem Mem verbundene Epitext zu unterscheiden, der z. B. als begleitender Kommentar neben der Bilddatei gepostet wird. Epitexte waren so weit nicht Gegenstand unserer Analysen.

Imagemakro-Meme spezifische Textstrukturen verlangen. Dies haben wir jedoch nur für Mainstream-Meme zuverlässig beobachten können. Offenbar sind extrem rechte Meme noch so selten, dass sich strenge Regeln bisher nicht etablieren konnten.

2. **Textelemente als bloßes Zitat** bilden einen Sonderfall des primären Texts: Hier zeigt das Mem meist einen längeren, aus einem oder mehreren Sätzen bestehenden Text, der ein Zitat aus einem Werk oder einen Aphorismus wiedergibt. Der Text ist in der Regel mit einer Quellenangabe versehen (z. B. Autor*innen oder historische Figuren), wobei bewusst falsche Angaben einen eigenen Subtyp darstellen. In „Zitatmemen“ ist das Textelement primär und das Bildelement dient in der Regel nur der Illustration, teils auch dem „Beweis“. Es ist in der Regel redundant.
3. **Textelemente zur Beschriftung** sind hingegen meist nicht redundant, sondern ordnen den Bildteil ein oder erklären Bildelemente als Legende. Als solche funktionieren Textelemente wie Dekoratoren. Durch Veränderung der Beschriftung lassen sich Meme häufig beliebigen Kontexten anpassen. Zudem können Textelemente ähnlich zu Comics auch dialogische Funktion annehmen, etwa zwischen Bildelementen, die Akteur*innen darstellen oder zum Dialog zwischen Text- und Bildelement. Hier liefern die Bildelemente meist die Verknüpfung der Textelemente.

6 Fazit

Wir haben eine Methode der systematischen Exploration der Grammatik von extrem rechten Memen durch minimale Variation vorgeschlagen. In der Methode, die Meme als semiologischen Prozess begreift, werden Meme zunächst bildsyntaktisch in Bildebenen und als getrennt manipulierbare Elemente analysiert. Diese werden mithilfe eines Grafikprogramms extrahiert und in einzelnen manipulierbare digitale Objekte überführt. Mittels des Grafikprogramms wird sodann eine Auswahl an Variationen erstellt. Die Auswahl wird hinsichtlich der Interpretationsoptionen mit dem Ausgangsbild verglichen. Auf Basis der durch Bildvariationen veränderten Interpretationsoptionen wird die Grammatik des Bildausdrucks mit möglichen Bedeutungsveränderungen abgeglichen.

Stärke der Methode ist die Systematisierung der Analyse, die eng an den Aufbau der untersuchten Meme anschließt. Jedoch ist die Methode gerade für grafisch anspruchsvollere Meme aufwendig und erfordert unter Umständen fortgeschrittene Kenntnisse der Bildbearbeitung. Die Güte der gewonnenen Ergebnisse ist zudem von den erstellten Variationen des Ausgangsbildes abhängig. Die Methode verspricht gleichwohl die systematische Exploration und Aufzählung von formalen Gestaltungselementen extrem rechter Meme.

7 Literaturverzeichnis

- Barthes, R., 1979: *Elemente der Semiologie*. Frankfurt am Main: Syndikat.
- Bogerts, L. & M. Fielitz, 2019: „Do You Want Meme War? Understanding the Visual Memes of the German Far Right“. Unter Mitarbeit von **MediaRep.Org**, Maik Fielitz und Nick Thurston. In: Fielitz, M. und N. Thurston (Hg.), *Post-Digital Cultures of the Far Right. Online Actions and Offline Consequences in Europe and the US*. Bielefeld: transcript (Political Science, 71): 137–153.
- Bohnsack, R., 2020: *Qualitative Bildanalyse*. In: Friese, H., M. Nolden, G. Rebane & M. Schreiter (Hg.), *Handbuch Soziale Praktiken und Digitale Alltagswelten*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 455–463.
- Burman, J.T., 2012: *The Misunderstanding of Memes: Biography of an Unscientific Object, 1976–1999*. *Perspectives on Science* 20.1: 75–104. DOI: [10.1162/POSC_a_00057](https://doi.org/10.1162/POSC_a_00057).
- Dawkins, R., 2006: *The Selfish Gene*. 2nd ed., 30th anniversary ed. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Deleuze, G. & F. Guattari, 1992: *Tausend Plateaus*. Berlin: Merve.
- Hofstadter, D.R. & D.C. Dennett, 1981: *The Mind's I. Fantasies and Reflections on Self and Soul*. Toronto: Bantam.
- Nowotny, J. & J. Reidy, 2022: *Memes – Formen und Folgen eines Internetphänomens*. 1. Auflage. Bielefeld: transcript (Digitale Gesellschaft, 47).
- Panofsky, E., 2006: *Ikonographie und Ikonologie. Bildinterpretation nach dem Dreistufenmodell*. Köln: DuMont.
- Shifman, L. 2014: *Memes in Digital Culture*. Cambridge: The MIT Press.
- Taverniers, M., 2008: *Hjelmslev's Semiotic Model of Language: An Exegesis*. *Semiotica* 171 (1/4): 367–394. DOI: [10.1515/SEMI.2008.082](https://doi.org/10.1515/SEMI.2008.082).

Abbildungsverzeichnis Kapitel 15

Abbildung 1:	Quellennachweis: <i>Reconquista Germanica</i> , zit. nach Bogerts und Fielitz 2019.	181
Abbildung 2:	Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.	181
Abbildung 3:	Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.	181
Abbildung 4:	Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.	182
Abbildung 6:	Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.	182
Abbildung 5:	Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.	182
Abbildung 7:	Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.	183
Abbildung 8:	Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.	183
Abbildung 9:	Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.	183
Abbildung 10:	Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.	184
Abbildung 12:	Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.	184
Abbildung 11:	Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.	184
Abbildung 13:	Quellennachweis: eigene Bearbeitung von Abb. 1.	185
Abbildung 14:	Quellennachweis: <i>Reconquista Germanica</i> , zit. nach Bogerts und Fielitz 2019	186
Abbildung 15:	Quellennachweis: 4chan/pol; abrufbar unter: https://archive.4plebs.org/pol/thread/87985223/#q87999211 , zuletzt am 7.11.2023.	187

Kapitel 16

Mediale Repräsentation und Wahrnehmung geflüchteter Frauen. Eine kritische Reflexion ethischer und forschungsmethodischer Herausforderungen

Liane Rothenberger, Melanie Schmitt

1 Einleitung

Forschung im Bereich Medien und Geflüchtete konzentriert sich häufig auf Fragen der Sichtbarkeit und Repräsentation von Geflüchteten in nationalen Medien. Fragen der Rezeption und Wirkung solcher Angebote werden hingegen weniger in den Fokus gestellt. Zu den zentralen Konzepten der Erforschung von Mediendarstellungen zählen *Agenda-Setting* und *Framing*: „*While the first strand is based on the classical assertion that news tells us what to think about, the second argues that news also tell us how to think about things*“ (Eberl et al. 2018: 208; Hervorhebung im Original). *Agenda-Setting* und *Framing* erklären demnach, worüber und wie berichtet wird, entscheiden über die (Un-)Wichtigkeit von Informationen und prägen durch die Art und Weise der Präsentation die Meinungsbildung der Rezipient*innen über diese Themen.

Migration und Flucht zählen zu besonders kontrovers diskutierten Themen in Politik und Öffentlichkeit und stellen daher zentrale Themen für die mediale Agenda dar (Ozdora-Aksak et al. 2021: 283). Meinungen und Einstellungen zu Migration und Flucht und deren Auswirkungen sind

somit auch durch die Medienberichterstattung geprägt (Eberl et al. 2018: 207). Migrant*innen und Geflüchtete werden häufig entweder als ökonomische, kulturelle oder Sicherheitsbedrohungen oder als Opfer dargestellt. Hinzu kommt, dass Migrant*innen und Geflüchtete in der medialen Berichterstattung meist unterrepräsentiert sind und ihre Anliegen und Lebensrealitäten dadurch ausgeblendet werden. Dies trifft in besonderem Maße auf geflüchtete Frauen zu, sie sind im Vergleich zu geflüchteten Männern noch weniger sichtbar und damit doppelt diskriminiert. Lind und Meltzer (2021: 924) konstatieren, dass Handlungen, Bedürfnisse und Stimmen von Migrantinnen systematisch exkludiert würden. Generell wird in den wissenschaftlichen Untersuchungen im Bereich *Medien und Geflüchtete* selten eine genderanalytische Perspektive einbezogen und es liegen nur wenige Ergebnisse zur Gruppe der geflüchteten Frauen vor (Lind/Meltzer 2021: 925; Eberl et al. 2018: 218). Darüber hinaus sind vergleichende Analysen sowie Längsschnittuntersuchungen in diesem Bereich kaum vorhanden. Auf der politischen Agenda finden die spezifischen Bedürfnisse von Frauen mit Fluchterfahrung ebenfalls bislang nicht ausreichend Beachtung bzw. gestaltet sich diese häu-

fig ambivalent (Farrokhzad et al. 2022: 1). Die doppelte Diskriminierung, mit der geflüchtete Frauen konfrontiert sind, macht zudem deutlich, dass sie auch als zentrale Akteurinnen in der Gestaltung medialer Inhalte – und als Konsequenz im politischen System – sicht- und hörbar sein müssen.

In diesem Beitrag berichten wir von forschungsethischen und datenschutzrechtlichen Herausforderungen anhand eines konkreten Forschungsprojekts, mit dessen Umsetzung wir einen Beitrag zur Untersuchung medialer Darstellungen geflüchteter Frauen in vergleichender Perspektive und im Zeitverlauf leisten. Wir vergleichen die Berichterstattung zu geflüchteten Frauen verschiedener internationaler Nachrichtensender, die in Europa am meisten genutzt werden, im Zeitraum von 2011 bis 2021. Wir nehmen dabei die automatisierte Erhebung von online verfügbaren Videodaten, deren quantitative inhaltsanalytische Auswertung mittels manueller Codierung sowie die Durchführung von qualitativen Gruppendiskussionen mit geflüchteten Frauen zu deren Medienrezeption in den Blick. Drouhot et al. (2023: 391) sehen automatisierte Textanalysen (*text as data*) als eines von fünf Anwendungsfeldern der Computational Social Sciences im Bereich Migrationsforschung. Sie geben einen Überblick über bisherige Forschung, der zeigt, dass vor allem Twitter- und Facebook-Daten analysiert wurden und bei YouTube meist die Kommentare, nicht die Berichterstattung an sich im Fokus automatisierter Analysen stand.

Auch wenn jede wissenschaftliche Methode ihre eigenen Ansprüche hinsichtlich ethischer Aspekte mit sich bringt, lassen sich aus der bisherigen Forschung zu Ethik und Reflexion folgende übergreifende Prinzipien identifizieren (u. a. Mackenzie et al. 2007, Refugee Studies Centre 2007, Block et al. 2013, Krause 2017, Clark-Kazak 2017; 2019;

Pincock/Bakunzi 2021): die informierte und freiwillige Teilnahme, Vertrauen und Machtasymmetrie, der „*Do no harm*“-Ansatz, partizipative Forschung und Samplebildung, Positionalität sowie Macht und Ethik von Bildern (hierzu in allgemeiner Form u. a. Andén-Papadopoulos 2017). Wir möchten mit der Erörterung dieser Aspekte anhand unseres konkreten multimethodischen Forschungsprojekts Impulse für andere Forschende setzen.

Der Beitrag ist wie folgt strukturiert: Zu Beginn geben wir einen kurzen Überblick über unsere Forschung und führen in Thema und Ablauf der Studie ein. Im Anschluss folgt die Beschreibung und Reflexion konzeptionell-methodischer und ethischer Fragen in unserem Forschungsprozess anhand der drei methodischen Verfahren a) automatisierte Datenerhebung, b) manuelle Codierung der Daten und quantitative Auswertung sowie c) Gruppendiskussionen mit geflüchteten Frauen. Wir schließen den Beitrag mit einer zusammenfassenden Reflexion unseres Projekts und Hinweisen für künftige Studien.

2 Überblick über das Forschungsprojekt

Während die Darstellung von Migrant*innen und Geflüchteten in der medialen Berichterstattung Gegenstand eines wachsenden (internationalen) Forschungsbereichs ist, liegen zur Sichtbarkeit und Repräsentation geflüchteter Frauen bislang nur wenige Untersuchungen vor¹. Selten werden geschlechtsspezifische Darstellungen expliziert. Der überwiegende Anteil vorliegender Studien befasst sich mit der Art und Weise der Repräsentation geflüchteter Frauen (*framing*) und nimmt bspw. bestimmte Gruppen/Herkunftsländer in den Blick (z. B. Syrien bei Haider et al. 2021 und Alhayek 2014; Kosovo bei Del Zotto 2002). Viele dieser Studien zeigen, dass es geschlechtsspezi-

1 Gilt auch für Migrantinnen (siehe z. B. Lind/Meltzer 2021).

fische Muster und stereotype Darstellungen in der medialen Darstellung von Migrantinnen und geflüchteten Frauen gibt. Prominente Themen sind Narrative der Viktimisierung, paternalistisches Framing, Vulnerabilität und Unterdrückung (siehe u. a. Alhayek 2014; Elle/Hess 2018; Haider et al. 2021; Korac 2020). Studien zu muslimischen Frauen als spezieller Gruppe von Migrantinnen und Geflüchteten zeigen besonders eindrücklich, wie kulturelle, religiöse und vergeschlechtlichte Interpretationen zu exkludierenden Narrativen vermengt und muslimische Frauen als „Verkörperung von religiöser und kultureller Fremdheit und Bedrohung“ stilisiert werden (Lünenborg/Bach 2009: 19; siehe auch Golesorkhi 2021; Farrokhzad 2006). Die Sichtbarkeit (*saliency*) der Frauen steht dagegen nur in wenigen Arbeiten im Fokus (Lind/Meltzer 2021: 925–926). Es wird deutlich, dass weibliche Migranten und Geflüchtete im Vergleich zu Männern deutlich weniger sicht- und hörbar sind (Lind/Meltzer 2021).

In unserer Studie liegt der Fokus auf der vergleichenden Analyse verschiedener internationaler Nachrichtensender sowie auf der Betrachtung im Zeitverlauf. Sie gibt Einblick in die mediale Repräsentation weiblicher Geflüchteter im Zeitraum 2011 bis 2021. In einer Längsschnittstudie haben wir die Anzahl und inhaltliche Darstellung weiblicher Geflüchteter in den vier beliebtesten internationalen Nachrichtensendern in Europa² anhand ihrer YouTube-Präsenzen erhoben (CNN, BBC News, Al Jazeera English, Sky News). Unser Datensatz basiert auf einer automatisierten Abfrage verschiedener Metadaten der Videos (Titel, Beschreibung, Likes, Kommentare etc.) anhand des Schlagwortes *refugee(s)*. Die Datenerfassung erfolgte über das *application*

programming interface (API) von YouTube, eine Programmierschnittstelle, die Datentransfer erlaubt, mithilfe der Programmiersprache Python (Python Software Foundation 2022), in die wir die Syntax mit dem entsprechenden Suchterminus eingegeben haben. Anschließend haben wir mithilfe eines programmierten Filters³ nach Videoinhalten gesucht, die darüber hinaus die Schlagworte *women, woman, girl(s)* oder *female* enthalten. *False positives*, also Videos, die trotz vorhandener Schlagworte thematisch nicht ins Sample passten, wurden in einer manuellen Durchsicht herausgefiltert, sodass das finale Sample 3.729 Videos enthielt. Um Rückschlüsse auf die Anzahl und inhaltliche Darstellung geflüchteter Frauen zu ziehen, haben wir die Daten mit einer quantitativen Inhaltsanalyse auf Basis einer manuellen Codierung der Videoinhalte ausgewertet. Das hierfür entwickelte Codebuch erfasste neben formalen Variablen wie der Länge, der Anzahl der Aufrufe und Likes eines Videos allgemeine Inhalte der Videos (z. B. Hauptthemen, journalistische Darstellungsform, Situation in Herkunfts-, Transit- oder Aufnahmeland etc.) sowie speziell Informationen über im Video präsente geflüchtete Frauen⁴ (z. B. Sprechanteil, zugeschriebene Rollen und Eigenschaften). Einen weiteren Aspekt bildete eine sogenannte *Sentiment-Analyse* der Tonalität und Emotionen in den Beiträgen sowie den Kommentaren zu den Videos. Die *Sentiment-Analyse* „bezeichnet Techniken aus dem Bereich der Computerlinguistik, mit denen positive oder negative Stimmungen [...] aus Textdateien herauspräpariert werden können“ (Schneijderberg et al. 2022: 279).

Für den qualitativen Teil des Forschungsvorhabens haben wir die Erkenntnisse der beschriebenen

2 Aufgrund von Zugangsbeschränkungen konnten wir den Kanal von RT (ehemals *Russia Today*) nicht einbeziehen.

3 Für die programmierte Filteranalyse nutzten wir die Software *R* (R Core Team 2021).

4 Gezählt wurden Frauen, die entweder selbst als Sprecherinnen vorkommen und/oder die als Individuum im Video adressiert werden.

Analyse mit der Perspektive geflüchteter Frauen anhand von zwei Gruppendiskussionen kontrastiert. Im Vorfeld der Gruppendiskussionen nahm eine wissenschaftliche Mitarbeiterin gemeinsam mit einer Masterstudentin an den Treffen einer lokalen Initiative für neu zugewanderte Frauen teil, um dort das Forschungsvorhaben vorzustellen und mögliche Teilnehmerinnen zu gewinnen. Auch über weitere Einrichtungen in der Region wurden Anfragen gestreut und ein Flyer in leicht verständlicher Sprache mit Informationen zum Projekt weitergeleitet. Die Diskussionen führte die Masterstudentin; bei beiden Terminen war zudem jeweils eine Projektmitarbeiterin anwesend. In den Diskussionen haben wir mit den Frauen über ihre Wahrnehmungen, Meinungen und Wünsche in Bezug auf die Medienberichterstattung über geflüchtete Frauen gesprochen.

3 Ethische Überlegungen – geflüchtete Frauen im Fokus der Medienforschung

Lind und Meltzer (2021: 936) halten für ihre Studie zur medialen Repräsentation von Migrantinnen fest: „only visible (women) migrants are qualified to identify (women) migrant problems and to construct them in the public and political agenda“. Dies gilt in gleichem Maße für geflüchtete Frauen, weshalb die Untersuchung ihrer medialen Darstellungen und damit einhergehender Facetten ihrer Lebensumstände geboten ist. Unser Anliegen war es, Frauen als eigenständige, wenn auch vulnerable Akteurinnen zu begreifen, die zu eigenem Handeln ermächtigt sind und ihre spezifische Situation individuell bewältigen (Farrokhzad et al. 2022: 6).

Dazu gehörte für uns, unsere methodischen Vorgehen im Vorfeld mit ethischen Ansprüchen zu hinterfragen. Dies betraf

1. im Bereich automatisierter Datenerhebungen und -auswertungen online verfügbarer Inhal-

te (z. B. Social Media, YouTube etc.) bspw. die technischen Möglichkeiten des Data-Minings, die rechtliche und ethische Fragen aufwerfen, die nicht immer eindeutig zu beantworten sind (Endres/Filipović 2018: 13–14), bspw. beim Ziehen von Kommentaren: Hier wird nicht explizit das Einverständnis der Kommentator*innen abgefragt, ihre Datenspuren nutzen zu dürfen.

2. im Bereich der quantitativen manuellen Codierung die Frage, wie Kategorien erstellt werden können, die keine Stereotype reproduzieren, bspw. in Bezug auf die Eigenschaften und Rollen als *Opfer* oder *Muslima* etc.

3. im Zuge der Planung und Durchführung der qualitativen Gruppendiskussionen die datenschutzrechtlichen Vorgaben und das Anfertigen von Dokumenten (Einwilligung, Aufklärung usw.). Zu nennen sind hier bspw. Überlegungen zur Sicherstellung der informierten Einwilligung, die im Kontext von Migration und Flucht besonders relevant ist in Hinblick auf eine größtmögliche Vermeidung von (vorhersehbarem) Schaden (*Do no harm*) für von der Forschung betroffene Personen (u. a. Clark-Kazak 2017; 2019). In diesem Zusammenhang drängte sich auch die Frage auf, wie die Arbeit mit lokalen Praxispartner*innen gestaltet werden kann; gerade im Bereich der qualitativen Forschung fehlen oft „Anleitungen“ oder Beschreibungen von möglichen Schwierigkeiten bei der Probandengewinnung (Harris/Roberts 2006).

3.1 Reflexion (a): Automatisierte Verfahren der Datenerhebung und -analyse

Computergestützte Verfahren, die mit dem Repertoire der *computational social sciences* (CSS) möglich sind, erlauben die Verarbeitung enormer Datenmengen (*big data*) und bieten neue Forschungszugänge. Big-Data-Analysen haben zudem seit einiger Zeit in Forschung und Politik-

beratung Einzug gehalten, da ihre Ergebnisse als evidenzbasierter angesehen werden als qualitative Studien (für einen kritischen Blick darauf vgl. Stielike 2022). In unserem Projekt erhoben wir Videoinformationen von YouTube von vier internationalen Mediensendern anhand eines Schlagwortes (*refugees*). Diese automatisierte Abfrage, die über die API-Schnittstelle erfolgte, ermöglichte uns, für das Projekt relevante Videos innerhalb kürzester Zeit herauszufiltern, und förderte über 16.000 Videos zutage. Beachtet werden muss bei automatisierten Abfragen jedoch, dass hierüber mitunter eine nicht unerhebliche Menge an Daten generiert wird, die für die spätere Analyse möglicherweise nicht relevant ist, z. B. durch Duplikate, fehlerhafte *tags* (Verschlagwortungen) der Videos etc. Auch bei der automatisierten Filterung der Videotranskripte nach Wörtern, die im Zusammenhang mit geflüchteten Frauen stehen, mussten wir feststellen, dass manche Videos thematisch nicht relevant waren.

Während des Codierprozesses meldeten die Studierenden uns zudem zurück, dass ein Teil der Videos nicht mehr für einen Zugriff aus Deutschland freigeschaltet war. Mit Anonymisierungsdiensten wie der Software *CyberGhost VPN* könnten derartige Sperrungen umgangen und die Videos zugänglich gemacht werden, aber auch dies ist mit rechtlichen und ethischen Überlegungen verbunden. In unserem Projekt entschieden wir uns, die Videos als *missing values* zu behandeln.

Eine weitere Herausforderung ist die Abwägung der Vor- und Nachteile automatisierter Analysewerkzeuge wie die einer *Sentiment-Analyse*, um die Tonalität zu erfassen, die in den Medienberichten und in den Kommentarspalten zu den jeweiligen Beiträgen vermittelt werden. Diese Methode unterliegt gewissen Einschränkungen, die zu ungenauen Kategorisierungen führen können, ob der Inhalt (basierend auf Textdaten wie Videotranskripten) bspw. negativ, neutral oder positiv ist.

Dies erweist sich bei semantischen und grammatikalischen Besonderheiten wie Sarkasmus, doppelten Verneinungen usw. als schwierig. Ein gängiges Stilmittel in kurzen Beiträgen wie Kommentaren sind zudem Emojis, auch diese stellen eine große Herausforderung für automatisierte Analysen dar (u. a. Feldmann 2013; Miller et al. 2016). Daher haben wir uns entschlossen, bei der Codierung auch Variablen für eine manuelle Bewertung einzubeziehen und diese später mit den automatisiert generierten Ergebnissen zu vergleichen.

3.2 Reflexion (b): Manuelle inhaltsanalytische Codierung

Zur Auswertung des Videomaterials wählten wir eine manuelle Inhaltsanalyse (Kessler et al. 2023: 10). Im Vergleich zu einer automatisierten Auswertung konnten wir sicherstellen, semantisch komplexe Inhalte zu erfassen und so feinere Nuancen aus dem Medienmaterial herauszuarbeiten. Durch die hohe Codierer*innenanzahl konnten durch diese Vorgehensweise viele Videos erfasst und im Hinblick auf zentrale Muster ausgewertet werden. Durch die Kombination von theoretischen Vorüberlegungen und der ergänzenden Entwicklung von Variablen aus dem Videomaterial heraus erstellten wir ein umfassendes Codierschema zur Erfassung der zentralen Inhalte. Als Codier- und Analysesoftware wurden *IBM SPSS Statistics 28* bzw. *R* (R Core Team 2021) verwendet.

Bei der Codierschulung der sechs studentischen Hilfskräfte wurde, nach ausführlicher Erläuterung des Codebuchs anhand von Beispielen, ein Video von allen Hilfskräften codiert und im Anschluss in Gruppen über Unsicherheiten und Unterschiede diskutiert sowie im Plenum mit den Forscherinnen besprochen. In den regelmäßigen Feedbackrunden berichteten die Studierenden von Schwierigkeiten mit bestimmten Items, wie bspw. der Zuordnung der Ethnizität. Dies betraf bspw. die Frage, welche ethnischen Gruppen er-

fasst werden sollen (Geflüchtete vs. Bevölkerung von Transit- und Aufnahmeländern), und die Unterscheidung von Herkunftsländern (z. B. Myanmar) und ethnischen Minderheiten (z. B. Rohingya). Auch die Einordnung von (Herkunfts-) Staaten als „authoritarian/dictatorial“ oder „democratic“ wurde als herausfordernd benannt, als Hilfestellung diente der „Demokratieindex 2021“ der britischen Zeitschrift *The Economist*, der für 167 Länder eine Einordnung des Demokratiegrades bietet (Economist Intelligence Unit 2022). Durch die Rückmeldungen während des Codierprozesses und die Einbindung von Informationen aus dem Videomaterial konnten so die aus den theoretischen Vorüberlegungen erstellten Kategorien schrittweise erweitert und ergänzt werden.

Da die behandelten Themen und gezeigten Bilder in den Videos u. a. Gewalt, Diskriminierung, Ungleichheiten, Ausweglosigkeit, Hoffnungslosigkeit von Menschen vor, während und nach Fluchtsituationen zum Gegenstand hatten (und z. T. *Trigger-Warnungen* enthielten), stellte sich hier einmal die Frage nach der Vertretbarkeit, studentische Hilfskräfte damit zu belasten. Ein weiterer Aspekt waren mögliche Ermüdungs- und/oder Depressionserscheinungen, die sich im Laufe des Codierprozesses einstellen konnten. Als Forscherinnen haben wir versucht, Hinweise und Empfehlungen zu geben, wie z. B. nicht tagelang am Stück zu codieren, sich stattdessen regelmäßig Pausen von den Inhalten zu gönnen. Auch haben wir dazu angeregt, dass sich die Studierenden nicht nur an uns jederzeit mit ihren Anliegen wenden können, sondern sie sich auch untereinander austauschen.

Die Daten zeigen ein hohes Maß an „Krisenframing“, aber auch mediale Darstellungen, in denen geflüchtete Frauen nicht als Opfer, sondern als erfolgreich und empowernt dargestellt werden. Dies wurde auch von den Teilnehmerinnen der Gruppendiskussion gefordert: eine positivere Be-

richterstattung darüber, wie weibliche Geflüchtete ihr Leben und ihren Alltag in Aufnahmegesellschaften gestalten.

3.3 Reflexion (c): Gruppendiskussionen mit geflüchteten Frauen

Für die Gruppendiskussionen stellten wir den Kontakt zu den Frauen über soziale Einrichtungen her, die regelmäßig Treffen oder Veranstaltungen u. a. mit geflüchteten Frauen durchführen. Wir setzten uns mit den dort Verantwortlichen über den geplanten Ablauf der Gruppendiskussionen in Verbindung und tauschten uns mit ihnen über die Durchführbarkeit und ethische Überlegungen aus. Um Vertrauen aufzubauen, erwies es sich als hilfreich, die regelmäßigen Treffen in den sozialen Einrichtungen mehrmals zu besuchen. Für die Frauen, so unser Eindruck, bedeutete das eine willkommene Bereicherung ihrer Zusammenkünfte; sie nahmen die Besuche als Wertschätzung wahr, sodass ein *reciprocal benefit* entstand. Darüber hinaus war es sicherlich von Vorteil, dass alle Projektbeteiligten ebenfalls Frauen waren, was unseres Erachtens dazu beigetragen hat, den Teilnehmerinnen ihre Bedenken zu nehmen. In diesem Zusammenhang ist es zudem zwingend erforderlich, ein gegenseitiges Verständnis über den Studienablauf zu erreichen, insbesondere, wenn manche Einrichtungen andere datenschutzrechtliche Richtlinien haben. In unserem Fall haben wir mit dem Datenschutzbeauftragten und der Ethikkommission unserer Universität zusammengearbeitet, um Einverständniserklärungen und Informationen zum Datenschutz in einfacher Sprache zu entwickeln, was ebenfalls Vertrauen (*confidentiality*) auf- und Machtasymmetrien abbauen sollte. Als Wertschätzung der Teilnahme und zur Deckung eventueller Fahrtkosten haben wir jeder Teilnehmerin eine Prämie von 20 Euro gezahlt. Allerdings haben die Frauen, bevor wir diese Information weitergegeben haben, bereits ihr Interesse bzw. ihre Teilnahme zugesichert.

Daher war die Zahlung von *incentives* in unserem Fall nicht als Anreiz zur Teilnahme notwendig.

Während der Gruppendiskussionen haben wir Videomaterial aus unserem Datensatz präsentiert, worüber wir mit den Frauen ins Gespräch kamen. Bei der Auswahl des entsprechenden Materials gingen wir entsprechend dem ethischen Grundsatz *Do no harm* sensibel vor, um möglichst keine traumatischen Erinnerungen auszulösen (Clark-Kazak 2017; 2019; Krause/von Denkowski 2020). Wir holten uns hierzu zudem die Einschätzung der Ethikkommission ein und besprachen die Vorgehensweise mit Kolleg*innen, die ebenfalls mit Geflüchteten forschen. Während der Diskussionen haben wir stets nachgefragt, ob es allen gutgeht oder ob jemand das Gespräch abbrechen möchte. Obwohl die Medienanalyse gezeigt hatte, dass Videos mit besonders gewaltvollen Inhalten besonders populär sind, also viele Views und Likes haben, haben wir solche Videos nicht in der Diskussion gezeigt, sondern dies nur mündlich angesprochen.

Die erste Gruppendiskussion fand in den Räumlichkeiten einer sozialen Einrichtung statt, die regelmäßig Treffen mit geflüchteten Frauen organisiert. Auf Vorschlag der Gruppenleitung, dass ihre Anwesenheit zu einer vertrauensvolleren Atmosphäre und einem Sicherheitsgefühl beitragen könnte, war auch sie an dem Termin vor Ort. Für den zweiten Termin organisierte die Masterstudentin einen Seminarraum der Universität. Zur Auflockerung und Sicherung einer freundlichen Atmosphäre stellten wir Snacks und Getränke bereit. Darüber hinaus boten wir den Frauen an, ihre Kinder mitzubringen (um die wir uns

z. T. kümmerten), um so auch die Schwierigkeiten der Terminfindung zu reduzieren.

Generell gelten Vertraulichkeit und Anonymität im Rahmen von Erhebungen und Befragungen als Standards wissenschaftlicher Forschung; im Kontext von Migration und Flucht bzw. der Forschung mit vulnerablen Gruppen sind sie besonders bedeutsam (von Unger 2018; Clark-Kazak 2017; 2019). Im Vorfeld der Gruppendiskussionen sprachen die wissenschaftliche Mitarbeiterin und die Masterstudentin diese Aspekte an und gingen mit den Frauen die jeweiligen Dokumente Schritt für Schritt durch. Für die Video- und Tonaufnahme holten wir uns ebenfalls das Einverständnis aller Beteiligten ein und sicherten zu, die Videoaufnahmen nach erfolgter Transkription zu löschen⁵. Bei der anschließenden Transkription wurde jeder Teilnehmerin eine Nummer zugewiesen, sodass eine Identifizierung von Personen nicht mehr möglich ist⁶.

Als Forscherinnen wollten wir uns während der Gruppendiskussion zurückhalten und den Frauen den Raum geben, untereinander über die Fragen zu diskutieren. Auch sollte so dem in der Forschungsanlage inhärenten Machtverhältnis etwas entgegengesetzt werden, um dem *Equity*-Prinzip aus den IASFM⁷-Guidelines zu entsprechen (Clark-Kazak 2019: 14). Im Nachhinein muss allerdings gesagt werden, dass die Gruppendiskussion weitgehend durch die Diskussionsleitung gelenkt wurde, da zum einen unter den Frauen kaum Diskussion entstand und zum anderen viele Beispiele und Nacherklärungen notwendig waren. Hierin spiegeln sich auch unterschiedliche Erfahrungen der Frauen mit medialen Inhalten und die eigene

5 Die Videoaufnahmen dienten lediglich der vereinfachten Transkription des Materials, da so eine bessere Zuordnung von Sprecherinnen möglich war. Dies erwies sich vor dem Hintergrund des erhöhten Geräuschpegels im Raum (insbesondere durch die anwesenden Kinder) als sinnvoll.

6 Von der Vergabe von selbst gewählten Pseudonymen der Frauen wurde uns vonseiten des Datenschutzbeauftragten aufgrund möglicher nachträglicher Rückschlüsse auf die Personen abgeraten.

7 International Association for the Study of Forced Migration.

Nachvollziehbarkeit der Themen (z. B. in Bezug auf individuelle Fluchtsituationen) sowie deren Reflexion wider. Zudem wäre es eine Möglichkeit, bei zukünftigen Gruppendiskussionen mit (Simultan-) Übersetzer*innen zusammenzuarbeiten, was zwar personellen und finanziellen Aufwand impliziert, sich aber in valideren Ergebnissen ausdrücken dürfte. Wichtig dabei ist, im Vorhinein mit den Übersetzer*innen ein Gespräch über Forschungsinteresse, Ziele, Begriffe, Themen, Aufbau der Studie und ggf. Positionalität zu führen, wie es z. B. auch Temple und Edwards (2011: 39) empfehlen.

4 Schlussfolgerungen und Fazit

In unserem Beitrag haben wir auf die ethischen und methodischen Herausforderungen in unserem Forschungsprojekt hingewiesen. Gerade im Kontext von Migration und Flucht müssen sorgfältige Datenschutzmaßnahmen getroffen werden. Zudem müssen psychische oder traumatisierende Aspekte, die sowohl Geflüchtete als auch studentische Codierer*innen betreffen können, ernst genommen werden. So hält auch Kleist (2015: 164) fest, dass Forschung mit und über Geflüchtete u. a. deren Schutzbedürftigkeit und rechtliche Situation berücksichtigen müsse.

Wir empfehlen, bei künftigen Studien in diesem Bereich mit lokalen Gruppen Kontakt aufzunehmen, da die Verantwortlichen der sozialen Einrichtungen und Organisationen nicht nur als *gatekeeper* fungieren, um Teilnehmer*innen zu finden,

sondern auch als Vertrauenspersonen für die Geflüchteten. Zudem sind sie wichtige Ansprechpartner*innen für Forscher*innen in Bezug auf die Besonderheiten der Teilnehmenden, Sensibilität und interkulturelle Kommunikationsgewohnheiten. Dabei sollte stets darauf hingewiesen werden, dass die Teilnahme freiwillig erfolgt und eine Nicht-Teilnahme oder ein Abbruch keinerlei Konsequenzen haben. Gute Hinweise, wie Geflüchtete partizipativer in qualitative Forschungsprojekte einbezogen werden können, liefern Ehlers und Esselborn (2022), die z. B. auch das längerfristige Community-Building hervorheben, was voraussetzt, dass den Geflüchteten eine eigene *agency* zugesprochen wird (Pincock/Bakunzi 2021). Die Forschungsergebnisse wiederum könnten zu Empfehlungen für externe Parteien wie Journalist*innen und politische Akteur*innen führen. Eine Idee könnte sein, einen Workshop zu entwickeln, in dem die Teilnehmenden (z. B. Geflüchtete) gemeinsam über Medieninhalte, Framings, die politische Situation usw. nachdenken und Leitlinien erarbeiten.

Ebenfalls zu empfehlen ist der Austausch von Forschenden mit anderen Wissenschaftler*innen, die zwar ggf. in anderen Disziplinen, aber vor ähnlichen ethischen Fragestellungen stehen (zu den Vor- und Nachteilen solcher „peer groups“ siehe Krause 2017: 27). Erst durch das Öffentlichmachen und Diskutieren verschiedener Optionen werden die am besten gangbaren Wege ihre Verbreitung finden.

5 Literaturverzeichnis

- Alhayek, K., 2014: „Double marginalization: The invisibility of Syrian refugee women’s perspectives in mainstream online activism and global media“. *Feminist Media Studies* 14.4: 696–700.
- Andén-Papadopoulos, K., 2017: „Imaging human rights. On the ethical and political implications of picturing pain“. In: H. Tumber & S. Waisbord (Hrsg.), *The Routledge companion to media and human rights*. London: Routledge. 337–346.
- Block, K., E. Riggs & N. Haslam, 2013 (Hrsg.): „Values and vulnerabilities. The ethics of research with refugees and asylum seekers“. Toowong: Australian Academic Press.
- Clark-Kazak, C. R. 2017: „Ethical Considerations: Research with People in Situations of Forced Migration“. *Refuge* 33.2: 11–17.
- Clark-Kazak, C. R., 2019: „Developing ethical guidelines for research“. *Forced Migration Review* 61: 12–14.
- Del Zotto, A. C., 2002: „Weeping women, wringing hands: How the mainstream media stereotyped women’s experiences in Kosovo“. *Journal of Gender Studies* 11.2: 141–150.
- Drouhot, L. G. et al., 2023: „Computational approaches to migration and integration research: promises and challenges“. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 49.2: 389–407.
- Eberl, J. et al., 2018: „The European media discourse on immigration and its effects: a literature review“. *Annals of the International Communication Association* 42.3: 207–223.
- Economist Intelligence Unit, 2022: „Democracy Index 2021“. *The China Challenge*. <https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2021/> [Zugriff: 19. Oktober 2022].
- Ehlers, S. & S. Esselborn, 2022: *Evidence in action between science and society. Constructing, validating and contesting knowledge*. London: Routledge.
- Elle, J. & S. Hess, 2018: „Gender in the German Refugee debate – reflections on shortcomings, side-effects, and pitfalls“. <https://respondmigration.com/blog-1/sanliurfa-gzynn-rh3gn-rzyss> [Zugriff: 7. Juli 2023].
- Endres, S. & A. Filipović, 2018: „Prinzipien für die Befragung zu moralisch polarisierenden Fragestellungen“. Für das Projekt „MeKriF – Flucht als Krise. Mediale Krisendarstellung, Medienumgang und Bewältigung durch Heranwachsende am Beispiel Flucht“. Arbeitspapier. Hochschule für Philosophie München.
- Farrokhzad, S., K. Scherschel & M. Schmitt, 2022: „Einleitung“. In: S. Farrokhzad, K. Scherschel & M. Schmitt (Hrsg.), *Geflüchtete Frauen. Analysen – Lebenssituationen – Angebotsstrukturen*. Wiesbaden: Springer. 1–20.
- Farrokhzad, S., 2006: „Exotin, Unterdrückte und Fundamentalistin“. In: C. Butterwegge & G. Hentges (Hrsg.), *Massenmedien, Migration und Integration*. Wiesbaden: VS Verlag. 55–86.
- Feldman, R., 2013: „Techniques and Applications for Sentiment Analysis“. *Communications of the ACM* 56.4: 82–89.

- GO FAIR International Support and Coordination Office (GFISCO), 2022: „GO FAIR Initiative“. <https://www.go-fair.org/go-fair-initiative/> [Zugriff: 21. Oktober 2021].
- Golesorkhi, L., 2021: „Protection by whom, for whom? Muslim refugee women facing a contested European identity“. *Studies in Ethnicity and Nationalism* 21.1: 67–80.
- Haider, A. S., Sa. S. Olimy & L. S. Al-Abbas, 2021: „Media coverage of Syrian female refugees in Jordan and Lebanon“. *SAGE Open* 11.1: 1–20.
- Harris, J. & K. Roberts, 2006: „Challenging barriers to participation in qualitative research: involving disabled refugees“. In: B. Temple & M. Rhetta (Hrsg.), *Doing re-search with refugees: Issues and guidelines*. Bristol: Policy Press. 155–166.
- Kessler, S. H. et al., 2023: „Manuelle standardisierte Inhaltsanalyse“. In: Oehmer-Pedrazzi F. et al. (Hrsg.), *Standardisierte Inhaltsanalyse in der Kommunikationswissenschaft – Standardized Content Analysis in Communication Research. Ein Handbuch – A Handbook*. Wiesbaden: Springer. 9–21.
- Kleist, O. J., 2015: „Über Flucht forschen. Herausforderungen der Flüchtlingsforschung“. *Peripherie* 138/139.35: 150–169.
- Korac, M., 2020: „Gendered and racialised border security: Displaced people and the politics of fear“. *International Journal for Crime. Justice and Social Democracy* 9.3: 75–86.
- Krause, U. & C. von Denkowski, 2020: „Transfer of knowledge for and with whom? Ethical reflections on participatory research with displaced people“. In: M. Gonser, K. Zimmer, N. Mühlhäußer & D. Gluns (Hrsg.), *Wissensmobilisierung und Transfer in der Fluchtforschung: Kommunikation, Beratung und gemeinsames Forschungshandeln*. Münster: Waxmann. 137–149.
- Krause, U., 2017: „Researching forced migration: critical reflections on research ethics during fieldwork“. *RSC Working Paper Series. No. 123*.
- Lind, F. & C. E. Meltzer, 2021: „Now you see me, now you don't: applying automated content analysis to track migrant women's salience in German news“. *Feminist Media Studies* 21.6: 923–940.
- Lünenborg, M., K. Fritsche & A. Bach, 2014: *Migrantinnen in den Medien: Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption*. Bielefeld: Transcript.
- Lünenborg, M. & A. Bach, 2009: *Migrantinnen in den Medien. Eine systematische Literaturanalyse*. Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Forschungsbericht der Universität Siegen. Düsseldorf.
- Mackenzie, C., C. McDowell & E. Pittaway, 2007: „Beyond 'Do No Harm': The challenge of constructing ethical relationships in refugee research“. *Journal of Refugee Studies* 20.2: 299–319.
- Miller, H. et al., 2016: „'Blissfully happy' or 'ready to fight': Varying interpretations of emoji“. *Proceedings of the tenth International AAAI Conference on Web and Social Media* 10.1: 259–268.
- Ozdora-Aksak, E., C. Connolly-Ahern & D. Dimitrova, 2021: „Victims or intruders? Refugee portrayals in the news in Turkey, Bulgaria and the UK“. *Media, War & Conflict* 14.3: 282–302.

Pincock, K. & W. Bakunzi, 2021: „Power, participation, and ‘peer researchers’: Addressing gaps in refugee research ethics guidance“. *Journal of Refugee Studies* 34.2: 2333–2348.

Python Software Foundation, 2022: <https://www.python.org/> [Zugriff: 21. Oktober 2022].

R Core Team, 2021: „The R project for statistical computing“. <https://www.r-project.org/index.html> [Zugriff: 19. Oktober 2022].

Refugee Studies Centre, 2007: „Ethical guidelines for good research practice“. *Refugee Survey Quarterly* 26.3: 163–172.

Schneijderberg, C., O. Wiczorek & I. Steinhardt, 2022: *Qualitative und quantitative Inhaltsanalyse: digital und automatisiert. Eine anwendungsorientierte Einführung mit empirischen Beispielen und Softwareanwendungen*. Weinheim: Beltz.

Stielike, L., 2022: „Producing Migration Knowledge: From Big Data to Evidence-Based Policy?“. In: S. Ehlers & S. Esselborn (Hrsg.), *Evidence in action between science and society. Constructing, validating and contesting knowledge*. London: Routledge. 185–200.

Temple, B. & R. Edwards, 2006: „Limited exchanges: approaches to involving people who do not speak English in research and service development“. In: B. Temple & M. Rhetta (Hrsg.), *Doing research with refugees: Issues and guidelines*. Bristol: University Press. 37–54.

Von Unger, H., 2018: „Ethische Reflexivität in der Fluchtforschung. Erfahrungen aus einem soziologischen Lehrforschungsprojekt“. *Forum Qualitative Sozialforschung (FQS)* 19 (3): Art. 6: <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/3151> [Zugriff: 25. Oktober 2022].

Kapitel 17

Verschörungsglaube in Deutschland während der Coronapandemie

Natascha Hetzel, Tilman Klawier, Fabian Prochazka & Wolfgang Schweiger

1 Hintergrund

Verschörungstheorien können schwerwiegende Auswirkungen haben, sowohl individuell als auch gesellschaftlich. Im Zuge der Pandemie wurden zunächst die gesundheitlichen Risiken deutlich: Verschwörungsgläubige ließen sich mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit impfen und adaptierten seltener gesundheitschützende Verhaltensweisen wie „Social Distancing“ (Bierwiazzonek et al. 2020; Ruiz & Bell 2021). Sie stellten damit eine Herausforderung für die Eindämmung der Pandemie dar. Darüber hinaus besitzen Verschwörungstheorien demokratiegefährdendes Potenzial. Positive Zusammenhänge zwischen Verschwörungsglaube und Misstrauen gegenüber Institutionen sowie politischem Extremismus (Bruder & Kunert 2022; Imhoff et al. 2022) weisen darauf hin, dass Verschwörungstheorien ein Risiko für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unser demokratisches Wertegerüst darstellen können.

Es ist daher wichtig, die zentralen Faktoren zu identifizieren, die Covid-19-Verschörungsgläubige in Deutschland auszeichnen. Dazu haben wir im Januar und Februar 2021 eine für deutsche Internetnutzer*innen Quoten-repräsentative

Online-Befragung durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt waren weitreichende Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wie z. B. Kontaktverbote in Kraft. Um einen umfassenden Überblick über Verschwörungsgläubige in Deutschland zu erlangen, haben wir eine Vielzahl an Variablen in die Befragung aufgenommen. Im Rahmen dieses Beitrags gehen wir auf die wichtigsten Aspekte ein. Unsere Auswahl bezieht sich vor allem auf Variablen, die sich besonders gut zur Differenzierung zwischen Verschwörungsgläubigen und anderen Personen eignen. Außerdem diskutieren wir Faktoren, die in der öffentlichen Diskussion mit Verschwörungsglaube in Verbindung gebracht werden (z. B. die Nutzung sozialer Medien).

2 Covid-19-Verschörungsglaube

Anhänger*innen von Verschwörungstheorien sind überzeugt, dass wichtige gesellschaftliche Geschehnisse auf geheime Machenschaften weniger Individuen zurückzuführen sind. Verschwörungstheorien bieten somit Gegenentwürfe, die zumeist in starkem Widerspruch zur öffentlichen Meinung stehen, und unterstellen den angeblichen Verschwörer*innen böse Absichten sowie ein übertriebenes Maß an Handlungsfähigkeit (Douglas &

Sutton 2023). Verschwörungstheorien können in ihrem Inhalt stark variieren. Wir unterscheiden zwei Arten von Covid-19-Verschwörungstheorien, die während der Pandemie besonders häufig Verbreitung fanden: (1) *Elitenkritische* Verschwörungstheorien führen die Pandemie oder ihre Auswirkungen auf die Interessen mächtiger Gruppierungen zurück, z. B. werden pandemiebedingte Maßnahmen als Vorwand der Regierung zum Ausbau ihrer Macht dargestellt. (2) *Wissenschaftlich unfundierte* Verschwörungstheorien können ebenfalls elitenkritisch sein und enthalten zudem Annahmen, die gegen grundlegende naturwissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten verstoßen, also nach aktuellem Stand der Technik und Naturwissenschaften unmöglich sind. Beispiele sind die Verbreitung von Viren durch 5-G-Mobilfunk oder die Fernsteuerung von Menschen durch die Injektion von „Mikrochips“.

3 Politische und gesellschaftliche Faktoren

Die obigen Beispiele zeigen, dass Verschwörungstheorien mit einem extremen Misstrauen gegenüber gesellschaftlichen Eliten oder der gesamten Wissenschaft einhergehen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Studien einen positiven Zusammenhang zwischen Verschwörungsglaube und dem *Misstrauen in Institutionen* wie Politik, Wissenschaft und Medien finden (z. B. Bruder & Kunert 2022; Mari et al. 2021). Verschwörungstheorien sprechen somit auch populistische Weltanschauungen an, die mit dem Gegensatz zwischen dem „guten Volk“ und „bösen Eliten“ ähnlich argumentieren (Hameleers et al. 2017). Entsprechend zeigen Studien, dass *Wähler*innen der rechtspopulistischen AfD* einen stärkeren Verschwörungsglauben aufweisen als Anhänger*innen anderer Parteien (z. B. Schuler et al. 2020).

Klare Schuldzuweisungen an gesellschaftliche Eliten können auch Halt in undurchschaubaren und

komplexen Situationen geben und somit Individuen mit einem höher ausgeprägten Gefühl der *Anomie* ansprechen (Baier & Manzoni 2020). Das Konzept der Anomie geht zurück auf Durkheim (2019; erstmals 1895) und beschreibt einen gesellschaftlichen Zustand der Desintegration und Regellosigkeit. In der individuellen Wahrnehmung meint Anomie etwa das Gefühl, dass moderne Gesellschaften zu kompliziert geworden sind (Bruder et al. 2013), und daraus resultierende Gefühle von Orientierungslosigkeit (Legge et al. 2008). Mit einer höheren wahrgenommenen Anomie geht häufig auch die Entfremdung von gesellschaftlichen Institutionen einher, was zur Ablehnung offizieller Informationen führen und die Tür für alternative Erklärungen öffnen kann (Abalakina-Paap et al. 1999). Folglich finden Studien positive Zusammenhänge zwischen Anomie und Verschwörungsglaube (z. B. Abalakina-Paap et al. 1999; Baier & Manzoni 2020).

Zusammenfassend deuten bisherige Erkenntnisse darauf hin, dass Verschwörungsglaube eher Menschen betrifft, die unzufrieden mit dem gesellschaftlichen Status quo sind: Sie misstrauen den gesellschaftlichen Eliten eher, tendieren öfter zu populistischen Wahlentscheidungen und fühlen sich mehr als andere orientierungslos in einer komplexer werdenden Gesellschaft. Daher liegt die Vermutung nahe, dass Verschwörungsgläubige das gesellschaftliche System seltener für legitim halten und weniger motiviert sind, die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen zu verteidigen (engl. *system justification*, Jost 2019). Andererseits argumentieren Jolley et al. (2018), dass Verschwörungstheorien auch zu einer wahrgenommenen Legitimation des gesellschaftlichen Systems beitragen können: Wer an Verschwörungstheorien glaubt, sieht oft einzelne Akteure bzw. kleine Akteursgruppen als verantwortlich für Ereignisse an und womöglich seltener systemische Missstände. Dementsprechend finden sich in der Literatur sowohl positive als

auch negative Zusammenhänge zwischen den beiden Konstrukten (z. B. Jolley et al. 2018; Kofta & Soral 2019). Mao et al. (2023) erklären dieses Paradox anhand der Unterscheidung zwischen Verschwörungstheorien zu inländischen bzw. ausländischen Akteuren. Richtet sich eine Verschwörungstheorie gegen ausländische Akteure, wird das eigene gesellschaftliche System entlastet und es findet sich ein positiver Zusammenhang zwischen System-Justification und Verschwörungsglaube. Bei Verschwörungstheorien gegen inländische Akteure (wie z. B. die eigene Regierung) zeigt sich jedoch ein negativer Zusammenhang (Mao et al. 2023). Da während der Covid-19-Pandemie die meisten politischen Parteien und gesellschaftlichen Institutionen in Deutschland weitreichende Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus unterstützten (Kehlbach & Nordhardt 2021), scheint die Schuldzuweisung an einzelne (ausländische) Akteure wenig überzeugend. Diese Überlegungen legen somit nahe, dass Covid-19-Verschwörungsgläubige weniger motiviert sind, das gesellschaftliche System als legitim und gerecht zu betrachten.

4 Ein Hang zur Esoterik?

In der öffentlichen Diskussion wird Verschwörungsgläubigen häufig ein Hang zur *Esoterik* unterstellt (z. B. Florin 2020) und auch Forscher*innen beobachten schon länger Überschneidungen zwischen verschwörungstheoretischen und esoterischen Überzeugungen (z. B. Asprem & Dyrendal 2015). Besonders naheliegend ist diese Verbindung bei wissenschaftlich unfundierten Verschwörungstheorien: Auch der Glaube an Übernatürliches wie Wahrsagerei kann nicht mit dem wissenschaftlichen Kenntnisstand in Einklang gebracht werden (Lobato et al. 2014). Wer wissenschaftliche Erkenntnisse in einem Bereich ablehnt, tut das mit höherer Wahrscheinlichkeit auch in anderen Bereichen (Ramsay 2013). Dementsprechend finden Studien positive Zusammen-

hänge zwischen Verschwörungsglaube und esoterischen Überzeugungen (z. B. Dyrendal et al. 2021; Lobato et al. 2014).

5 Die Gefahr sozialer Medien?

„Früher gab es pro Dorf ein paar einsame Sonderlinge. Heute sind die dank sozialer Medien vernetzt“, schreibt Johannes Boie in Welt Online (2020). Erklärungen wie diese werden häufig vorgetragen, wenn die Popularität von Verschwörungstheorien im 21. Jahrhundert diskutiert wird. Es wird (zu Recht) darauf verwiesen, dass das Internet zahlreiche Vernetzungsmöglichkeiten für Verschwörungsgläubige bietet und die Hürde zur Verbreitung von falschen Informationen senkt (Schmid et al. 2018). Vor allem in Krisenzeiten wie der Pandemie finden Studien substantielle Anteile falscher Informationen in sozialen Medien (z. B. Li et al. 2020) und entsprechend positive Zusammenhänge zwischen deren genereller Nutzung und Covid-19-Verschwörungsglaube (Allington et al. 2021; Xiao et al. 2021). Allerdings sind die Zusammenhänge häufig nur schwach ausgeprägt und viele Studien unterscheiden nicht zwischen Plattformen. Während Youtube, Facebook und X (früher Twitter) im Zuge der Pandemie gegen falsche Informationen vorgingen (Brennen et al. 2020), gewannen alternative Plattformen an Popularität, die Desinformation kaum sanktionieren. In Deutschland ist vor allem Telegram bei Verschwörungstheoretiker*innen beliebt (Hohlfeld et al. 2021).

Studien mit deutschen Stichproben, die Unterschiede zwischen sozialen Netzwerken berücksichtigen, kommen zu gemischten Ergebnissen (Theocharis et al. 2021; Jensen et al. 2021) bzw. finden nur Zusammenhänge mit der Nutzung von Videoplattformen wie Youtube (Schemer et al. 2022; Schultz et al. 2017). Wir analysieren daher das Mediennutzungsverhalten Verschwörungsgläubiger für jedes soziale Netzwerk einzeln. Dabei

fokussieren wir die politische Mediennutzung, da Covid-19-Verschwörungstheorien häufig politische Themen (z. B. Maßnahmen der Regierung) ansprechen. Des Weiteren betrachten wir die Rolle journalistischer Medien. Da diese sich eher an Qualitätsstandards halten, sind ihre Leser*innen möglicherweise besser informiert und eher für den Umgang mit Verschwörungstheorien gerüstet. Darauf weisen auch negative Zusammenhänge zwischen der Nutzung journalistischer Medien und Covid-19-Verschwörungsglaube hin (Allington et al. 2021; Schemer et al. 2022).

6 Methodische Umsetzung

Zur Untersuchung des Forschungsinteresses wurde im Januar und Februar 2021 eine Online-Befragung durchgeführt. Die Stichprobe wurde durch den Panel-Anbieter *Respondi* anhand kombinierter Quoten von Alter, Geschlecht und Bildung rekrutiert, um die internetnutzende deutsche Bevölkerung abzubilden. Nach der Datenbereinigung ergibt sich eine Stichprobe von $n = 2.007$ Teilnehmer*innen, bestehend aus 50 Prozent Frauen

und mit einem Durchschnittsalter von 45 Jahren ($SD = 14,9$ Jahre). Circa ein Prozent der Stichprobe hat keinen Schulabschluss, 26 Prozent haben einen Hauptschulabschluss, 35 Prozent Mittlere Reife, 20 Prozent besitzen die Fachhochschulreife und 19 Prozent einen (Fach-)Hochschulabschluss. Zur Messung der oben beschriebenen Variablen haben wir, wenn möglich, etablierte Skalen genutzt, welche bei Bedarf angepasst und übersetzt wurden. Covid-19-Verschwörungsglaube wurde anhand der Zustimmung zu unterschiedlichen Verschwörungstheorien, die zum Zeitpunkt der Messung populär waren, erhoben. Abgesehen von der Wahlabsicht wurden alle Variablen auf einer fünfstufigen Skala gemessen. Für Konstrukte, die mit mehreren Items gemessen wurden (Anomie, $\alpha = ,90$; System-Justification, $\alpha = ,83$; esoterische Einstellungen, $\alpha = ,86$), wurden Mittelwertindizes gebildet. Genauere Informationen zur Messung der einzelnen Konstrukte sowie der gesamte Fragebogen sind online verfügbar (<https://osf.io/4ub6a/>).

Tabelle 1: Zustimmung zu Covid-19-Verschwörungstheorien in Prozent

Verschwörungstheorie	<i>M</i>	trifft sicher nicht zu	trifft eher nicht zu	teils, teils	trifft eher zu	trifft sicher zu
<i>Elitenkritische Verschwörungstheorien</i>						
Mit dem Coronavirus wollen einflussreiche Personen von den wirklichen Geschehnissen in der Welt ablenken.	2,1	50	16	18	8	9
Die Coronamaßnahmen dienen nur dazu, die Macht der Regierung auszubauen.	2,1	50	16	17	8	9
<i>Wissenschaftlich unfundierte Verschwörungstheorien</i>						
Mit der Coronaimpfung sollen den Menschen Mikrochips implantiert werden.	1,4	78	8	9	3	2
Die 5-G-Mobilfunk-Masten verbreiten das Coronavirus.	1,3	85	7	5	1	1

Anmerkung: $n = 2.007$, *M* = Mittelwert.

7 Covid-19-Verschwörungsgläubige

Wie Tabelle 1 zeigt, lehnt der Großteil der Befragten Verschwörungstheorien (eher) ab. Einige stehen ihnen jedoch offen gegenüber oder stimmen ihnen sogar zu. Dabei zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen elitenkritischen und wissenschaftlich unfundierten Verschwörungstheorien. Während Letztere nur wenig Unterstützung im Sample erfahren, wird elitenkritischen Verschwörungstheorien häufiger zugestimmt. Die geringe Zustimmung zu wissenschaftlich unfundierten Verschwörungstheorien lässt sich höchstwahrscheinlich auf deren geringen Plausibilitätsgrad zurückführen: Die aufgeführten Aussagen unterstellen Vorgänge, die nach aktuellem Stand der Naturwissenschaften unmöglich sind. Wer von derartigen Annahmen überzeugt ist, hat sich gleichermaßen von den gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Realitätsvorstellungen verabschiedet.

Basierend auf diesen Angaben lassen sich drei Gruppen bilden (Abbildung 1): (1) Nicht offen für

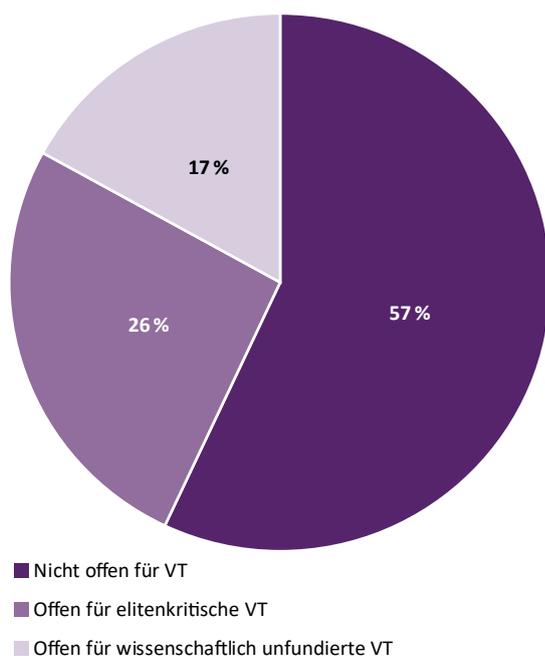


Abbildung 1: Aufteilung der Befragten in Gruppen
Anmerkung: n = 2.007, VT = Verschwörungstheorien.

Verschwörungstheorien sind Befragte, die alle Verschwörungstheorien (eher) ablehnen. (2) Offen für *elitenkritische* Verschwörungstheorien sind alle, die mindestens einer elitenkritischen Verschwörungstheorie offen gegenüberstehen (mindestens „teils, teils“), jedoch wissenschaftlich unfundierte Verschwörungstheorien (eher) ablehnen. (3) Offen für wissenschaftlich unfundierte Verschwörungstheorien sind alle, die mindestens einer solchen Verschwörungstheorie offen gegenüberstehen.

Zwischen den Gruppen finden sich nur geringfügige Unterschiede hinsichtlich Alter und Geschlecht. Der Anteil an Frauen liegt bei den Teilnehmer*innen, die nicht offen für Verschwörungstheorien sind oder nur elitenkritischen Verschwörungstheorien anhängen, bei circa 50 Prozent. Das Durchschnittsalter beträgt in beiden Gruppen 46 Jahre. Unter den Anhänger*innen der wissenschaftlich unfundierten Verschwörungstheorien finden sich etwas mehr Frauen (54 Prozent) und ein geringeres Durchschnittsalter (42 Jahre). Bezüglich der Bildung finden sich deutlichere Unterschiede (Abbildung 2). Menschen, die offen für alle Arten von Verschwörungstheorien sind, haben häufiger einen Haupt- oder Realschulabschluss und seltener Fachhochschulreife oder einen Hochschulabschluss. Im Folgenden werden die drei Gruppen hinsichtlich der oben beschriebenen Variablen verglichen.

8 Analyse politischer und gesellschaftlicher Faktoren

Menschen, die offen für Verschwörungstheorien sind, weisen ein geringeres Vertrauen in Institutionen auf, sind eher orientierungslos in der komplexer werdenden Gesellschaft und halten das gesellschaftliche System seltener für gerecht (Abbildung 3). Verschwörungsgläubige sind also eher unzufrieden mit den gesellschaftlichen Gegebenheiten als andere. Allerdings vertrauen auch

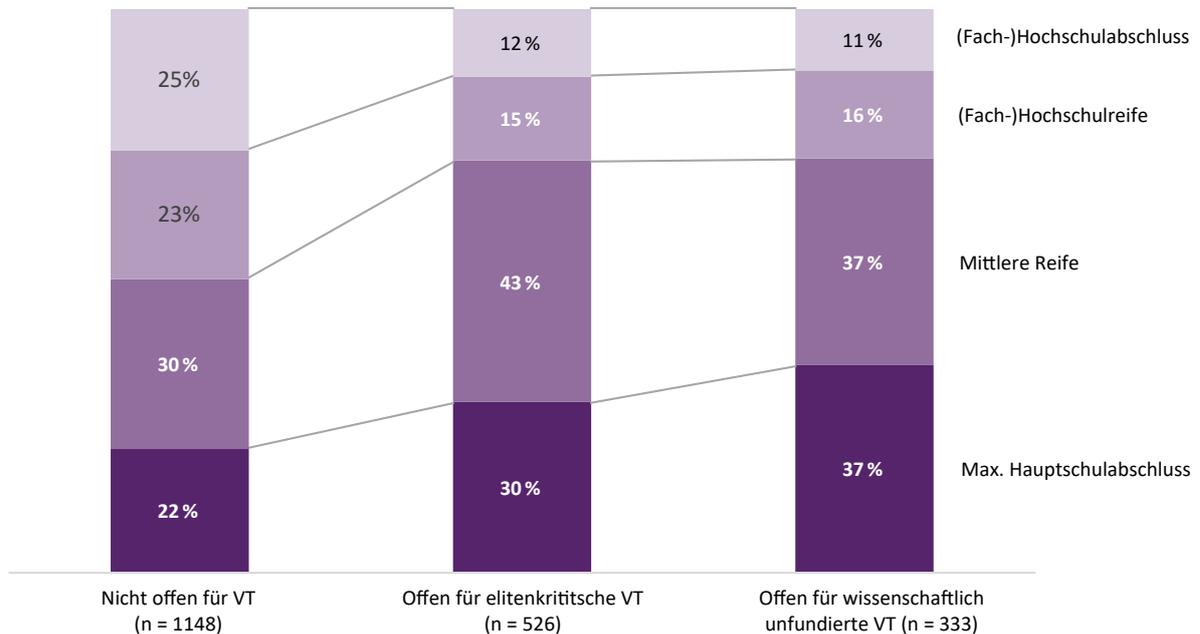


Abbildung 2: Formale Bildung der Gruppen. Anmerkung: VT = Verschwörungstheorien.

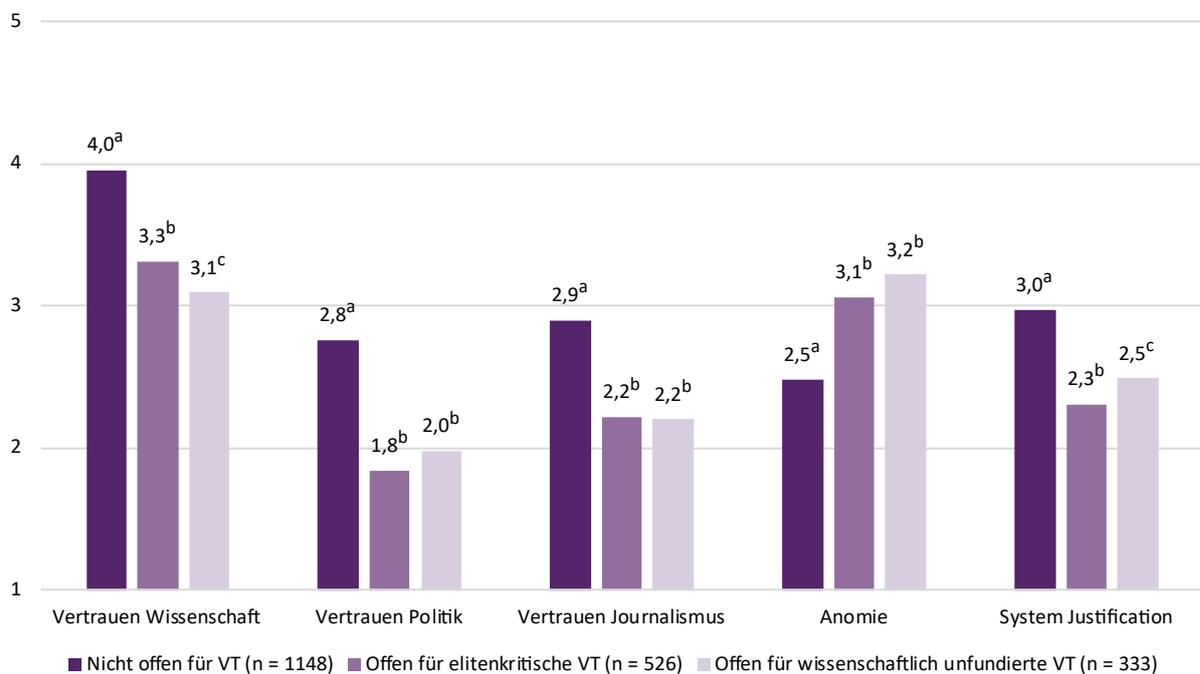


Abbildung 3: Mittelwerte politischer und gesellschaftlicher Faktoren in den Gruppen

Anmerkung: Anomie: Mittelwert aus vier Items, z. B. „In der heutigen Zeit durchschaue ich nicht mehr, was eigentlich passiert“. System-Justification: Mittelwert aus sieben Items, z. B. „Im Allgemeinen finde ich die Gesellschaft fair“. Skala von 1 = *stimme überhaupt nicht zu* bis 5 = *stimme voll und ganz zu*. Mittelwerte mit unterschiedlichen Buchstaben unterscheiden sich signifikant voneinander ($p < 0,05$). Teststatistik: Vertrauen Wissenschaft: $F_{Welch} = 153,9$, $p < 0,001$; Vertrauen Politik: $F_{Welch} = 206,8$, $p < 0,001$; Vertrauen Journalismus: $F_{Welch} = 126,0$, $p < 0,001$; Anomie: $F = 106,4$, $p < 0,001$; System-Justification: $F_{Welch} = 181,6$, $p < 0,001$.

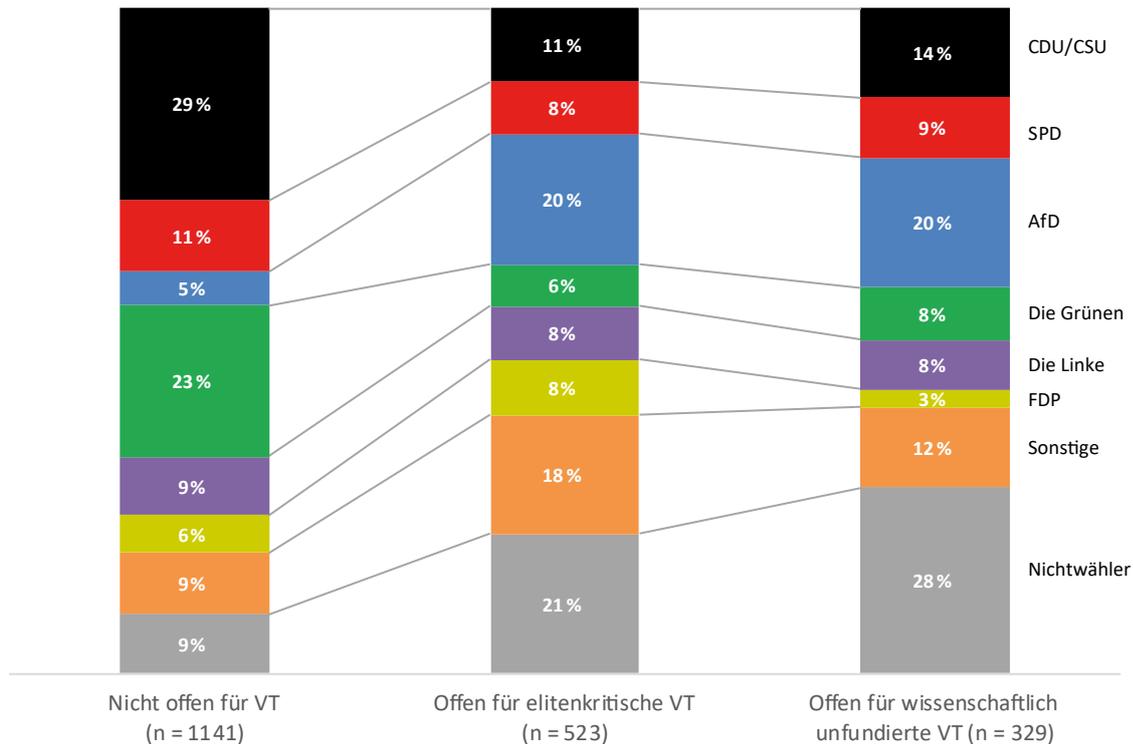


Abbildung 4: Wahlabsicht in den Gruppen (im Februar 2021)

Nicht-Verschwörungsgläubige Journalismus und Politik nur teilweise und halten das gesellschaftliche System in Teilen für ungerecht. Unsere Erkenntnisse bezüglich Vertrauen und Anomie stehen im Einklang mit bisheriger Forschung (z. B. Baier & Manzoni 2020; Bruder & Kunert 2022). Die geringer ausgeprägte Legitimierung des gesellschaftlichen Systems unter Verschwörungsgläubigen stützt außerdem die Annahme eines negativen Zusammenhangs der beiden Konstrukte, wenn Schuldzuschreibungen sich nicht explizit an ausländische Akteure richten (Mao et al. 2023). Betrachtet man die einzelnen Gruppen genauer, sind die Unterschiede zwischen Menschen mit Offenheit für elitenkritische bzw. wissenschaftlich unfundierte Verschwörungstheorien gering. Inhaltlich passend weisen Anhänger*innen elitenkritischer Verschwörungstheorien das geringste Vertrauen in Politik und Anhänger*innen wissenschaftlich unfundierter Verschwörungstheorien das geringste Vertrauen in Wissenschaft auf. Bei beiden Gruppen ist jedoch vor allem das Vertrauen

in Politik und Journalismus gering, während der Wissenschaft zumindest teilweise Vertrauen geschenkt wird.

Die generelle Unzufriedenheit mit aktuellen gesellschaftlichen Umständen unter Verschwörungsgläubigen schlägt sich auch in deren Wahlabsichten nieder (Abbildung 4). Einerseits würden sie seltener etablierte Parteien wie die Unionsparteien oder die Grünen wählen, andererseits finden sich unter ihnen deutlich mehr potenzielle Wähler der AfD, sonstiger Parteien oder Nichtwähler. Dass gerade die rechtspopulistische AfD für Covid-19-Verschwörungsgläubige attraktiv ist, liegt nahe. Sowohl Populismus als auch Verschwörungstheorien spielen „das gute Volk“ gegen „böse Eliten“ aus (Hameleers et al. 2017). Dementsprechend nutzt auch die AfD Verschwörungstheorien in ihrer Kommunikation (Hammel 2020).



Abbildung 5: Mittelwerte esoterischer Einstellungen in den Gruppen

Anmerkung: Mittelwert aus vier Items, z. B. „Es gibt Wahrsager, die die Zukunft wirklich voraussehen können“. Skala von 1 = *stimme überhaupt nicht zu* bis 5 = *stimme voll und ganz zu*. Alle Mittelwerte unterscheiden sich signifikant voneinander, $F_{\text{Welch}} = 111,4$, $p < 0,001$.

9 Analyse der Esoterik-Neigung

Wie sich auch in anderen Studien zeigt (z. B. Lobato et al. 2014), sind Menschen, die für Verschwörungstheorien offen sind, eher esoterisch veranlagt (Abbildung 5). Das trifft jedoch vor allem auf Personen zu, die für wissenschaftlich unfundierte Verschwörungstheorien offen sind. Diese stimmen esoterischen Aussagen (z. B. zur Existenz von Wahrsager*innen) im Schnitt zumindest teilweise zu. Personen, die nur für elitenkritische Verschwörungstheorien offen sind oder Verschwörungstheorien generell ablehnen, stim-

men auch esoterischen Aussagen (eher) nicht zu. Entsprechend zeichnet sich vor allem unter Anhänger*innen wissenschaftlich unfundierter Verschwörungstheorien eine generelle Tendenz ab, an wissenschaftlich nicht gestützte Aussagen zu glauben.

10 Analyse der Mediennutzung

Bei der Mediennutzung zeigt sich die generelle Tendenz, dass journalistische Kanäle wie Zeitung, Fernsehen und Nachrichtenwebsites von Verschwörungsgläubigen etwas weniger genutzt

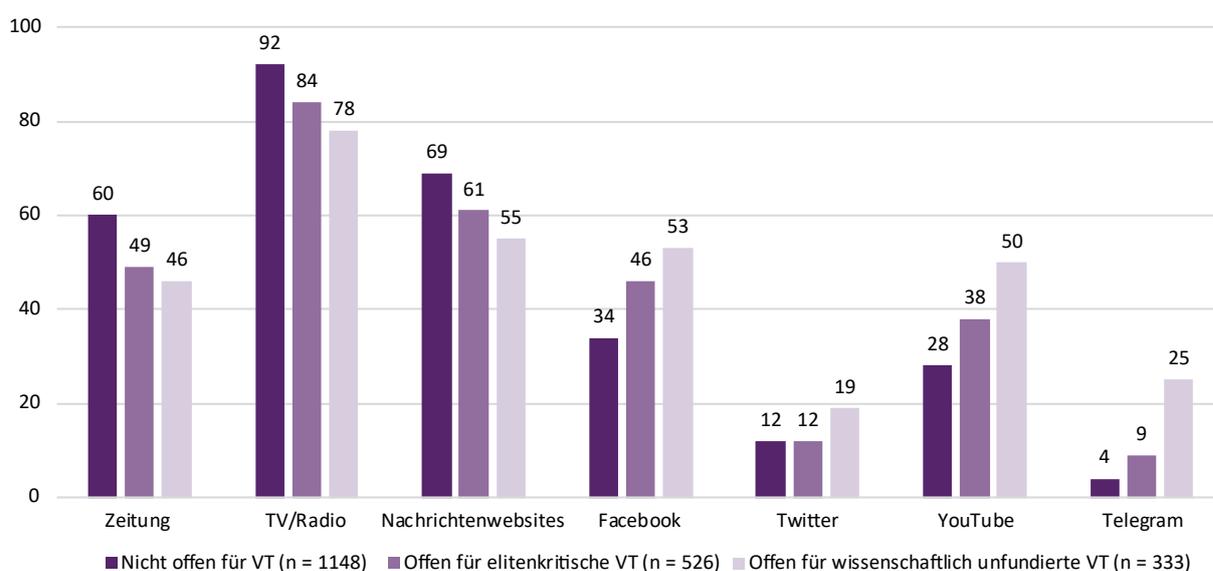


Abbildung 6: Mediennutzung der Gruppen in Prozent (mindestens wöchentlich)

werden, diese dafür jedoch vermehrt auf soziale Medien zurückgreifen, um sich über Politik zu informieren (Abbildung 6). Diese Tendenz ist bei Personen, die für wissenschaftlich unfundierte Verschwörungstheorien empfänglich sind, am stärksten ausgeprägt. Sie zeigen durchweg die geringste Nutzung journalistischer Kanäle und die stärkste Nutzung sozialer Medien. Besonders deutlich wird das bei Telegram. Während die Plattform von Nicht-Verschwörungsgläubigen kaum genutzt wird, nutzt sie jede*r Vierte, die/der für wissenschaftlich unfundierte Verschwörungstheorien offen ist, mindestens wöchentlich. Trotz dieser Tendenz ist anzumerken, dass auch Verschwörungsgläubige journalistische Kanäle nutzen, um sich zu informieren. Fernsehen und Radio sind in allen Gruppen die meistgenutzten Informationskanäle.

11 Diskussion

Das Ziel dieses Beitrages ist, zu verstehen, was deutsche Internetnutzer*innen auszeichnet, die offen für Covid-19 Verschwörungstheorien sind. Dazu haben wir die Befragten in drei Gruppen aufgeteilt und diese verglichen: (1) Nicht offen für Verschwörungstheorien, (2) offen für elitencritische Verschwörungstheorien und (3) offen für wissenschaftlich unfundierte Verschwörungstheorien. Unsere Ergebnisse verweisen auf eine generelle Unzufriedenheit mit dem gesellschaftlichen Status quo unter Individuen, die offen für Verschwörungstheorien sind. Sie zeichnen sich durch ein geringeres Institutionenvertrauen sowie eine stärkere Orientierungslosigkeit im gesellschaftlichen Gefüge aus. Außerdem empfinden sie das gesellschaftliche System als eher ungerecht und würden öfter die AfD wählen oder nicht wählen gehen. Des Weiteren neigen sie eher zu esoterischen Überzeugungen und nutzen weniger journalistische Kanäle, dafür häufiger soziale Medien. Der Hang zur Esoterik und die verstärkte Nutzung sozialer Medien, vor allem

von Telegram, ist unter Anhänger*innen wissenschaftlich unfundierter Verschwörungstheorien besonders stark ausgeprägt. Das deutet auf eine generelle Abkehr von evidenzbasiertem Wissen in diesem Personenkreis hin. Für eine detailliertere Eruiierung der Zusammenhänge zwischen Informationsverhalten und Verschwörungsglaube siehe Hetzel et al. (2022).

In diesem Bericht beschränken wir uns darauf, Verschwörungsgläubige anhand einiger zentraler Variablen zu beschreiben. Wir weisen daher darauf hin, dass unsere Auswahl keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Des Weiteren können wir keine Aussage darüber treffen, ob Verschwörungsglaube eine Ursache oder Konsequenz der beschriebenen Faktoren darstellt. Einerseits können die genannten Faktoren Menschen anfälliger für Verschwörungstheorien machen, andererseits können Unzufriedenheit, Misstrauen, Orientierungslosigkeit und Wissenschaftsfeindlichkeit durch die Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien entstehen. Es ist plausibel anzunehmen, dass Effekte in beide Richtungen auftreten. Wer z. B. bereits Misstrauen gegen politische Eliten hegt, wird Verschwörungstheorien über sie eher Glauben schenken. Wer wiederum glaubt, dass die Coronamaßnahmen nur ein Vorwand waren, um die Macht der Regierung auszubauen, wird dieser wahrscheinlich noch stärker misstrauen.

Die beschriebenen Ergebnisse unterstreichen, wie herausfordernd der Kampf gegen Verschwörungstheorien ist, da wir grundlegende gesellschaftliche Probleme angehen müssen. Das erfordert eine Langzeitstrategie, die alle gesellschaftlichen Milieus berücksichtigt. Das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen und die Zufriedenheit mit dem politischen System müssen gestärkt werden. Außerdem sollte ein grundlegendes Verständnis für wissenschaftliche Prinzipien möglichst weitreichend in der Bevölkerung verankert wer-

den. Eine besondere Herausforderung hierbei stellt das Informationsverhalten von Verschwörungsgläubigen dar. Viele informieren sich über soziale Medien und misstrauen journalistischen Quellen (Schultz et al. 2017). Wir müssen daher als Gesellschaft darauf achten, dass Verschwörungsgläubige nicht zunehmend in parallele, von Fakten entkoppelte Informationswelten abdriften. Hierzu könnten möglicherweise verstärkt die Kanäle Radio und Fernsehen genutzt werden, welche auch unter Verschwörungsgläubigen zur Informationsbeschaffung weit verbreitet sind. Außerdem muss gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Bildung von Anfang an mitgedacht werden. Insbesondere Schulen bieten hierfür einen vielversprechenden Ansatzpunkt. Beispielsweise

sollte die Fähigkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse von Pseudowissenschaft zu unterscheiden, allen Schüler*innen vermittelt werden. Außerdem sollten Politiker*innen und Journalist*innen davon absehen, Verschwörungsgläubige als „verrückt“ oder „irrational“ abzustempeln. Die Diskriminierung von Verschwörungsgläubigen kann deren Verschwörungsglauben weiter verstärken (Nera et al. 2022). Stattdessen muss das Ziel darin bestehen, das Institutionenvertrauen von Verschwörungsgläubigen wiederherzustellen und diese in die Gesellschaft zu reintegrieren. Zu diesem Zweck sollten sich Politiker*innen beispielsweise um konsistente Positionen bemühen und unrealistische Versprechen vermeiden (Decker et al. 2019).

12 Literaturverzeichnis

- Abalakina-Paap, M., W. G. Stephan, T. Craig & W. L. Gregory, 1999: „Belief in conspiracies“. *Political Psychology* 20.3: 637–647.
- Allington, D., B. Duffy, S. Wessely, N. Dhavan & J. Rubin, 2021: „Health-protective behaviour, social media usage and conspiracy belief during the COVID-19 public health emergency“. *Psychological Medicine* 51.10: 1763–1769. DOI: **10.1017/S003329172000224X**.
- Asprem, E. & A. Dyrendal, 2015: „Conspiratoriness reconsidered: How surprising and how new is the confluence of spirituality and conspiracy theory?“. *Journal of Contemporary Religion* 30.3: 367–382. DOI: **10.1080/13537903.2015.1081339**.
- Baier, D. & P. Manzoni, 2020: „Verschwörungsmotivität und Extremismus – Befunde aus Befragungsstudien in der Schweiz“. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 103.2: 83–96. DOI: **10.1515/mks-2020-2044**.
- Bierwiazzonek, K., J. R. Kunst & O. Pich, 2020: „Belief in COVID-19 conspiracy theories reduces social distancing over time“. *Applied Psychology. Health and Well-Being* 12.4: 1270–1285. DOI: **10.1111/aphw.12223**.
- Boie, J., 2020, 9. Mai: „Verschwörungstheoretiker sind keine harmlosen Spinner“. *Welt*. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus207864789/Attila-Hildmann-Verschwoerungstheoretiker-sind-keine-harmlosen-Spinner.html> [Zugriff: 18. Oktober 2023].
- Brennen, J. S., F. M. Simon, P. N. Howard & R. K. Nielsen, 2020: „Types, sources, and claims of COVID-19 misinformation“. Reuters Institute. <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/types-sources-and-claims-covid-19-misinformation> [Zugriff: 16. Oktober 2023].
- Bruder, M., P. Haffke, N. Neave, N. Nouripanah & R. Imhoff, 2013: „Measuring individual differences in generic beliefs in conspiracy theories across cultures: conspiracy mentality questionnaire“. *Frontiers in Psychology*, 4: Artikel 225. DOI: **10.3389/fpsyg.2013.00225**.
- Bruder, M. & L. Kunert, 2022: „The conspiracy hoax? Testing key hypotheses about the correlates of generic beliefs in conspiracy theories during the COVID-19 pandemic“. *International Journal of Psychology* 57.1: 43–48. DOI: **10.1002/ijop.12769**.
- Decker, F., V. Best, S. Fischer & A. Küppers, 2019: „Vertrauen in Demokratie“. Friedrich Ebert Stiftung. <https://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie> [Zugriff: 16. Oktober 2023].
- Douglas, K. M. & R. M. Sutton, 2023: „What are conspiracy theories? A definitional approach to their correlates, consequences, and communication“. *Annual Review of Psychology* 74.1: 271–298. DOI: **10.1146/annurev-psych-032420-031329**.
- Durkheim, É., 2019: *Die Regeln der soziologischen Methode* (9. Auflage). Berlin: Suhrkamp.
- Dyrendal, A., L. E. O. Kennair, M. Bendixen, 2021: „Predictors of belief in conspiracy theory: The role of individual differences in schizotypal traits, paranormal beliefs, social dominance orientation, right wing authoritarianism and conspiracy mentality“. *Personality and Individual Differences*, 173: Artikel 110645. DOI: **10.1016/j.paid.2021.110645**.

- Florin, C., 2020, 29. Mai: „Wie sich Verschwörungstheorien und Esoterik überlappen“. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/wissenschaftliche-untersuchung-wie-sich-100.html> [Zugriff: 18. Oktober 2023].
- Hameleers, M., L. Bos, & C. H. de Vreese, 2017: „‘They did it’: The effects of emotionalized blame attribution in populist communication“. *Communication Research* 44.6: 870–900. DOI: [10.1177/0093650216644026](https://doi.org/10.1177/0093650216644026).
- Hammel, L., 2020: „Wie passen (Rechts-)Populismus und der Glaube an Verschwörungstheorien zusammen?“. Heinrich-Böll-Stiftung. <https://www.boell-bw.de/de/2020/11/11/wie-passen-rechts-populismus-und-der-glaube-verschwoerungstheorien-zusammen> [Zugriff: 16. Oktober 2023].
- Hetzel, N., T. Klawier, F. Prochazka & W. Schweiger, 2022: „How do COVID-19 conspiracy beliefs, exposure to alternative sources and social media correlate in Germany?“. *Studies in Communication and Media* 11.4: 508–535. DOI: [10.5771/2192-4007-2022-4-508](https://doi.org/10.5771/2192-4007-2022-4-508).
- Hohlfeld, R., F. Bauerfeind, I. Braglia, A. Butt, A.-L. Dietz, D. Drexel et al., 2021: „Communicating COVID-19 against the backdrop of conspiracy ideologies: How public figures discuss the matter on Facebook and Telegram“. ResearchGate. DOI: [10.13140/RG.2.2.36822.78406](https://doi.org/10.13140/RG.2.2.36822.78406).
- Imhoff, R., F. Zimmer, O. Klein, A. Olivier, J. H. C. António, M. Babinska et al., 2022: „Conspiracy mentality and political orientation across 26 countries“. *Nature Human Behaviour* 6.3: 392–403. DOI: [10.1038/s41562-021-01258-7](https://doi.org/10.1038/s41562-021-01258-7).
- Jensen, E. A., A. Pflieger, L. Herbig, B. Wagoner, L. Lorenz & M. Watzlawik, 2021: „What drives belief in vaccination conspiracy theories in Germany?“. *Frontiers in Communication*, 6: Artikel 678335. DOI: [10.3389/fcomm.2021.678335](https://doi.org/10.3389/fcomm.2021.678335).
- Jolley, D., K. M. Douglas & R. M. Sutton, 2018: „Blaming a few bad apples to save a threatened barrel: The system-justifying function of conspiracy theories“. *Political Psychology* 39.2: 465–478. DOI: [10.1111/pops.12404](https://doi.org/10.1111/pops.12404).
- Jost, J. T., 2019: „A quarter century of system justification theory: Questions, answers, criticisms, and societal applications“. *British Journal of Social Psychology* 58.2: 263–314. DOI: [10.1111/bjso.12297](https://doi.org/10.1111/bjso.12297).
- Kehlbach, C. & M.-M. Nordhardt, 2021: „Die Pandemie und die Grundrechte“. Tagesschau. <https://www.tagesschau.de/inland/corona-grundrechte-101.html> [Zugriff: 16. Oktober 2023].
- Kofta, M. & W. Soral, 2019: „Belief in the round table conspiracy and political division in Poland“. *Social Psychological Bulletin* 14.4: 1–19. DOI: [10.32872/spb.v14i4.2435](https://doi.org/10.32872/spb.v14i4.2435).
- Legge, S., E. Davidov & P. Schmidt, 2008: „Social structural effects on the level and development of the individual experience of anomie in the German population“. *International Journal of Conflict and Violence* 2.2: 248–267. DOI: [10.5167/uzh-95226](https://doi.org/10.5167/uzh-95226).
- Li, H. O.-Y., A. Bailey, D. Huynh & J. Chan, 2020: „YouTube as a source of information on COVID-19: A pandemic of misinformation?“. *BMJ Global Health*, 5: Artikel e002604. DOI: [10.1136/bmjgh-2020-002604](https://doi.org/10.1136/bmjgh-2020-002604).

- Lobato, E., J. Mendoza, V. Sims & M. Chin, 2014: „Examining the relationship between conspiracy theories, paranormal beliefs, and pseudoscience acceptance among a university population“. *Applied Cognitive Psychology* 28.5: 617–625. DOI: **10.1002/acp.3042**.
- Mao, J.-Y., Z.-X. Zeng, S.-L. Yang, Y.-Y. Guo & J.-W. van Prooijen, 2023: „Explaining the paradox of conspiracy theories and system-justifying beliefs from an intergroup perspective“. *Political Psychology* 0.0: 1–20. DOI: **10.1111/pops.12924**.
- Mari, S., H. Gil de Zúñiga, A. Suerdem, K. Hanke, G. Brown, R. Vilar et al., 2021: „Conspiracy theories and institutional trust: Examining the role of uncertainty avoidance and active social media use“. *Political Psychology* 43.2: 277–296. DOI: **10.1111/pops.12754**.
- Nera, K., J. Jetten, M. Biddlestone & O. Klein, 2022: „Who wants to silence us? Perceived discrimination of conspiracy theory believers increases ‘conspiracy theorist’ identification when it comes from powerholders – But not from the general public“. *British Journal of Social Psychology* 61.4: 1263–1285. DOI: **10.1111/bjso.12536**.
- Ramsay, R., 2013: *Conspiracy theories*. New York: Oldcastle Books.
- Ruiz, J. B. & R. A. Bell, 2021: „Predictors of intention to vaccinate against COVID-19: Results of a nationwide survey“. *Vaccine* 39.7: 1080–1086. DOI: **10.1016/j.vaccine.2021.01.010**.
- Schemer, C., M. Ziegele, T. Schultz, O. Quiring, N. Jakob & I. Jakobs, 2022: „Political information use and its relationship to beliefs in conspiracy theories among the German public“. *Journalism & Mass Communication Quarterly* 99.4: 908–929. DOI: **10.1177/10776990211063527**.
- Schmid, C. E., L. Stock & S. Walter, 2018: „Der strategische Einsatz von Fake News zur Propaganda im Wahlkampf“. In: K. Sachs-Hombach & B. Zywiets (Hrsg.), *Fake News, Hashtags & Social Bots*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. 69–95.
- Schuler, J., J. Kiess, O. Decker & E. Brähler, 2020: „Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft, Antisemitismus und Verschwörungsmentalität: AfD-Wähler_innen weisen die höchste Zustimmung zu anti-demokratischen Aussagen auf“. Universität Leipzig. <https://home.uni-leipzig.de/decker/wahlpraferenz.pdf> [Zugriff: 16. Oktober 2023].
- Schultz, T., N. Jakob, M. Ziegele, O. Quiring & C. Schemer, 2017: „Erosion des Vertrauens zwischen Medien und Publikum?“. *Media Perspektiven* 2017.5: 246–259.
- Theocharis, Y., A. Cardenal, S. Jin, T. Aalberg, D. N. Hopmann, J. Strömbäck et al., 2021: „Does the platform matter? Social media and COVID-19 conspiracy theory beliefs in 17 countries“. *New Media & Society* 25.12: 3412–3437. DOI: **10.1177/14614448211045666**.
- Xiao, X., P. Borah & Y. Su, 2021: „The dangers of blind trust: Examining the interplay among social media news use, misinformation identification, and news trust on conspiracy beliefs“. *Public Understanding of Science* 30.8: 977–992. DOI: **10.1177/0963662521998025**.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis Kapitel 17

Abbildung 1: Aufteilung der Befragten in Gruppen	208
Abbildung 2: Formale Bildung der Gruppen	209
Abbildung 3: Mittelwerte politischer und gesellschaftlicher Faktoren in den Gruppen	209
Abbildung 4: Wahlabsicht in den Gruppen (im Februar 2021)	210
Abbildung 5: Mittelwerte esoterischer Einstellungen in den Gruppen	211
Abbildung 6: Mediennutzung der Gruppen in Prozent (mindestens wöchentlich)	211
Tabelle 1: Zustimmung zu Covid-19-Verschwörungstheorien in Prozent	207

Kapitel 18

Aktuelle Entwicklungen im Community-Management öffentlich-rechtlicher Redaktionen

Pascal Tannich; Leonie Bednorz; Anna Hafenrichter; Hanna Marquardt

1 Projektvorstellung

Das Projekt¹, in das die hier vorgestellte Studie eingebunden ist, entwickelt innovative Interventionsstrategien für Journalist:innen zur Interaktion mit Nutzer:innen online-journalistischer Medien. Innovativ ist die Konzentration auf die affektive Struktur der Aussagen im Umfeld und auf Kanälen öffentlich-rechtlicher journalistischer Angebote in sozialen Medien.

So soll digital verbreiteten latenten antisemitischen Verschwörungsnarrativen und Falschinformationen im medialen Umfeld journalistischer Beiträge entgegengewirkt werden. Während die bekannten Gegenstrategien meist auf der Basis inhaltlicher Richtigstellung oder mit der Blockade manifester Aussagen (vgl. Boberg et al. 2018: 60) reagieren, soll so auch eine Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit latenten Inhalten konzipiert werden.

Im Sommer und Herbst 2023 wurden im Rahmen des Projektes leitfadengestützte Interviews mit 15 Redakteur:innen geführt. Dabei handelte es sich um Redakteur:innen öffentlich-rechtlicher Medienanstalten, die in leitender oder direkter Funktion den Bereich des Community-Managements verantworten. Community-Management definieren wir in diesem Zusammenhang als Aufgaben und Tätigkeiten von Journalist:innen, die von direkter Interaktion mit Nutzer:innen in Kommentarbereichen der Medien und auf deren Social-Media-Seiten bis hin zur Formatentwicklung reichen und somit auch Konzeptionierung und strategische Ausgestaltung journalistischer Angebote erfassen, bei denen mit den Nutzer:innen interagiert wird.

Die im Folgenden präsentierten Ergebnisse dieser empirischen Studie geben einen Einblick in die aktuellen redaktionellen Aufgaben im Community-Management. Sie beschreiben Herausforderungen und Veränderungen in den Funktionen ihrer Arbeit. Insbesondere zeigen sie, mit

1 Das Projekt „Toxische Narrative entkräften – Trainingsprogramm für Journalist:innen“ wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Innovationsfonds vom 01.03.2023 bis 31.12.2024 gefördert. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

welch großer Dynamik sich das Berufsbild und Selbstverständnis der Journalist:innen in diesem Bereich derzeit verändert.

2 Ausgangslage

Die zunehmende Polarisierung und verbale Gewalt in politischen Debatten auf Social Media und in den Kommentarbereichen von Medienangeboten ist eines der gravierendsten Probleme der Gegenwart (vgl. Kramp/Weichert 2018). Dies auch deshalb, weil diese Orte der Meinungsbildung in der digitalen Zivilgesellschaft insbesondere für viele Jugendliche und junge Erwachsene eine wichtige Nachrichtenquelle sind (vgl. Newman et al. 2023).

Jede:r zweite Nutzer:in ist bereits mit Hasskommentaren in den sozialen Medien in Berührung gekommen. In der Gruppe der 14- bis 24-Jährigen sind es 85 Prozent (vgl. Landesanstalt für Medien NRW 2018). Etwa ein Fünftel der befragten Nutzer:innen hat bereits Hassrede gegen Jüd:innen aktiv wahrgenommen (vgl. Landesanstalt für Medien NRW 2023).

In Deutschland teilen und kommentieren immer weniger Nutzer:innen aktiv Inhalte in Onlinemedien. Nutzer:innendiskurse werden verstärkt auf geschlossenen und unmoderierten Plattformen wie Whatsapp, Signal oder Telegram geführt (vgl. Newman et al. 2023: 16). Für die Einordnung der Bedeutung der Ergebnisse der vorliegenden Befragung ist es daher wichtig, zu differenzieren zwischen aktiv kommentierenden Nutzer:innen, reaktiven Nutzenden, die bereits vorhandene Äußerungen liken oder teilen, und passiven Nutzenden, die mitlesen (vgl. Newman et al. 2023), sowie solchen, die Kommentarbereiche ignorieren. Aktive Nutzer:innen wechseln teilweise zu unmoderierten Plattformen, um eine Moderation ihrer Inhalte zu umgehen (vgl. Lupu et al. 2023). Die Abkopplung reaktiver und passiver Nutzer:innen findet oft aufgrund einer

als destruktiv und affektiv empfundenen Diskursmentalität im Kommentarbereich statt (vgl. Loosen et al. 2013).

Ein Großteil der 14- bis 24-Jährigen sieht von einer aktiven Beteiligung am Diskurs ab, da die Kommentarsektion als Ort einer bloßen Aneinanderreihung von Meinungen gesehen wird oder Äußerungen der Nutzer:innen als ein Versuch wahrgenommen werden, andere zu provozieren (vgl. Landesanstalt für Medien NRW 2018). Nur etwa ein Fünftel aller Nutzer:innen nimmt aktiv am Meinungsdiskurs im digitalen Raum teil (vgl. Newman et al. 2023). Um einer verzerrten Wahrnehmung dieses Diskurses entgegenzuwirken, erscheint es wichtig, passive und reaktive Nutzer:innen in ihrem Engagement auf Onlineplattformen zu stärken.

Wir gehen davon aus, dass Journalist:innen an jenen Orten präsent sein sollten, an denen Nutzer:innen ihre Probleme öffentlich verhandeln. Sie sollten Krisen und Konflikte auch auf Social Media einordnen und verständlich machen und dadurch der Verzerrung öffentlicher Diskurse und ihrer Wahrnehmung entgegenwirken.

Die journalistische Rolle wandelt sich demzufolge nicht nur in der Kernaufgabe der Produktion journalistischer Inhalte, sondern gerade auch im Bereich des Community-Managements. Dabei wird eine interaktive Orientierungsfunktion (vgl. Rothenberger/Auer 2013: 39) immer bedeutsamer, da sich viele Nutzer:innen nicht mehr auf journalistische Nachrichtenauswahl (Gatekeeper-Funktion) verlassen, sondern sich ihre Nachrichtenwelt – in sozialen Medien – selbst zusammenstellen. Journalist:innen könn(t)en in den interaktiven Bereichen der Kommentare und in sozialen Medien mit einem Rollenverständnis als Orientierungs-Stifter:innen die Nutzer:innen unterstützen und so der gesellschaftlichen Polarisierung entgegenwirken.

Kramp/Weichert (2018) haben den Umgang mit Nutzer:innen im digitalen Raum zunächst in zwei grundlegende Moderationsansätze kategorisiert: Dis-Empowerment und Empowerment. Dis-Empowerment verfolgt eine den Nutzer:innen-diskurs regulierende Strategie, die beispielsweise mittels Gegenrede, Dekonstruieren oder Ignorieren von Hassrede, Blockierung der Nutzer:in oder einer strafrechtlichen Verfolgung versucht, die Verbreitung von Hassrede aktiv zu stoppen (vgl. Kramp/Weichert 2018). Strategieelemente des Empowerment-Ansatzes basieren etwa auf einer langfristigen Versachlichung der Debatte, der Dialogvermittlung unter Nutzenden sowie der Solidarisierung und der Stärkung der von Hassrede betroffenen Personen.

Ausgehend von diesen grundlegenden Strategien für redaktionelle Moderation stellen Ziegele/Heinbach (2021) ein interaktives Empowerment als Moderationsstil vor: Das KASI-Prinzip unterscheidet drei Herangehensweisen im Umgang mit destruktiven Äußerungen und Hassrede im Internet. So strebt der kognitive Moderationsstil (K) eine sachliche Sprache an und setzt inhaltlich auf zusätzliche Informationen und verschiedene Perspektiven. Eine Moderation im affektiven Stil (A) konzentriert sich im Kern auf eine empathische Ansprache der Nutzer:innen, um diese in einer rücksichtsvollen Kommunikation zu bestärken. Der sozial-integrative Stil (SI) zielt auf die Stärkung der Community ab, indem eine gemeinschaftsorientierte Ansprache aller Nutzer:innen eine konstruktive Grundstimmung im Kommentarbereich fördert.

Kognitive Moderationsstile, bei denen Gegenrede, Blockierung, Löschung und strafrechtliche Verfolgung zum Einsatz kommen, werden zunehmend durch bisher wenig erforschte und in der Praxis weniger etablierte Ansätze ergänzt, wie affektive oder sozial-integrative Moderationsstile (vgl. unter anderem Neue deutsche Medien-

macher e. V./ No Hate Speech Movement Deutschland (2018); Amadeu Antonio Stiftung (2020)).

Ausmaß und Ausprägung von Hatespeech in Fringe-Communitys sind im Fokus vertiefter Forschung. In sogenannten Fringe-Communitys werden Inhalte und Accounts „digitale[r] Subkulturen“ (vgl. Frischlich et al. 2022) toleriert, die mitunter gewaltbefürwortend sind. Vor allem jüdische Personen sind sehr stark von Hassrede betroffen (Rieger et al. 2021). Im „Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität“ wurden im Jahr 2021 insgesamt 3.027 Kriminaldelikte mit antisemitischem Hintergrund – 1.194 davon online – registriert (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2022). Zusammenfassungen der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte zeigen weiter, dass antisemitische Desinformation im digitalen Raum in den vergangenen Jahren vermehrt mit Verschwörungstheorien zur Covid-19-Pandemie sowie mit dem Krieg in der Ukraine in Verbindung gebracht werden (FRA – European Union Agency for Fundamental Rights 2022: 8). Die internationale Politik, so beispielsweise auch UN-Generalsekretär António Guterres, betonen die Wichtigkeit starker Maßnahmen gegen Antisemitismus auch in den sozialen Medien (vgl. United Nations 2021).

Um Tatbestände der Hassrede auch in sozialen Netzwerken gezielt verfolgen zu können, wurde im Oktober 2017 das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) erlassen, ein Gesetz zur Rechtsdurchsetzung in digitalen Räumen. Dies soll eine konsequentere Handhabung von Maßnahmen gegen Hassrede in sozialen Netzwerken ermöglichen. Unter dieses Gesetz fallen etwa Tatbestände der Beleidigung, Verleumdung, Volksverhetzung, Gewaltdarstellung und Bedrohung (vgl. Bundesministerium für Justiz 2022).

Eine Schwachstelle ist jedoch, dass latent formulierter Antisemitismus nicht ausreichend

vom NetzDG erfasst wird. Das ist problematisch, weil indirekte, codierte und camouflierte Äußerungen heute als typisch und habituell für den Antisemitismus im digitalen Raum gelten (vgl. Schwarz-Friesel 2019). Latente Formulierungen des Hasses, der Abwertung und der Abneigung, die im englischen Sprachraum etwa als *Dangerous Speech* oder *Toxic Language* bezeichnet werden, sind rechtlich schwieriger einzuordnen (vgl. *The Dangerous Speech Project* 2021; vgl. Gevers/Daelmand/Markov 2022). Im Deutschen sind Hassrede sowie toxische Sprache und toxische Narrative zentrale Begriffe für die Erforschung dieser Zusammenhänge. Aus (sozial-)psychologischer Perspektive verstehen wir Hatespeech und toxische Narrative als dysfunktionale Versuche einer psychischen Konfliktlösung, die sich beispielhaft in den Debatten um Antisemitismus zeigen.

Schwarz-Friesel (2019) stellt fest, dass sich zwischen 2007 und 2017 antisemitische Äußerungen in Kommentarbereichen circa vervierfacht haben.² Becker/Ascone/Troschke (2022) untersuchen Nutzer:innenkommentare mit antisemitischen Äußerungen während der Eskalationsphase des Nahostkonfliktes im Mai 2021 auf den Facebook-Seiten führender französischer, britischer und deutscher Nachrichtenmedien. Insgesamt wurden im deutschsprachigen Datenkorpus 1.520 Nutzer:innenkommentare im Hinblick auf antisemitische Sprache analysiert. Die Stereotype des Bösen, des Kindsmords und der Frage nach Schuld ließen sich in diesen Kommentaren am häufigsten feststellen. Becker/Ascone/Troschke (2022) gehen davon aus, dass ein Großteil der Facebook-postings aller analysierten Medien keiner redaktionellen Moderation unterlagen. Dies begründen sie mit dem hohen Aufkommen von explizit antisemitischen Formulierungen seitens der Nutzer:innen. Nutzer:innen äußerten antisemitisches

Gedankengut mit einem „minimum of subtlety“ (Becker/Ascone/Troschke 2022: 8).

Antisemitismen werden sowohl in Form expliziter als auch impliziter Formulierungen geäußert (vgl. Becker/Ascone/Troschke 2022). Die Hälfte aller im Datenkorpus analysierten Antisemitismen konnten nur durch Kontextwissen als ebendiese identifiziert werden (vgl. Becker/Ascone/Troschke 2022: 4). Vor allem implizite und latente Formulierungen stellen automatisierte Tools zur Erkennung von antisemitischen Äußerungen und redaktionelle Moderationsansätze zur Bekämpfung von Antisemitismus im digitalen Raum vor Herausforderungen (vgl. Becker/Ascone/Troschke 2022).

Schwarz-Friesel (2019) sieht den Ursprung von Hass und Hetze nicht in der virtuellen Welt – vielmehr spiegele die Onlinekommunikation wider, was Nutzer:innen in ihrem Alltag denken. Hinzu komme, dass im virtuellen Raum geäußerte Kommentare nicht den im alltäglichen Leben geltenden konventionellen Normen unterliegen: Politische Korrektheit, soziale Erwünschtheit, Höflichkeit oder eine allgemeine Affektregulierung beschreibt Schwarz-Friesel (2019) als in der Onlinekommunikation wenig präsent. Die Emotion des Hasses, die hinter antisemitischen Äußerungen steckt, beschreibt Schwarz-Friesel (2019: 113) als ein Gefühl, das sich von „Generation zu Generation [...] über Alltagskommunikation, Romane, [...]“ erhalten hat. So ist Antisemitismus als etwas zu verstehen, das im kollektiven Gedächtnis allgegenwärtig ist (vgl. Schwarz-Friesel 2019).

2 Subkorpusanalyse der Kommentarbereiche deutscher Qualitätsmedien (Welt, Focus, Spiegel, FAZ, SZ, Tagesspiegel, taz).

3 *Ergebnisse der Leitfadeninterviews zum Community-Management*

Welche Maßnahmen wurden bisher im Community-Management öffentlich-rechtlicher Redaktionen zum Themenfeld Antisemitismus ergriffen? Zu dieser Frage wurden 15 Redakteur:innen öffentlich-rechtlicher, journalistischer Formate in leitfadengestützten Interviews befragt. Die Redakteur:innen waren sowohl in produktionsaktuellen wie auch strategischen Rollen beziehungsweise in leitenden Funktionen in ihren Redaktionen tätig.

Der Fragenkatalog des Leitfadens erstreckte sich von aktuellen Herausforderungen über bisherige Erfahrungen bis hin zu Wünschen für die Zukunft und gab den Redakteur:innen die Möglichkeit, eigene inhaltliche Schwerpunkte, Herausforderungen und Chancen in ihrer Arbeit in der Interaktion mit dem Publikum und den Communitys der Redaktionen zu beschreiben. Schwerpunkte lagen auf dem Management von Konflikten in der Interaktion mit den Nutzer:innen redaktioneller Kommentarbereiche und Social Media, der Bedeutung von Emotionen und affektivem Handeln in der Onlinekommunikation auf den redaktionell begleiteten Plattformen sowie der Rolle der Redakteur:innen in der Interaktion und den damit verbundenen Rollenvorstellungen.

Außerdem wurden die Teilnehmenden zu bereits etablierten Strategien im Umgang mit latent antisemitischen Äußerungen befragt. So können im Folgenden bereits angewandte Vorgehensweisen innerhalb der Redaktionen beschrieben und der mögliche Bedarf für weiterführende Strategien und Weiterbildungsangebote im Journalismus im Hinblick auf Interaktion und Prävention latent antisemitischer Äußerungen identifiziert werden – um sie im oben beschriebenen weiteren Projektverlauf für die Ausgestaltung innovativer Strategien nutzbar zu machen.

In den Interviews wurden die genannten theoretischen Überlegungen aufgegriffen und durch die praktische Perspektive erweitert. In einer ersten Kategorisierung konnten die Ergebnisse fünf Bereichen zugeordnet werden, die in Bezug auf Community-Management relevant erscheinen: Community-Management mit dem Ziel eines demokratischen Diskurses, Rollen und Aufgaben von Journalist:innen, Redaktionsorganisation, Formatentwicklung und der Umgang mit Antisemitismus in Nutzer:innenkommentaren. Diese werden im Folgenden ausgeführt.

4 *Das Ziel eines demokratischen Diskurses*

In den Interviews wurde Community-Management unter anderem als Beziehungsarbeit, Dialog mit der Zielgruppe, Schaffen einer Begegnungsstätte oder als Moderieren von Debatten beschrieben. Hier zeigt sich ein diskursunterstützendes Verständnis von Community-Management. Die Befragten beschreiben als Ziel von Community-Management, mit ihrer Moderation von Kommentarbereichen einen „essentielle[n] Raum, in dem wir in den Dialog mit unserer Zielgruppe geraten“, zu öffnen. Dabei ist den Befragten wichtig, dass eine Gemeinschaft entsteht, „die auf ein gemeinsames Ziel hinarbeitet, nämlich die Demokratie zu erhalten oder zu stärken“. Es sollen ganz unterschiedliche Meinungen vertreten sein, möglichst viele Perspektiven sichtbar gemacht werden und somit Kommunikation vorangebracht werden.

Die Interviewten betonten, dass intensives Community-Management nötig sei, um diese Ziele zu erreichen – und zwar nicht nur bestehend aus Likes oder Smileys, sondern auch aus inhaltlichem Austausch. Insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe Verpflichtungen, wie zum Beispiel den Bildungsauftrag nach dem Medienstaatsvertrag, die Community-Management unerlässlich machen würden. Dieser besonderen

Verantwortung seitens der Moderation gerecht zu werden, beschreiben die Befragten mitunter als Herausforderung.

5 Rollen und Aufgaben von Journalist:innen

Die Befragten sehen die Rolle des/der Journalist:in im Wandel. Klassische journalistische Aufgaben stünden in einem Ressourcen-Wettstreit mit neuen Herausforderungen, die mit Blick auf Community-Management wichtiger werden. Es seien vielfältigere und weitreichendere Aufgaben zu bewältigen, wenn sich Redakteur:innen die Frage stellen, die eine:r der Befragten so formuliert: „Müssen Journalist:innen auch Psycholog:innen in Zukunft werden? Ein Stück weit, nach meinem Dafürhalten, ja“. Empathisch zu sein und in der Interaktion mit Nutzer:innen auch auf Basis von psychologischem Wissen – nicht nur aus dem Bauch heraus – agieren zu können, wird als relevante Fähigkeit für Journalist:innen im Community-Management beschrieben.

Gleichzeitig scheinen die neuen Aufgaben aber in der Praxis schwierig umsetzbar. Redakteur:innen beschreiben eine Vielzahl gleich bedeutsamer Aufgaben, für die nicht ausreichend Ressourcen zur Erfüllung zur Verfügung stehen. So formuliert ein:e Befragte:r: „Man muss halt auf der einen Seite formatspezifisch denken und cool klingen [...] und trotzdem aber noch in weniger Zeit [...] ordentlich recherchieren und Quellen checken und so weiter und so fort. Das ist so viel gleichzeitig.“ Community-Manager:innen beschreiben mentale Belastungen außerhalb der Arbeitszeit, ein Zitat: „Das Problem ist ja auch einfach, dass wir mit dem Handy die Social Media Kanäle immer dabei haben, das heißt, ich sehe, wenn der Post gut funktioniert oder nicht, also kann ich sehr schwer abends abschalten.“

Somit führen die von den Befragten beschriebenen Veränderungen auch zu neuen Anforderungen an

die Journalist:innen-Ausbildung. Moderations-Entscheidungen werden laut den Befragten oft aus einem „Bauchgefühl“ und situationsabhängig getroffen. Redakteur:innen sehen learning on the job aber als nicht ausreichend an und wünschen sich, in ihrer journalistischen Ausbildung Strategien für den Umgang mit Nutzer:innen zu erlernen.

Die Interviews machen deutlich, dass es unter den Befragten unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wer in den Redaktionen Community-Management betreiben sollte. Die einen sind davon überzeugt, dass Community-Management nur in Zusammenhang mit den Ausgangsbeiträgen gedacht werden kann und deshalb „nicht eine Aufgabe von irgendwelchen Kommentar-Moderator:innen oder Social Media Redaktionen, sondern [...] eine Aufgabe von allen, die Content erstellen“, sei. Andere sehen Community-Management nicht als Aufgabe von Journalist:innen: „Also es gibt immer noch die, die sagen – Ich bin der Journalist. Ich habe jetzt hier meinen Text geschrieben, ich habe meinen Radiobeitrag gemacht. Was dann aus der Community kommt, ist mir egal“.

6 Redaktionsorganisation

Um den Community-Manager:innen den Umgang mit Nutzer:innenkommentaren zu erleichtern, gibt es in den Redaktionen Leitlinien dazu, wie mit bestimmten Kommentaren umgegangen werden soll. Community-Manager:innen leiten zum Beispiel aus der Netiquette – die sich an die Nutzer:innen richtet – teilweise auch ihre Moderationsentscheidungen ab. Hierbei geht es vor allem um rechtswidrige Äußerungen und Beleidigungen, aber auch um Werbung und Spam-Kommentare, die gelöscht werden.

Redaktionen formulieren in weiteren Leitfäden vor allem „Haltung und Werte, Selbstverständnis und Rolle“ für die Interaktion mit Nutzer:innen. Diese sind nach Darstellung der Interviewten

in der Regel jedoch allgemein gehalten und auch die Netiquette bietet Interpretationsspielraum. Bestimmte Nutzer:innen schreiben laut der Erfahrung der Community-Manager:innen „an der Netiquette vorbei“, verstoßen also nicht gegen sie, es klingen aber zwischen den Zeilen Dinge an, die „so nicht stehen bleiben dürften“. Dies ist wohl vor allem bei Themen der Fall, die Minderheiten betreffen – insbesondere latenter Rassismus wird von den Interviewpartner:innen beobachtet. Mit den bereits etablierten redaktionellen Leitlinien ließen sich nicht alle Situationen lösen und Graubereiche und Grenzfälle müssten individuell von den einzelnen Community-Manager:innen abgewogen werden. Dieses Abwegen kann vom Löschen über die sachliche Widerlegung bis hin zum direkten Eingehen auf die kommentierende Person reichen, ist aber immer mit Unsicherheit für die Community-Manager:innen verbunden.

Die Verantwortlichen versuchen, den redaktionsorganisatorischen Herausforderungen zu begegnen, indem sie individuelle Freiräume für Interaktion und Kommunikation schaffen. Um der Unsicherheit und Belastung der Mitarbeitenden entgegenzuwirken, gibt es in einigen Redaktionen institutionalisierte Angebote wie Supervision und externe psychologische Unterstützung durch Ansprechpersonen oder in Form von Workshops: „Darüber zu sprechen und zu verstehen, warum Menschen reagieren wie Menschen reagieren, hilft total beim Community-Management, ein tiefes Verständnis fördert das und das ist echt gut und da haben wir so viel gelernt“.

7 *Formatentwicklung und Beitragsgestaltung*

Schon bei der Erstellung des journalistischen Beitrags sollten mögliche Kommentare mitgedacht werden, um sich besser auf sie vorbereiten zu können, forderten viele der Interviewten. Sie beschreiben den Zusammenhang zwischen journalistischem Beitrag und den Kommentaren

der Nutzer:innen als essenziell: „Community-Management ist das, was aus unserer Berichterstattung erwächst.“ Teilweise werden im redaktionellen Prozess mögliche Fragen der Nutzer:innen antizipiert, um vorbereitet interagieren zu können.

Auch das Format und die Plattform werden als Einflussfaktoren auf die Kommentare genannt. In tagesaktuellen Nachrichtenformaten ist das Kommentaraufkommen besonders hoch, weshalb die Kapazitäten für Moderation der Kommentare kaum ausreichen würden, erklärten die Interviewten. Bei anderen Formaten könne das Community-Management an den jeweiligen Stil angepasst werden und Community-Building betrieben werden.

Schwierig sei es, latente Botschaften zu berücksichtigen, die in einem Beitrag zwischen den Zeilen stehen. Die Befragten geben an, dass Nutzer:innen themenfremde Kommentare verfassen würden oder sich eine Dynamik entwickeln könne, die nicht vorauszusehen war. Trotzdem wird es als hilfreich beschrieben, sich so gut es geht vorzubereiten und bei Formaten oder Beiträgen, die Minderheiten-Themen ansprechen, besonders aufmerksam für versteckte Botschaften zu sein.

8 *Aktuelle Maßnahmen im Zusammenhang mit Antisemitismus in Nutzer:innenkommentaren*

Die Befragten beobachteten Antisemitismus in Nutzer:innenkommentaren seltener als Rassismus oder Sexismus. Antisemitismus trete themengebunden auf, beschreibt ein:e Redakteur:in aus dem Community-Management auf die Frage, wie oft ihnen Antisemitismus in den Kommentarspalten begegne: „Täglich. Also Rassismus vielleicht ein bisschen mehr. Einfach, weil Rassismus gegen alle geht, genauso wie Diskriminierung, eher gegen eine größere, gegen alle Minderheiten

schießt und Antisemitismus eher spezifisch auf eine Personengruppe reduziert ist und wir dieses Thema jetzt auch nicht jeden Tag behandeln. Aber wir haben nun mal diverse Protagonist:innen. Das heißt: Diskriminierung in jeglicher Form findet gefühlt alle zehn Sekunden statt.“

Betrachtet man nun den aktuellen Umgang mit antisemitischen Kommentaren im Community-Management, so muss zwischen explizit antisemitischen Kommentaren und indirekten, latenten Formulierungen seitens der Nutzer:innen unterschieden werden. Hinsichtlich der explizit antisemitischen Formulierungen, welche beispielsweise auch Zahlen- oder Emoji-Codes enthalten können, dient sowohl der allgemeingültige strafrechtliche Rahmen sowie die Netiquette der jeweiligen öffentlich-rechtlichen Anstalt dazu, eben diese zu löschen oder gegebenenfalls anzuzeigen.

Der Großteil der befragten Redaktionen greift hierfür auf unterstützende Redaktionssysteme zurück, um antisemitische Kommentare schneller zu löschen, was zumeist auch mit einer Verwarnung der jeweiligen Verfasser:innen einhergeht. Im Rahmen des Community-Managements werden strikte Maßnahmen zur Bekämpfung von offensichtlichem Antisemitismus ergriffen, die sich an intern festgelegten Richtlinien orientieren. Spezifische Codes, Schlüsselwörter oder Emoji-Abfolgen werden dabei jedoch nicht systematisch erfasst. Interredaktioneller Austausch findet statt, um sich gegenseitig über neu auftretende Muster auf dem Laufenden zu halten.

In einigen Redaktionen wird zwischen Nutzer:innen unterschieden, welche meist wiederholt und bewusst toxische Narrative beziehungsweise antisemitische „Buzzwords“ verwenden, um gezielt „Hass [zu] streuen“, und diejenigen, welche vermutlich unbeabsichtigt im Diskurs antisemitische Begrifflichkeiten aufgreifen und diese weiterver-

wenden. Bei Letzteren wird versucht, vermehrt auf erklärende Ansätze zu setzen und die Nutzer:innen durch die Verlinkung von Beiträgen und Videos über die jeweiligen Bedeutungen aufzuklären. Dies hänge allerdings stark von vorhandenen Kapazitäten im Community-Management ab.

Latente Formulierungen mit antisemitischem Hintergrund nehmen die Befragten unterschiedlich wahr: Das Erkennen latent antisemitischer Äußerungen sei schwierig und subjektiv. Redakteur:innen nehmen daher an Fort- und Weiterbildungsangeboten teil, welche sich spezifisch mit Antisemitismus oder auch allgemein mit Hass und Hetze in Kommentarbereichen befassen, um eben jenes Erkennen zu erleichtern. Auch Nutzer:innen könnten als regulierende Instanz aktiv werden, indem diese die Kanal-Betreiber:innen auf potenziell antisemitische Kommentare aufmerksam machen würden. Es wird deutlich, dass latentem Antisemitismus in Einzelfällen auf Basis individueller Erfahrungen begegnet wird, Strategien im Umgang mit dem Phänomen aber noch nicht etabliert sind.

9 Fazit

Community-Manager:innen haben vielfältige Aufgaben, die unterschiedliche Fähigkeiten von ihnen verlangen. Um den Umgang mit Kommentaren zu vereinfachen und zu vereinheitlichen, gibt es verschiedene Ansätze in den Redaktionen. Diese können zwar allgemeine Haltungen vermitteln und Hilfestellung zur Einhaltung rechtlicher Belange und eindeutiger Fälle geben, Graubereiche werden jedoch oft individuell verhandelt.

Inwiefern auf latente Botschaften eingegangen werden kann, hängt dabei auch stark von den jeweils verfügbaren Ressourcen innerhalb des Community-Managements ab. Einen weitergehenden Schritt stellen sowohl Supervision als auch psycho-

logische Betreuung oder Workshops dar, die zum Ziel haben, die Interaktion mit Nutzer:innen weiter zu professionalisieren und Erfahrungen besser verarbeiten zu können.

Vor allem hinsichtlich des Umgangs mit antisemitischen Kommentaren beschrieben die Befragten wenig konkrete Handlungsstrategien. Es

gibt teilweise große Unterschiede in der Wahrnehmung und Problematisierung von (latentem) Antisemitismus in Kommentarbereichen. Auch den Umgang mit diesen Kommentaren gestalten die Befragten im Zweifel individuell. Zukünftig wäre es demnach sinnvoll, spezifische Weiterbildung zu ermöglichen.

10 Literaturverzeichnis

- Amadeu Antonio Stiftung (Hg.) (2020): Menschenwürde online verteidigen. 33 Social Media-Tipps für die Zivilgesellschaft. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Becker, M., L. Ascona & H. Troschke (2022): „Antisemitic Comments on Facebook Pages of Leading British, French, and German Media Outlets“. *Humanities & social sciences communications* 9.1: 1–11.
- Boberg, S., T. Schatto-Eckrodt, L. Frischlich & T. Quandt (2018): „The Moral Gatekeeper? Moderation and Deletion of User-Generated Content in a Leading News Forum“. *Media and Communication* 6.4: 58–69.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021. Bundesministerium des Innern und für Heimat.
- Bundesministerium für Justiz (2022): Regeln gegen Hass im Netz – Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG). Abrufbar unter: https://www.bmj.de/DE/themen/digitales/digitale_kommunikation/netz_dg/netz_dg_artikel.html [Zugriff: 15. Oktober 2023].
- FRA – European Union Agency for Fundamental Rights (2022): Antisemitism – Overview of Antisemitic Incidents Recorded in the European Union 2011–2021.
- Frischlich, L., Schatto-Eckrodt, T., J. Völker & M. Döring (2022): Rückzug in die Schatten? Die Verlagerung digitaler Foren zwischen Fringe Communities und „Dark Social“ und ihre Implikationen für die Extremismusprävention. (CoRE-NRW Kurzgutachten, 4). Bonn: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC) gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-88143-1>
- Gvers, I., W. Daelemand & I. Markov (2022): „Linguistic Analysis of Toxic Language on Social Media“. In: *Computational Linguistics in the Netherlands Journal* 2022.12, 33–48.
- Karmasin, M., M. Rath & B. Thomaß (Hg.) (2013): Normativität in der Kommunikationswissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien.
- Kramp, L. & S. Weichert (2018): Hasskommentare im Netz. Steuerungsstrategien für Redaktionen. Leipzig: Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Medien NRW, Bd. 79.
- Landesanstalt für Medien NRW (2018): Hate Speech und Diskussionsbeteiligung im Internet. Zentrale Untersuchungsergebnisse der Hate Speech-Sonderstudie. Landesanstalt für Medien NRW.
- Landesanstalt für Medien NRW (2023): Hate Speech Forsa-Studie 2023.
- Loosen, W., J.-H. Schmidt, N. Heise, J. Reimer & M. Scheler (2013): Publikumsinklusion bei der Tagesschau. Fallstudienbericht aus dem DFG-Projekt „Die (Wieder-)Entdeckung des Publikums“. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut.
- Lupu, Y., R. Sear, N. Velásquez, R. Leahy, N. J. Restrepo, B. Goldberg & N. F. Johnson (2023): Offline Events and Online Hate. *PloS one* 18.1: e0278511.
- Neue deutsche Medienmacher e. V./No Hate Speech Movement Deutschland (November 2018): Wetterfest durch den Shit-Sturm. Leitfaden für Medienschaffende zum Umgang mit Hass im Netz. Berlin: Neue deutsche Medienmacher e. V./No Hate Speech Movement Deutschland.

Newman, N., R. Fletcher, K. Eddy, C. T. Robertson & R. K. Nielsen (2023): Reuters Institute Digital News Report 2023.

Rieger, D., A. S. Kümpel, M. Wich, T. Kiening & G. Groh (2021): „Assessing the Extent and Types of Hate Speech in Fringe Communities: A Case Study of Alt-Right Communities on 8chan, 4chan, and Reddit“. *social media + society* 7.4: 1–14.

Rothenberger, L. & C. Auer (2013): „Normativität in der Kommunikatorforschung. Journalistik“. In: Karmasin, Matthias/Rath, Matthias/Thomaß, Barbara (Hg.), *Normativität in der Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer Fachmedien. 19–48.

Schwarz-Friesel, Monika (2019): *Judenhass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl*. 1. Auflage. Berlin/Leipzig: Hentrich & Hentrich.

The Dangerous Speech Project (2021): *Dangerous Speech: A Practical Guide*. The Dangerous Speech Project.

United Nations (2021): *Rise in Antisemitism during Pandemic Shows We Can Never Let Down Our Guard: UN chief*. Abrufbar unter: <https://news.un.org/en/story/2021/01/1082872> [Zugriff: 15. Oktober 2023].

Ziegele, M. & D. Heinbach (2021): *Hallo liebe Community! Konstruktive Online-Debatten fördern durch bestärkende Moderation*. Düsseldorf: Landesanstalt für Medien NRW.

Autorinnen und Autoren

Bodo W. Becker M. A. ist leitender Mitarbeiter der Abteilung Cyber- und Spionageabwehr des Bundesamts für Verfassungsschutz. Er studierte Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaft, Volkswirtschaftslehre an der Universität Trier. Vor seiner Tätigkeit im BfV war er unter anderem wissenschaftlicher Mitarbeiter am Privatinstitut von Prof. Wolfgang Leonhard in Mandscheid (Eifel) u. a. zu Fragen der Sowjetunion, des Kommunismus und der Arbeiterbewegung tätig.

Leonie Bednorz ist Masterstudentin für Journalistik mit Schwerpunkt Innovation und Management an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt nach ihrem Journalismus-Studium mit Schwerpunkt Politik und Gesellschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Sie beschäftigt sich im Bereich Journalismus vor allem mit Themen wie Diversität, Feminismus und dem Zusammenspiel von Psychologie und journalistischer Berichterstattung. Im Rahmen des Forschungsprojekts und ihrer Masterarbeit setzt sie sich mit affektiven Handlungen innerhalb digitaler Kommunikation und einer sprachwissenschaftlichen Analyse dieser auseinander.

Leon A. Brandt hat Jura sowie Kulturwissenschaften und Europäische Ethnologie studiert. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am SOCLES International Centre for Socio-Legal Studies in Berlin und beschäftigt sich dort schwerpunktmäßig mit (verfassungs)rechtlichen Fragestellungen zur Schnittstellenarbeit der Kinder- und

Jugendhilfe, zivilgesellschaftlicher Träger sowie der Sicherheitsbehörden im Kontext von Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Prof. Dr. Daniel Buhr ist Leiter des Steinbeis Transferzentrum Soziale und Technische Innovation sowie außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen. Als Innovationsforscher gilt sein besonderes Interesse Transformationsprozessen wie der Digitalisierung und ihren Auswirkungen auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Dr. Kai Denker, studierte Philosophie, Geschichte und Informatik an der TU Darmstadt. Nach seiner Promotion 2018 in Philosophie mit einer Arbeit zur Philosophie der Mathematik bei Gilles Deleuze war er PostDoc im BMBF-geförderten Verbundvorhaben „Parallelstrukturen, Aktivitätsformen, Nutzerverhalten im Darknet (PANDA)“. Seit 2021 ist er Verbundkoordinator des BMBF-geförderten Vorhabens „Meme, Ideen, Strategien rechtsextremistischer Internetkommunikation (MISRIK)“.

Prof. Dr. Leyla Dogruel (Promotion FU Berlin, 2013) ist Professorin für Kommunikationswissenschaft mit Schwerpunkt Soziale Kommunikation an der Universität Erfurt. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich digitale Medien & Regulierung, Medieninnovationstheorie, Online-Privatsphäre sowie (lokale) Medienstrukturen und -leistungen.

Oliver Drewes ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung der Universität Trier. Er studierte Philosophie, Politik und Wirtschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen und an der Loughborough University in Großbritannien. In seinem Promotionsprojekt analysiert er Verschwörungstheorien und neue Formen des Extremismus, die durch europäische Nachrichtendienste formuliert werden.

Dr. Rolf Frankenberger ist wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für Rechtsextremismusforschung (IRex) an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen. Seine politikwissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte sind Autokratie und Demokratie, Systemtransformationen, politische Kultur und politische Lebenswelten, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Er ist einer der Sprecher des Arbeitskreises Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung der DVPW.

Dr. Johannes Gemkow ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), Teilstandort Leipzig. Am FGZ forscht er über den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt und (teil-) öffentlicher Kommunikation populistischer Gruppierungen und Jugendlicher auf sozialen Medien. Weitere aktuelle Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen mediale Vergemeinschaftung, Medien- und Informationskompetenz und Mediatisierung sowie qualitative Sozialforschung.

Anna Hafenrichter ist Masterstudentin für Journalistik mit Schwerpunkt Innovation und Management an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt nach ihrem Studium der Kultur- und Medienwissenschaft sowie Germanistik. Nachdem sie sich im Rahmen eines außeruniversitären Projektes mit jüdischer Stadtgeschichte und Antisemitismus auseinandersetzte, beteiligt

sie sich nun als studentische Hilfskraft an dem Forschungsprojekt. Besonders interessiert sie in diesem Kontext die hohe Verantwortung öffentlich-rechtlicher Medien.

Natascha Hetzel ist Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Hohenheim. Ihr Forschungsinteresse liegt im Bereich Verschwörungstheorien und Desinformation. Dabei forscht Sie unter anderem zu Faktoren, die mit Verschwörungsglaube in Verbindung stehen und zur Darstellung von Verschwörungstheorien und ihren Anhänger*innen in journalistischen Medien.

Prof. Dr. Jeanette Hofmann ist Politikwissenschaftlerin und Digitalisierungsforscherin. Am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung leitet sie die Forschungsgruppe ‚Politik der Digitalisierung‘. Sie ist Gründungsdirektorin am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft und Professorin für Internetpolitik an der Freien Universität Berlin. Als Principal Investigator leitet sie eine Forschungsgruppe zu Technik, Macht und Herrschaft am Weizenbaum Institut für die vernetzte Gesellschaft.

Dr. Pablo Jost ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Zu seinen Forschungsinteressen zählen die mediale Darstellung gesellschaftlicher Kontroversen sowie die Kommunikation politischer Akteur*innen und deren Anpassung an den digitalen Medienwandel. Außerdem ist er Mitinitiator und strategischer Berater der Bundesarbeitsgemeinschaft „Gegen Hass im Netz“. In dieser Funktion begleitet er das Monitoring demokratiefeindlicher Kommunikation auf digitalen Plattformen.

Prof. Dr. Pascal Jürgens ist Professor für Computational Communication Science an der Uni-

versität Trier. Seine Forschung befasst sich mit der Rolle von Plattformen und Algorithmen für die digitale Gesellschaft, insbesondere mit der Auswirkung auf die Struktur von Nachrichtenpublika und die Sichtbarkeit von Inhalten. Im Bereich der Methoden arbeitet er an skalierbaren und robusten Methoden zur Erhebung und Messung von digitalen Spurendaten sowie an der Erschließung von Medieninhalten durch KI.

Dr. Stepanka Kadera arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Fachgruppe „Familienhilfe und Kinderschutz“ in der Abteilung „Familie und Familienpolitik“ des Deutschen Jugendinstituts e. V. in München. Ihre Forschungsinteressen umfassen Qualitätsentwicklung im Kinderschutz sowie Hilfen und Schutzkonzepte bei Misshandlung, Vernachlässigung und sexualisierter Gewalt.

Tilman Klawier ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Hohenheim. Zuvor studierte er in Hannover, Erfurt und Amsterdam. Im Rahmen seiner Dissertation beschäftigt er sich mit der Verbreitung, den Inhalten und den Auswirkungen alternativer Medien in Deutschland. Schwerpunkte seiner Arbeit bilden zudem die Erforschung von Fake News und Verschwörungstheorien.

Dr. Maximilian Krug ist Postdoc am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Duisburg-Essen. In seiner aktuellen Forschung beleuchtet er die Ordnungsstrukturen von Konflikten in interpersonaler Kommunikation. Dazu schaut er sich auf der einen Seite Ablehnungen und Widerstand in multimodaler Face-to-Face-Interaktion an und betrachtet auf der anderen Seite Inzivilität und Reaktanz in der Onlinekommunikation.

Dr. Simon Kruschinski ist promovierter Kommunikationswissenschaftler und Postdoktorand am

Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Dort forscht und lehrt er seit 2015 im Bereich der Politischen Kommunikation. Sein Forschungsschwerpunkt liegt in der datengestützten Wahlkampfkommunikation. Dabei geht er der Frage nach, wie Kampagnen Technologien, Daten und Analytik nutzen, um Wähler zu mobilisieren oder sie persuasiv zu beeinflussen.

Dr. Robert Luzsa forscht und lehrt an der Universität Passau zu Fragen der Mensch-Maschine-Interaktion. Seine Forschung beleuchtet den Spannungsbereich zwischen Individuum, Digitalisierung und Gesellschaft aus psychologischer Perspektive. Aktuelle Forschungsvorhaben fokussieren insbesondere Meinungsbildungsprozesse und kognitive Verzerrungen in Online-Diskursräumen, digitale Souveränität und Privatheit sowie den Einsatz virtueller und erweiterter Realität zu Ausbildungs- und Trainingszwecken.

Hanna Marquardt ist Hilfskraft an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Sie studierte Kommunikationswissenschaft an der Universität Hohenheim (B. A.) und Journalistik mit Schwerpunkt Innovation und Management an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (M. A.). Nach ihrer Masterarbeit zu Klimajournalismus beteiligt sie sich nun an diesem Forschungsprojekt. Mit dem Schwerpunkt auf der Auswertung der Interviews interessiert sie wie schon in ihrer Masterarbeit vor allem der Umgang von Medienschaffenden mit heiklen Themen.

Philipp Müller ist wissenschaftlicher Referent beim Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg in der Abteilung „Islamistischer Extremismus und Terrorismus“.

Paul Ortenau ist Politologe und Mitarbeiter in der zentralen Analysestelle der Abteilung für Rechtsextremismus/ rechtsextremistischen Terrorismus des Bundesamtes für Verfassungsschutz. In dieser

Funktion beschäftigt er sich unter anderem mit zentralen Ideologien und übergreifenden strukturellen Entwicklungen innerhalb des Phänomenbereichs. Sein besonderes Interesse gilt in diesem Kontext auch den Einflüssen aus dem Ausland.

Jun.-Prof. Dr. Fabian Prochazka ist Juniorprofessor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Erfurt. Seine Forschungsschwerpunkte sind Vertrauen in Nachrichtenmedien, Online-Diskurse und politische Meinungsbildung in sozialen Medien. Er studierte Kommunikations- und Politikwissenschaft an der Universität Salzburg, Österreich (B. A., M. A.) und promovierte 2019 an der Universität Hohenheim.

Prof. Dr. Liane Rothenberger hat seit 2021 die Professur für Medien und Öffentlichkeit mit Schwerpunkt Migration an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt inne und lehrt sowohl im Studiengang Journalistik als auch im Master Flucht, Migration, Gesellschaft. Von 2008 bis 2021 arbeitete sie am Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft der TU Ilmenau und habilitierte sich 2018 mit einer Monographie über Terrorismus als Kommunikation. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Journalismus, Migration, Krisenkommunikation und interkulturelle Kommunikation.

PD Dr. Jens Ruppenthal studierte von 1997 bis 2003 Geschichte und Philosophie in Kiel und Aberdeen und wurde 2006 mit einer Dissertation zu einem Thema der deutschen Kolonialgeschichte promoviert. Er habilitierte sich 2016 mit einer zeit-historischen Arbeit an der Universität zu Köln und ist Lehrbeauftragter an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Melanie Schmitt studierte Soziologie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und Internationale Migration und Interkulturelle Beziehungen an der Universität Osnabrück. Anschließend war sie

wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, wo sie am Zentrum Flucht und Migration sowie an der Professur für Medien und Öffentlichkeit mit Schwerpunkt Migration tätig war. Heute arbeitet sie am Forschungsinstitut betriebliche Bildung (f-bb) in Nürnberg. Ihre Forschungsinteressen sind Gender, Sexualität, (Flucht-)Migration und Medien.

Prof. Dr. Wolfgang Schweiger, geboren 1968 in München. Professor für Kommunikationswissenschaft insb. interaktive Medien- und Onlinekommunikation an der Universität Hohenheim in Stuttgart. Stationen an der LMU München, TU Dresden, KU Leuven in Belgien und TU Ilmenau, u. a. Herausgeber von Handbüchern zur Online-Kommunikation und Medienwirkungsforschung. Forschungsschwerpunkte: Informiertheit, Meinungsbildung und Öffentlichkeit in digitalen Umgebungen; integrierte Kommunikator-, Mediennutzungs- und Wirkungsforschung, sozialwissenschaftliche Methoden.

Fiete Stegers ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hochschule für Angewandte Wissenschaft in Hamburg. Im Projekt #UseTheNews beschäftigt er sich mit der Vermittlung von Medien- und Nachrichtenkompetenz an Jugendliche und Lehrkräfte. Im Projekt NOTORIOUS forscht er zum Thema Desinformation im Internet. Der langjährige Journalist (Tagesschau, NDR u. a.) ist außerdem als Trainer in der journalistischen Aus- und Weiterbildung mit Schwerpunkt Faktencheck/Verifikation tätig.

Prof. Dr. Christian Stöcker, geb. 1973, leitet an der HAW Hamburg den Master-Studiengang Digitale Kommunikation und mehrere Forschungsprojekte, die sich mit Fragen der Wechselwirkung von digitaler Medientechnologie und Öffentlichkeit befassen. Zuvor arbeitete er über 11 Jahre als Redakteur und Ressortleiter in der Redaktion von SPIEGEL ONLINE. Stöcker ver-

fügt über Abschlüsse in Psychologie (Diplom) und Kulturkritik.

Pascal Tannich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Er studierte Online-Journalismus an der Hochschule Darmstadt (B. A.) und Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (M. A.). Dort forscht er zu Interaktionen zwischen Journalist:innen und Nutzer:innen im öffentlichen Diskurs und analysiert dabei qualitativ die Bedeutung implizit und explizit geäußerter Affekte – im Projekt mit besonderem Fokus auf Antisemitismus sowie dem präventiven und reaktiven Entgegenreten der Interagierenden in der Anschlusskommunikation.

Jonas Ziock ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Department Information der HAW Hamburg und forscht im Projekt NOTORIOUS zum Thema Desinformation im Internet. In Hamburg und Göttingen hat er zuvor Digitale Kommunikation und Politikwissenschaft studiert. Seine Schwerpunkte lagen dabei sowohl in der Untersuchung von Virtual Reality als modernes Medium als auch auf außenpolitischen Spannungen und Konflikten sowie deren historischer und kontextueller Einordnung.

Dr. Britt Ziolkowski ist Referentin beim Zentrum für Analyse und Forschung (ZAF) am Bundesamt für Verfassungsschutz. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Salafismus, Radikalisierung und Gender.

Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN

978-3-9825171-2-4

Dieser Tagungsband steht zum kostenlosen Download unter www.verfassungsschutz.de bereit. Einzelne Druckexemplare sind per E-Mail über zaf@bfv.bund.de bestellbar. Bitte nutzen Sie den Betreff „Bestellung Tagungsband 2023“

Herausgeber

Bundesamt für Verfassungsschutz
50765 Köln

Stand

Dezember 2023

Druck

Kern GmbH
66450 Bexbach

Gestaltung

Satzweiss.com Print Web Software GmbH
66121 Saarbrücken

Die Beiträge in diesem Tagungsband stellen die Perspektiven und Forschungsergebnisse der Beitragenden dar und decken sich nicht zwingend mit den Einschätzungen und Bewertungen des Verfassungsschutzes.

Das Werk einschließlich aller seiner enthaltenen Teile inkl. Tabellen und Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, Übersetzung, Vervielfältigung auf fotomechanischem oder elektronischem Wege und die Einspeicherung in Datenverarbeitungsanlagen sind nicht gestattet. Kein Teil dieses Werkes darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung in irgendeiner Form reproduziert, kopiert, übertragen oder eingespeichert werden.



www.verfassungsschutz.de